Jana Kausch

„Eine Gesellschaft, die ihre Jugend verliert, ist verloren.“ [1]

Das hochschulpolitische Konzept der SED am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt und die daraus resultierende Verantwortung der FDJ zwischen 1953 und 1989/90.



Universitätsverlag Chemnitz
2009

[1] Maßnahmeplan zur Mitgliedergewinnung für die FDJ und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der FDJ, 6.3.1990 (Bezirksvorstand Neubrandenburg), in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 8.

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Chemnitz, Techn. Univ., Diss., 2009

Technische Universität Chemnitz/Universitätsbibliothek
Universitätsverlag Chemnitz
09107 Chemnitz
http://www.bibliothek.tu-chemnitz.de/UniVerlag/

Herstellung und Auslieferung
Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG
Am Hawerkamp 31
48155 Münster
www.mv-verlag.de

ISBN 978-3-941003-03-3

urn:nbn:de:bsz:ch1-200900679
URL: http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2009/0067



Für Lillien und Martin-

und für alle, die an diese Arbeit geglaubt haben.

Vorwort

Zum Abschluss dieser Arbeit, die viel Kraft und Energie gekostet hat, aber Durchhaltevermögen und Ausdauer gelehrt hat, möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich bei meiner Arbeit unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Eckhard Jesse, der mir stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden, Ideen und Anregungen geliefert und mich unterstützt hat.

Danken möchte ich auch der Hanns-Seidel-Stiftung, die es mir durch die Gewährung eines Promotionsstipendiums ermöglicht hat, mich ganz auf die Arbeit an dieser Dissertation zu konzentrieren. Die Mitgliedschaft im Promotionskolloquium der Hanns-Seidel-Stiftung „Politischer Extremismus und Parteien“ unter der Leitung von Prof. Hans-Peter Niedermeyer und Prof. Dr. Eckhard Jesse trug zudem dazu bei, die Forschungsarbeit während jedes einzelnen Abschnitts zu besprechen, zu diskutieren und konstruktiver Kritik auszusetzen.

Prof. Dr. Alfons Söllner möchte ich dafür danken, dass er die Arbeit an diesem Forschungsthema von Beginn an (Semesterarbeit, Magisterarbeit, …) unterstützt und gefördert hat.

Weiterhin gilt mein Dank Frau Dr. Dagmar Szöllösi aus dem Chemnitzer Universitätsarchiv, ohne deren langjährige Unterstützung die Aktenarbeit in dem Umfang nicht möglich gewesen wäre, sowie all denjenigen ehemaligen Karl-Marx-Städter Studenten, welche mir ihre Erinnerungen als Zeitzeugen zur Verfügung gestellt haben.

Meinem Mann Martin danke ich von Herzen dafür, dass er mich stets liebevoll unterstützt hat, mir in Zeiten der Stagnation Mut zugesprochen und mich angespornt hat. Und danke auch Dir, meine große kleine Lillien. Du hast mir mit Deinem Lachen und Deiner Unbeschwertheit immer gezeigt, wie wichtig es ist, den Blick für das Wesentliche, für die wirklich wichtigen Dinge, niemals aus den Augen zu lassen.

Zum Schluss möchte ich noch Danke sagen zu meinen Eltern und zu meiner Oma, die mich durch ihre stenographischen Fähigkeiten im Archiv der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO-DDR) ganz wesentlich unterstützt hat, und mir somit die volle Konzentration auf die Aktenanalyse ermöglichte.

Ich weiß, dass das Zusammenspiel dieser vielen Personen es ermöglichte, die Arbeit nicht nur zu beginnen, sondern auch zu beenden. Rat und Tat, Anregungen, Ideen, aber v.a. eben auch konstruktive Kritik haben mich an dieses Ziel gebracht. Danke!

Jana Kausch

Burkhardtsdorf, im April 2009

Inhalt

I Einleitung

> „Daraus ergibt sich für die Freie Deutsche Jugend an den Hochschulen eine erhöhte Verantwortung für die klassenmäßige Erziehung aller Studenten in untrennbarer Einheit mit der Verbesserung der Studienleistungen, d.h. den Marxismus-Leninismus zu studieren und anzuwenden, an der Seite der Arbeiterklasse mit ganzem Herzen für den Sozialismus in der DDR zu kämpfen, zu arbeiten, zu lernen und bereit zu sein, ihn jederzeit zu schützen, konsequent gegen den westdeutschen Imperialismus zu kämpfen, die Freundschaft zur Sowjetunion zu vertiefen und nach den Normen des proletarischen Internationalismus zu handeln. Die Freie Deutsche Jugend hat große Verpflichtung bei der Lenkung und Leitung dieses Erziehungsprozesses.“[1]

1.1 Untersuchungsgegenstand und Problemstellung

Die Universitäten, Hoch- und Fachschulen stellten, als höchste Bildungsstätten der DDR, einen wichtigen Bestandteil im gesellschaftlichen System des Sozialismus dar.[2] Bei der Betrachtung des Aufbauprozesses des Wissenschaftssektors zeigt sich, welche Bedeutung die SED der „politischen Eroberung der Universitäten und Hochschulen“[3] zuschrieb. Das Motiv war einfach. Sollte sich der Sozialismus in der SBZ/DDR zügig entfalten, galt es, die Menschen für ihn zu gewinnen und von seiner Überlegenheit zu überzeugen. Die höheren Klassen an den Schulen und vor allem die Universitäten, Hoch- und Fachschulen schienen der geeignete Rahmen dafür zu sein.

---

[1] Beschluss des Staatsrats der Freien Deutschen Jugend vom 17. Januar 1967, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel zwischen der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl- Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969), S. 3.

[2] Vgl. Entwurf. Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter der Deutschen Demokratischen Republik, in: Akte 202/1000/13. Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Grundsatzdokumente, Verfügungen, Anordnungen, Weisungen und Mitteilungen an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 1968-1970, S. 1.

[3] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquete- Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED- Diktatur in Deutschland“, Drucksache 12/7820, 12. Wahlperiode, Bonn 1994, S. 70.

Bereits vor 1945 wurden von ausgewählten KPD-Kadern, der späteren „Gruppe Ulbricht“, Konzepte für die deutsche Nachkriegsordnung ausgearbeitet. Von außerordentlicher Relevanz waren Themen, denen bei der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung eine bedeutende Aufgabe zufiel. Die Hochschul- und Bildungspolitik spielte vorerst eine eher untergeordnete Rolle, wobei Bildung die Grundlage für die neue Gesellschaftsordnung sein sollte. Aufgrund dessen konnten sie sich nach Kriegsende in der Sowjetischen Besatzungszone weitgehend autonom entfalten. Unter diesen Umständen erwuchs die Möglichkeit, dass die ersten Universitäten und Hochschulen zwischen 1945 und 1946 ihren Wissenschaftsbetrieb nach den alten Statuten, welche bis 1933 Geltung fanden, wieder aufnehmen konnten. Die Neueröffnung der Lehranstalten, im Nachhinein als Erste Hochschulreform bezeichnet, erfolgte ohne dezidierte politisch-ideologische Ausrichtung, obgleich mit dem erklärten Ziel der Kommunisten, etwas völlig Neues zu schaffen. Die Öffnung unterstützte die Entnazifizierung und schnelle Wiederaufnahme des Lehrbetriebs. Im Ergebnis sollte die Schaffung einer neuen Intelligenz stehen.[4] Zunächst gab es kein fundiertes Programm, das die Richtlinien der Bildungs- und Wissenschaftspolitik festschrieb. Verbindliche Vorgaben existierten ebenso wenig wie eine genaue Aufgabenverteilung. Vorerst fehlten die politischen und ideologischen Argumente für eine Steuerung der Wissenschaft.[5] Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes nach den alten Richtlinien hatte von Beginn an nur Übergangscharakter. Sie sollten schon bald durch eigene Bestimmungen abgelöst werden. 1948 proklamierte die SED ihren Führungsanspruch,[6] und die DDR-Führung registrierte, dass die Bildungspolitik zu einem der Bereiche gehört, der für die Ausprägung der Weltanschauung von erheblichem Interesse ist. Die Partei begann in der Wissenschaft den „mächtigsten Hebel des gesellschaftlichen

[4] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003.
[5] Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: ApuZ B 30-31/2001, S. 14-21, hier: S. 15.
[6] Vgl. Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: APuZ B 30-31/2001, S. 14-21, hier: S. 15.

Fortschritts“[7] zu erkennen. Es galt, sie steuerbar zu machen und auf die politischen und ökonomischen Aufgaben zu justieren.[8] Wissenschaft sollte von nun an der Legitimierung der eigenen Politik dienen und darauf ausgerichtet werden, ein verändertes Gesellschaftssystem herbeizuführen.

Ungeachtet dieser Erkenntnisse entsprach der Grundsatz der Erziehungs- und Bildungspolitik der DDR in der Verfassung vom 7. Oktober 1949 noch den bürgerlichen Idealen und Vorstellungen: „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.“[9] Die Sowjetisierung und der Beginn der Ideologisierung stellten das Resultat der Zweiten Hochschulreform von 1951 dar. Spätestens mit dieser Umgestaltung entzog die DDR-Führung die Grundlagen für eine freie Forschung und eine unabhängige Wissenschaft. Die Dritte Hochschulreform, welche 1965 durch das „Einheitliche Sozialistische Bildungssystem“ und die „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ eingeleitet wurde und 1967 in Kraft trat, hatte die vollständige Neustrukturierung des Hochschulsektors zum Ziel. Eine sinnvolle Verbindung von Theorie und Praxis, die planvolle Heranbildung qualifizierter Kader, das Meistern der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit standen als Ziel fest. Mit der Novellierung versuchte die SED-Führung die Wissenschaft effektiver zu gestalten und sie stärker politisch-ideologisch auszurichten. Die Möglichkeit, Entscheidungen autonom und unabhängig von der Staatspartei zu treffen, bestand nicht mehr. Da vorrangig getreue Kader die Schlüsselpositionen der Lehr- und Forschungseinrichtungen besetzten, war von hier kaum Widerstand zu erwarten. Die neugestalteten Lehrpläne

[7] Roswitha Wisniewski: Wissenschaft und Forschung, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutsche Demokratische Republik, Band 2: N-Z, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Paderborn 1997, S. 962-969, hier: S. 962.
[8] Vgl. Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: APuZ B 30-31/2001, S. 14-21, hier: S. 15.
[9] Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Art. 34, Abs.1.

erfuhren eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung an die Staatsideologie und eine stärkere Ausrichtung auf die Wirtschaft. Somit wurde die Hochschullehrerschaft dazu angehalten, sich umzuorientieren und die vorgegebenen Pläne möglichst zügig zu realisieren. Längst nicht alle Mitarbeiter nahmen die Umsetzung der Reform als ihre Aufgabe an. Vorwiegend Professoren und Dozenten aus dem naturwissenschaftlichen Bereich äußerten sich kritisch, da diese nicht gewillt waren, neben ihrem Lehrstoff den Studenten ideologische Grundlagen zu vermitteln. Wiederholt vertraten sie die Auffassung, dies sei die Angelegenheit des Lehrpersonals im gesellschaftspolitischen Bereich.

Die Neugestaltung der Hochschule wurde als ein Prozess der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Stärkung der Staatsmacht und als Vervollkommnung aller Komponenten des demokratischen Zentralismus in der Leitung und Planung des Hoch- und Fachschulwesens gesehen.[10] Mit dem Beginn der Dritten Hochschulreform 1967 wurde die Wissenschaft auf Parteilinie gebracht und jeglicher Eigenständigkeit der Boden entzogen, um sie als Handlanger der SED umzustrukturieren, da sich ihre Fähigkeit zur Legitimation der Partei bald schon gezeigt hatte. Das neue Wissenschaftsverständnis spiegelte sich auch in der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 wider:

> „Die Deutsche Demokratische Republik fördert die Wissenschaft, Forschung und Bildung mit dem Ziel, die Gesellschaft und das Leben der Bürger zu schützen und bereichern. Dem dient die Vereinigung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus."[11]

Nach der Umstrukturierung blieb das Bildungs- und Wissenschaftssystem des sozialistischen Staates in seinen Grundzügen weitgehend unverändert bis zum

---

[10] Vgl. Zentralinstitut für Hochschulwesen (Hrsg.): Geschichte des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik (1961-1980). Ein Überblick, Teil 1, Berlin 1987, S. 61.
[11] Verfassung der DDR vom 6. April 1968, Art. 17, Abs.1.

Zusammenbruch der DDR bestehen. Am 18. März 1980 fasste das SED-Politbüro den Beschluss „über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, in dem die Parteiführung den Bildungseinrichtungen, vor allem als geistig-kulturellen Zentren, Bedeutung zumaß.[12]

> „Im Studium geht fast nichts ohne die FDJ, aber alles mit ihr.“[13]

Dieses Zitat beschreibt die Rolle der Freien Deutsche Jugend, die sie in der DDR-Hochschullandschaft einnahm. Die Aufgabe des Jugendverbandes war die Unterstützung der „ideologische[n] Okkupation an den Schulen und Universitäten und die Etablierung einer direkten Kontrolle durch die SED in den einzelnen Institutionen“[14].

Die FDJ wurde am 7. März 1946 gegründet. Zur Zeit ihrer Konstituierung definierte sie sich selbst als „überparteiische, demokratische Jugendorganisation“, die allen Jugendbewegungen offen stehen wollte. Der Frieden, die Einheit Deutschlands, der Antifaschismus, das Recht auf Arbeit, Erholung und Bildung standen als programmatische Ziele im Vordergrund.[15] 1946 erfolgte eine stärkere Annäherung an die Sozialistische Einheitspartei der DDR. Dies hatte zur Folge, dass führende Mitbegründer zurücktraten oder in Haft gerieten. Auch die Jugendpolitik der SED erfuhr zwischen 1947 und 1948 einen grundlegenden Wandel und eine Anpassung an die neuen politischen Gegebenheiten. Die bis dahin eher unpolitische Organisation erlebte eine Ausrichtung an den marxistisch-leninistischen

---

[12] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 219.
[13] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 54.
[14] Oskar Anweiler: Bildung und Wissenschaft, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 72-85, hier: S. 77.
[15] Vgl. Barbara Hille: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1: A-M, 2.aktualisierte und erweiterte Auflage, Paderborn 1997, S. 280-282, hier: S. 280.

Vorstellungen. Den Jugendlichen wurde ihre Eigenständigkeit abgesprochen[16] und ihr Verband öffnete eine wichtige Politikebene. Sollten die Menschen für den Sozialismus mit seinen Werten und Zielen begeistert werden, war es wichtig, bei der Jugend anzusetzen. 1948 hob Walter Ulbricht erstmals die Rolle der Jugendlichen als Verbündete im politischen Kampf hervor. Die FDJ erkannte die Regierungsbeschlüsse der SED als Grundlage ihrer Arbeit an und bemühte sich um die Zusammenarbeit mit anderen Massenorganisationen der DDR, wie zum Beispiel dem FDGB. Ihr oberstes Ziel bestand in der Erziehung der DDR-Jugend zum staatsbürgerlichen Bewusstsein und das ganz im Sinne des Marxismus-Leninismus. Bereits ab 1951 übernahm sie die Heranbildung der Kaderreserve für die SED. Mit der Sowjetisierung konnte die FDJ im Mai 1952 auf dem IV. Jugendparlament ihre „bis dahin getragene Maske der Überparteilichkeit“[17] ablegen. Das V. Parlament 1955 verabschiedete schließlich ein neues Statut, in dem sich der Jugendverband als eine „einheitliche Massenorganisation“[18] und nicht mehr als einheitliche, unabhängige, demokratische Organisation bezeichnete. Am 11./12. September 1957 besiegelte die FDJ ihr neues Hochschulprogramm, welches ein klares Bekenntnis zur Politik der SED beinhaltete.

Die FDJ betrachtete sich selbst als Interessenvertretung der jungen Menschen in der DDR. Dies betonte sie stetig. Doch die Realität sah anders aus. Der Verband war vornehmlich darauf konzentriert, die Vorstellungen der Staatspartei in die Jugend hineinzutragen und sie in diesem Sinne zu erziehen. Die Zugehörigkeit zur FDJ sowie ein nachweisbares Engagement für sie waren dringende Voraussetzung für die Zulassung an der Erweiterten Oberschule, zum Abitur und zum Studium, da die FDJ ein Mitspracherecht besaß.

---

[16] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 63.
[17] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 170.
[18] Hans-Peter Herz: Freie Deutsche Jugend. Berichte und Dokumente zur Entwicklung und Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation, Dillingen-Donau 1957, S. 86.

Als einziger Jugendverband der DDR war die Freie Deutsche Jugend eine Massenorganisation, welche als Merkmal die „unselbstständige Vermittlungs- und Hilfsfunktion bei der Polarisierung und Durchsetzung der SED Politik“[19] besaß. Aus diesem Grund fiel ihr bei der Verwirklichung der Wissenschaftspolitik der SED eine tragende Rolle zu. Als Bindeglied von Partei und Jugend sollte sie Ziele und Aufgaben der Hochschulpolitik in die Studentenschaft hineintragen und ihren Beitrag dazu leisten, die Jugendlichen für die Staatspolitik zu gewinnen. Ihre zentrale Funktion bestand in der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit. Diesen Auftrag erhielt sie, da die Staatsführung davon ausging, dass sie durch ihre Tätigkeit in den Seminar-FDJ-Gruppen die Möglichkeit besaß, unmittelbar auf den Einzelnen einzuwirken.

Gegenstand der Arbeit ist die Analyse des Hochschulsystems der DDR und die Frage, welche Rolle die FDJ als alleinige Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik bei der Entwicklung und Umgestaltung des Hochschulsektors eingenommen hat. Verdeutlicht werden soll dies am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt, die im Zuge eines Ministerratbeschlusses vom August 1953 gegründet wurde, um dem gestiegenen Bedarf an „wissenschaftlich-technischen Fachkräfte[n]“[20] zu entsprechen. Aus dem Gründungsdatum der Bildungseinrichtung und dem Zusammenbruch der DDR leitet sich der Untersuchungszeitraum 1953-1989/90 ab.

Für meine Arbeit ergeben sich folgende beide Leitfragen:

[19] Ralph Jessen: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Matthias Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 27-86, hier: S. 38.
[20] Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: APuZ B 30-31/2001, S. 14-21, hier: S. 20.

1. Wie entwickelte sich dass DDR-Hochschulsystem, welche gravierenden Einschnitte gab es, wie lassen sich diese erklären und wie entwickelte sich die THK/TUK in dieser Zeit?
2. Ist es der Freien Deutschen Jugend an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt gelungen, den ihr von der Parteiführung zuerkannten Auftrag zu erfüllen, die Direktiven der Partei für den Hochschulsektor in die junge Generation hineinzutragen, damit das Bindeglied zwischen Partei und Jugend zu verkörpern und junge Sozialisten heranzuziehen?

Aus den Leitfragen gehen die nachstehenden Unterfragen hervor:

1. Wie sahen die Voraussetzungen, Interessen und Perspektiven nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus?
2. Welche Entwicklung erfuhr der Hochschulsektor der DDR, und wie sahen die Vorgaben an die Freien Deutschen Jugend in puncto Wissenschafts- und Hochschulpolitik konkret aus? Welche Beschlüsse und Anweisungen gab es durch die SED und das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen?
3. Welche Wirkungsmechanismen besaß die FDJ, um das studentische Bewusstsein zu beeinflussen, zu lenken und zu kontrollieren?
4. Mit welchen Mitteln versuchte die Jugendorganisation der DDR die Anweisungen umzusetzen? Welche Ergebnisse erzielte sie damit in Karl-Marx-Stadt?
5. Wie sahen die Reaktionen der Staatspartei und der Jugendlichen an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt auf die Umsetzung der Politik durch die Freie Deutschen Jugend aus?

Ausgehend von den Fragestellungen ergibt sich folgende Arbeitshypothese:

Trotz ihrer Funktion, Bindeglied zwischen Partei und Jugend zu sein, gelang es der FDJ Zeit ihres Bestehens nicht, dem überwiegenden Teil der

Jugendlichen ein sozialistisches Bewusstsein zu vermitteln. Indoktrination und Zwang trugen im Wesentlichen zu Resignation und Abwehrhaltung bei. Besonders bei Studenten in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen hatte es der Jugendverband schwer, auf Interesse bei den jungen Menschen zu stoßen.

Ziel ist es, einen regionalen Beitrag zum veränderten Wissenschaftsverständnis der DDR zu leisten und dies am Beispiel Karl-Marx-Stadt zu verdeutlichen. Die Arbeit liefert eine bislang fehlende Gesamtdarstellung zur Thematik der Funktion der Freien Deutschen Jugend im Hochschulbereich. Es existieren lediglich unzureichende Überblicksdarstellungen zu diesem Themengebiet, die sich zumeist in allgemeinen Werken über die FDJ finden lassen. Zu nennen sind beispielsweise die Publikationen von Arnold Freiburg, Christa Mahrad[21], Michael Walter[22] oder Ulrich Mählert und Gerd-Rüdiger Stephan[23].

Es besteht die Möglichkeit, dass sich bei der Untersuchung weiterer Hoch- und Fachschulen der DDR Unterschiede in der Arbeit der FDJ aufzeigen lassen und somit eine Übertragung der Situation auf die gesamte Hochschul- und Universitätslandschaft der Deutschen Demokratischen Republik erschwert wird.

1.2 Aufbau

Der Dissertation ist ein Kapitel vorangestellt, welches sich zunächst mit der Jugendorganisation der DDR, der Freien Deutschen Jugend, beschäftigt. Beginnend mit dem jugendpolitischen Konzept der SBZ/DDR, das bis in die 1930er Jahre

[21] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982.
[22] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997.
[23] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.

zurückreicht, wird die Entstehung und Entwicklung (2.1) der Massenorganisation aufgezeigt. Anschließend ist die politische Stellung (2.2) herauszuarbeiten, die sich dadurch auszeichnet, dass die FDJ „neben dem staatlichen System [...] das zweite, gleichsam ‚gesellschaftliche' Instrument der Jugendpolitik der SED“[24] darstellte. Daran schließt sich die programmatische Entwicklung (2.3) der Jugendorganisation an. Anhand der verschiedenen Ordnungen, Statuten und Konzepte soll der Entfaltungsprozess der FDJ herausgearbeitet werden. Ausführungen zum Aufbau werden im Punkt 2.4 näher betrachtet. Erläuterung findet in diesem Unterpunkt auch die Dreiteilung der Organisationsstruktur: Wohn-, Schul- und Bezirksgruppen; Kreis-und Bezirks-, Landes- und Provinzialleitungen; Parlament. Des Weiteren enthält dieser Abschnitt eine Betrachtung zur FDJ im Bildungssystem (2.5). Im Vordergrund steht dabei die Rolle der Jugendorganisation an den Schulen, Hoch- und Fachschulen, den Universitäten sowie bei der Berufsausbildung.

Über die Grundlagen der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SBZ/DDR informiert das folgende Kapitel. Es dient dazu, eine Einführung in die Thematik zu ermöglichen.

Das dritte Kapitel ist der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt gewidmet. Es gliedert sich in zwei Unterpunkte: Der erste beschäftigt sich mit der Entwicklung bis 1945 (3.1). Ausgehend von der Etablierung der Chemnitzer Gewerbschule soll die Ausbildung zur Staatlichen Akademie für Technik aufgezeigt werden. Der folgende Unterpunkt (3.2) befasst sich überblicksartig mit der Geschichte der Lehranstalt nach 1945. Beginnend mit der Fachhochschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik wird der Weg zur Hochschule für Maschinenbau und schließlich zur Technischen Universität skizziert.

[24] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 33.

Kapitel vier analysiert den Entwicklungsprozess der Wissenschaft und Hochschulpolitik der SBZ/DDR bis zur Zweiten Hochschulreform. Ausgehend von den Rahmenbedingungen (4.1) nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Erste Hochschulreform (4.2) dargestellt, die die schnelle Wiedereröffnung der Bildungseinrichtungen sowie die Entnazifizierung zum Ziel hatte und unter dem Vorsatz, „antifaschistisch-demokratisch“[25] zu sein, stand. Die 1949 gegründeten ABF (4.3), mit denen Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien Erleichterung beim Zugang zur Hochschule fanden und die der „Brechung des Bildungsprivilegs“[26] dienten, betrachtet dieses Kapitel ebenso wie das 1949 erlassene Hochschulrahmengesetz (4.4), welches die Bedeutung der Universitäten und Hochschulen neu bewertete, ihnen Erziehungsziele vorgab und das Statut, welches von vor 1933 stammte, ablöste.

Das fünfte Kapitel stellt die eigentliche Forschungsleistung der Arbeit dar. Es befasst sich mit der Wahrnehmung und Umsetzung der hochschulpolitischen Aufgaben durch die Freie Deutsche Jugend an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt. Dieser Teil gliedert sich in die einzelnen Gesetze, Dekrete und Direktiven, welche seitens der Partei für die Hochschulpolitik zwischen 1953 und 1989/90 erlassen wurden. Die beginnende und zunehmende Politisierung (5.1) behandelt zunächst die Zweite Hochschulreform 1951 (5.1.1), die die Struktur des Studiums gänzlich veränderte und der gesellschaftlichen Bildung eine stärkere Gewichtung einräumte. Darüber hinaus findet die Weichenstellung von 1958 (5.1.2) auf den folgenden Seiten Aufmerksamkeit. Zudem wird das „Programm zur planmäßigen Entwicklung des Sozialismus“ (5.1.3), das besonders stark die Rolle von Politik und Wirtschaft betonte, dargestellt, erläutert und

---

[25] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierung und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 64.

[26] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 26.

bewertet. Schließlich wird ausführlich das Kommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ (5.1.3) behandelt. Im zweiten Unterkapitel Autonomieverlust (5.2) werden das Einheitliche Sozialistische Bildungssystem (5.2.1), welches dazu diente, die Einheit zwischen „Lehre und Erziehung“, zwischen „Theorie und Praxis“ sowie zwischen „Lehre und Forschung“[27] herzustellen, und die „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ (5.2.1) behandelt. Diese sollten einen Beitrag zur Anpassung der Wissenschaft an die ökonomischen Bedürfnisse leisten. Um die Wissenschaft auf Parteilinie zu bringen und jeglicher Eigenständigkeit den Boden zu entziehen, erfolgten die Verabschiedung der Dritten Hochschulreform (5.2.2) und der „Beschluss zur Weiterführung der Dritten Hochschulreform und der Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“ (5.2.3). Abschließend runden die Vereinbarung über die Reduzierung von Neuzulassungen (5.2.4) und der „Beschluß „über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (5.2.5), der die Verantwortungen der Universitäten und Hochschulen erneut manifestierte, die Betrachtungen ab. Schließlich werden die Endphase und der Zusammenbruch der DDR und damit auch des DDR-Hochschulwesens in Kapitel 5.3 ausgewertet und analysiert. Alle diese Unterpunkte werden jeweils weiter untergliedert in sowohl die Wahrnehmung dieser Vorgaben von Seiten der SED und schließlich der Jugendorganisation FDJ als auch deren Umsetzung durch die FDJ an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt.

Abschließend rundet eine Schlussbetrachtung, welche die Ergebnisse zusammenfasst (6.1) und resümiert (6.2), die Arbeit ab.

[27] Herbert Stöbe: Beginn der Realisierung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem an der Technischen Hochschule. 1966-1970, in: Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Königliche Gewerbschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1986. Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 114-127, hier: S. 114.

1.3 Forschungsstand

Bislang existieren keine wissenschaftlichen Untersuchungen darüber, welche Rolle die Freie Deutsche Jugend bei der Umsetzung der hochschulpolitischen Aufgaben einnahm. Anders sieht dies bei der Entwicklung des Hochschulwesens und der Wissenschaftspolitik der DDR aus. Bereits zur Zeit des Bestehens des sozialistischen Staates wurde diesem Themenbereich Aufmerksamkeit gewidmet.

Marianne Usko lieferte 1974 mit ihrem Buch „Hochschulen in der DDR“[28] einen Überblick über das Hochschulwesen in der Deutschen Demokratischen Republik. Neben politischen und rechtlichen Grundlagen erläuterte sie sowohl die Rolle der Hochschule im Sozialismus und der sozialistischen Gesellschaft als auch die Organisations- und Personalstruktur, das Studium, seine Bedingungen und Besonderheiten sowie den außeruniversitären Bereich. Aufmerksamkeit schenkte sie ebenfalls dem Einfluss von Partei und Staat auf dem Hochschulsektor, welchen sie anhand der Rolle der SED, des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen und anderer Gremien zu verdeutlichen versuchte. Usko gelangte am Ende ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Studenten in der DDR einem starken Leistungsdruck ausgesetzt waren und mangelnde Freizeit, Verschulung, zu starke Spezialisierung und Isolation das Ergebnis der Wissenschafts- und Hochschulpolitik darstellten. Dennoch, so Marianne Usko, erzielt die Staatsführung damit ein effektives Studium, optimale Zeitausnutzung, einen festen Studienablauf sowie Unterstützung im Kollektiv und materielle Sicherheit. Resümierend stellt die Autorin am Ende ihres Buches fest, „daß die Studenten in der DDR im allgemeinen mit ihrer Situation zufrieden sind“[29]. Es muss Usko entgegengehalten werden, dass sich in ihrem Buch Äußerungen finden lassen, die an ihrer kritischen Urteilsfähigkeit Zweifel aufkommen lassen. Nicht nur, dass sie das

[28] Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974.
[29] Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 132.

Wissenschaftssystem der DDR mit dem der Bundesrepublik auf eine Stufe stellt und zu dem Ergebnis gelangt, dass sich beide Staaten als „hochentwickelte Industriegesellschaften auf dem fortschrittlichsten Stand der Produktivkräfte befinden [...]“[30]. Sie hebt ebenfalls positiv hervor, dass es der DDR möglich ist, ihre Bildungspolitik zentral steuern zu können.[31] Alles in allem zeichnet Usko ein zu unkritisches Bild der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft der DDR nach, was sicherlich einerseits durch die fehlende Aktenmaterialien zu begründen ist, andererseits auch darauf zurückgeht, dass sie Fakten zu wenig und nicht tiefgreifend genug hinterfragt.

Die Autorin Gabriele Husner untersuchte in ihrem 1985 erschienenen Werk „Studenten und Studium“ die Studentenschaft und das Studium vor dem Hintergrund der SED-Politik.[32] Neben dem Selektionsprozess bei den Neuzulassungen interessierte sie sich vor allem für die Persönlichkeit der Studenten hinsichtlich ihrer ideologischen Einstellungen und für die Rahmenbedingungen der studentischen Existenz und Lebensbedingungen. Das Werk bietet einen gut strukturierten Überblick. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass Husner in ihrem Buch Studien, die das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung zwischen 1970 und 1976 durchgeführt hat und die die Bewusstseinslage der Jugendlichen widerspiegeln, verwendete. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen waren bis dahin in der Bundesrepublik nahezu unbekannt. Aus diesem Grund handelt es sich bei diesem Buch um eine beachtenswerte Publikation für die damalige Zeit, da es sich nicht nur, wie damals üblich, auf Programme, Statuten und Beschlüsse stützt. Gabriele Husner subsumierte, „daß Studenten anscheinend sozialistische Persönlichkeiten im Sinne der an sie gestellten Anforderungen sind, daß es aber berechtigte Zweifel am tatsächlichen Grad der Übereinstimmung mit den

[30] Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 7.
[31] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S.8
[32] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985.

sozialistischen Werten und Normen gibt“[33].

Umfangreicher zeichnen Publikationen, die nach 1990 erschienen sind, das Bild nach. Neben den öffentlichen Darstellungen aus DDR-Zeiten, bereits erschienener Literatur, Dekreten und Beschlüssen stehen heute Augenzeugenberichte und vor allem interne Dokumente zur Verfügung. Anhand dieser Materialien lässt sich das Bild weiter abrunden und vervollständigen.

Zeitzeugenberichte werden vor allem bei Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller verwendet.[34] Diese beiden Autoren haben versucht anhand von ca. 350 ehemaligen Studenten die Erinnerungen zu bewahren und sie einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Ihr Ziel bestand in der Darstellung der Studienbedingungen aus Sicht der Betroffenen. So werden neben dem Studium und seiner sowjetischen Durchdringung auch der studentische Alltag sowie die Entwicklung von Studium und Wissenschaft nachgezeichnet.

Krönig und Müller untersuchten den Zeitraum zwischen 1945 und 1961. Diese Zäsur findet sich in der Literatur über die Wissenschafts- und Hochschulpolitik sehr häufig. So stellt dieses Jahr nicht nur bei den beiden genannten Autoren einen Einschnitt dar. Auch bei Andreas Malycha oder Ilko-Sascha Kowalczuk enden die Darstellungen mit dem Jahr 1961. Die Defizite der Literatur über die Wissenschaftspolitik der DDR liegen vor allem im Fehlen einer Gesamtdarstellung. Das mag sicherlich daran liegen, dass es „kein allgemein überzeugendes Periodisierungsschema mit allseits akzeptierten Zäsuren gibt“[35]. Oftmals wird der Eindruck erweckt, dass bei dieser Thematik lediglich die Zeit zwischen 1945 und

[33] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 110.
[34] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ/DDR 1945-1961, Köln 1994.
[35] Frank-Lothar Kroll: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 107.

1961 interessant und untersuchenswert ist. Ilko-Sascha Kowalczuk begründet das damit, dass diese „Zeit grundlegend für die gesamte DDR-Geschichte“[36] war. Auch weiterführende Studien umfassen meist nur den Zeitraum bis zum Antritt Honeckers 1971. Dem möchte ich mit meiner Untersuchung entgegenwirken, da ich diese Einschnitte für die Bildungspolitik der DDR nicht für gerechtfertigt halte. In anderen Bereichen von Politik und Gesellschaft verkörpern die Jahre des Mauerbaus sowie des Machtwechsels gravierende Einschnitte und Veränderungen. Anders im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Sicherlich war es auch dem Personal im Bildungssektor seit 1961 nicht mehr möglich, dass Land zu verlassen. Demzufolge musste die DDR sich auch nicht weiter bemühen, die Hochschullehrerschaft mit erhöhten materiellen Leistungen und Bezügen im Staat zu halten. Dennoch ist die Umgestaltung des Bildungssektors in der DDR nicht als Umsetzung einzelner Reformen anzusehen, sondern vielmehr als ein fortwährender Reformprozess.

Gleichwohl muss an dieser Stelle „Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961“ von Ilko-Sascha Kowalczuk Erwähnung finden.[37] Universitäten, Hochschulen und der Elitewechsel in der SBZ/DDR stehen bei Kowalczuk im Mittelpunkt. Er beschrieb und analysieren die Intelligenzpolitik der DDR und untersucht die Modifizierung der Bildungseinrichtungen bis zum Mauerbau. Die Privilegierung der Intelligenz, die Repressionen und der sich daraus entwickelte Widerstand werden behandelt. Für den von ihm untersuchten Zeitraum resümiert Kowalczuk, dass das Vorhaben der Schaffung einer eigenen sozialistischen Intelligenz nicht verwirklicht

[36] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 13.
[37] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003.

werden konnte.[38] Aufgrund seiner Ausführlichkeit bietet dieses Buch einen sehr guten Überblick über das Hochschulwesen der DDR bis zum Mauerbau.

Auch Andreas Malycha soll genannt werden, welcher sich in seinen im „Deutschland Archiv“ und in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ veröffentlichten Aufsätzen mit der Hochschul- und Wissenschaftspolitik in der Zeit zwischen 1945 und 1961 auseinandergesetzt hat.[39] Bei Malycha steht besonders das veränderte Wissenschaftsverständnis, weg vom traditionell- bürgerlichen hin zum ideologischen, im Mittelpunkt. Er geht von einer Zweiteilung des Wissenschaftsverständnisses aus: dem ideologienahen und dem ideologiefernen Bereich. Zu ersterem zählen die Gesellschaftswissenschaften, die gegen jede Art von Überprüfung zu schützen sind. Auf diesem Gebiet wurde nicht der Anspruch erhoben, Erweiterung durch neue Erkenntnisse zu finden. In den ideologiefernen Bereich ordnet er die Naturwissenschaften ein. Dieses Wissen zeichnete sich dadurch aus, dass es kritisierbar war und durch neue Erkenntnisse erweitert und verändert werden konnte.[40] Malycha zeichnet in seinen Aufsätzen vor allem den Wandel der Wissenschaftspolitik in den 1950er Jahren, das heißt die ab 1952 einsetzende Wissenschaftssteuerung nach.

Ralph Jessen widmete sich in seinem 1999 erschienenen Band „Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht“, der Entwicklung des Hochschulpersonals bis 1971.[41] Untersucht wurde

---

[38] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 558.

[39] Andreas Malycha: „Alle Wege führen zum dialektischen Materialismus“. Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945-1952, in: Deutschland Archiv 3/2001, S. 410-426; Andreas Malycha: Frost nach dem Tauwetter. Wissenschaft und Politik in der DDR in den fünfziger Jahren, in: Deutschland Archiv 2/2002, S. 237-252; Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: APuZ B 30-31/2001, S. 14-21.

[40] Vgl. Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in:, APuZ B 30-31/2001, S. 14-21, hier: S. 15.

[41] Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht, Göttingen 1999.

vor allem der Zugang zu Ämtern, der Hochschullehrerberuf sowie der Elitewechsel nach dem Heranziehen einer eigenen sozialistischen Intelligenz. Resümierend stellte Jessen fest, dass das Ziel, eine eigene sozialistische Intelligenz heranzuziehen, bis Ende der 1960er Jahre nahezu Realisierung fand.[42] Das Werk bietet einen hervorragenden Überblick sowohl über die Personalstruktur der Hochschullehrerschaft unter Walter Ulbricht als auch über die Wissenschaftspraxis dieser Zeit. Die Publikation von Ralph Jessen findet großen Anklang in der Forschung und so subsumiert Ilko-Sascha Kowalczuk beispielsweise über den Autor und sein Werk:

> „Sein großer Verdienst ist es, die politische Entwicklung, die Einflussnahmen von Staat und SED darzustellen und dabei zugleich herauszustellen, daß es keine lineare Entwicklung gab. Vielmehr bewahrten sich trotz widriger gesellschaftlicher Umstände viele Hochschullehrer lange Zeit eigenständige Handlungsoptionen, trotzten dem Staat Freiräume ab, wehrten sich erfolgreich gegen Instrumentalisierungs- und Einflussversuche der SED. Dies gelang oftmals, weil die SED auf bürgerliche Spezialisten angewiesen war.“[43]

„Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulrefom (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt“ heißt das 2007 von Wolfgang Lambrecht erschienene Buch.[44] Lambrecht setzt sich in seinem Werk zunächst mit der hochschulpolitischen Entwicklung bis zur Dritten Hochschulreform auseinander, bis er schließlich zu den ökologischen und politisch-ideologischen Motiven der Reform kommt. Anschließend wird die Dritte Hochschuleform und deren Umsetzung an der Technischen Hochschule Karl-Marx-

[42] Vgl. Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht, Göttingen 1999, Umschlagseite.
[43] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961Berlin 2003, S. 17f.
[44] Wolfgang Lambrecht: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007.

Stadt analysiert und Auswirkungen dargestellt. Schließlich rundet ein Blick übe die Staatsgrenzen hin zur Universitäts- und Hochschullandschaft der BRD das Bild ab. Frank-Lothar Kroll veröffentlichte 2003 sein Buch „Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert", in welchem er auch dem Wissenschafts- und Bildungssystem der DDR Aufmerksamkeit schenkte.[45] Im Zentrum der Untersuchung stehen „Motive, Intentionen und Inhalte der Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsentwicklung, weniger dagegen deren gesellschaftliche Funktionen, Wirkungen und Folgen"[46]. Kroll schildert im Schnelldurchlauf die Geschichte des Schul- und Hochschulsystems sowie der Wissenschaftsorganisation. Sein Buch hat eher Überblickscharakter und ist aufgrund dessen zum ersten Verständnis geeignet. Besonderheit dieser Darstellung ist die behandelte Zeitspanne. Der Autor beschränkt sich nicht auf die sonst üblichen Zäsuren 1961 und 1971. Auch die 1980er Jahre werden bei ihm vorgestellt. Neben der Entwicklung zeigt der Verfasser den aktuellen Forschungsstand auf.

Auch die Freie Deutsche Jugend als einziger zugelassener Jugendverband der DDR stand bereits vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Staates im Zentrum des Interesses einiger Wissenschaftler. Wie bei der Wissenschafts- und Hochschulpolitik mussten Werke mit einem Erscheinungsdatum vor 1990 ebenfalls auf interne Materialien und Dokumentationen verzichten. So auch das Werk „FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR" von Arnold Freiburg und Christa Mahrad.[47] Die Autoren selbst weisen Lücken auf, die mit dem Fehlen von wichtigen unveröffentlichten Regeln, zum Beispiel zu Finanzen, bewaffneten Kräften sowie inneren Organen der Führungsgremien, zu begründen sind. Verwendung fanden dagegen „Zielsetzungen, Programme, Grundsatzreden" sowie „Gesetze, Statuten,

[45] Frank-Lothar Kroll: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003.
[46] Frank-Lothar Kroll: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003, S. XI.
[47] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982.

[...] und Beschlüsse".[48] Freiburg und Mahrad gliederten ihr Buch in drei Hauptteile. Der erste Teil umfasst beispielweise die Entstehung, rechtliche Stellung und Programme. Mit der Organisation der Jugendorganisation beschäftigt sich der nachfolgende Abschnitt. Schließlich, und das trägt ganz wesentlich zur Übersichtlichkeit des Werkes bei, befinden sich im dritten Teil Dokumente und Statuten.

Ein sehr umfassendes Bild zeichnet Michael Walter in seiner Dissertation „Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR" nach.[49] Durch die Verwendung von internen Materialien, bereits erschienener Literatur, diversen Aufsätzen und Zeitungsartikeln gelingt es Walter, einen sehr guten und systematischen Überblick über die Entwicklung und Bedeutung der FDJ zu geben. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung steht die Frage, „inwiefern [die] FDJ ihre systembildende und stabilisierende Leistung über vier Jahrzehnte erbringen konnte, und warum der subsystematische Herrschaftsbereich des Jugendverbandes schließlich dennoch zusammenbrach"[50]. Dieser Problemstellung wird der Verfasser mit der Unterteilung seiner Arbeit gerecht, in dem er neben der Entstehung und Entwicklung, die Sozialisations-, Kontroll-, Rekrutierungs- und wirtschaftliche Leistungsfunktion der FDJ ins Zentrum seiner Analyse stellte. Auch zur FDJ im Bildungswesen nehm der Autor Stellung.

Helga Gotschlich ließ in der von ihr herausgegebenen Publikation die Geschichte der FDJ analysieren.[51] Dem Sammelband liegt eine Veranstaltung zum Thema „Die Führung der Freien Deutschen Jugend in Entscheidungssituationen der SBZ/DDR-

[48] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, 13f.
[49] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997.
[50] Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, Umschlagseite.
[51] Helga Gotschlich (Hrsg.): Links und links Schritt halten. Die FDJ. Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994.

Geschichte“ im September 1993 zugrunde, auf welcher aktuelle Forschungsansätze diskutiert und dargestellt wurden. Nachdem zunächst allgemeine Aussagen zur Jugendpolitik der DDR getätigt werden, erfolgt anschließend die Darstellung der Entwicklung des Jugendverbandes, die zunächst die „Wege in Diktatur 1945-1952“ und schließlich die „FDJ und die Krisen 1952-1989“ darlegt. Eine Referierung über die Rolle der Jugendorganisation in der Bildungspolitik erfolgte nicht. Neben Hermann Weber[52] veröffentlichten hier unter anderen Ulrich Mählert[53] und Gerd-Rüdiger Stephan[54] Aufsätze.

Reich an Quellen, Zeitzeugenberichten, Zeitungsartikeln und Bildern ist die historische Analyse von Ulrich Mählert und Gerd-Rüdiger Stephan, die den Titel „Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend“ trägt.[55] Ulrich Mählert, der sich bereits in seinem Werk „Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den ‚Antifaschistischen Jugendausschüssen’ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone“[56] mit dem Gründungsprozess der FDJ beschäftigte, übernimmt die Analyse des Zeitraums von 1945 bis 1961. Gerd-Rüdiger Stephan untersucht die Zeit zwischen Mauerbau und Staatszusammenbruch. Durch die von den Autoren verwendete Darstellungsweise ergibt sich ein sehr anschauliches Bild der Jugendorganisation. Es ermöglicht folglich eine sehr gute Entwicklungsgeschichte

---

[52] Hermann Weber: Die Jugendpolitik der SED 1945 bis 1989. Forschungsfragen, Quellenlage und wissenschaftliche Erwartungen, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): Links und links Schritt halten. Die FDJ. Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 20-31.

[53] Ulrich Mählert: „Bürgerlich-demokratische“ Jugendarbeit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1948, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): Links und links Schritt halten. Die FDJ. Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 82-96.

[54] Gerd-Rüdiger Stephan: Die Führung der FDJ und die Krise in der DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): Links und links Schritt halten. Die FDJ. Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 311-325.

[55] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden, rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.

[56] Mählert, Ulrich: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995.

der Freien Deutschen Jugend. Durch die chronologische Wiedergabe leidet teilweise allerdings die Übersichtlichkeit zu bestimmten Einzelaspekten wie Aufbau oder Organisation.

Ebenfalls Berücksichtigung sollen die Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ finden.[57]

Zur Historie der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt wurden zahlreiche Schriften in der DDR veröffentlicht.[58] Wie zu vermuten ist, weisen diese ein unkritisches und von der Ideologie geprägtes Bild auf. Eine neue Chronik der Bildungseinrichtung erschien 2003 anlässlich des 50jährigen Jubiläums, die mir neben Akten des Chemnitzer Universitätsarchivs als Grundlage für das Kapitel über die Lehranstalt dient.[59] In dieser Publikation erfassen die Autoren zum ersten Mal kritisch die Quellen des Archivs und rekonstruierten die Geschichte der Hochschule/Universität. Die neue Hochschulgeschichte reicht thematisch von der Gründung der Gewerbschule 1836 über den Aufbau der Hochschule für Maschinenbau und der Neustrukturierung nach 1989/90 bis zum Jahr 2003.

[57] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien zur Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. III/2: Ideologie, Integration und Disziplinierung, Baden-Baden 1995.
[58] Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978; Rektor der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Von der Königlichen Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1986; Rektor der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836-Technische Universität Karl-Marx-Stadt 1989, Karl-Marx-Stadt 1988.; Richard Feige: Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, o.A.
[59] Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003.

An dieser Stelle soll auch die Magisterarbeit der Autorin[60] genannt werden, die sich bereits mit einem Teilaspekt der DDR-Hochschulpolitik, der Dritten Hochschulreform, auseinandersetzte. Gegenstand der Arbeit war die Untersuchung, welche Veränderungen auf dem Sektor des Hochschulwesens mit der Reform von 1967 durchgesetzt und erreicht wurden, und welche Rolle die Freie Deutsche Jugend bei der Umsetzung der Dritten Hochschulreform zwischen 1967 und 1975, das heißt, vom Inkrafttreten der Novellierung über den Beschluss ihrer Weiterführung bis hin zu dem Jahr, in welchem die Hochschulreform abgeschlossen sein sollte, gespielt hat. Die Umsetzung der Dritten Hochschulreform wurde anhand der Sektionsbildung, des Studiums, der Organisationsstruktur sowie der Forschung. Die Verantwortung der FDJ für die Reform, die daraus resultierenden Aufgaben und schließlich ihre aktive Rolle bei der Umsetzung der Novellierung werden dargestellt und analysiert. Verdeutlicht wurde dies bereits am Beispiel der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt.

Der deskriptiv-analytische Untersuchungsansatz meiner Arbeit stützt sich im Wesentlichen auf das Aktenmaterial aus dem Universitätsarchiv Chemnitz, dem Staatsarchiv Chemnitz und im Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin, welches die Akten des ehemaligen Zentralarchivs der FDJ beherbergt. Durch die kritische Betrachtung und Verknüpfung der Akten, Staatsratsbeschlüsse, Zeitungsartikel, Gesetzestexte, bereits erschienener Literatur und Zeitzeugenberichten soll ein Verständnis wichtiger Zusammenhänge erreicht werden. Ziel ist es, mit dieser Kombination von Quellen ein möglichst detailliertes Bild zur Rolle der FDJ im hochschulpolitischen Konzept aufzuzeigen.

60 Jana Kausch: Die Umsetzung der Dritten Hochschulreform am Beispiel der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zwischen 1967 und 1975 und die sich daraus ergebende Verantwortlichkeit der FDJ für die Durchsetzung der neuen Hochschulpolitik, Magisterarbeit 2003.

Erwähnt werden muss auch die sozialistische Sprache der Dokumente in den Akten. Sie ist oftmals ermüdend und zum Teil auch nichts sagend. Ganze Textpassagen wiederholen sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Trotz alledem verfügen die genannten Archive über sehr interessante und brauchbare Materialien, die diese Arbeit erst ermöglicht haben. Im Fließtext wurde die neue deutsche Rechtschreibung verwendet, in den Zitaten und Quellenangaben die originale Schreibweise in alter Rechtschreibung übernommen.

II Die FDJ

2.1 Entwicklung der FDJ bis 1989/90

2.1.1 Entstehung des Jugendverbandes

Die Freie Deutsche Jugend zählte als einzig zugelassener Jugendverband zu den sozialistischen Massenorganisationen der DDR. Merkmale dieser waren die quantitative Größe sowie die „unselbstständige Vermittlungs- und Hilfsfunktion bei der Popularisierung und Durchsetzung der SED Politik“[61]. Die Funktionsbereiche einer Massenorganisation greifen auf zwei Ebenen: zum einen im eher unpolitischen Bereich, der vielmehr den Interessen und Ansprüchen der Mitglieder zur Verfügung steht, zum anderen in dem von der Partei zugewiesenen Bereich. Die DDR bezeichnete die Massenorganisationen im Sozialismus als „Schulen der Demokratie und des Sozialismus“, die „umfassende Rechte“ hat „bei der Leitung von Staat, Wirtschaft und Kultur sowie der Ausübung der demokratischen Massenkontrolle“[62], woraus der politische Bezug deutlich sichtbar wird.

Für die FDJ stellten die unpolitische Ebene beispielsweise die Studentennachmittage und ähnliche Veranstaltungen dar. Die zweite Ebene dagegen betraf die politisch-ideologische Erziehung der Studenten in den Seminar-FDJ-Gruppen. Eine scharfe Trennung zwischen beiden Bereiche war jedoch nicht möglich.

Der jugendpolitische Kurs der SBZ und frühen DDR geht bis weit in die 1930er Jahre zurück. Auf ihrem VII. Weltkongress 1935 leitete die Kommunistische

[61] Ralph Jessen: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Matthias Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 27-86, hier: S. 38.
[62] „Massenorganisation“, in: Meyers Kleines Lexikon in drei Bänden. Zweiter Band: Glocke-Pallas, Leipzig 1968.

Internationale einen abrupten Kurswechsel ein. Nicht die Bekämpfung der Sozialdemokratie stand nunmehr im Mittelpunkt ihres Interesses, sondern die Überwindung der eigenen Isolation.[63] Dabei wurde auch die eigene Jugendpolitik heftiger Kritik ausgesetzt:

> „Unsere kommunistischen Jugendverbände sind in den meisten kapitalistischen Ländern immer noch vorwiegend sektiererische, von den Massen losgelöste Organisationen. Ihre Hauptschwäche besteht darin, daß sie immer noch bestrebt sind, die kommunistischen Parteien und ihre Formen und Methoden der Arbeit zu kopieren, und vergessen, daß der kommunistische Jugendverband nicht die kommunistische Partei der Jugend ist."[64]

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 standen zunächst andere Themen auf der Tagungsordnung. Bildung und Erziehung rückten in den Hintergrund. Doch bereits 1944 beauftragte die Moskauer Parteiführung eine Kommission damit, Pläne für ein künftiges Nachkriegsdeutschland auszuarbeiten, wodurch im Oktober 1944 das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie" entstand. Dieses forderte die „Erziehung der Jugend im Geiste der wahren nationalen Ehre und des allgemeinen menschlichen Fortschritts, für das brüderliche, friedliche Zusammenleben der Nationen"[65]. Um diese Ziele zu erreichen, bildete die KPD im Exil Jungkommunisten aus, die nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine Politik nach sowjetischem Vorbild in Deutschland errichten sollten. Die Pläne der Moskauer Exil-KPD gingen so weit, dass die Schaffung „eine[r] breite[n], außerparteiliche[n] Massenorganisation"[66] der Jugend angestrebt wurde.

---

[63] Vgl. Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen" zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995, S. 36.

[64] Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen" zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995, S. 37.

[65] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S.17.

[66] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 34.

Nach sieben Jahren Kampfhandlung kapitulierte Deutschland am 8. Mai 1945 und der Zweite Weltkrieg war damit in Europa beendet. Am 10. Juni erließ die SMAD ihren Befehl Nr. 2, welcher die Partei- und Gewerkschaftsgründung auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone gestattete:

> „Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbestätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen."[67]

Daraufhin formierten sich CDU, SPD, LPD und KPD. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, die sich für die Gründung von Jugendausschüssen einsetze, welche die Jugend unter anderem für den Wiederaufbau mobilisieren sollten, verfügte keine der Parteien über ein jugendpolitisches Konzept. Für die Durchsetzung einer eigenen Jugendpolitik fehlte der KPD vorerst eine Mehrheit. Somit hielt sie sich stets vor Augen, dass sich ihre Vorstellungen nicht ohne die Sozialdemokratie, die als Juniorpartner fungieren sollte, realisieren lassen würden. Da das Interesse an der Integration der Jugend auf beiden Seiten bestand, beteiligte sich die SPD bei dem Aufbau der Jugendausschüsse. Parallel dazu begann sie jedoch mit der Konstituierung eigener Parteijugendgruppen.[68] Die Gründung des ersten Jugendausschusses fand in der zweiten Junihälfte 1945 in Berlin, mit Duldung der sowjetischen Besatzungsmacht, statt. Heinz Kessler, einer der Mitbegründer der FDJ und späterer Minister für Nationale Verteidigung, übernahm den Vorsitz.[69] Schon kurze Zeit später gründeten sich Ausschüsse in allen Teilen der

---

[67] Zit. nach Siegfried Suckut: Parteien in der SBZ/DDR 1945-1952, Bonn 2000, S. 5.

[68] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 18ff.

[69] Helmut Müller-Enbergs/Bernd-Rainer Barth: „Heinz Keßler", in: Helmut Müller Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 421.

Stadt. Am 31. Juli erfolgte ihre Legalisierung, und die Gründung anderer Jugendorganisationen wurde untersagt.[70]

> „In Verbindung mit den an die Sowjetische Militärverwaltung gerichteten Anfragen über die Schaffung von Jugendorganisationen hat der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall der Sowjetunion, Shukow, die Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees bei den Bürgermeistereien der großen und mittleren Städte gestattet, welche aus den aktivsten antifaschistischen Jungen und Mädel gebildet werden sollen. [...] Alle anderen Jugendorganisationen [...] sind außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees verboten.“[71]

Dadurch war ein Gründungsverbot für andere Jugendorganisationen und damit die Garantie der eigenen Monopolstellung erfolgt, da sich durch verschiedene nebeneinander existierende Vereinigungen die Kontrolle wesentlich erschwert hätte. Nicht alle befürworteten dieses Vorgehen. So hatte Walter Ulbricht noch am 25. Juni 1945 auf der ersten Nachkriegskonferenz die Neugründung einer ausschließlich kommunistischen Jugendorganisation ausdrücklich abgelehnt. Er erhob die Forderung, „daß eine einheitliche, freie Jugendorganisation entsteh[en]“[72] sollte. Um die Tätigkeit der Komitees zu koordinieren, kam es am 10. September zum Aufbau des „Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses für die sowjetische Besatzungszone (SBZ)“[73]. Doch auch ihm gelang es nicht, die Interessen und Ansprüche aller Jugendkomitees auf einen Nenner zu bringen, wodurch die Forderung nach einer eigenständigen einheitlichen Organisation entstand. Als die

---

70 Vgl. Helga Gotschlich/Michael Herms/Katharina Lange/Gert Noack: „Das neue Leben muss anders werden...“. Studien zur Gründung der FDJ, Berlin 1996, S. 19f.

71 Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995, S. 47.

72 Ulrich Mählert: Jugendpolitik und Jugendleben 1945-1961, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien zur Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags), Bd. III/2: Ideologie, Integration und Disziplinierung, Baden-Baden 1995, S. 1442-1488, hier: S. 1442.

73 Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 36.

Jugendausschüsse am 2./3. Dezember in Berlin tagten, wurde der Wunsch nach der „Schaffung einer einheitlichen Jugendbewegung ohne Unterschied der Konfession und Weltanschauung in ganz Deutschland, [der] ‚Freie[n] Deutsche[n] Jugend' laut"[74]. Auch Erich Honecker, damals Jugendsekretär des ZK der KPD[75], stellte sich hinter diesen Appell. Er richtete am 23. Januar 1946 ein Schreiben an Wilhelm Pieck, Franz Dahlem[76] und Walter Ulbricht, in welchem er die Genehmigung zur Konstituierung einforderte. Auch die Sozialdemokratie stand hinter diesem Ansinnen.[77] Auf seiner Moskaureise vom 28. Januar bis 6. Februar 1946 erhielt Ulbricht grünes Licht zur Gründung einer deutschen Jugendorganisation namens Freie Deutsche Jugend. Ein Spitzengespräch am 7. Februar 1946 machte deutlich, dass die Leitung der FDJ aus sieben Kommunisten und sieben Sozialdemokraten bestehen sollte, was eine formale Gleichberechtigung symbolisierte. Als die SMAD am 7. März 1946 dem Antrag des Zentralen Jugendausschusses entsprach, wurde die Gründung der Freien Deutsche Jugend bekannt gegeben.[78] Seinen Abschluss fand der Gründungsprozess der FDJ mit dem ersten Parlament zu Pfingsten (8. bis 10. Juni) 1946. Schon zu diesem Zeitpunkt existierte die Gleichberechtigung in der Leitung nicht mehr. Alle Schlüsselpositionen besetzten nunmehr Kommunisten. Lediglich zwei Sozialdemokraten waren geblieben: Edith Baumann und Friedl Lewin. Neben ihnen übernahmen Herbert Geisler (LDP) und Rita Wrusch (CDU)

[74] Vgl. Helga Gotschlich/Michael Herms/Katharina Lange/Gert Noack: „Das neue Leben muss anders werden...". Studien zur Gründung der FDJ, Berlin 1996, S. 32.
[75] Helmut Müller-Enbergs/Monika Kaiser: Erich Honecker, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 373-374, hier: S. 373.
[76] „Franz Dahlem": (14.01.1892-17.12.1981), Funktionär und Mitglied der Politbüros des ZK der SED, innerhalb der SED sehr populär, galt als Rivale von Walter Ulbricht, Mai 1953 Ausschluss aus dem ZK sowie Entbindung von allen Ämtern, wegen angeblicher „politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten und wegen nichtparteimäßigen Verhaltens zu seinen Fehlern"; Mitglied des Forschungsrates, 1972 Verdienstmedaille der NVA, 1977 großer Stern der Völkerfreundschaft, in: Helmut Müller Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 137- 138, hier: S. 137f.
[77] Vgl. Gert Noack: Die Jugendpolitik der KPD und die Gründung der FDJ, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links Schritt gehalten...". Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 70-81, hier: S. 79.
[78] Vgl. W. Arlt/K. Auerbach/G. Bandur u.a.: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, 2. Auflage, Berlin 1978, S.16.

ein Amt.[79] Es zeigte sich sehr schnell, dass ein parteiunabhängiger Jugendverband, wie ihn Erich Honecker propagiert hatte, nicht existierte, auch wenn sich die FDJ zu ihrer Gründung selbst als „überparteiische, demokratische Jugendorganisation“[80] bezeichnete, die für alle geöffnet sein sollte.

Für ihre Mitgliedschaft hatten die Jugendlichen verschiedene Gründe:

> „Für die Mehrzahl der in der FDJ organisierten Jugendlichen mag das Motiv der ‚Nützlichkeit’ für den Beitritt ausschlaggebend gewesen sein. [...] Das Bedürfnis, einen persönlichen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands zu leisten, sei es aus Scham ob der eigenen Verstrickung in das System als Soldat, Flakhelfer oder HJ-Führer, mochte für manch anderen maßgeblich gewesen sein.“[81]

Im Gegensatz zur Hitler-Jugend war die Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend fakultativ, zumindest formal. Die Zugehörigkeit konnte mit vierzehn Jahren beginnen und endete meist mit dem Abschluss der Ausbildung. Obwohl die Mitgliedschaft als optional galt, entschied die „gesellschaftliche Aktivität“ über jegliches Fortkommen. Nicht nur beim Eintritt in die Oberstufe und der Studienplatzvergabe, sondern auch bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen übte sie Einfluss aus.[82]

[79] Vgl. Gert Noack: Die Jugendpolitik der KPD und die Gründung der FDJ, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links Schritt gehalten...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 70-81, hier: S. 79.

[80] Barbara Hille: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1: A-M, 2.aktualisierte und erweiterte Auflage, Paderborn 1997, S. 280-282, hier: S. 280.

[81] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 47.

[82] Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1998, S. 114.

2.1.2 Ideologisierung der Freien Deutschen Jugend

Die Annäherung des Jugendverbandes an die SED begann 1946. Ab Ende 1947/Anfang 1948 erfuhr die Jugendpolitik der SED einen grundlegenden Wandel. Der bis dahin noch relativ unpolitische Jugendverband erlebte eine Ausrichtung an den marxistisch-leninistischen Vorstellungen. Den Jugendlichen wurde ihre Eigenständigkeit abgesprochen, da die Partei „von einer klassenspezifischen Interessenübereinstimmung mit der Erwachsenenwelt“ ausging.[83] Mit diesem Vorgehen hatte sich die SED mit der Jugendorganisation eine einflussreiche Politikebene geöffnet. Durch die FDJ schien die Möglichkeit gegeben, die Jugendlichen direkt zu erreichen, sie im Sinne der Partei zu erziehen und ihre Rolle als Verbündete im politischen Kampf zu stärken:

> „Wir brauchen zur Durchführung unserer Gesamtpolitik der Partei und unserer Staatspolitik diese Initiative der Jugend, damit sie uns mithilft, den großen Umschwung herbeizuführen, was mit den Erwachsenen allein nicht möglich ist.“[84]

Die Staatsführung hatte erkannt, dass eine gesellschaftliche Veränderung nur dann von Erfolg gekrönt ist, wenn sie von der gesamten oder zumindest von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung mitgetragen wird. Dies konnte nur möglich sein, wenn die Menschen die gewünschte politisch-ideologische Einstellung in sich trugen. Und wo konnte diese besser vermittelt werden als im jungen Erwachsenenalter, in dem ein großer Teil der Jugendlichen besonders aufnahmefähig ist?

An allen Universitäten und Hochschulen gründeten sich bis zum III. Parlament der FDJ (1. bis 5. Juni 1949), auf dem verstärkt die sozialistischen Ziele zum Vorschein

[83] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 63.
[84] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 62.

kamen, FDJ-Gruppen. Die Folge der Ideologisierung äußerte sich v.a. im Herausdrängen von Christen.[85] Die Organisation hatte sich zur Massenorganisation der Jugend entwickelt und den Anspruch, überparteilich zu sein, aufgegeben. Sie erkannte die Regierungsbeschlüsse der SED als Grundlage ihrer Arbeit an und bemühte sich um eine gute Zusammenarbeit mit anderen Massenorganisationen der DDR. Ihr oberstes Ziel bestand darin, die DDR-Jugend zu einem staatsbürgerlichen Bewusstsein im Sinne des Marxismus-Leninismus zu erziehen. Bereits ab 1951 übernahm sie die Heranbildung der Kaderreserve für die SED. Mitglieder der Jugendorganisation, die sich als besonders fähig erwiesen, wurden von der FDJ-Führung gefördert. Sie konnten innerhalb des Verbandes die Karriereleiter nach oben steigen und schließlich eine Position in der SED wahrnehmen, womit ihnen eine politische Karriere offen stand.

Als die SED im Frühjahr 1952 auf ihrer 2. Parteikonferenz den „Aufbau des Sozialismus“ beschlossen hatte, hatte sie auch der „Angleichung an die Sowjetunion“ den Weg geebnet.[86] Mit der Sowjetisierung legte die FDJ im Mai 1952 auf dem IV. Jugendparlament ihre „bis dahin getragene Maske der Überparteilichkeit“[87] ab. Im Juni 1952 resümierte Erich Honecker in dem Rechenschaftsbericht „Die junge Generation im Kampf für Frieden, Einheit und ein glückliches Leben.[…]“in der `Jungen Welt`[88], dass es dem Jugendverband als „ehrenvolle Aufgabe“ zufällt, „sich als treuer Helfer und Kampfreserve der Partei der Arbeiterklasse zu bewähren und die Regierung der Deutschen Demokratischen

[85] Vgl. Barbara Hille: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wils (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen demokratischen Republik. Band 1: A-M, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Paderborn 1997, S. 280-282, hier: S. 281.
[86] „Deutsche Demokratische Republik“, in: Microsoft® Encarta® 97 Enzyklopädie. © 1993-1996 Microsoft Corporation.
[87] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 170.
[88] Organ des Zentralrats der FDJ.

Republik vorbehaltlos in der Durchführung aller Maßnahmen zu unterstützen, die der Festigung und Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik" dienen.[89]

Doch diese nach SED-Definition „Kampfreserve" versagte gut ein Jahr später. Durch die Vernachlässigung der Gebrauchsgüterindustrie, den Aufbau der Schwerindustrie sowie die Normerhöhung kam es Anfang der 1950er Jahre unter den Arbeitern zur Aufruhr, die schließlich im Volksaufstand vom 17. Juni 1953 mündete. Die Parteiführung musste der Tatsache ins Auge sehen, dass sich viele Jugendliche dem Aufstand und den Streikenden angeschlossen und mit ihnen sympathisiert hatten. Dies stand im Gegensatz zu allen öffentlichen Meldungen, in denen es hieß, dass sich FDJ-Mitglieder zum größten Teil den Provokateuren entgegenstellten. Im Nachlass Otto Grotewohls fand sich dazu die folgende Analyse:

> „Für die Mehrzahl der Jugendlichen in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zugehörigkeit zur Freien Deutschen Jugend keine Herzenssache. [...] Eine kritische Betrachtung der FDJ-Arbeit offenbart auf den ersten Blick, daß diese viel zu starr, schematisch und eingeschachtelt ist, um den vielseitigen Interessen und Bedürfnissen der Jugend gerecht zu werden. [...] Der Apparat der Freien Deutschen Jugend ist steif, träge und verbürokratisiert. Er entspricht keinesfalls den Anforderungen einer schwungvollen, energischen und zielbewussten Jugendbewegung. [...] Hinzu kommt, daß die Fluktuation der Jugendlichen seit Jahren sehr stark ist. [...] Einmütig beschweren sich die Kreisleitungen über die schlechte Anleitung und Unterstützung von Seiten des Zentralrates und der Bezirksleitungen. [...] Das Jugendleben in der FDJ ist für die Mehrheit der Jugendlichen kein Anziehungspunkt, hat keine Zugkraft. Das sogenannte frohe Jugendleben ist verkrampft oder artet aus. [...] Eine wesentliche Ursache für die schlechte Lage in der Freien Deutschen Jugend ist die Überbetonung der Losung: Jugend soll von Jugend geleitet werden. [...] Es muß festgestellt werden, daß sich die Partei ungenügend

[89] Erich Honecker: Die junge Generation im Kampf für Frieden, Einheit und ein glückliches Leben. Rechenschaftsbereicht des Zentralrats der FDJ über Arbeit und Kampf der Freien Deutschen Jugend seit dem II. Parlament im Juni 1949, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, 6. Jahrgang/Nr. 89(A), 28. Mai 1952, S. 3.

> um die Jugend kümmert. [...] In den Grundorganisationen der Freien Deutschen Jugend machen sich die angeführten Mängel am stärksten bemerkbar. Die Partei nimmt nur wenig Einfluss auf das Gruppenleben. [...] Meiner Auffassung nach wäre es sehr zweckmäßig, den Genossen Honecker durch einen andren, fähigeren, erfahreneren Genossen zu ersetzen. Genosse Honecker genießt nach meinen Informationen kein großes Ansehen.“[90]

Diese Aussage beinhaltet ungewohnt scharfe Kritik. Auch die Funktionäre gehen nunmehr davon aus, dass die Arbeit der FDJ den eigentlichen Interessen der Jugendlichen nicht gerecht wird. Es wurde sogar die Absetzung Honeckers gefordert.

Drei Tage nach dem Arbeiteraufstand, am 20 Juni 1953 initiierte der Zentralrat der FDJ einen Aufruf an alle Jungen und Mädchen, und dankte den „Jugendlichen, die am 17. Juni verantwortungsbewusst und mutig an ihren Arbeitsplätzen den konterrevolutionären Putsch zurückwiesen und ihre Arbeit fortsetzten.“ „In zahlreichen Erklärungen und hervorraagenden Produktionstaten“, so weiter, „bekundeten die Jugendlichen und Kollektive aus den Betrieben ihr Vertrauen zur SED und zur Regierung der DDR“.[91]

2.1.3 Trotz Tauwetter und Selbstkritik zur „Kampforganisation“

Die FDJ und die Parteiführung hatten einsehen müssen, dass sie mit ihrem jugendpolitischen Konzept bei den jungen Erwachsenen auf wenig Zustimmung trafen. Dies ließ sich an den extrem hohen Flüchtlingszahlen ablesen. Bei circa 40 Prozent aller Personen, die der DDR den Rücken kehrten, handelte es sich um Jugendliche. Solch ein Eingeständnis wie das obige sowie die Forderung nach der

[90] Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 98f.
[91] Uwe Drewes/Horst Sieber: Zeittafel zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend Mai 1945 - Mai 1975, S. 22.

Absetzung Erich Honeckers, dem 1. Sekretär der FDJ, waren zu der damaligen Zeit ungewöhnlich.

1955 erkannte die Parteiführung, dass allein durch Propaganda der Republikflucht kein Einhalt geboten werden kann. Es begann die Zeit des politischen Tauwetters, das den gesamten Ostblock erreichte und die Hoffnung auf Reformen aufkommen ließ[92]. Ein Zeichen dafür ist auch die Tatsache, dass der Verband auf dem V. Parlament im Mai 1955 in aller Deutlichkeit zum Dialog und zur Auseinandersetzung aufrief:

> „Um das Gesetz der Kritik und Selbstkritik zur vollen Anwendung zu bringen, erachtet es die Statutenkommission für erforderlich, im Entwurf des Statuts den Mitgliedern nicht nur das Recht der Anwendung der Kritik und Selbstkritik zuzusichern, sondern sie zur Anwendung dieses Entwicklungsgesetzes zu verpflichten. Ohne Ansehen der Person ist gegen alle Mängel und Fehler, gegen Schönfärberei, Lobhudelei und Unterdrückung der Kritik zu kämpfen.“[93]

Auch die harsche Kritik an der Arbeit der Freien Deutsche Jugend auf dem 25. Plenum des ZK der SED, welches vom 24. bis 27. Oktober 1955 tagte, zeigte dies. Albert Norden, seiner Zeit Sekretär des Zentralkomitees der SED, hob als Ursache für den schlechten Stand der FDJ bei den Jugendlichen die viel zu bürokratische Arbeitsweise der Organisation hervor. Ferner vermerkte Norden, dass die Mehrzahl der jungen Menschen der Überzeugung sind, dass sie selbst durch ihre Tätigkeit innerhalb des Verbandes nichts bewirken können, da oftmals zu viel Misstrauen dem Vortragendem entgegen wehte, wenn er sich allzu frei äußerte und seinen

---

[92] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 110.
[93] Festigt die Einheit der jungen Generation. Aus dem Bericht der Statutenkommission des Zentralrats auf dem V. Parlament der FDJ, gegeben von Werner Felfe, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, 9. Jahrgang/Nr. 128, 1. Juni 1955, S. 5.

Gedanken freien Lauf ließ.[94] Solch herbe Kritik seitens eines ranghohen Funktionärs war erstaunlich. In seinen Verbesserungsvorschlägen fanden sich neben einer lebendigeren Freizeitgestaltung der Vorschlag für die Errichtungen von Beratungsstellen für Mode- und Ehefragen, der Dialog mit den Jugendlichen sowie eine Reformierung der gesamten Organisationsstruktur. Die Wirkung der Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Infolgedessen ordnete das Sekretariat des Zentralrates das Dekret „Schluss mit dem Papierkrieg“ an, welches es den FDJ-Leitungen untersagte schriftliche Berichte zu erlassen und solche zu verlangen. Dies lässt sich dadurch belegen, dass sich in den Archiven wenige Informationen aus der Zeit finden lassen. Weiter verlangte er, die Dauer und Anzahl der Sitzungen zu verkürzen. An die Mitarbeiter erging die Forderung, sich aktiv an dem Aufbau eines attraktiven Jugendlebens zu beteiligen.[95] Am deutlichsten tritt die Veränderung in der Jugendarbeit jedoch in dem Aufruf „An Euch alle, die ihr jung seid“ vom Februar 1956 hervor. Karl Schirdewan, damals Verantwortlicher für die Anleitung des Jugendverbandes und Kritiker von Walter Ulbricht, sparte nicht mit Selbstkritik und suchte nach den Ursachen:

> „Woran liegt es, daß es noch unter uns Menschen gibt, die bereit sind, alles zu nehmen, aber nichts zu geben, die sich an den Rand der großen Straße des sozialistischen Aufbaus stellen und die Gemeinschaft der schaffenden und um das bessere Leben ringenden Menschen an sich vorbeiziehen lassen?
> Wir haben diese Frage ernsthaft geprüft und wollen mit der Kritik an uns selbst, an den Funktionären der Freie Deutsche Jugend, beginnen.
> Erfüllt von der Richtigkeit unseres Weges schreiten wir voran, ohne nach rechts und links zu sehen, ob auch alle mitkommen. Viele unserer Jugendfreunde in den Sekretariaten unseres Verbandes verschreiben noch zuviel Papier und Tinte, wurden zu Bürokraten und

[94] Vgl. Peter Skyba: Die FDJ im Tauwetter-Tauwetter in der FDJ?, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 206-226, hier: S. 207.

[95] Vgl. Peter Skyba: Die FDJ im Tauwetter-Tauwetter in der FDJ?, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 206-226, hier: S. 210.

> Schulmeistern. Sie glaubten, leichtfertig an jedem Jugendlichen vorbeigehen zu können, der sich noch nicht mit den großen Ideen des gesellschaftlichen Fortschritts vertraut gemacht hatte. [...]"[96]

In diesem Aufruf wurde auf die üblich gewordenen „Zielsetzungen wie die der politisch-ideologischen Erziehung, das Studium des Marxismus-Leninismus und die sozialistische Bewusstseinsbildung"[97] verzichtet - nicht ohne Grund. Der Verband wollte sich möglichst attraktiv für die Jugendlichen präsentieren. Die Mitglieder sollten nicht von gebräuchlichen Formulierungen abgeschreckt, sondern für die Arbeit innerhalb der FDJ gewonnen werden. Angesprochen wurden nicht nur die eigenen Mitglieder, sondern alle Jugendlichen.

Die Zeit der Selbstkritik und des Reformkurses war ebenso schnell vorbei, wie sie gekommen war. Das Tauwetter hatte dazu geführt, dass einige Jugendliche die Politik der SED in Frage stellten oder sogenannte „dritte Wege" zwischen dem Sozialismus der DDR und dem Kapitalismus der BRD einschlagen wollten, wie dies der Aufstand in Ungarn im Herbst 1956 verdeutlichte.[98] Die von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Entstalinisierung ermöglichte auch anderen kommunistischen Staaten die Erhöhung des Drucks auf stalinistische Führungsgruppen. Am 23. Oktober 1956 brach mit einer Demonstration von Studenten, auf der Liberalisierung und demokratische Freiheiten gefordert wurden, in Ungarn die Revolution aus. Nachdem es zu Schießereien kam, griffen sowjetische Panzereinheiten ein und schlugen den Aufstand nieder,[99] folglich

[96] An Euch alle, die Ihr jung seid, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, 10. Jahrgang/Nr. 34, 9. Februar 1956, S. 4f.
[97] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 49.
[98] Vgl. Ulrich Mählert: Jugendpolitik und Jugendleben 1945-1961, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien zur Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags), Bd. III/2: Ideologie, Integration und Disziplinierung, Baden-Baden 1995, S. 1442-1488, hier: S. 1459.
[99] Vgl. „Ungarn", S. 770-771, in: Bertelsmann Lexikon Verlag (Hrsg.): Bertelsmann Lexikon Geschichte, Gütersloh 1996, S. 771.

konnte Walter Ulbricht im Frühjahr 1957 damit beginnen, die Jugendpolitik in eine neue Richtung zu bringen. Für die FDJ galt es, sich verstärkt ihrer sozialistischen Jugendarbeit zu widmen und Reformgedanken bereits im Keim zu ersticken. Sie sollte sich zur sozialistischen Kampfgemeinschaft entwickeln und den Sozialismus weiter aufbauen.[100] Daher wurde die Rolle der Freien Deutschen Jugend auf der 16. Tagung des Zentralrates am 15. April 1957 neu und sehr politisch festgeschrieben:

> „Die Freie Deutsche Jugend ist die sozialistische Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik. Sie vereint in ihren Reihen alle Jugendlichen, die treu zur Arbeiter-und-Bauernmacht stehen, die die Kühnheit besitzen, unermüdlich dafür zu kämpfen, daß alle jungen Menschen in einem sozialistischen Deutschland leben. Die Mitglieder der FDJ scheuen keine Opfer im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus."[101]

Am 11./12. September 1957 verabschiedete die FDJ ihr Hochschulprogramm. Diese neue Wegweisung beinhaltete ein klares Bekenntnis zur Politik der SED. Der Einfluss der Freien Deutschen Jugend wurde weiter gestärkt, auch dadurch dass sie eine zentrale Rolle in den Prüfungsausschüssen zugewiesen bekam.[102] Die politische Rolle der FDJ sowie ihre Funktion als „Kampfgemeinschaft" rückten immer mehr in den Vordergrund.

> „Wir halten es für notwendig, das Recht der Mitbestimmung der FDJ an den Universitäten und Hochschulen besser auszunutzen. Wir treten dafür ein, daß Vertreter der FDJ Sitz und

[100] Vgl. Die FDJ muß sozialistische Kampforganisation werden, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der FDJ, 11. Jahrgang/Nr. 89, 15. April 1957, S. 1.
[101] Peter Hübner: Die FDJ als politische Organisation und sozialer Raum, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links Schritt gehalten...". Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 58-69, hier: S. 58.
[102] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 89.

beratende Stimme in den Senaten, Räten der Fakultäten und Fachrichtungsleitungen erhalten, um die Interessen der Studenten besser wahrnehmen zu können."[103]

Walter Ulbricht hob hervor, dass „die FDJ […] nur dann die ganze Masse der Jugend führen [kann], wenn sie weiß, wie diese Jugend denkt, womit sie sich beschäftigt, welche Interessen sie hat"[104]. Das registrierte der Jugendverband nicht. Oder wie sollte sich sonst der hohe Anteil an Jugendlichen unter den Flüchtenden erklären?

Das Auf- und Ab in der Jugendpolitik war lange noch nicht beendet. Am 7. Februar 1961 hatte das Politbüro sein Jugendkommuniqué verabschiedet, welches festschrieb, dass keinem Jugendlichen Nachteile entstehen dürfen, wenn er nicht Mitglied der FDJ ist. Mit dem Kommuniqué versuchte die SED auf den wachsenden Flüchtlingsstrom zu reagieren. Auch die FDJ hatte erkennen müssen, dass ihr die Mitglieder davon liefen und dass jene, die die Mitgliedschaft wahrnahmen, dies nur mit halben Herzen taten. Das Konzept aber griff nicht.

Da beachtlich viele junge Menschen in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten, löste 1961 der „antifaschistische Schutzwall", wie ihn die Staatsführung nannte, vor allem unter der jungen Bevölkerung Proteste aus. Der Bau der Mauer brachte eine Verschärfung der politischen Ansichten der Jugendlichen mit sich, da Pro und Kontra der herrschenden Staatsideologie nun besonders deutlich aufeinander prallten.

Der XXII. Parteitag der KPdSU trieb die Entstalinisierung weiter voran, wodurch der Boden für ein neuerliches Reformwerk geebnet wurde. Walter Ulbricht

[103] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 135.
[104] Die FDJ muß sozialistische Kampforganisation werden, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der FDJ, 11. Jahrgang/Nr. 89, 15. April 1957, S. 1.

propagierte auf dem VI. Parteitag daraufhin die Konzeption der Modernisierung der Planwirtschaft, welche „eine gewisse Selbstregulierung auf Grundlage des Plans“[105] zum Ziele haben sollte und bestimmte Freiräume in Aussicht stellte. Der „selbstständig denkende, verantwortungsbewußt handelnde, entscheidungsfreudige Menschen sowie eine realistische Darstellung und Bewertung der ökonomischen Fakten und Bedingungen“ sollten nunmehr im Mittelpunkt stehen und „Konflikte […] ausgetragen werden“.[106] Doch auch diese Reformansätze fand bald ein jähes Ende, diesmal mit Leonid Breschnew, welcher im Oktober 1964 die Nachfolge von Nikita Chrutschtschow angetreten hatte und den Kurs der Entstalinisierung für beendet erklärte. Mit dem 11. Plenum des Zentralkomitees, dem so genannten „Kahlschlagplenum“, welches den Inhalt bereits erahnen lässt, lief „die Phase relativer Liberalität“[107] aus. Zunächst wurden die Medien wie DT64 sowie die DEFA herber Kritik ausgesetzt. Die Beanstandung ging so weit, dass zahlreiche Filme, wie „Das Kaninchen bin ich“ oder „Denk bloß nicht, ich heule“, auf den Index gesetzt und verboten wurden, da es „[i]n diesen Kunstwerken Tendenzen […] der Verabsolutierung der Widersprüche, der Mißachtung der Dialektik der Entwicklung, [und] konstruierte Konfliktsituationen“ gab. Schriftstellern warf der Staat ihre Meinung vor, „daß die sozialisische Erziehung nur durch summierte Darstellung von Mängeln und Fehlern erfolgreich sein kann“, wobei die Staatsführung besonders auf Wolf Biermann und Stefan Heym einging. Aber auch Mängel in der Jugenderziehung kamen zur Sprache:

> „Es gibt auch Mängel in der Erziehung der Jugend, vor allem der studierenden Jugend. Wir halten es für dringend notwendig, der Jugend das Verständnis für die Geschichte unseres Volkes und für den historischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei zu

[105] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 149.
[106] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 149.
[107] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 53.

> vermitteln, sie zum vaterländischen Denken zu erziehen, in der gesamten Jugend die Liebe zur Deutsche Demokratische Republik zu pflegen und an die Jugend hohe Anforderungen beim Lernen und im Beruf zu stellen. Es ist eine falsche Methode, sich mit jungen Menschen vor allem darüber zu unterhalten, was am Sozialismus alles falsch ist.“[108]

Als Ursache für diese Tendenzen führte Erich Honecker drei Punkte an: das ungefestigte marxistisch-leninistische Weltbild, die ungenügende „Kenntnis der Wissenschaftlichkeit und Kontinuität der Politik der Partei“ und schließlich die „Position des philosophischen Skeptizismus“. Die Lösung bestand für die Partei darin, dass die „ideologische Kampfbereitschaft“ „in den Parteiorganisationen der künstlerischen Institutionen und Verbände, an den Universitäten, Hochschulen und Schulen, im Rundfunk, Fernsehen, in der DEFA und in den Presseorganen“ verschärft würde.[109]

Die FDJ reagierte durch Horst Schumacher mit scharfer Selbstkritik und bemerkte, dass „[d]er Zentralrat […] die Zusammenhänge nicht durchschaut [habe], [und] erst die Hilfe aus dem ZK der SED […] den Durchbruch gebracht [habe].“ Schumacher fuhr fort, „daß der FDJ-Basis leichtfertig eine grundfalsche Orientierung vermittelt wurde“ und kam zu dem Schluss, dass „[d]er Jugendverband […] ideologisch ‚gestählt’ werden [müsse]“.[110] In diese Zeit der verschärften Ideologisierung fällt die komplette Umgestaltung des Hochschulsektors durch die Dritte Hochschulreform.

Gegen Ende der 1960er Jahre verfügte Walter Ulbricht über keinen starken Rückhalt mehr in der Partei. Vor allem Erich Honecker, der eine jüngere Generation

[108] Berichterstattung von Erich Honecker auf der 11. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965, zit. nach Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte -Organisation - Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 678-690, hier: S. 684.
[109] Berichterstattung von Erich Honecker auf der 11. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965 (Auszug), in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation - Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 678-690, hier: S. 682ff.
[110] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 172.

verkörperte, betrieb beharrlich seine Ablösung, die im „Rücktritt“ Ulbrichts aus „Altersgründen“ am 3. Mai 1971 mündete. Honecker, der sich selbst gern als Freund der Jugend sah, trat vor eine Jugend, die weit weniger systemkritisch war. Bereits 22 Jahre hatte die DDR nun Bestand. Ein großer Teil der jungen Erwachsenen war mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR vertraut und arrangierte sich mit ihnen. Sie waren oftmals bereits in dem Staat geboren, was aber nicht bedeutet, dass alles, was die Parteiführung vorgab, bei ihnen auf fruchtbaren Boden fiel. Die personelle Erneuerung spiegelt sich auch im Verband wider. 1973 hatte Egon Krenz den bis dahin als 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ amtierenden Günther Jahn abgelöst, der 1967 die Nachfolge von Horst Schumacher angetreten hatte.[111]

2.1.4 Hoffen auf Entspannung

Mit dem Beginn der KSZE-Gespräche in Helsinki im Sommer 1973 und durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 begann sich unter der Bevölkerung der DDR Hoffnung auf Lockerung der politischen Verhältnisse einzustellen. Durch die Annahme dieses Dokumentes bestätigte die DDR, die als gleichberechtigter Partner an den Gesprächen in Skandinavien teilgenommen hatte, den Inhalt und verpflichtete sich zu der Erfüllung folgender Prinzipien: Achtung der Souveränität, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Territoriale Integrität der Staaten, Friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Staaten, Staatliche Zusammenarbeit und Erfüllung von völkerrechtlichen Pflichten.[112]

[111] Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Günter Jahn, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2006, S. 387.
[112] Vgl. Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975, in: Bayrische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dokumente zu Deutschland 1944-1994, 2. Auflage, München 2000, S. 174-177.

Die Aufhebung der „internationale[n] Isolierung“[113] der Deutschen Demokratischen Republik stellte die Folge der Unterzeichnung dar. Sie ermutigte die Bevölkerung, auf Verbesserungen und Erleichterungen zu hoffen.[114] Doch Entspannung setzte nicht ein. Vielmehr begann die SED-Führung, sich verstärkt gegen die westliche Welt abzuschotten. Die Partei vermutete, dass durch den Verkehrsvertrag von 1971 und den Grundlagenvertrag 1972 zu sehr der Eindruck entstanden sei, die DDR würde von ihrer bisherigen Politik Abstand nehmen. Im Ergebnis erfolgte eine verschärfte Abgrenzung, die sich beispielsweise durch die neue Verfassung 1974 manifestierte. Die Verfassungsrevision bezeichnete die DDR nun nicht mehr als einen sozialistischen Staat deutscher Nation, sondern vielmehr als einen sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern.[115] Das Wort „deutsch“ verschwand aus nahezu allen Bezeichnungen.

Eine weitere Folge war die Diskussion um ein erneutes, 3. Jugendgesetz („Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutsche Demokratische Republik“). Es wurde im Januar 1974 von der Volkskammer verabschiedet, trat am 28. Januar 1974 in Kraft und hatte Bestand bis zum Zusammenbruch der DDR. Weiter sollte es dazu beitragen, „das Weltbild der Jugend im Sinne des Sozialismus noch umfassender zu formen, ihre internationalistische Haltung zu stärken, ihre Initiative zu entwickeln, an der Lenkung des Staates noch besser teilzunehmen und ihr gesamtes Leben froh, sinnvoll und optimistisch zu gestalten“. Das Jugendgesetz, so betonte die FDJ immer wieder, war unter der Leitung der FDJ von den Jugendlichen selbst ausgearbeitet wurden.[116] Dass der Verband nicht wirklich die

[113] Eckhard Jesse: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1997, S. 43.
[114] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 202.
[115] Vgl. Verfassung der DDR von 1974.
[116] Vgl. Jugend-Bahnbrecher des Neuen. Rede von Horst Sindemann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrates der DDR, zur Begründung des Jugendgesetzes, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der FDJ, 28. Jahrgang/Nr. 25A, 29. Januar 1974, S. 3f.

Interessen der Jugend vertrat, zeigte sich darin, dass sich das Gesetz nicht wesentlich von den vorhergehenden unterschied. Die Verordnung schrieb abermals die eng miteinander gekoppelten Rechte und Pflichten eines jeden FDJ-Mitglieds fest. Der Einzelne besaß nicht nur das Recht, sondern zugleich auch die Pflicht zur Arbeit. Bereits auf dem V. Parlament der FDJ 1955 wurde der FDJ-Grundsatz niedergeschrieben, dass „die Pflichten und Rechte eines Mitglieds der Freie Deutsche Jugend […] auf das engste miteinander verbunden [sind]“[117]. Die SED betonte, mit diesem Gesetz würde der Grundsatz, „der Jugend Vertrauen entgegenzubringen und ihr Verantwortung zu übertragen“, ausgebaut, sie hob die „Mitarbeit an [der] internationalen Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Sozialismus“, die „umfassende[n] Rechte und Aufgaben zur Mitgestaltung der sozialistischen Demokratie“, die Erhöhung der eigenen Verantwortung, die sinnvolle Freizeitgestaltung, die „planmäßige Verbesserung der Arbeits- Lern- und Lebensbedingungen“, die „Erhöhung des Niveaus der Planung der staatlichen Aufgaben sozialistischer Jugendpolitik“, die Verantwortung der Funktionäre in Staat und Wirtschaft „für die sozialistische Entwicklung der Jugend“, die Mitwirkung der Jugend an der Zusammenarbeit mit der SU sowie die Verantwortung der Eltern für die sozialistische Erziehung hervor.[118] Zu den weiteren Verpflichtungen der Jugendlichen zählten der Wehrdienst sowie die vormilitärische Ausbildung.[119]

> „Die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft ist Recht und Ehrenpflicht aller Jugendlichen. Aufgabe der Jugend ist es, wehrpolitische Bildung, vormilitärische Kenntnisse und Fertigkeiten zu erweben sowie

[117] Festigt die Einheit der jungen Generation. Aus dem Bericht der Statutenkommission des Zentralrats auf dem V. Parlament der FDJ, gegeben von Werner Felfe, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, 9. Jahrgang/Nr. 128, 1. Juni 1955, S. 5.

[118] Jugend-Bahnbrecher des Neuen. Rede von Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrates der DDR, zur Begründung des Jugendgesetzes, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der FDJ, 28. Jahrgang/Nr. 25A, 29. Januar 1974, S. 3f.

[119] Vgl. Babara Hille: Jugend und Jugendpolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 425-428, hier: S. 427.

> in der Nationalen Volksarmee und den anderen Organen der Landesverteidigung zu dienen.“[120]

Der Nato-Doppelbeschluss sowie der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979, die polnische Krise 1980/81 und der Boykott der Olympischen Spiele durch die USA, die Bundesrepublik und andere Staaten 1980 in Moskau sorgten dafür, dass die Situation auf dem politischen Parkett zu Beginn der 1980er Jahre gespannt blieb.[121] Auch der Inhalt der Geraer Forderungen von Erich Honecker vom 13. Oktober 1980 trug nicht zur Entspannungspolitik bei. Anders als bei diesen politischen Forderungen sah das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten in ökonomischer Hinsicht aus. So gewährte die BRD der DDR zwischen 1983 und 1984 zwei Kredite in Milliardenhöhe, die den SED-Staat zunächst vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahrten.

2.1.5 Von der verpassten Chance zum Zusammenbruch

Zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich in der DDR eine neue eigenständige Jugendbewegung, die sich im Auftreten von „Punks und Autonome[n]“[122] sowie in einer vermehrten kirchlichen Jugendarbeit niederschlug. Auch die aufkommende Friedensbewegung, die sich im Schutz der vor allem evangelischen Kirche entwickeln konnte, sorgte sowohl in Partei als auch im Jugendverband selbst für Unruhe. Die FDJ bemühte sich zunächst darum, „die autonome Friedensbewegung zu vereinnahmen. Sie duldete deren Losungen und Aktionsformen, übernahm sogar manches selbst und versuchte, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen“[123], was nicht von Erfolg gekrönt war und vor allem den Kirchen einen vermehrten Zulauf

[120] Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 204f.
[121] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 216.
[122] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 230.
[123] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 231.

bescherte. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein Konzert zu Pfingsten 1987 vor dem Berliner Reichstag, bei welchem auch zahlreiche Jugendliche aus dem Ostteil der Stadt zur Mauer zogen und dabei Parolen wie „Die Mauer muss weg“ oder „Wir wollen Freiheit“ riefen und damit ihre eigene Verhaftung in Kauf nahmen.

1987 war Erich Honecker auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere, als ihm bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik alle politischen Ehren eines Staatsoberhauptes zuteil wurden. Im gleichen Jahr entstand das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, besser bekannt als SED-SPD-Papier“ zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. In dem Abkommen gestanden sich die Parteien gegenseitig zu, „reform- und friedensfähig“ zu sein. Auch die Forderung nach einer politischen Streitkultur wurde aufgestellt. Trotz dieses Widerspruches von Theorie und Praxis unterzeichnete auch die SED das Dokument.[124] „Reform“ und „Friedensfähigkeit“ standen bei der SED weiterhin nicht auf der Tagesordnung. Während sich die Menschen in der DDR zunehmend zu Glasnost und Perestroika hingezogen fühlten, war das Verhalten des Jugendverbandes weiter antiquiert:

> „Die FDJ konstatierte in schöner Regelmäßigkeit eine stabile politische Lage unter den Jugendlichen. Die Verbandsarbeit sei erfolgreich, anstehende Probleme würden ‚einer Lösung zugeführt’. Das ‚neue Denken’ in Moskau, das seit Herbst 1985 zunächst auf außenpolitischem Gebiet sichtbar geworden war, hinterließ in der DDR kaum Spuren. Alles sei in Ordnung, hieß es, und in Anlehnung an eine der für Erich Honecker typischen Redewendungen: Das Erreichte ist noch nicht das Erreichbare. [...] Das SED-Politbüro diktierte weiterhin, was zu geschehen hatte, und der FDJ-Zentralrat gehorchte, wie seit vielen Jahren und trotz einiger intern geäußerten Bedenken.“[125]

[124] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 230ff.
[125] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 241.

Ende der 1980er Jahre verschärfte sich die Situation zunehmend. Mehr und mehr Menschen begannen, sich im Schutz der Kirche zu engagieren. Ihr Potential wuchs stetig, und die Verhaftungen nahmen ein erhebliches Ausmaß an. Als wohl das bekannteste Beispiel hierfür kann die Stürmung der Berliner „Umwelt-Bibliothek" im Jahr 1988 herangezogen werden, bei der zahlreiche Personen in Haft gerieten, aufgrund großer Proteste kurze Zeit später wieder frei kamen. Fest steht, dass die Partei und mit ihr diverse Organisationen und Vereinigungen wie die FDJ die Situation nicht erkannten und auf Warnhinweise und -signale unzureichend reagierten, obwohl sich diese nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch und sozial äußerten. Vor allem das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig wies „auf die sich rapide verschlechternden Trends bei den Stimmungen und Meinungen zur innenpolitischen Situation hin". Es sagte bereits Ende 1988 „einen explosiven Ausbruch voraus"[126]. Mehr dazu später in dieser Arbeit. Am 21. November 1988 schrieb der Direktor des Zentralinstituts Walter Friedrich in einer Expertise an Egon Krenz:

> „Wäre der Austritt aus der FDJ folgenlos, würden die Jugendlichen heute gewiß massenhaft den Jugendverband verlassen. Er entspricht in seinen Organisationsformen, teilweise auch in den Inhalten und der Sprache, zu wenig der veränderten Mentalität der gegenwärtigen Jugend. Sie fühlen sich hier zu sehr fremdbestimmt."[127]

Friedrich resümierte, dass Jugendliche selbständig handeln und „schöpferisch denken" sollten und sich die Parteiführung nicht wundern darf, „wenn sie (und nicht

---

[126] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 249.

[127] Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR", in: Stephan, G.-R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!". Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 39-53, hier: S. 45.

nur die heutige Jugend) von diesen Fähigkeiten/Kompetenzen aktiv, allerdings auch auf ihre Weise Gebrauch mach[en]“.[128]

Die Beratungen des Sekretariats des FDJ-Zentralrats im Februar 1989 ließen erstmals Hoffnung auf Einsicht und Neuerungen aufkommen. Das Thema beider Konferenzen war die „politisch-ideologische Situation der Jugend“. Als Ergebnis ging das Ergebnisprotokoll am 28. Februar 1989 hervor, welches für das Beispiel Rostock subsumierte, „daß einer realen Lageeinschätzung über das Denken und Handeln der Jugendlichen im Verantwortungsbereich der Bezirksleitung ausgewichen wurde“ und stattdessen „Wunschvorstellungen“ regierten.[129] Doch Taten folgten dieser Einsicht nicht.

Im Sommer 1989 ließen sich schließlich die Veränderungen nicht mehr aufhalten. Die Ausreisewelle, die vom Jugendverband selbst erst im September 1989 besorgt wahrgenommen wurde, nahm immer stärkere Züge an. Die FDJ musste erkennen, dass vermehrt Kritik an den Massenmedien geübt wurde, der Autoritätsverlust Honeckers unausweichlich war, Gorbatschows Sympathien bedeutend stiegen und die ökonomische Situation immer mehr in den Mittelpunkt der Unmutäußerungen rückten.[130] Auch wenn die Dialogbereitschaft in der Organisation selbst nicht vorhanden war, existierten doch interne Materialien über die tatsächliche Verbandssituation, die wesentlich kritischer zur wirklichen Situation Stellung nahmen. Schließlich sollten die FDJ-Bezirksleitungen regelmäßig den 1. Sekretär des Zentralrats über die aktuelle Lage innerhalb der Bezirksorganisationen informieren und dabei einzugehen,

[128] Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. November 1988: „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“, in: Stephan, G.-R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 39-53, hier: S. 49.
[129] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 253.
[130] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 256ff.

> „1. auf Meinungen und Fragen der Jugendlichen, auf Tendenzen im Meinungsbild unter der Jugend zur Innen- und Außenpolitik und auf Gerüchte
> 2. auf Meinungen und Fragen der FDJ-Mitglieder zur Verbandsarbeit und auf Diskussionen in Mitgliederversammlungen.“[131]

Erst am 9. Oktober 1989 wandten sich Eberhard Aurich, 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Wilfried Poßner, Vorsitzender der Pionierorganisation, und Gerd Schulz, Leiter der Abteilung Jugend im ZK der SED, mit ihrer „Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend-Schlussfolgerungen für die weitere Vorbereitung des XII. Parteitages der SED und des XIII. Parlaments der FDJ“ an Erich Honecker.

> „Zu den berechtigten Bedürfnissen Jugendlicher die nicht genügend befriedigt werden, gehören: Jugendmode [...]-Sportbekleidung [...]-Kinderbekleidung [...]-Mopeds [...]-Fahrräder [...]-Unterhaltungselektronik [...]-Möbel [...]-Computer [...]-Lebensmittel [...]. Sie verweisen auch auf solche Tatsachen wie die oft grauen Häuser, schlechte Straßen, verschmutzte Eisenbahnzüge, den Zustand von Sanitäreinrichtungen, die schlechte Versorgung auf Zeltplätzen und in Urlaubszentren. [...] In Mitgliederversammlungen und in Zirkeln des FDJ-Studienjahres wird zu wenig eine ehrliche Offenheit der Fragestellung und Diskussion gefördert, so daß sich nach und nach bei vielen der Eindruck von Langeweile und wenig Nützlichkeit prägt, was durch neue Aufgaben und Impulse in der späteren FDJ-Zeit schwer wieder aufzubrechen ist. [...]. Jugendliche stört an ihrer FDJ unter anderem das teilweise inhaltsleere Reden ihrer eigenen Funktionäre, die ihre Gedankenwelt nicht erfassen, der formelle Ablauf vieler Veranstaltungen [...], die fehlende freie Rede untereinander, die ‚Vorabnahme’ von Diskussionsbeiträgen und die zu geringen Möglichkeiten, an der Gestaltung der FDJ-Aktivitäten selbst mitzumachen [...].“[132]

Eine abgeschwächte Form wurde angenommen und veröffentlicht. Honecker fühlte sich massiv angegriffen. Doch wie inkonsequent dieses Schreiben tatsächlich war, belegt die Aussage Aurichs am 31. Oktober 1989:

---

[131] Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR Freiburg Br. 1997, S. 56.
[132] Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 263f.

> „Selbstverständlich erkennen wir die Führungsrolle der SED an, Beschlüsse der SED werden wir auch künftig zum Ausgangspunkt von Überlegungen und eigenen Beschlüssen der FDJ machen.“[133]

Der Druck auf Erich Honecker durch das Politbüro wuchs stetig. Am 18. Oktober schließlich musste er zurücktreten; kurz darauf folgte der Ausschluss aus der Partei. Die Nachfolge trat Egon Krenz an, der eine jüngere Generation verkörperte. Doch auch mit Krenz war der Verfall der Macht nicht mehr aufzuhalten. Immer mehr Menschen gingen auf die Straße und demonstrierten für ihre Freiheit und demokratische Rechte. Am 7. November 1989, zwei Tage vor der Maueröffnung, versuchte der sozialistische Jugendverband das Steuer noch herum zu reißen und sich den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen, was der Beschluss des Sekretariats des FDJ-ZR „Nach selbstkritischer Bilanz auf der 12. Tagung der Zentralrats. Für eine neue FDJ“ widerspiegelt. Darin hieß es:

> „Aktuelle Forderungen des Sekretariats des Zentralrats der FDJ: Analyse der Ursachen der Krise in der DDR, Einberufung der Volkskammer, eine neue Regierung mit dem Gesicht zum Volke, Anerkennung der Bürgerbewegungen, die sich zur Verfassung bekennen, zeitlich reduzierte Wehrpflicht und ziviler Ersatzdienst, Demokratie, überall Wahrheit und Offenheit, Recht auf freie Meinungsäußerung überall und gegenüber jedermann, Wirtschaftsreform [...], Reform des Bildungswesen [...], mehr Zuwendung für Sorgen junger Leute [...], eine singbare Nationalhymne der DDR, Neugestaltung der Jugendweihe.“[134]

Die FDJ versuchte sich immer mehr den neuen Gegebenheiten anzupassen und sich als offene Jugendbewegung zu repräsentieren, was dem Verband aufgrund seiner Vergangenheit, der veralteten Strukturen und der eigenen Unglaubwürdigkeit nicht gelang. Auch der Rücktritt des ersten Sekretärs der FDJ, Eberhard Aurichs, konnte

---

[133] Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR Freiburg Br. 1997, S. 56.

[134] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 268.

daran nichts mehr ändern. Auf ihrem Brandenburger Kongress am 27./28. Januar 1990 wurde ein neuer, veränderter Programmentwurf vorgestellt, der die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder erhielt. Um den „Neuanfang“, laut FDJ, zu verdeutlichen, gab sich die Organisation einen neuen Namen: „fdj“. Zu mehr Erneuerung reichte es nicht. Den Vorsitz übernahm die bisherige 1. FDJ-Sekretärin der Stadtbezirksleitung Magdeburg-Nord, Birgit Schröder. Für die Volkskammerwahl wurde zusammen mit der „Deutschen Jugendpartei“, der „Grünen Jugend“ und dem „Marxistischen Jugendverband Junge Linke“ die Alternative Jugendliste geschaffen, die allerdings lediglich 0,13 Prozent der Stimmen und somit keinen Sitz erhielt. Im März löste sich die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ auf. Auch der Niedergang des Jugendverbandes ließ sich nicht mehr aufhalten.[135]

2.2 Politische Stellung

Die FDJ stellte „neben dem staatlichen System, v.a. dem Bildungssystem, das zweite, gleichsam ‚gesellschaftliche’ Instrument der Jugendpolitik der SED dar“[136]. Sie erhielt alle Erziehungsaufgaben, die über die staatlichen Möglichkeiten hinausgingen sowie ökonomische Verpflichtungen und die Heranbildung der Kaderreserve für die Staatspartei.[137] Er galt als „einheitliche sozialistische Massenorganisation der Jugend der DDR“[138], wobei unter dem Begriff der Massenorganisation die „Vereinigung von Bürgern auf der Grundlage der

---

[135] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 270ff.
[136] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 33.
[137] Vgl. „Sozialistische Jugendpolitik“, in: Horst Ebert/Walter Friedrich/Werner Haltinner u.a. (Hrsg.): Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin 1975, S. 245-246, hier: S. 245f.
[138] „Sozialistische Jugendpolitik“, in: Horst Ebert/Walter Friedrich/Werner Haltinner u.a. (Hrsg.): Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin 1975, S. 245-246, hier: S. 76.

Freiwilligkeit der Mitgliedschaft [...] unter Führung der Partei der Arbeiterklasse“[139] verstanden wurde. In der Begründung des Status einer Massenorganisation für den Verband der DDR-Jugend hieß es:

> „Erstens kann die Jugend [...] ihre Rolle als Träger der kommunistischen Zukunft nur erfüllen, wenn sie durch die Kommunisten entsprechend vorbereitet wird. Und zweitens kann die Jugend ihre Lebensinteressen nur an der Stelle und unter der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung verwirklichen.“[140]

Neben der FDJ genossen diese Stellung Organisationen wie die Einheitsgewerkschaft FDGB, die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) oder der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD). Zu der Rolle von Massenorganisationen nahm Artikel 3 der Verfassungen von 1968 und 1974 Stellung:

> „(1) Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik seinen organisierten Ausdruck.
> (2) In der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik vereinigen die Parteien und Massenorganisationen alle Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Handeln für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Dadurch verwirklichen sie das Zusammenleben aller Bürger in der sozialistischen Gemeinschaft nach dem Grundsatz, daß jeder Verantwortung für das Ganze trägt.“[141]

Als Massenorganisation hatte der Verband der Jugend entsprechende Rechte und Pflichten, die in den Jugendgesetzen niedergelegt waren. Dazu zählten eine „Vielzahl von Mitwirkungs-und Konsultations-, Vorschlags- und Kontrollrechte in Fragen und Bereichen, die die Jugend betreffen“, aufgrund derer die FDJ auch in der

[139] „Massenorganisation”, in: VEB Bibliographisches Institut Leipzig (Hrsg.): Meyers Kleines Lexikon in drei Bänden, zweiter Band: Glocke-Pallas, Leipzig 1968, S. 652.
[140] Zit. nach: Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 23.
[141] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1968, Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1974, in: www.documentarchiv.de

Volkskammer, den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen, den Gemeindevertretungen sowie in den Stadtbezirksversammlungen vertreten war. Für die Sitzverteilung gab es einen festgesetzten Schlüssel, welcher die Sitzverteilung beispielsweise in der Volkskammer bereits vor der Wahl festlegte.

> „Bis zur politischen Wende im Herbst 1989 gab es nie Konkurrenz zu dieser Einheitsliste, obwohl die Wahlgesetze sie theoretisch zuließen. Die 400, später 500 Abgeordneten der Volkskammer wurden nach einem vor der Wahl festgelegten Schlüssel unter den Parteien und Organisationen der Einheitsliste verteilt. Die Dominanz von SED-Mitgliedern in den Massenorganisationen, z. Bsp. der FDJ, garantierte, dass die Einheitspartei im Parlament stets über die klare Mehrheit verfügte.“[142]

So gehörten 1989 beispielsweise 37 FDJler, was 7,4 Prozent der Abgeordneten entsprach, der Volkskammer an.[143]

Als sozialistische Massenorganisation genoss die FDJ den in dieser Position üblichen strafrechtlichen Schutz. So konnten Streitigkeiten mit FDJ-Mitgliedern bis zu drei Jahre Haft einbringen (Art. 214 StGB der DDR), die Kritisierung des Jugendverbandes laut Art. 220 StGB der DDR als „öffentliche Herabwürdigung“ mit bis zu drei Jahren betraft werden. Die Missachtung der Symbole hatte bis zu zwei Jahre Gefängnis zur Folge (Art. 222 StGB der DDR), die Beschädigung von Bekanntmachungen der Freien Deutschen Jugend wurde mit einer Geldstrafe geahndet (Art. 223 StGB der DDR). Demnach war die „Kritik am Jugendverband und dessen Grundsätzen und Zielen, Vertretern und Aktivitäten […] im Wortsinne verboten und unter Strafe gestellt“[144].

[142] Volkskammerwahl (DDR) 1990, in: www.wahl.tagesschau.de
[143] Vgl. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, 35. Jahrgang, Berlin 1990, S. 401.
[144] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 34ff.

„[D]ie Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur Rolle der Jugend beim Aufbau der kommunistischen“ Gesellschaft bildeten die theoretischen Grundlagen der Aufgaben der FDJ. Für die praktische Tätigkeit der FDJ dienten die Beschlüsse der SED das Fundament. Die Dekrete und Direktiven der Staatspartei galten für den Jugendverband als bindend, Abweichungen und Eigeninitiativen als unmöglich. „[A]lle zu erreichen, jeden zu gewinnen und keinen zurückzulassen“, so lautete die Devise. Optional war die Mitgliedschaft im Verband, das wurde immer wieder betont. Da sie über jegliches Fortkommen entschied, war die Zugehörigkeit jedoch unumgänglich, wenn beispielsweise der Besuch von Oberschule, Hochschule oder Universität angestrebt wurde. Für die Aufnahme existierten zahlreiche Bedingungen. So lag das Mitgliedsalter zwischen 14 und 25 Jahren, wobei das Höchstalter 1981 aufgehoben wurde. Die Anerkennung des Status der FDJ sowie deren Beschlüsse zählten ebenso dazu wie die aktive Mitarbeit in einer Grundorganisation des Jugendverbandes.[145] Da sich die DDR-Führung jedoch sehr dafür interessierte, alle Jugendlichen zu erreichen und die Mitgliedszahlen ständig zu erhöhen, war jedes Mitglied willkommen, und eine Entlassung aus dem Jugendverband wegen unzureichender aktiver Mitarbeit nicht an der Tagungsordnung.

Die Freie Deutsche Jugend unterstand der SED, wodurch Verbindungen zwischen beiden Organen überall anzutreffen waren. Die Abhängigkeit und enge Verzahnung mit der SED spiegelt sich auch im Zusammenbruch der DDR wider.

2.3 Programme und Statuten

Auf der ersten Konferenz der FDJ am 26. und 27. April 1946 schrieb die Organisation ihr Programm fest. Inhaltlich nahm es in 20 Paragraphen Stellung zu

[145] Zit. nach: Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 23f.

Mitgliedschaft, Organisation und Aufbau. Des Weiteren schloss das Statut „Die Grundrechte der jungen Generation“ ein, welche sich in politische Rechte, in das Recht auf Arbeit und Erholung, Bildung sowie Freude und Frohsinn unterteilten.[146] Die politischen Rechte beinhalteten den Erhalt des Wahlrechts mit 18 Jahren, die Wählbarkeit ab dem 21. Lebensjahr, die Forderung, die öffentlichen Organe, welche über die Jugendlichen zu beraten und entscheiden hatten, mit vorwiegend jungen Menschen zu besetzen, sowie die Sicherstellung der „aktive[n] Mitarbeit der Jugend an den demokratischen Organen des neuen Deutschlands“[147]. Das Recht auf Arbeit und Erholung sah die 42-Stunden-Woche für alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren vor. Für junge Menschen zwischen 16 und 18 war eine Arbeitswoche von 45 Stunden vorgesehen. Bis zum vollendeten 16. Lebensjahr wurden 24 Tage Urlaub gewährt. 18 Tage erhielten junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 18 Jahren. Die Landjugend, welche in den Aussaat- und Erntemonaten eine verlängerte Arbeitswoche durchlief, erhielt das Recht, erhöhten Urlaub in den Wintermonaten zu nehmen. Die Lehrlingsvergütung wurde aufgestockt, Kinder- sowie Nachtarbeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahr verboten. Die Gleichstellung von Mädchen und Jungen in allen Berufen manifestierte das Programm ebenfalls. Eine weitere Priorität erhielten der Ausbau von Jugendheimen und die Errichtung von Jugenderholungsheimen. Das Recht auf Bildung umfasste den unentgeltlichen Schulbesuch, die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Stipendien, die Gewährung von Beihilfen sowie die Entwicklung des Berufschulwesens. Ermäßigte Preise für Kino, Theater, Konzerte und sonstige Kulturveranstaltungen schloss das Recht auf Freude und Frohsinn ein. Auch öffentliche Verkehrsmittel standen den Jugendlichen zu einem verbilligten Fahrpreis zur Verfügung.[148] Dieses erste Programm hatte

[146] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 284.
[147] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 37.
[148] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 284.

tatsächlich das Wohlergehen der Jugendlichen zum Ziel und war noch nicht in dem Maß ideologisch gefärbt, wie es später der Fall sein sollte.

Bereits Ende der 1940er Jahre veränderte sich das jugendpolitische Konzept grundlegend, da es den neuen politischen Gegebenheiten angepasst wurde. Auf der Konferenz der Jugendfunktionäre 1947 trat dieser Wandel deutlich hervor:

> „Wer heute noch der Auffassung ist, daß die Überparteilichkeit z.B. der FDJ mit Neutralität gleichzusetzen ist, oder wer glaubt, daß die Einheit der jungen Generation von links bis rechts sagen wir in der FDJ hergestellt werden kann, jagt doch einer Illusion nach.“[149]

Ab Mitte des Jahres 1948 standen in der FDJ die Planerfüllung sowie die Planübererfüllung im Mittelpunkt, was die Verabschiedung einer neuen Verfassung im Sommer 1949 mit sich brachte. Der Verband definierte sich selbst als „eine einheitliche, unabhängige, demokratische Organisation, die auf freiwilliger Grundlage die breite Schicht der Jugend in Stadt und Land vereinigt und erzieht mit dem Ziel, den Interessen des deutschen Volkes zu dienen“[150]. Ihre Grundsätze und Ziele formulierte die Freie Deutsche Jugend wie folgt:

> „Die Freie Deutsche Jugend kämpft für die Einheit der Jugend, sie lehnt die Spaltung der Jugend in parteipolitische, konfessionelle und andere Jugendorganisationen ab. Die Einheit der Jugend ist die wesentliche Voraussetzung für ihren Aufstieg in Gesellschaft und Staat.“[151]

---

[149] Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 53.

[150] Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1949, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 286-293, hier: S. 286.

[151] Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1949, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 286-293, hier: S. 287.

Ein Bekenntnis zur führenden Rolle der SED wurde in diesem Papier jedoch noch nicht festgeschrieben. Bereits nach seinem IV. Parlament im Mai 1952 gab sich der Verband eine neue Verfassung, die erstmals Stellung zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin nahm und den Führungsanspruch der SED anerkannte:[152]

> „Sie [FDJ] kämpft in den Reihen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und der großen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf allen Gebieten des demokratischen Aufbaues in der Deutsche Demokratische Republik und im Kampf für ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland."[153]

In Erfurt wurde auf dem V. Parlament im Mai 1955 ein erneutes Statut verabschiedet, welches festschrieb, „daß die Freie Deutsche Jugend eine einheitliche Massenorganisation ist, die auf freiwilliger Grundlage die breiten Schichten der Jugend in Stadt und Land vereinigt und die in der Deutsche Demokratische Republik geschmiedete Einheit der Jugend verkörpert"[154]. Von einer einheitliche, unabhängige, demokratische Organisation, wie noch im Statut 1949, sprach die FDJ nicht mehr. Vier Jahre später wurde auf dem VI. Parlament, welches sich vom 12. bis 15. Mai 1959 versammelt hatte, ein neuerliches Statut verabschiedet:

> „Die Freie Deutsche Jugend vertritt die politischen, ökonomischen und kulturellen Interessen aller jungen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik. [...] In ihrer Tätigkeit läßt sich die Freie Deutsche Jugend von den richtungsweisenden Beschlüssen und Ratschlägen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands leiten, weil ihre Politik, auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin beruhend, den Lebensinteressen der Nation und der Jugend entspricht, weil die Partei der Arbeiterklasse der Jugend den richtigen Weg in eine lichtvolle Zukunft weist. Die Freie Deutsche Jugend erzieht die Jugend zu Liebe

[152] Vgl. Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1952, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 293-303, hier: S. 295.
[153] Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1952, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 293-303, hier: S. 293.
[154] Festigt die Einheit der jungen Generation. Aus dem Bericht der Statutenkommission des Zentralrats auf dem V. Parlament der FDJ, gegeben von Werner Felfe, in: Junge Welt. Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, 9. Jahrgang/Nr. 128, 1. Juni 1955, S. 5.

zur Arbeiterklasse und zur Partei. Sie läßt sich leiten vom wissenschaftlichen Sozialismus und erzieht die junge Generation auf dieser Grundlage. [...]“[155]

Öffentlich gab die FDJ die Interessenvertretung der jungen Menschen als ihr vorrangiges Ziel an. Dies betonte sie immer wieder gern. Doch die Realität sah anders aus. Der Verband der Jugend war darauf konzentriert, die Vorstellungen der Staatspartei in die Jugend hineinzutragen und sie in diesem Sinne zu erziehen. Ein umgekehrtes Verhalten, nämlich die Informierung der Staatspartei über die Interessen der Jugendlichen galt als eher unüblich. Von einer wirklichen Interessenvertretung kann deshalb nicht gesprochen werden.

Das folgende Parlament, welches am 1. Juni 1963 tagte, beschloss bereits das nächste Statut. Wesentliche Neuerungen brachte dieses Dekret nicht mit sich. Die aktive Parteinahme für den Sozialismus, die Gestaltung einer sozialistischen Perspektive für ganz Deutschland sowie die Vollendung der sozialistischen Revolution standen als oberste Ziele der FDJ fest.[156] Um diese zu erreichen, musste die Freie Deutsche Jugend eine „offensive und zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit“[157] leisten, durch welche die Organisationsmitglieder sowohl zum sozialistischen Klassenbewusstsein als auch zum sozialistischen Denken und Handeln erzogen werden sollten. Hierbei zeigt sich, dass die FDJ der Partei als „Erfüllungsgehilfe“ diente. Die SED formulierte ihre Ziele, und der Verband der Jugend wirkte ganz wesentlich an deren Verwirklichung mit. Zu den wünschenswertesten Eigenschaften eines Mitgliedes gehörten nun nicht mehr nur

[155] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 313.

[156] Vgl. Beschluss des Büros des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1: Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969).

[157] Beschluss des Büros des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1: Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969).

die Verbundenheit zur marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und der DDR, sondern auch der Glaube an den Sieg des Sozialismus. Zur Durchsetzung dieser Absichten sollte jeder Angehörige einen leidenschaftlichen Hass gegenüber allen Kräften des Imperialismus in Westdeutschland entwickeln, eine tiefe Verbundenheit mit der Sowjetunion ausbilden und sich für die Wissenschaft sowie die Leistungen der Arbeiterklasse und des Bauernstaates begeistern können.[158] Die Beschlüsse galten für jedes Mitglied als bindend. Disziplin und Unterordnung wurden von einem Jeden erwartet. Besonders für die Arbeit an den Universitäten und Hochschulen galt, dass sich die Freie Deutsche Jugend für die Lösung praktischer gesellschaftlicher Aufgaben engagieren musste, um Verantwortung für die Gesellschaftsentwicklung übernehmen zu können. Vor allem aber richtete die Leitung der FDJ ihr Augenmerk darauf, dass sich jedes ihrer Mitglieder mit der DDR identifizierte. Um dies zu erreichen, schrieb das Programm vom 3. Mai 1967 folgende Kerngedanken fest:

> „Das zukünftige Deutschland muß und wird ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sein. Die SED ist die führende Kraft im Kampf um Frieden und Sozialismus in Deutschland. Sie entwickelte eine kontinuierliche nationale Politik im Interesse des deutschen Volkes. Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im nationalen Kampf unseres Volkes. Die DDR ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse und die Basis für den erfolgreichen nationalen Kampf. Die Freundschaft zur Sowjetunion - der Hauptkraft des sozialistischen Lagers - und das unerschütterliche Bündnis zwischen der DDR und der Sowjetunion ist die Grundlage für den Sozialismus in der DDR und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Im Geiste des

[158] Vgl. Beschluss des Büros des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1: Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969).

> proletarischen Internationalismus sind die freundschaftlichen Beziehungen zur Jugend aller sozialistischen Länder zu festigen.“[159]

Lehre und Freizeit, so das gestellte Ziel, sollten eng miteinander verbunden werden, um die Möglichkeit zu schaffen, auf das im Unterricht Gelehrte, in der Seminar-FDJ-Gruppe einzugehen, besonders im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Um die sozialistische Klassenerziehung effektiv zu gestalten, war die enge Zusammenarbeit von Lehrkörper und FDJ von zentraler Bedeutung. Zur Befähigung der einzelnen FDJ-Funktionäre dienten neben Tagungen, welche einmal pro Semester stattfanden, Zirkel zur marxistisch-leninistischen Bildung, diverse Seminare und mehrtägige Schulungen sowie Studentenkonferenzen. Das letzte Statut erließ der Jugendverband im Juni 1976. Auch hier erfolgten keine Neuerungen mit Blick auf Ziele, Mitgliedschaft und Aufbau.

Bei der Analyse der Statuten wird deutlich, dass ständig neue Dekrete erschienen, i.d.R. alle vier Jahre. Wirkliche Veränderungen sind in den einzelnen Beschlüssen nicht anzutreffen. Eine Ausnahme bildeten die Dekrete von 1952 und 1955, welche als Novum die Anerkennung des Führungsanspruchs der Arbeiterklasse und ihrer Partei verankerten, beziehungsweise den Status als Massenorganisation festschrieben. Allen Statuten und Verfassungen ist der Aufbau gleich: Grundsätze und Ziele der Freien Deutschen Jugend, Mitgliedschaft, Rechte und Pflichten der Mitglieder, Organisationsaufbau, der anschließend weiter untergliedert wurde, Publikationen, Symbole, Verfassungsänderungen.

Infolge des Transformationsprozesses 1989/90 legte der Verband der Freien Deutschen Jugend im Januar 1990 einen neuen, den politischen Gegebenheiten

---

[159] Beschluss des Büros des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1: Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969).

angepassten, Programmentwurf vor. Am 27./28. Januar 1990 trafen sich 1.785 Delegierte an dem Ort ihrer Gründung, in Brandenburg (Brandenburger Kongress), und verabschiedeten mit ihrer Mehrheit eine neue Konzeption. Rein äußerlich kam es zur Namensänderung. Die Organisation bezeichnete sich nun nicht mehr als FDJ, sondern als „fdj", womit die Abgrenzung von dem alten Verband deutlich werden sollte. Inhaltlich blieb das Konzept „in einem unendlichen Verfahrens- und Abstimmungsmarathon weitgehend auf der Strecke". In dieser Konzeption definierte sich der Jugendverband, der seit 1955 den Führungsanspruch der SED anerkannte, als „demokratischer, politischer, selbstständiger Jugendverband, der unabhängig von Parteien für die Rechte und Interessen seiner Mitglieder kämpft, Konzepte für die Jugendpolitik in allen Bereichen der Gesellschaft einbringt und mit anderen Parteien, Organisationen und Bewegungen zusammenarbeitet". Als Ziele standen in dem neuen Papier eine „humanistische, demokratische, ökologische und sozial gerechte Gesellschaft in der DDR" ebenso fest, wie die „Herausbildung einer Vertragsgemeinschaft und konföderativer Struktur zwischen souveränen Staaten im Rahmen der Entwicklung eines friedlichen und einigen Europas, ohne Bevormundung und Vereinnahmung". Auch die Forderung nach Informations- und Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung, einer marktorientierten Wirtschaft sowie Gleichberechtigung und soziale Sicherheit schrieb das Konzept vor.[160] Als linken Verband definierte sich die FDJ weiterhin:

> „Als linker politischer Verband orientieren wir uns am fortschrittlichen, humanistischen und wissenschaftlichen Gedankengut aus Vergangenheit und Gegenwart. Insbesondere an linken, revolutionären, sozialistischen und marxistischen Ideen und Idealen engagieren wir uns im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus und distanzieren wir uns von jeder Art politischen Extremismus und allen Erscheinungsformen des Stalinismus."[161]

---

[160] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 272f.

[161] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 272.

Die Organisation charakterisierte sich nun zwar als politisch und von den Parteien unabhängig, aber ein wirklicher Neubeginn stellte dieses Programm nicht dar. Zu schwach wurde sich von dem bisherigen Vorgehen der Freien Deutschen Jugend distanziert. Der Neubeginn 1990 war unglaubwürdig und zum Scheitern verurteilt.

2.4 Aufbau

Der Verband der Freien Deutschen Jugend war streng zentralistisch organisiert, und Entwicklungen in Politik und Ökonomie, wie die Abschaffung der Länder, die Umwandlung der Staatspartei von einer sozialistischen Massenpartei zu einer Partei neuen Typus, die wissenschaftlich-technischen Revolution sowie aktuelle politische Diskussionen um die Aufrüstung oder die Entwicklung der Landwirtschaft spiegeln sich im Organisationsaufbau wider.[162]

Auf der ersten Konferenz der Freien Deutschen Jugend im April 1947 erläuterte Hermann Axen, Mitbegründer des Antifa-Jugendausschusses und der FDJ[163], den Organisationsaufbau des Verbandes nach dem Statut von 1946. Die FDJ unterteilte sich in drei Ebenen: Die Gruppenarbeit war so koordiniert, dass Mitglieder der Schul- und Betriebsgruppen auch Angehörige in den Wohnbezirksgruppen sein konnten. Da allerdings die Schul- und Betriebsgruppen den organisatorischen Mittelpunkt bildeten und die Menschen sich dort engagierten, wo sie arbeiteten und lernten, gestaltete sich die Arbeit der Wohngebietsgruppen als schwierig. Die einzelnen Gruppen schlossen sich in einer Ortsgruppe zusammen. Auf der Gruppenversammlung, die i.d.R. monatlich stattfand, wurde die Ortsgruppenleitung gewählt. Diese beinhaltete einen Ortsgruppenleiter, seinen Stellvertreter, den Kassierer, den Schriftführer, den Arbeits- und Interessengemeinschaftsleitern sowie

162 Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 37.

163 Vgl. Horst Kant: Herman Axen, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2006, S. 34.

den Sport- und Fahrtenleitern. Die Kreis-, Bezirks- sowie Landes- (Provinzial-) Gruppen bildeten die mittlere Ebene. Die Kreisgruppen fassten die Ortsgruppen zusammen. Ihre Führung übernahm die Kreisleitung, die von der Kreisdelegiertenkonferenz, die i.d.R. halbjährlich stattfand und in die jede Ortsgruppe Delegierte entsenden konnte, gewählt wurde. Mehrere Kreise vereinigten sich in den Bezirksgruppen, dessen Anweisung jeweils die Bezirksleitung übernahm, die auf der jährlichen Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt wurde. Die Abgeordneten für diese Zusammenkunft bestimmten zuvor die Kreiskonferenzen. Die Aufgaben der Bezirksdelegiertenkonferenz bestanden in dem Beschließen von Anträgen und Vorlagen sowie dem Vorlegen eines Tätigkeitsberichtes. Zur Erledigung ihrer Geschäfte wählte die Bezirksleitung ein Sekretariat. Schließlich schlossen sich die verschiedenen Bezirksgruppen eines Landes zu den Landes- (Provinzial) Gruppen zusammen, deren Leitung die Landes- (Provinzial) Leitung übernahm, die auf der i.d.R. jährlichen Landes- (Provinzial) Delegiertenkonferenz gewählt wurde. Der Vorstand bestand aus mindestens 30 Personen, aus denen wiederum Mitglieder für das Sekretariat gewählt wurden.[164]

Schließlich bildeten das Parlament und der Zentralrat die höchste Ebene. Das Parlament der Freien Jugend tagte i.d.R. jährlich. Die Landes- (Provinzial) Delegiertenkonferenz entsandten die gewählten Mitglieder. Mit einer Frist von mindestens 8 Wochen konnte der Zentralrat das Parlament einberufen. Zu den wichtigsten Aufgaben des Parlaments gehörte die Wahl der Vorsitzenden der FDJ, der Mitglieder des Zentralrats und der drei Revisoren, „zur Prüfung der Kassenbestände des Zentralrats“[165]. Des Weiteren beriet und beschloss es über Vorschläge, Entwürfe und Anträge von den Delegierten und dem Zentralrat. Der Zentralrat übernahm mit seinen mindestens 60 Mitgliedern die Leitung des

[164] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 37f.
[165] Statuten der Freien Deutschen Jugend von 1946, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 280-286, hier: S. 280ff.

Jugendverbandes zwischen den Tagungen des Parlaments. Zur Unterstützung wählte er sein Sekretariat.[166] Dieses berief die eigentliche Führungsspitze ein. Die Mitglieder des Sekretariats waren verantwortlich für:

- Organisation
- Arbeit
- Kultur
- Presse, Rundfunk, Film
- Finanzen
- Schulung
- Jugendheime, Sport, Wandern
- Kinderarbeit
- Studentische Jugend
- Landjugend
- evangelische Verbindungsstelle der kirchlichen Jugendarbeit
- katholische Verbindungsstelle der kirchlichen Jugendarbeit.[167]

Ab dem 3. Parlament gehörten alle Mitglieder des Sekretariats der FDJ der SED an.[168] Somit waren die wichtigsten Positionen mit verlässlichen und treuen Funktionären besetzt. Der gesamte Apparat der Freien Deutschen Jugend unterschied sich in drei Gruppierungen: den hauptamtlichen Apparat, die Mitglieder der Schulen und Hochschulen und die Angehörigen im industriellen und

[166] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 39.
[167] Vgl. Statuten der Freien Deutschen Jugend von 1946, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 280-286, hier: S. 280ff.
[168] Vgl. Barbara Hille: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 280-282, hier: S. 281.

landwirtschaftlichen Bereich.[169] Die FDJ bot aufgrund ihres Führungskräftemangels Mitgliedern aus ihren eigenen Reihen starke Aufstiegschancen.

Mit der neuen Verfassung von 1949 veränderte sich der Aufbau der Jugendorganisation. Es existierten nun „Gruppen in Betrieben, Verwaltungen, landwirtschaftlichen Großbetrieben, Maschinenausleihstationen, Wohngebieten, Dörfern, Schulen, Hochschulen und Universitäten“[170], die mindestens fünf Mitglieder umfassten. Um unerwünschten Gruppenbildungen entgegenzuwirken, musste der Kreisvorstand die Gründung bestätigen. Die Gruppen selbst wählten ihre Gruppenleitung, die für jeweils ein Jahr die Lenkung übernahm.[171] Die Wohnbezirksgruppen hatten gegenüber 1946 weiter an Einfluss verloren.[172] Wie bisher wurden mehrere Gruppen einer Gemeinde in den Ortsgruppen zusammengefasst, in denen nun nur noch offen abgestimmt wurde.[173] Diese wiederum versammelten sich im Kreisverband, welchen der Kreisvorstand leitete. Die Kreisdelegiertenkonferenzen fanden nur noch jährlich statt. Der Bezirk als Organisationsebene war in der Verfassung von 1949 nicht mehr vorgesehen. Die nächsthöhere Verbandsebene stellten die Landesverbände dar, da die Provinzialverbände nicht mehr existierten. Auch auf der höchsten Ebene der Jugendorganisation kam es zu Veränderungen. Das Parlament war weiterhin das oberste Organ, allerdings tagte es nur noch alle zwei Jahre. Der Zentralrat, der die Verbindung zu anderen Organisationen, Verwaltungen und Regierungsstellen

[169] Vgl. Peter Hübner: Die FDJ als politische Organisation und sozialer Raum, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links Schritt gehalten...“. Die FDJ: Konzepte - Abläufe - Grenzen, Berlin 1994, S. 58-69, hier: S. 58.

[170] Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1949, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 286-293, hier: S. 290ff.

[171] Vgl. Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1949, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 286-293, hier: S. 290ff.

[172] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 40f.

[173] Die Provinzialverbände wurden bereits 1947 abgeschafft, da die Provinzen in der SBZ in Länder umgewandelt wurden.

verkörperte, musste nun mindestens 80 Mitglieder in seinen Reihen aufweisen.[174]

> „Nach der FDJ-Verfassung von 1949 war eine innerverbandliche Demokratie im wesentlichen Sinne nicht mehr möglich. Organisationsstruktur, Wahlordnungen und Veto- bzw. Weisungsrechte der übergeordneten Leitungen verhinderten unerwünschte Mehrheitsbildungen und legten die Verbandsführung fest in die Hand der Sekretariate."[175]

Mit ihrer Verfassung von 1952 wurde die Freie Deutsche Jugend vollends zur Massenorganisation. Eine stärkere Anleitung und vermehrte Schulungsarbeit stellten zentrale Punkte dar.[176] Gruppen konnten sich jetzt auch in den „Einheiten der Deutschen Volkspolizei" gründen. Für die Schaffung einer neuen Einheit bedurfte es nur noch mindestens drei Mitglieder, die dann von der Kreisleitung Bestätigung finden mussten. Ortsgruppenleitungen wurden von da an ausschließlich in großen Städten und Städten mittlerer Größe gegründet. Die Kreisdelegiertenkonferenz tagte jährlich. Zu ihren Aufgaben gehörte es, Berichte der Kreisleitung und der Kreis-Revisionskommission entgegenzunehmen und zu prüfen, Vorlagen und Anträge zu beschließen sowie die Wahl der Kreisleitung und ihrer Kandidaten, des 1. Sekretärs der Kreisleitung und der Kreis-Revisionskommission. Neu war auch, dass es der Verband den Universitäten, Hochschulen, Verwaltungen und Großbetrieben mit mehr als 100 Mitgliedern oder Mitarbeitern gestattete, eigene FDJ-Leitungen zu bilden [177]

Das neue Statut 1955, welches auf dem V. Parlament erlassen wurde, schrieb der FDJ einen veränderten Organisationsaufbau vor. Der Kreisverband hieß nun Stadt-

[174] Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1949, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 286-293, hier: S. 290ff.
[175] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 41.
[176] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 42.
[177] Vgl. Die Verfassung der Freien Deutschen Jugend von 1952, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 293-303, hier: S. 299ff.

und Kreisverband. Umgestaltungen musste auch die Neustrukturierung der DDR mit sich bringen. Am 23. Juli 1952 erfolgte die Auflösung der Länder. An ihre Stelle traten nun 14 Bezirke. Dementsprechend wurden die FDJ-Landesverbände von den Bezirksverbänden abgelöst. Die Anzahl der Kreise stieg von 132 auf 217.[178] Die Bezirksdelegiertenkonferenz tagte alle zwei Jahre, die Bezirksleitung alle drei Monate. An die Stelle des Parlaments, welches längst nicht mehr überparteilich arbeitete, trat nun der Verbandskongress[179], der i.d.R. alle vier Jahre zusammentrat. Der erste Sekretär ersetzte den ersten Vorsitzenden. Die Zentralratstagungen fanden nun nicht mehr wie einst alle drei, sondern lediglich alle vier Monate statt. Schließlich gestattete es der Jugendverband den Universitäten, Hochschulen, Verwaltungen und Großbetrieben mit mehr als 200 Mitgliedern oder Mitarbeitern, eigene FDJ-Leitungen zu bilden.[180]

Die wichtigste Veränderung, die das Verbandsstatut von 1959 mit sich brachte, war die Änderung der Wahlrechtsbestimmungen.

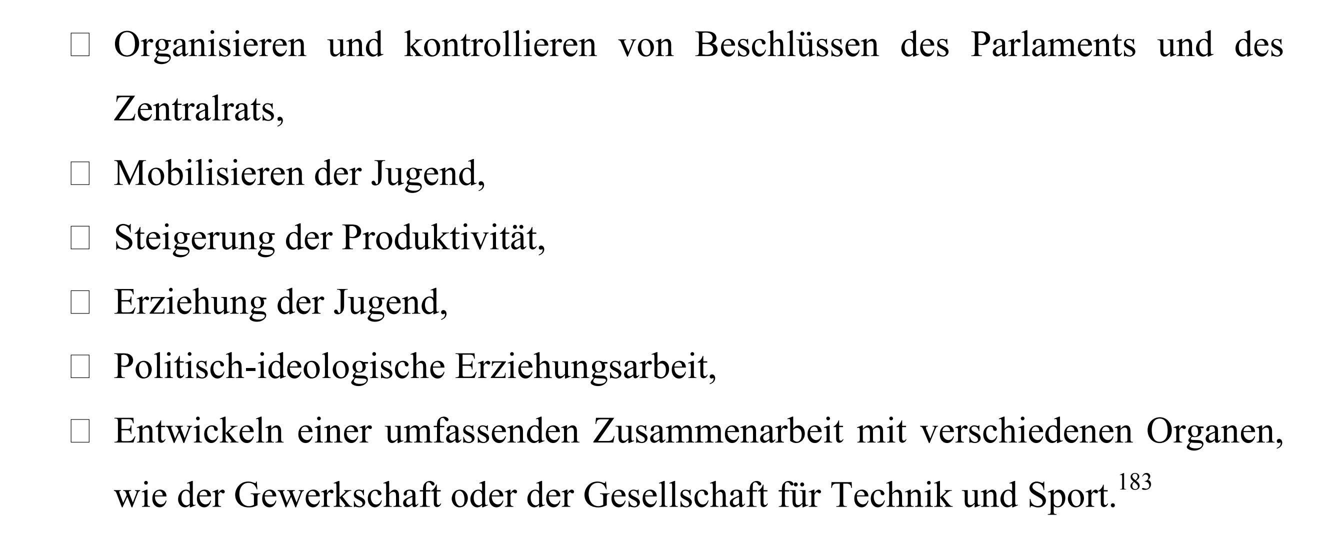
> „Die Wahl der leitenden Organe geschieht in offener Abstimmung und bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder bzw. der Delegierten. Jedes Mitglied bzw. jeder Delegierte hat das Recht, begründete Einwände gegen die aufgestellten Kandidaten zu erheben und neue Kandidaten vorzuschlagen. Diejenigen Kandidaten werden als gewählt betrachtet, die die größte Anzahl der Stimmen auf sich vereinigen."[181]

Dass dieses scheinbar demokratische Abstimmungsprinzip in der Praxis keine Anwendung fand, lässt sich an dieser Stelle logisch schlussfolgern.

---

[178] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 43.
[179] Bereits im Statut von 1959 ersetzte das Parlament wieder den Verbandskongress.
[180] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 107.
[181] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 46.

In Folge des VI. Parteitags der SED verabschiedete das VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend 1963 erneut ein Statut. Besondere Betonung fand die „sozialistische Erziehung der Jugendlichen im Alter von 14 und 22 Jahren“[182]. In den Grundorganisationen mussten nun mindestens monatlich Mitgliederversammlungen stattfinden. Die Aufgaben von Bezirks-, Kreis- und Stadtorganisationen wurden zusammengefasst und formuliert:



- Organisieren und kontrollieren von Beschlüssen des Parlaments und des Zentralrats,
- Mobilisieren der Jugend,
- Steigerung der Produktivität,
- Erziehung der Jugend,
- Politisch-ideologische Erziehungsarbeit,
- Entwickeln einer umfassenden Zusammenarbeit mit verschiedenen Organen, wie der Gewerkschaft oder der Gesellschaft für Technik und Sport.[183]

Vier neue Organe wurden im Büro des Zentralrats ins Leben gerufen: das Büro für Industrie und Bauwesen, das Büro für Landwirtschaft, das Büro für Schulen, Hochschulen und Universitäten sowie die Arbeitsgruppen Kultur, nationale Jugendpolitik und Auslandspropaganda in der Ideologischen Kommission. Das Statut von 1967 hob schließlich die relative Eigenständigkeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ auf und unterstellte sie von nun an den jeweiligen FDJ-Leitungen. Auch das IX. Parlament brachte nur geringe Veränderungen mit sich. So erhielten die einzelnen FDJ-Gruppen „‚höhere Rechte und Pflichten’, den Ortsleitungen wurde als ‚wichtigste Aufgabe’ die

[182] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 47.

[183] Vgl. Das Statut der Freien Deutschen Jugend vom 1. Juni 1963, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 327-343, hier: S. 327ff.

‚Freizeitgestaltung [...], besonders durch ein reges geistig-kulturelles und sportlich-touristisches Leben der Jugend sowie eine systematische wehrpolitische und wehrsportliche Tätigkeit im Ort' zugewiesen". Die Satzung von 1976 folgte den Beschlüssen des IX. Parteitages und orientierte sich an dem Dekret der SED. Das Parlament als das höchste Verbandsorgan tagte alle vier Jahre, und der Zentralrat traf sich alle vier Monate. Auf den anderen Verbandsebenen änderte sich nichts.[184]

Im Zuge des Transformationsprozesses versuchte sich auch die Organisation der Freien Deutschen Jugend zu reformieren. Aufgrund dessen präsentierte sie im Januar 1990 einen neuen Programmentwurf.

Zum Aufbau: die Basis der FDJ bildeten die Gruppen, Grundorganisationen, Interessensgruppen, Aktionsgemeinschaften, Jugendklubs und andere Organisationsformen, deren höchstes Organ die von der Leitung der Gruppe gewählte Vollversammlung verkörperte. Basisgruppen, die von den Mitgliedern selbst gestaltet werden sollten, konnten gebildet werden, wenn sich mindestens drei Mitglieder zusammenfanden. Hinzu kam, dass jede Basisgruppe das Recht besaß, sich einen zusätzlichen Namen zu geben.

Auf der nächst höheren Ebene siedelten sich die Territorialverbände an, die von den Basisgruppen gebildet wurden, um gemeinsame Interessen durchzusetzen. Die Delegiertenkonferenz stellte ihr höchstes Organ dar.

Auch konnten selbstständige Interessenverbände im Verband existieren. Die Voraussetzung dafür waren die Anerkennung der Satzung der FDJ sowie der Beschluss der 2/3 Mehrheit der Delegiertenkonferenz des entsprechenden Territoriums bzw. Verbandskongresses.

[184] Vgl. Statut der Freien Deutschen Jugend von 1976, in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 343-357, hier: S. 343ff.

Zu den Aufgaben des Verbandskongresses gehörten die Rechenschaftslegung des Vorstandes und der Kontrollkommission, das Fassen von Beschlüssen zu den Tätigkeiten des Vorstandes und der Kontrollkommission, zu Programm und Satzung, zu aktuellen Aufgaben, die Anträge an den Verbandskongress, die Wahl des Vorstandes und des Vorsitzenden sowie die der Kontrollkommission und deren Vorsitzenden.

Die Aufgabe des Vorstandes war es, die Beschlüsse des Verbandskongresses zu realisieren, die Tätigkeiten des Verbandes zwischen den Verbandskongressen zu leiten und die Interessen des Verbandes zu vertreten. Er trat für die FDJ in staatlichen und gesellschaftlichen Gremien auf, sollte mit den Leitungen anderer Jugendverbände zusammenarbeiten, das Vermögen und die Finanzen des Verbandes verwalten, die Organisationseinheiten und deren Leitungen unterstützen und schließlich die Mitgliedschaft in anderen Organisationen wahrnehmen.

Die Leitung der Vorstände musste die gefassten Beschlüsse durchsetzen, das Zusammenwirken im Verband koordinieren, und zudem den Mitgliedern sowie den Delegiertenkonferenzen rechenschaftspflichtig sein.

Als Wahlperiode wurden zwei Jahre festgesetzt. Die Tätigkeitsdauer betrug zwei Wahlperioden. Für jede weitere Periode war eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Eine einfache Mehrheit reichte zur Beschlussfassung. Darüber hinaus existierten einige wenige Ausnahmen, bei denen eine 2/3-Mehrheit vorliegen musste, wie z. B. bei der Änderung der Satzung. Für die Organisation ihrer Arbeit wählten die Vorstände Kommissionen und bildeten eine Geschäftsstelle.

Ein wichtiger Stellenwert wurde den so genannten Kontrollkommissionen eingeräumt, die sich als „Organe der demokratischen Selbstkontrolle“ verstanden. Gewählt wurden sie durch den Verbandskongress die Delegiertenkonferenz sowie

die Wahlversammlungen, wobei alle Kollektive die Berechtigung besaßen, Kontrollkommissionen zu bilden. Zu ihren Aufgaben gehörten Kontrolle über die Einhaltung der Satzung und der Gesetzmäßigkeiten der DDR und der sachgerechte Umgang mit Finanzen und Eigentum. Die Kontrollkommission verpflichtete sich, bei Verletzungen dieser der Kontrollkommission der nächst übergeordneten Ebene Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied sollte an den Sitzungen des jeweiligen Vorstandes mit beratender Stimme teilnehmen.

Tabelle 1: Aufbau der FDJ (nach den Statuten von 1946 bis 1976)[185]

	1946	1949	1952	1955	1959	1963	1967	1971	1976
Untere Ebene	Parlament Zentralrat	Parlament Zentralrat	Parlament Zentralrat Funktionärs-konferenz	Verbandskongress Zentralrat	Parlament Zentralrat	Parlament Zentralrat	Parlament Zentralrat	Parlament Zentralrat	Parlament Zentralrat Zentrale Revisions-kommission
Mittlere Ebene	Kreisverband Bezirksverband Landesverband Provinzialverband	Kreisverband Bezirksverband Landesverband	Kreisverband Bezirksverband Landesverband	Stadtverband Kreisverband Bezirksverband	Stadtbezirks-organisation Stadtverband Kreisverband Bezirksverband	Stadtverband Kreisverband Bezirksverband	Stadtverband Kreisverband Bezirksverband	Stadtverband Kreisverband Bezirksverband	Stadtverband Kreisverband Bezirksverband
Untere Ebene	Wohnbezirks-gruppe Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Ortsgruppe	Wohnbezirks-gruppe Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Grundeinheiten Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Grundeinheiten Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Grundeinheiten Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Grundeinheiten Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Grundeinheiten Ortsgruppe	(Wohnbezirks-gruppe) Gruppen in Betrieben, Schulen, Hochschulen,... Grundeinheiten Ortsgruppe

[185] eigene Zusammenstellung

2.5 Die FDJ und das Bildungswesen

2.5.1 Die FDJ in der Schule

Als Jugendorganisation der DDR spielte die FDJ im Bildungswesen ihre wichtigste Rolle. Mit dem Beginn des 14. Lebensjahres fing die Mitgliedschaft an. Doch bereits vorher war der Einfluss des Verbandes in der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ zu spüren, die gegründet wurde, „[u]m die Mädchen und Jungen bereits im Kinderalter möglichst umfassend in die Verbandstätigkeit einbeziehen zu können“[186]. Ihnen gehörten die Schüler mit dem Eintritt in die Schule an, es sei denn, sie entzogen sich, was zahlreiche Schwierigkeiten mit sich bringen konnte. Die Mitgliedschaft begann als „Jungpionier“. Im Alter von zehn Jahren gehörten die Jungen und Mädchen zu den „Thälmann-Pionieren“.[187] Die Entwicklung der Organisation erfolgte schrittweise.

Zunächst existierten an den Schulen diverse Schulgruppen, deren Ziel in der Leistungssteigerung der Schüler, der Verbesserung ihrer Disziplin sowie in der politischen Aufklärung und Erziehung im Sinne der Partei bestand.[188]

> „Zu politischer Arbeit im Sinne von SED und SMAD kam es in den weitgehend sich selbst überlassenen Schulgruppen, seitens der FDJ-Führung mehrfach als der schwächste Punkt der Verbandsarbeit eingeschätzt, jedoch noch nicht.“[189]

[186] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 74.
[187] Vgl. Barbara Hille: „Pionierorganisation“, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 632-633, hier: S. 632.
[188] Vgl. Brigitte Hohlbein: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, S. 255.
[189] Gert Geißler: Geschichte des Schulwesens in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1962, Frankfurt am Main 2000, S. 209.

Dadurch dass die Arbeit in den Schulgruppen nicht wirklich fruchtete und zudem ihre Anzahl von 361 im März 1947 auf 348 (38.074 Schüler) im Jahr 1948 zurückging, erließ die DVV im November 1948 die „Richtlinien für die organisatorische Festlegung der Schulgruppen der FDJ“. Diese Anweisung schrieb vor, dass bereits ab fünf FDJ-Mitgliedern an einer Schule, der Errichtung einer Schulgruppe zugestimmt werden muss. Die Folge stellte der sprunghafte Anstieg der Gruppen auf 653 bis zum III. Parlament der Freien Deutschen Jugend im Juni 1949 mit insgesamt 62.775 Schülern dar. Aus diesen Schulgruppen entwickelte sich 1947 die Kindervereinigung der Freien Deutschen Jugend, aus der 1948 der Pionierverband entstand. Die Mitgliederzahlen stiegen sprunghaft. Waren Anfang 1949 nur 10 Prozent aller 6- und 14-Jährigen Mitglied in der Organisation, wuchs ihr Anteil bis November auf 28 Prozent an.[190] Auf ihrem ersten Treffen 1952 erhielt die Organisation der Pioniere ihren Namen „Ernst Thälmann“.[191] Im Gegensatz zu der Kindervereinigung der FDJ, die ihren vornehmlichen Wirkungskreis in den Wohngruppen besaß, agierte der Verband der Jungen Pioniere in den Schulen. Auf der 18. Tagung des Zentralrats der FDJ wurden die Ziele und Aufgaben der Pionierorganisation formuliert. Sie sollte „bei der Erziehung der Kinder zu fortgeschrittenen, lerneifrigen, arbeitsfreudigen, fleißigen, lebensfrohen jungen Menschen“[192] helfen.

> „[...] Unsere Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ wird von der Freien Deutschen Jugend geleitet. Sie erzieht in enger Zusammenarbeit mit der sozialistischen Schule, den Eltern und Werktätigen die Pioniere und Schüler am Vorbild Ernst Thälmanns zu klassenbewussten jungen Sozialisten. [...] Wir gestalten unser Pionierleben so, daß bei

---

[190] Vgl. Brigitte Hohlbein: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, S. 255ff.

[191] Vgl. Barbara Hille: „Pionierorganisation“, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 632-633, hier: S. 632.

[192] Brigitte Hohlbein: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, S. 258ff.

> allen Jungen Pionieren und Schülern der Wunsch entsteht, würdige Mitglieder der Freien Deutschen Jugend –des treuen Helfers und der Reserve der SED- zu werden.“[193]

Auf Klassenebene organisierte sich die Pioniergruppe. Diese umfasste zumeist die gesamte Klasse. Nur wenige, oftmals Kirchenmitglieder, entzogen sich und mussten dadurch zahlreiche Nachteile in Kauf nehmen. Auch die Tatsche, dass sie damit von den meisten Veranstaltungen, zumeist Klassennachmittagen, die entweder im Pionierhaus bei verschiedenen Aktivitäten oder im Klassenraum selbst verbracht wurden, ausgeschlossen waren, trugen dazu bei, dass die nicht teilnehmenden Schüler oftmals als Außenseiter galten. Die Pioniergruppe organisierte sich auf Klassenebene selbstständig. Die Leitung übernahmen der Gruppenratsvorsitzende und sein Stellvertreter. Die Gruppe verfügte weiter über einen Schriftführer, einen Kassierer sowie einen Agitator. Diese Personen bildeten zusammen den Gruppenrat. Alle Pioniergruppen einer Schule fasste die „Pionierfreundschaft“ zusammen. Der von der FDJ-Kreisleitung eingesetzte Pionierleiter übernahm die Anleitung und Aufsicht der Pioniergruppen an jeweils einer Schule.[194] Des Weiteren gab es einen so genannten „FDJ-Rat“, „in dem Leitungsmitglieder der Grundorganisationen, die von den Klassen delegiert worden waren, die Leitung der Schule vertraten“[195]. Um die Rolle der Pionierorganisation zu betonen und den Kindern eine enge Bindung zu ermöglichen, schuf der Staat zahlreiche Symbole, die in den Pionieralltag einflossen. So war das Zeichen der „Jungpioniere“ ihr blaues Halstuch, welches bei besonderen Anlässen auf der weißen Pionierbluse getragen wurde. Mit dem Eintritt in die „Thälmann-Pioniere“ erhielten die Mitglieder ihr rotes Halstuch. Bereits der tägliche Schulbesuch begann mit einer Symbolik, dem Pioniergruß. Bei dieser Geste hob der Schüler „die rechte Hand mit geschlossenen Fingern über den Kopf“ und

[193] Zentralrat der FDJ (Hrsg.): Statut der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, S. 3ff.
[194] Vgl. Barbara Hille: „Pionierorganisation“, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 632-633, hier: S. 632.
[195] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 75.

sprach die Worte „Für Frieden und Sozialismus - Seid bereit! – Immer bereit!“.[196] Jeder Pionier besaß einen eigenen Pionierausweis, in welchem die Gebote der Organisation verzeichnet waren. Die Anforderungen an die Jungpioniere lauteten wie folgt:

> „Wir Jungpioniere lieben unsere Deutsche Demokratische Republik. Wir Jungpioniere lieben unsere Eltern. Wir Jungpioniere lieben den Frieden. Wir Jungpioniere halten Freundschaft mit den Kindern der Sowjetunion und allen Ländern. Wir Jungpioniere lernen fleißig, sind ordentlich und diszipliniert. Wir Jungpioniere achten alle arbeitenden Menschen und helfen überall tüchtig mit. Wir Jungpioniere sind gute Freunde und helfen einander. Wir Jungpioniere singen und tanzen, spielen und basteln gern. Wir Jungpioniere treiben Sport und halten unsere Körper sauber und gesund. Wir Jungpioniere tragen mit Stolz unser blaues Halstuch. Wir bereiten uns darauf vor, gute Thälmannpioniere zu werden.“[197]

Der Grundstein für die politisch-ideologisch Erziehung wurde bereits im Kindesalter gelegt. Schon im Kindergarten, verstärkt dann aber in der Schule wurden sozialistische Tugenden in den Mittelpunkt gerückt, auch wenn in den Pioniergeboten ganz alltägliche und oftmals selbstverständliche Dinge thematisiert wurden.

Bei den „Thälmann-Pionieren“ erfolgte eine Ausweitung auf die „ausdrückliche Parteinahme für den Sozialismus, ein Bekenntnis zum Hass gegen Kriegstreiber, eine Verpflichtung zur Arbeit für die Allgemeinheit und des Volkseigentums“[198]. So heißt es im Gesetz der „Thälmann-Pioniere“ zum Beispiel:

---

[196] Vgl. „Die Symbole der Pionierorganisation“, in: Mitgliedsbuch der Thälmannpioniere, S.17.

[197] Pionierversprechen [der Jungpioniere], in: documentarchiv.de [Hrsg.], URL: http://www.documentarchiv. de/ddr/jp-eid.html, Stand: 14.06.2004./„Die Gebote der Jungpioniere“, in: Mitgliedskarte für Jungpioniere.

[198] Barbara Hille: „Pionierorganisation“, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 632-633, hier: S. 633.

> "Wir Thälmannpioniere lieben unser sozialistisches Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik. In Wort und Tat ergreifen wir immer und überall Partei für unseren Arbeiter- und Bauern-Staat, der ein fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist. [...] Für uns Thälmannpioniere ist es eine große Ehre, das rote Halstuch als äußeres Zeichen unserer engen Verbundenheit zur Sache der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zu tragen. [...] Wir wollen bewußte Gestalter der sozialistischen Gesellschaft werden. Wir Thälmannpioniere lieben und schützen den Frieden und hassen die Kriegstreiber. Durch fleißiges Lernen und durch gute Taten stärken wir den Sozialismus und helfen den Friedenskräften der ganzen Welt. [...]Wir Thälmannpioniere sind Freunde der Sowjetunion und aller sozialistischen Brudervölker und halten Freundschaft mit allen Kindern der Welt. [...] Wir Thälmannpioniere lernen fleißig, sind ordentlich und diszipliniert. [...] Wir Thälmannpioniere bereiten uns darauf vor, gute Mitglieder der Freien Deutschen Jugend zu werden. Wir interessieren uns für die Geschichte des sozialistischen Jugendverbandes und die Taten der FDJ-Mitglieder. Ihre hervorragenden Leistungen sind uns Vorbild und Ansporn. Wir verwirklichen mit ihnen gemeinsame Vorhaben."[199]

Der vorbildliche Pionier sollte sich auszeichnen durch Klugheit und Selbstbewusstsein, Fleiß, Hilfsbereitschaft, Höfflichkeit, Bescheidenheit, Optimismus und Verbundenheit mit den Idealen und dem Kampf der Arbeiterklasse.[200] Für die meisten Schüler war wohl die Aussage zutreffend, dass sie gerne Pioniere waren und sich eine gewisse Distanz, wenn überhaupt, erst im Jugendalter entwickelte.[201]

[199] „Die Gesetze der Thälmann-Pioniere", in: documentarchiv.de [Hrsg.], URL: http://www.documentarchiv. de/ddr/jp-eid.html, Stand: 14.06.2004./„Die Gesetze der Thälmann-Pioniere", in: Mitgliedsbuch der Thälmannpioniere.

[200] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 76.

[201] Vgl. Barbara Hille: „Pionierorganisation", in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 632-633, hier: S. 633.

Der Eintritt in die FDJ erfolgte im Alter von 14 Jahren. Zumeist rekrutierte die Freie Deutsche Jugend die gesamte Pioniergruppe. Für den überwiegenden Teil der Jugendlichen erfolgte der Eintritt also automatisch. Auch hier entzogen sich, wie bereits in den Pioniergruppen, nur sehr wenige der Mitgliedschaft. Bevor die Aufnahme in die Freie Deutsche Jugend erfolgen konnte, mussten sich die Schüler bestimmten Vorbereitungsmaßnahmen unterziehen, die in dem so genannten Pionierzirkel „Unter der blauen Fahne“ abgehalten wurden. Hier begann die eigentliche Ideologisierung der Jugendlichen. Die Indoktrinierung der marxistisch-leninistischen Grundsätze begann in Form der „Jugendstunden“, die Teil des „Studienjahres der FDJ“ waren und der „marxistisch-leninistische[n] Qualifizierung und politische[n] Meinungsbildung“ dienen sollte.[202] Die Arbeit der FDJ an den Schulen formulierte Egon Krenz 1972 wie folgt:

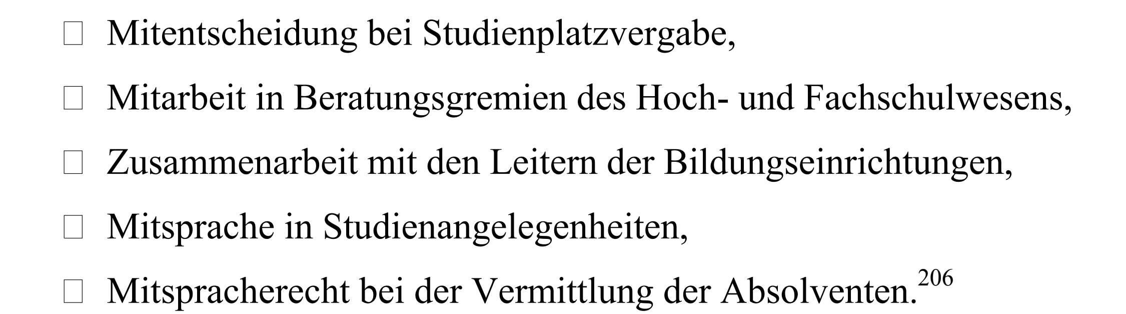
1. „[…] Die FDJ-Grundorganisationen kämpfen darum, daß jeder Schüler einen festen sozialistischen Klassenstandpunkt bezieht, und im FDJ-Kollektiv die alle Schüler bewegenden politischen Fragen parteilich und offen diskutiert werden.
2. Die FDJ-Organisationen setzen sich für eine gute Lernatmosphäre ein, fördern das bewußte disziplinierte und schöpferische Lernen und das Streben jeden Schülers nach hohen Leistungen.
3. Die FDJ-Organisationen setzen sich dafür ein, daß alle Schüler produktive Arbeit leisten und Aufgaben zur Gestaltung des Lebens an der Schule übernehmen.
4. Die FDJ-Organisationen gestalten gemeinsam mit den Pädagogen die außerunterrichtliche Tätigkeit als festen Bestandteil des FDJ-Lebens.
5. Die FDJ-Organisationen ringen um hohe Ergebnisse in der sozialistischen Wehrerziehung.
6. Die FDJ-Organisationen helfen besonders den FDJ-Mitgliedern in den 8. Klassen und den Jungen Pionieren bei der Entwicklung eines selbstständigen FDJ- und Pionierlebens.“[203]

[202] Zit. nach: Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 78f.
[203] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 164.

Die Arbeit der Freien Deutschen Jugend konzentrierte sich vor allem nach dem 3. Jugendgesetz 1974 darauf, die Leistungen der Schüler zu erhöhen, sie im Sinne des Marxismus-Leninismus zu erziehen und den Jugendlichen auch außerhalb des Schullebens eine Möglichkeit zur Freizeitgestaltung zu eröffnen. Zur Motivation der Schüler wurde das Mittel des sozialistischen Wettbewerbs eingeführt. So konnte das Ringen um Höchstleistungen verbunden werden mit dem Anreiz, etwas zu gewinnen, wie beispielsweise bei den jährlich stattfindenden Altpapiersammlungen. Um die höchstmöglichen Leistungen zu erreichen, sollte der Wettkampf nicht gegeneinander, sondern miteinander geführt werden.[204] Zu einem weiteren Aufgabenbereich des Jugendverbandes zählte die Wehrerziehung.

2.5.2 Die FDJ in den Universitäten, Hoch- und Fachschulen

Bereits zu Studienbeginn wurde die Rolle der Jugendorganisation deutlich, da beim Übergang von der Schule zur Universität, Hoch- oder Fachschule nicht allein die Leistungen zählten, sondern mindestens im gleichen Maße auch die Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend. Hier entschied das Engagement über jegliches Fortkommen, weil der Verband ein Mitspracherecht bei der Studienplatzvergabe besaß.[205] Es war wiederum das 3. Jugendgesetz von 1974, das die Rechte für den Hochschulbereich festlegte:



- Mitentscheidung bei Studienplatzvergabe,
- Mitarbeit in Beratungsgremien des Hoch- und Fachschulwesens,
- Zusammenarbeit mit den Leitern der Bildungseinrichtungen,
- Mitsprache in Studienangelegenheiten,
- Mitspracherecht bei der Vermittlung der Absolventen.[206]

[204] Vgl. Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 57.
[205] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 89.
[206] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 180.

1947, bei der Erstzulassung der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, existierten neben der FDJ zahlreiche weitere Organisationen, wie christliche oder liberale Studentengruppen. Erst 1957 wurde ihr die führende Rolle mit dem neuen FDJ-Hochschulprogramm übertragen, welches ihre Funktion im Hochschulbereich stärkte.[207] Der Jugendverband erhielt einen Platz in den Prüfungsausschüssen, der es ermöglichen sollte, die Jugendlichen zu „politisch richtigem Handeln“[208] anzuweisen. 1958 erhielt die FDJ sowohl im Senat als auch in den Fakultätsräten und Fachrichtungsleitungen einen Sitz, und das Sekretariat für Studentenfragen beim Zentralrat der FDJ wurde aufgebaut.[209]

Die Organisation der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen sah so aus, dass die Studierenden zu Beginn ihres Studiums in den Seminargruppen erfasst wurden, denen sie während ihrer gesamten Studienzeit angehörten. Da nahezu alle Studenten Mitglieder des Jugendverbandes waren, entsprach die Seminargruppe annähernd der FDJ-Gruppe. Aus diesem Grund soll sie in der Arbeit mit dem Begriff Seminar-(FDJ)-Gruppe bezeichnet werden.

> „[Die Einheit hatte] die Verantwortung dafür, daß alle Mitglieder auf sozialistische Weise studieren und leben, also für die Ausprägung der politischen Grundhaltung und den klassenmäßigen Standpunkt jedes Freundes zu aktuell-politischen Ereignissen, für seine Studienleistungen, für seine gesellschaftliche Aktivität im Studium und außerhalb der Studienverpflichtungen, für seine geistige, weltanschauliche, kulturelle, sportliche und moralische Entwicklung.“[210]

[207] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 173.
[208] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 89.
[209] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 173.
[210] Zit. nach: Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 91.

Auch die Seminar-(FDJ-)Gruppe hatte, wie bereits in den Schulen dargestellt, zahlreiche Positionen zu vergeben. Jede Gruppe hatte einen eigenen Verantwortlichen, den Seminargruppenberater (-betreuer), der den geordneten Ablauf gewährleisten und auf die Studenten im politisch-ideologischen Sinn einwirken sollte.[211] Die Gruppenleitung übernahmen der erste Gruppensekretär und sein Stellvertreter. Sie wurden unterstützt von dem Verantwortlichen für Kultur, Sport- und Wehrerziehung sowie einem Studienorganisator. Die Einheiten unterstanden den FDJ-Sektionsleitungen, die sich wiederum den Kreisleitungen unterordneten. Auch im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Rat hatte der Verband Sitz und Stimme.[212]

Neben der ideologischen Erziehung fielen andere Leistungen in den Aufgabenbereich der Freien Deutschen Jugend, wie zum Beispiel der Einsatz von Studenten in der Produktion und bei diversen Arbeitseinsätzen.[213]

> „Generell gilt für die FDJ-Arbeit an den Hochschulen, daß mittels des Jugendverbandes eine stärkere Kontrolle über die einzelnen Studenten, seine Leistungen im Studium sowie seine politische und ‚gesellschaftliche' Betätigung ausgeübt werden soll."[214]

2.5.3 Die FDJ in der Berufsausbildung und den Betrieben

Auch in der Berufsaubildung spielte die Freie Deutsche Jugend eine nicht unerhebliche Rolle. Diese spiegelte sich in der Tatsache wider, dass sie bereits in der Schule auf die Jugendlichen einwirkte, um ihre Berufsentscheidung so zu

[211] Vgl. Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 54.
[212] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 172.
[213] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 91f.
[214] Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 180.

beeinflussen, dass sie den Erfordernissen, die der Artikel 24 der Verfassung der DDR vorschrieb, entsprach.

> „(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation. [...]
> (2) Gesellschaftlich nützliche Tätigkeit ist eine ehrenvolle Pflicht für jeden arbeitsfähigen Bürger. [...]“[215]

Die Aufgabe der FDJ war es, „dafür zu sorgen, daß die Berufswünsche der Kinder und Jugendlichen in Übereinstimmung standen mit den von den staatlichen Planungsbehörden definierten aktuellen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedürfnissen“[216]. Dies geschah mittels des polytechnischen Unterrichts.[217] Mit dem 4. Schuljahr begann die „allgemeine Berufsaufklärung“, mit der 6. Klasse setzte die zielgerichtete Steuerung der Berufswünsche ein, und mit dem 8. Schuljahr schließlich begann das Werben um die Schüler für die „angebotenen Ausbildungsplätze“. An dieser Propagierung nahm auch die Freie Deutsche Jugend teil, die damit versuchte, das Interesse der Jugendlichen auf die Berufe zu lenken, die in Gesellschaft, Wirtschaft und Militär vermehrt benötigt wurden. Als Mittel dienten neben Gesprächen auch Ausflüge zu entsprechenden Betrieben und Ausbildungsstätten. Die FDJ verfolgte in der Berufsausbildung das Ziel, „die Ausprägung hohen beruflichen Wissens und Könnens, eines sozialistischen Klassenstandpunktes, fester Arbeitsmoral und schöpferischer Leistungsbereitschaft, [...] also [...] die Entwicklung der Lehrlinge zu jungen sozialistischen

---

[215] Verlag Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Die neue Verfassung der DDR, 3. Auflage, Köln 1974, S. 88.
[216] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 99.
[217] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 167.

Arbeitspersönlichkeiten, zu gewährleisten“[218]. Auch an den Betriebsberufsschulen erfolgte die Einrichtung entsprechender FDJ-GO’s errichtet, die sich ähnlich wie die in den Schulen organisierten. Die marxistisch-leninistische Weltanschauung war auch hier Bestandteil, ebenso wie die Freizeitgestaltung der jungen Erwachsenen und die „Planung und Durchführung ökonomischer Aufgaben“, die bei Erfüllung mit Auszeichnungen, Prämien, Prüfungserlass und ähnlichem geehrt wurde, um Leistungssteigerung und Motivation anzuregen.[219] An den kommunalen und zentralen Berufsschulen gestaltete sich der Einfluss der Freien Deutschen Jugend weitaus schwieriger. Hier gab es keine Grundorganisation. Die Jugendlichen versammelten sich in den FDJ-Berufsschulaktiven oder in den FDJ-Klassenaktiven. Die Aufgabe des Verbandes in den Berufsschulen war es, die Lehrlinge politisch-ideologisch zu erreichen und zu beeinflussen sowie auf Ordnung und Disziplin zu achten.[220] Die Jugendlichen in der Berufsausbildung organisierten sich in geringem Maße, da sie eher dem FDGB angehörten, und sich der politisch-ideologischen Indoktrination zu entziehen versuchten. Lag der Organisationsgrad im Jahr 1965 bei 66 Prozent, so konnte er bis 1989 jedoch auf 85,4 Prozent, durch das Ausüben verstärkten Drucks, gesteigert werden. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in den Betrieben und der Wirtschaft der DDR ließ bei vielen Berufstätigen Frustration und Desinteresse hervortreten. Damit erklärt sich wohl auch der hohe Anteil an Lehrlingen unter den Flüchtlingen und Übersiedlern im Spätsommer 1989. Die politisch-ideologische Durchdringung war bei den Berufsauzubildenden dementsprechend noch viel geringer als bei den Schülern und Studenten.[221] Als Grund für das Fehlen von Sympathie für den Jugendverband gab das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung die folgende Begründung an:

[218] Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i.Br. 1997, S. 101.
[219] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 100f.
[220] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 168.
[221] Vgl. Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 102f.

> „Enttäuschung und Unzufriedenheit herrschte darüber, daß der Wunschberuf meist versagt blieb und eine individuelle Lebensplanung unterdrückende Entscheidung für eine aus gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen erforderliche Alternative getroffen werden mußte.“[222]

[222] Zit. nach Michael Walter: Die Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 102.

III Wissenschaft und Erziehung in der DDR. Ein Überblick

3.1 Aufgabe und Funktion von Wissenschaft und Hochschulen im Sozialismus

> „Wissenschaft: Form des gesellschaftl. Bewusstseins; auf der Grundlage der Praxis historisch entstandenes System logisch miteinander verknüpfter Kenntnisse, deren Wahrheit durch die Praxis überprüft und präzisiert wird. [...] Anwendungsgebiet und Ziel der [Wissenschaft] ist die Praxis, insbes. die Produktion. Sie stellt der Wissenschaft die Aufgaben, liefert ihr das Untersuchungsmaterial, die Mittel, Geräte für die Forschung usw. Im Kapitalismus werden die Ergebnisse wissenschaftl. Arbeit einseitig in den Dienst der Profitproduktion und insbes. der Kriegsvorbereitung gestellt. Im Sozialismus dient hier immer stärker eine unmittelbare Produktivkraft der Gesellschaft.“[223]

Die DDR besaß ein Wissenschaftsverständnis, welches „aus dem marxistischen Verständnis vom Menschen als Teil eines gesamten Produktionsprozesses“ hervorging. Die Wissenschaft, und die aus ihr gewonnenen Erkenntnisse, wurden nicht als Selbstzweck verstanden, sondern vielmehr „als Dienst an der wachsenden Beherrschung der Natur und der sozialen Zusammenhänge“.[224] Dadurch begründet war die Wissenschaft in der DDR auch nicht mehr frei, obwohl sie als solche noch in der Verfassung von 1949 deklariert wurden. Sie unterstand dem Staat und seinen Anforderungen und somit dessen Steuerung. Die Wissenschaft wurde von der Staats- und Parteiführung als „Produktionsfaktor und Produktivkraft ‚für die Vollendung des historischen Prozesses im Kommunismus’“ angesehen. Genau darin sah die SED die Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus. Um diese besser nutzen zu können, sollte sich der „Wissenschaft als Produktivkraft nicht als

[223] Wissenschaft“, in: Bibliographisches Institut Leipzig (Hrsg.): Meyers Kleines Lexikon in drei Bänden, dritter Band: Pallen-Z, Leipzig 1969, S. 840.

[224] Roswitha Wisniewski: Wissenschaft und Forschung, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 962-969, hier: S. 962.

spontaner Prozeß [entwickeln], sondern planmäßig durch die Partei der Arbeiterklasse gelenkt werden, wobei die Wissenschaft selbst als Grundlage der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse" diente.[225]

Die Betrachtung und Bedeutung als Produktivkraft ging allerdings seit dem VIII. Parteitag zunehmend verloren. An ihre Stelle trat „nunmehr „stärker die theoretischen Grundlegung für die Ausgestaltung des Gesellschaftssystems der DDR", wobei die Wissenschaft von da an, Instrument[e] zur Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung sein " sollte.[226]

Die Aufgabe und Funktion von Wissenschaft in der DDR bestand darin, den „Erweis [für die] Richtigkeit und Überlegenheit des marxistisch-leninistischen-sozialistischen Systems" zu erbringen. Dafür wurde eine Wissenschaft gebraucht, die „systemkonform" und „gut lenkbar[e]" war. Die Forschung wurde an die Akademien zurückgedrängt und erfolgte nach vorgegebenen Forschungsplänen. Aber die Wissenschaft entwickelte sich innerhalb der DDR längst nicht so zügig, wie von der Parteiführung erhofft. Diese Tatsache hatte sie sich selbst zuzuschreiben. Nicht nur, dass sie durch die geschlossenen Grenzen ihren eigenen Wissenschaftlern die Teilnahme an diversen Kongressen und Tagungen verwehrte und somit auch den Kontakt zu Wissenschaftlern westlicher Länder unmöglich machte. Auch das Fehlen wissenschaftlicher Literatur sowie von Devisen trugen zu dieser Situation bei.[227] Die Gegenstände und Inhalte von Wissenschaft und Forschung wurden von der SED festgelegt[228].

---

[225] Roswitha Wisniewski: Wissenschaft und Forschung, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 962-969, hier: S. 963.

[226] Roswitha Wisniewski: Wissenschaft und Forschung, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 962-969, hier: S. 963.

[227] Roswitha Wisniewski: Wissenschaft und Forschung, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und

> „Aus der ideologischen Position, wie sie die SED-Führung vertrat, daß das Bildungswesen Machtinstrument zur Durchsetzung der herrschenden Klasse sei und folglich deren politisch-moralische Überzeugung zu vermitteln habe, wurde die Berechtigung abgeleitet, das bis dahin bestehende Bildungswesen im sozialistischen Sinne umzugestalten.“[229]

Die Wissenschaft, und somit auch das Hochschulwesen der DDR, war Teil des „Einheitlichen Sozialistischen Bildungssystems“, und unterlag somit auch dessen Grundsätzen. Die Hauptaufgabe bestand aber nicht nur in der Ausbildung, sondern auch in der Erziehung der Menschen, was sich durch folgende Grundsätze manifestierte: gleiches Recht auf Bildung für alle Bürger, Bildungspflicht, einheitliches Bildungssystem, „staatlicher und gesellschaftlicher Charakter aller Ausbildungs- und Erziehungseinrichtungen“, kostenlose Bildung, „Einheit von Ausbildung und sozialistischer Erziehung“, „Verbindung der Ausbildung mit dem Leben, mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus, die Wissenschaftlichkeit der Bildung, die Koedukation sowie die Weltlichkeit der Bildung“.[230]

Das Selbstverständnis der DDR-Wissenschaft war an den Marxismus-Leninismus gebunden, wobei der „Einfluß des ML auf den kognitiven Gehalt einer Disziplin [...] überall dort besonders stark [war], wo der Erkenntnisgegenstand dieser Disziplin zugleich Gegenstand der als verbindliche Wahrheit geltenden Theorie des Marxismus-Leninismus war“[231]. Auf diesen Gebieten erfolgte die Beeinflussung der

---

Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 962-969, hier: S. 964.

[228] Udo Margedant: Bildungswesen und Bildungspolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 156-164, hier: S. 156.

[229] Udo Margedant: Bildungswesen und Bildungspolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 156-164, hier: S. 157.

[230] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 16.

[231] Renate Mayntz: Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 461-483, hier: S. 464f.

Themenwahl, der Begriffsdefinitionen, der theoretischen Aussagen sowie der wissenschaftlichen Methoden. Besonders stark war die Bindung an den Marxismus-Leninismus auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften, vor allem in der Philosophie, der Geschichtswissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften sowie der Rechtswissenschaften. In den Naturwissenschaften dagegen war die Bindung wesentlich seltener anzutreffen. Zwei der wenigen Ausnahmen bildeten die Vererbungslehre Lyssenkos und die „zeitweise politische Ächtung der Kybernetik". Dem stand allerdings nicht entgegen, dass auch die Naturwissenschaften den (Leistungs-) Erwartungen gerecht werden mussten.[232] In dem Wissenschaftssystem der DDR gab es eine sogenannte „Zweiteilung des Wissens". Im ideologienahen Bereich waren die Grundlagen tabuisiert; für den anderen, ideologiefernen Bereich waren sie – wie es wissenschaftlicher Normalität entspricht – prinzipiell kritisierbar und für Veränderungen offen".[233]

Von außerordentlicher Bedeutung war das Verhältnis der Staatspartei zur Wissenschaft in der DDR.

> „Der eigentliche Grund dafür, daß der Marxismus in der Parteiideologie als eine Wissenschaft erschien, bestand darin, daß er als ein sicherer Schatz sicheren Wissens betrachtet wurde, an dem man nur unverbrüchlich festhalten mußte, um für die Herbeiführung des Sozialismus gerüstet zu sein."[234]

Wissen und Glauben waren in der DDR eng miteinander verschmolzen. Vor allem in der Partei war Parteilichkeit untrennbar mit Wissenschaftlichkeit verbunden.

[232] Renate Mayntz: Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 461-483, hier: S. 465f.
[233] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 408.
[234] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 405.

Politiker, anders als Wissenschaftler, hinterfragten die Ideologie nicht, und die die hinterfragten, wie Wolfgang Harich[235] oder Peter Ruben[236], wurden abgestraft.[237]

> „Die tonangebenden Funktionäre der Partei hatten Lebensläufe hinter sich, in denen ihn keine Gelegenheit geboten war, jemals forschend tätig zu sein und die Geisteshaltung des Forschers zu verinnerlichen.“[238]

Offene Diskussionen gab es nicht. Begründet war dies dadurch, dass hier von vornherein nicht klar gewesen war, wie diese ausgegangen wären, und somit für die Partei selbst eine zu hohe Gefahr darstellten. Ein weiteres Problem war die sich immer wieder verändernde Großwetterlage in der DDR. Auf Zeiten relativer

---

[235] Wolfgang Harich, Dr. phil.,: 09.12.1923-15.03.1995; Philosoph, Publizist; konzipierte 1956 `Plattform für einen besonderen Weg zum Sozialismus` „zur soz. Demokratisierung der DDR sowie zur `friedl. (Demokrat.-soz.) Wiedervereinigung Dtl.“; am 29.11.1956 Verhaftung; 1957 Schauprozess; Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren wegen „Bildung einer konspirativ-staatsfeindl./konterrev. Gruppe“; Ende 1964 Amnestie und Freilassung; seit 1965 ohne feste Anstellung; 1979 Invalidisierung; danach bis 1981 Aufenthalte in Österreich, Spanien, Schweiz, BRD-unter Beibehalt der DDR-Staatsbürgerschaft; 1990 Kassation des Urteils und vollständige Rehabilitierung; 1992 Mitbegründer der „Alternativen Enquête-Kommission Dt. Zeitgeschichte“; Quelle: Hans-Christoph Rauh, Bernd-Rainer Barth: Harich, Wolfgang, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 313-314.

[236] Peter Ruben, Dr. phil.: *01.12.1933; Philosoph; 1958 im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Wolfgang Harich aus SED ausgeschlossen und von der HU exmatrikuliert, 1961-63 Studium fortgesetzt nach dem er sich in der sozialistischen Produktion „bewähren“ musste; 1964 Wiederaufnahme in die SED; 1964/65 Assistent an HU Berlin; 1965-1968 Aspirantur; 1968-71 Oberassistent im Bereich Dialektischer Materialismus; 1969 Promotion „Mechanik und Dialektik. Eine wissenschaftstheoretisch-philosophische Studie zum physikalischen Verhalten“; 1975 Habilitation „Widerspruch und Naturdialektik“; 1975 Gastprofessor in Dänemark; Einstufung seiner wichtigsten werke als revisionistisch; 1981erneuter Ausschluss aus der SED (zusammen mit fünf weiteren Mitarbeitern des Instituts); aufgrund von Protesten v.a. aus der BRD darf er am Institut verbleiben; Verbot jeglicher Lehrtätigkeit; eingeschränkte Publikationsmöglichkeiten; 1990 Rehabilitierung durch die PDS; Teilnahme am Runden Tisch; Ernennung zum Professor für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften, Quelle: Jan Wielgohs: Ruben, Peter, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 717-718.

[237] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 406.

[238] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 406.

Liberalität folgten wieder jene, die durch Härte geprägt waren.[239] Nur wenige Dinge wurden in dem sozialistischen Staat verändert:

> „Ein solches neues Element im theoretischen Gebäude des Marxismus-Leninismus, das bis zum Ende der DDR in Geltung blieb, war die ‚entwickelte sozialistische Gesellschaft'; die ‚sozialistische Menschengemeinschaft' hingegen verschwand mit ihrem prominenten Verfechter Ulbricht wieder von der Bildfläche."[240]

Das Instrumentarium der Wissenschaftspolitik der DDR bestand aus den folgenden Elementen: „Personelle Präsenz der SED in der Mitarbeiterschaft wissenschaftlicher Einrichtungen", „Sicherung des Parteieinflusses in den Leitungsgremien", „Bündnispolitische Arrangements", „Bildung und Tätigkeit spezialisierter wissenschaftspolitischer Organe im Parteiapparat", „Zentralisation der staatlichen Wissenschaftslenkung", „Marxistisch-leninistische Schulung" sowie „Parteiinterne Wissenschaftspotentiale".[241]

Die SED hatte nicht nur die Möglichkeit die Forschung zu bestimmen, und somit auch an der Gestaltung der Zukunft zu arbeiten, sondern sie griff auch in die Geschichte ein. Die Entstehung des Marxismus wurde als ein Revolutionsprozess in der Geschichte betrachtet. Während die allgemeine Geschichtswissenschaft nur auf chronologische Einteilung wie Ur- und Frühgeschichte, Altertum, Mittelalter und Neuzeit beschränkt ist, unterscheidet die marxistische Geschichtsschreibung nach weitgehend ökonomischen Gesichtspunkten fünf Gesellschaftsformationen, die sich einander ablösten:

---

[239] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 406f.
[240] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 407.
[241] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 413ff.

(1) Urgesellschaft (klassenlose Gesellschaft auf einer sehr niedrigen Stufe der Produktivität)
(2) Sklavenhalterstätte und andere frühe Formen der Klassengesellschaft
(3) Feudalismus
(4) Kapitalismus (mit seiner Überwindung ist die Geschichte der Klassenkämpfe abgeschlossen)
(5) Kommunismus (und seine niedriger entwickelte Anfangsstufe, dem Sozialismus) – der Kommunismus ist eine Formation ohne Klassen und Klassengesellschaft[242]

Nach der Etablierung des Marxismus sollte es keinerlei Revolutionen mehr geben, sondern lediglich Erkenntniszuwächse.[243]

3.2 Erziehungsauftrag

Das Bildungssystem der DDR war zugleich ein politisches System, wobei Politisierung als etwas Positives betrachtet wurde. Von Politisierung kann gesprochen werden, weil es sich hierbei erstens um ein von außen gesteuertes System gehandelt hat, welches nicht von innen heraus gewachsen ist. Ein Lern-, Entwicklungs- oder gar Entfaltungsprozess hat zu keiner Zeit stattgefunden. Hinzu kam zweitens, dass „Organisationen [...] integriert waren, die systematisch auch die Überschneidungsbereiche von Staat, Gesellschaft und privater Erziehung zu kontrollieren suchten“, wie z. Bsp. die Pionierorganisation oder die FDJ. Diese Verbände begutachteten nicht nur das schulische, oder hochschulische Leben,

[242] Eberhard Kuhrt: Geschichtsauffassung, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 322-332, hier: S. 323f.
[243] Hubert Laitko: Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405-420, hier: S. 407.

sondern auch die Freizeit und Freizeitgestaltung. Drittens hatte der Staat den „Monopolanspruch auf [das] öffentlich anerkannte universalistische Prinzip der Moral" erhoben. Schließlich kann viertens „[v]on Politisierung [...] der Entwicklung des Erziehungssystems [gesprochen werden], denn in der Geschichte der DDR wird der ausgreifende Erziehungsanspruch staatlich immer umfassender propagiert und realisiert und zu einer Normalität, die außerhalb konfessionell gebundener Milieus auch öffentlich kaum mehr als anstößig galt oder problematisiert wurde".[244] Das Bildungssystem war durchdrungen von einem vorgegebenen Erziehungsauftrag, der so stark war, dass sogar von einem Erziehungssystem gesprochen werden konnte.

> „Abweichend von den deutschen [...] Traditionen lebte dieses System [Erziehungssystem der DDR] nicht im relativ lockeren Nebeneinander staatlich kontrollierter schulischer und gesellschaftlich-plural organisierter Form, in der – dem Anspruch nach – schulische und nichtschulische, unterrichtliche und außerunterrichtliche Praktiken von Erziehung nicht nur zufällig aufeinander verwiesen, sondern unter dem Primat der Politik nach identischen Prinzipien geordnet und systematisiert wurden. Das der Politik entnommene Prinzip der Verknüpfung hieß *Führung*. Sie stellte im Erziehungssystem den Hebel dar, die Lern- und Erziehungsprozesse ebenso zu strukturieren wie die professionelle Arbeit der Lehrer und Erzieher."[245]

Es wir davon ausgegangen, das der Erziehungsauftrag in seiner Form mit der Zweite Hochschulreform eingeführt wurde, und bis zum Ende der DDR Bestand hatte. Ausgangspunkt war das 4. ZK-Plenum der SED vom 19. Januar 1951 über „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen", da hier der Bezug zwischen Hochschulwesen und Sozialismus hergestellt wurden war. Die Aufgaben des Erziehungsauftrages bestanden in der Ausarbeitung eines Programms „zur staatstreuen Erziehung der Studenten" und der Ausbildung der notwenigen Kader. Der Erziehungsauftrag war das „Instrument zentralistischer

[244] Heinz-Elmar Tenorth/Sonja Kudella/Andreas Paetz: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition, Weinheim 1996, S. 8, 246ff.
[245] Heinz-Elmar Tenorth/Sonja Kudella/Andreas Paetz: Politisierung im Schulalltag der DDR. Durchsetzung und Scheitern einer Erziehungsambition, Weinheim 1996, S. 245.

hochschulorganisatorischer und –struktureller Regulierung“. Mit der Zweiten Hochschulreform war der Aufbau des Erziehungsauftrages abgeschlossen und damit „ideologische Okkupation und Vergesellschaftung des Hochschulwesens“.[246]

In der DDR bestand die gesellschaftliche Idee, dass die „Menschen [...] zu ihrem eigenen Glück politisch und ideologisch“ erzogen werden müssten. Dies ergab sich aus der Geschichtsauffassung der Partei, und war fortan Bestandteil der „totalitären Ideologie“. Diese Auslegung spiegelte sich im pädagogischen Konzept der SED wieder. Gleichwohl sich die SED jegliche kontroverse Debatten verbat, änderte sich dieses Konzept. Während in den 1950er Jahren die „Patriotische Erziehung“ das Vorhaben darstellte, die sich auf „die zu erzeugenden Einstellungen und Verhaltensweisen am Bild einer unter sozialistischen Vorzeichen vereinten deutschen Nation“ richteten, orientierte sich das spätere Konzept der „staatsbürgerlichen Erziehung“ an der sozialistischen Nation der DDR.[247] Aus dem Erziehungskonzept der SED leitet sich der Begriff der „Erziehungsgesellschaft“ oder auch der „Erziehungsdiktatur“ ab, die davon ausgehen, „dass der Mensch bis ins hohe Alter permanent erzogen werden müsse, um den sich ständig wandelnden Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklungsphasen gerecht zu werden“. Wurde dieses System abgelehnt, galt das „als Anschlag auf das sozialistische Kollektiv […] und [wurde] dementsprechend mit Sanktionen belegt“.[248]

> „Der konsequente Rückgriff auf den leninistischen Ideologiebegriff, der die Ideologie der Arbeiterklasse als ‚einzig wissenschaftliche Ideologie’ begreift, führte seit den 60er Jahren zu

[246] Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüthner/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 29-61, hier: S. 29f.

[247] Bernd-Rainer Fischer: Erziehung, politisch-ideologische, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 253-258, hier: S. 253f.

[248] Wolfgang Lambrecht: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007, S. 87.

der eigentümlichen Vorstellung, daß die politisch-ideologische Erziehung dann am erfolgreichsten sein müsse, wenn sie in wissenschaftlichen Denkmuster und in die ‚objektiven' und wissenschaftlich ‚bewiesenen' Gesetze der Natur und Gesellschaft einführt, weil man diese Gesetze vernünftigerweise akzeptieren und sich ihnen einsichtig unterwerfen wird."[249]

Die Erziehungsprinzipien in der DDR wurden vorgegeben und klar definiert: „traditionell autoritäre Formen der Unterweisung und Belehrung", „praktische Erfahrung [...], daß die zu Erziehenden von der ‚revolutionären' gesellschaftlichen Praxis bzw. von imaginären Gesamtsubjekten (der Arbeiterklasse, der Partei) gleichwohl selbst erzogen werden", wiederkehrende Schulungen sowie gesellschaftliche Aktivitäten. Am stärksten von der politisch-ideologischen Erziehung war das Bildungssystem geprägt. Aber nicht nur die Ausbildungsstätten, sondern auch die Massenorganisationen, Betriebe, Vereine und Verbände hatten sich der Aufgabe verschrieben, die Menschen politisch-ideologisch zu erziehen. Es wird nicht ohne Grund vom „Erziehungsstaat DDR" gesprochen.[250]

Der Erziehungsauftrag spielte auch im Studium eine enorme Rolle, was sich am Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, dem obligatorischen Sport- und Russischunterricht oder auch den Seminargruppen wiederspiegelt. Die Seminargruppen spielten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung in der Erziehung. In der Anweisung Nr. 26 über die Bildung und Aufgaben der Seminargruppen hieß es betreffend, „daß diese eine entscheidende Voraussetzung für die Ausbildung und Erziehung der heranwachsenden Intelligenz seien". Ziel war es eine

[249] Bernd-Reiner Fischer: Erziehung, politisch-ideologische, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 253-258, hier: S. 254.
[250] Bernd-Reiner Fischer: Erziehung, politisch-ideologische, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 253-258, hier: S. 254f.

„kontrollierte[...] Kollektiverziehung“ einzuführen und durchzusetzen.[251]

> „Die Seminargruppen sollten jeden Studenten zu einem Kämpfer für die Einheit unseres Vaterlandes erziehen, zu einem glühenden Patrioten, der bereit ist, an der Seite der Arbeiterschaft die Errungenschaften der Werktätigen zu schützen.“[252]

Doch nicht nur die Seminargruppe, auch die Hochschullehrer waren Teil des Erziehungsauftrages. Die Umsetzung dieses erwies sich als „äußerst problematisch, weil sich viele Hochschullehrer von der 2. Hochschulreform distanzierten, eine klare Unterscheidung zwischen ihrer Fachwissenschaft und den Gesellschaftswissenschaften vornahmen und diesen die ideologische Erziehungsarbeit nur allzu gern überließen“. Dabei kam der Hochschullehrerschaft eine entscheidende Rolle bei der Erziehungsarbeit zu.[253] Aufgrund dessen mussten die Hochschullehrer in Marxismus-Leninsmus geschult werden, was die Aufgabe der Lehrkörper des gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudiums war. Heinrich Deiters, Erziehungswissenschaftler,[254] äußerte sich auf einer SED-Hochschultagung 1953 wie folgt zur Rolle der Hochschullehrer:

> „Um erzieherische auf das gesellschaftliche Bewußtsein der Studenten einzuwirken, muß er in Worten und Handlungen klar zum Ausdruck bringen, daß er selbst von dem geschichtlichen Recht dieser neuen Ordnung überzeugt ist. Nur dann vermag er den erzieherischen Auftrag

[251] Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüthner/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 29-61, hier: S. 51ff.

[252] Zit. nach: Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüthner/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 29-61, hier: S. 52.

[253] Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüthner/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 29-61, hier: S. 52f.

[254] Gert Geißler: Deiters, Heinrich, in: Helmut Mmüller-Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 145.

> erfüllen, der sich als gesellschaftspolitischer mit seinem wissenschaftlichen so zu einer Einheit verbindet, daß beide untrennbar zusammengehören.“[255]

Der Erziehungsauftrag besaß ein hohes Maß an Kontinuität. Die mit der Zweiten Hochschulreform vorgenommenen Veränderungen hatten Bestand bis zum Zusammenbruch der DDR. Von Seiten des Staates wurde versucht, die Umsetzung des Erziehungsauftrages zu verbessern, wie z. Bsp. mit der Dritten Hochschulreform 1967 oder der V. Hochschulkonferenz 1980, da die Realität doch weit anders aussah, als der theoretische Anspruch. Die Merkmale der Stetigkeit äußerten sich durch die „Vereinnahmung des Hochschulwesens durch die SED seit der 2. Hochschulreform“ sowie durch den „marxistisch-leninistischer Erziehungsauftrag“[256].

Über die Wirkungen und Erfolge dieses Erziehungskonzeptes existieren unterschiedliche Meinungen. Es „wäre unsinnig anzunehmen, die politisch-ideologische Erziehung hätte keine Wirkung auf die DDR-Gesellschaft und ihre Mitglieder gehabt“. Dabei bleibt die Frage aber offen, „ob die erwünschten oder die unerwünschten Wirkungen überwogen“.

> „Es finden sich allein zwei starke Argumente für die These, dass der politisch-ideologischen Erziehung kein Erfolg beschieden war: Die politische Elite der DDR hat sich von der Idee einer poltisch-ideologischen Erziehung nie gelöst – offenbar weil sie diese als noch nicht gelöst oder gar nicht einlösbar betrachten mußte. Auch im Rahmen der politisch-ideologischen Erziehung war es möglich, das Denken und Lernen zu lernen, und zwar insofern als sich diese durch die vermeintliche Inanspruchnahme der Wissenschaft notwendigerweise selbst

[255] Zit. nach: Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüthner/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 29-61, hier: S. 53.
[256] Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüthner/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 29-61, hier: S. 58ff.

desavourieren mußte. Wer aber das Denken und das Lernen gelernt hat, ist in dem Denken und Lernen nicht kontrollierbar.“[257]

Andererseits entsteht hier leicht der Eindruck, dass die Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen der DDR nicht griffen. Dem muss aus meiner Sicht der Dinge widersprochen werden. Denn von jemandem, der in dem Land geboren, in ihm aufgewachsen und die gesamte Propagandaschiene vom Kindergarten an, durchlaufen hatte, von dem kann kaum erwartet werden, dass er keinerlei Identität zu dem Staat aufgebaut hatte. Auch wenn oft davon ausgegangen wird, dass es keine eigene DDR-Identität gab, so behaupte ich dennoch, dass sie es gab. Nur eben nicht bei allen im gleichen Maße. Deutlich wurde dies auch im Herbst 1989, als viele nicht den Sozialismus, sondern dessen Umsetzung in Frage stellten.

[257] Bernd-Reiner Fischer: Erziehung, politisch-ideologische, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. aktualisierte Auflage, Schöningh 1997, S. 253-258, hier: S. 256f.

IV Entwicklung der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt

4.1 Entwicklung bis 1945

Die wirtschaftliche Lage in Sachsen, wie in ganz Deutschland, stellte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts als äußerst schwierig dar. Um dieser Misere zu entfliehen, wurde auf eine „breit angelegte […], wissenschaftlich fundierte[…] technische[…] Ausbildung“ gesetzt. Als 1828 in Dresden eine Technische Bildungsanstalt entstand, betonten zeitgleich zahlreiche Aufsätze, wie wichtig solch eine Technische Lehranstalt auch für die Industriestadt Chemnitz wäre. Infolgedessen „forderte der Industrieverein 1829/30 von der Staatsregierung die jährliche Bewilligung von 8.000 Talern für die Errichtung und den Betrieb von Gewerbschulen“. Am 26. April 1829 öffnete in Chemnitz eine Sonntagsschule für 20 Schüler (kurz darauf 312) eröffnet, in der den Handwerkern „notwendige[n] Kenntnisse im Zeichnen, Schreiben und Rechnen vermittelt“ wurden. Ab dem 17. Mai war das Strumpfwirkermeisterhaus, in welchem der Unterricht stattfand, dem wachsenden Ansturm nicht mehr gewachsen, und es erfolgte der Umzug in die Räume des ehemaligen Lyzeums.[258]

Diese Schule konnte den naturwissenschaftlichen Ansprüchen jedoch nicht voll entsprechen, eine fundierte technische Ausbildung nicht vermitteln, so dass die Forderungen nach Gründung einer eigenen Gewerbschule immer lauter wurden. Es war Lebrecht Traugott Pomsel, der Direktor der Allgemeinen Bürgerschule in Chemnitz, der „[a]uf Anregung des 1829 gegründeten `Industrievereins für das

[258] Vgl. Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 15ff

Königreich Sachsen` […] erste fundierte Gedanken über die Errichtung von Gewerbschulen in Sachsen“ entwickelte.[259]

Im Dezember 1833 lagen entsprechende Pläne dem Sächsischen Ministerium vor, welches nach Beratungen zu dem Schluss kam, Gewerbschulen in Chemnitz und Dresden anzusiedeln. Die Vorschläge wurden im April 1834 der Zweiten Kammer der Regierung zur Beratung vorgelegt, allerdings mit dem Ergebnis, dass „die Abgeordneten […] mehrheitlich zwei höhere technische Lehranstalten in Sachsen nicht für erforderlich“[260] hielten.

In der Begründung hieß es, dass Dresden bereits über ein „polytechnisches Institut“ verfüge, das ausgebaut werden kann. 4.000 Taler plus zusätzliche 1.000 Taler für ihren Ausbau gingen an diese Lehranstalt. Chemnitz und das übrige Gewerbschulwesen in Sachsen (in Leipzig, Plauen und Zittau sollten ähnliche Einrichtungen geschaffen werden) erhielten zusammen 3.000 Taler.

> „Mit dieser Ausstattung konnte den Ansprüchen an eine höhere Gewerbschule natürlich in keiner Weise entsprochen werden, sondern es war nun nur noch von einer mittleren Gewerbschule in Chemnitz die Rede.“[261]

Im September 1835 erging der Beschluss, die Räume im Erdgeschoss sowie in der ersten Etage des Lyzeums am Jakobikirchplatz für den Unterricht einer höheren Gewerbschule bereitzustellen. Im November desselben Jahres schließlich gab „das

[259] Rektor der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836- Technische Universität Karl-Marx-Stadt 1989, Karl-Marx-Stadt 1988, S. 1.

[260] Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 20.

[261] Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 20.

Ministerium des Innern de[n] Beschluss des Sächsischen Königs […] bekannt […], dass „eine mittlere Gewerbschule in Chemnitz zu errichten“ sei. Die Schule, bei der es sich um eine staatliche, nicht um eine städtische Einrichtung handelte, sollte geleitet werden durch eine Schulkommission „unter dem Vorsitz eines Königlichen Kommissars unter Beteiligung eines Mitgliedes des Stadtrates, des „Dirigenten“ der Gewerbschule, und eines frei gewählten Mitgliedes der Einwohnerschaft“. Das Amt des Königlichen Kommissars übte Regierungsrat Kohlschütter, das des Stellvertreters Amtshauptmann von Polenz aus. Die Struktur der Chemnitzer Schule orientierte sich an der von Dresden.[262] Zum eigentlichen Zweck der Gewerbeschule hieß es:

> „[Sie hat den Zweck] denjenigen, welche sich dem praktischen Gewerbsleben im Bereiche des Handwerks- oder Fabrikbetriebs zu widmen gedenken, Gelegenheit zur Erlangung einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Ausbildung darzubieten und dadurch insbesondere zur Vervollkommnung des vaterländischen Gewerbwesens beizutragen“.[263]

Die Struktur beinhaltete eine Dreiteilung der Klassen (jeweils für ein Jahr, von Ostern bis Ostern):

> „3. Klasse: Erlangung einer allgemeinen Bildung in den Anfangsgründen der Mathematik, Physik und des Zeichnens.
>
> 2. Klasse: Vorbereitung auf das praktisch-mechanische und chemische Studium; Hauptfächer bilden Geometrie, Trigonometrie, Theoretische Chemie und Maschinenzeichnen.

[262] Vgl. Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 21f.

[263] Zit. Nach Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 22.

1. Klasse: Mechanische oder chemische Technik als `Grundlage eines vernunftgemäßen Gewerbebetriebes".[264]

Besonderen Wert wurde auf den Zeichenunterricht gelegt. Zu Beginn, in der dritten Klasse, umfasste er einen Anteil von 60 Prozent. In der zweiten stieg er auf 71 Prozent an, bis er schließlich in der ersten Klasse auf 41 Prozent zurückging. Für die Absolvierung der Gewerbschule war es notwendig, die drei Klassenstufen zu durchlaufen, in der Regel von der dritten zur ersten Klasse. Aufgrund der Aufnahmeprüfung bestand jedoch die Möglichkeit, durch das Vorweisen besonderer Kenntnisse in eine nächsthöhere Klasse zu gelangen. Die jeweiligen Klassen schlossen mit Prüfungen ab. In Ausnahmefällen konnten auch einzelne Fächer belegt werden. Um Aufnahme in die Gewerbschule zu finden, mussten die Betreffenden mindestens 14 Jahre alt sein sowie einen Nachweis der schulischen Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen erbringen. Des Weiteren war es Pflicht, konfirmiert zu sein und eine Erklärung über die Pockenschutzimpfung zu besitzen und auch die Zahlung eines Schulgeldes war für den Besuch der Gewerbschule unerlässlich. Diese konnte allerdings durch einen Antrag beim Vorsteher in Teilen oder auch im Ganzen erlassen werden. Sie betrug für die dritte Klasse 8 Taler, für die zweite 10 sowie für die erste Klasse 12 Taler. 1936 erfolgte die Angliederung der Chemnitzer Zeichenschule (Kästnersche Zeichenschule) an die Lehranstalt.[265]

Der „Chemnitzer Anzeiger" vom 30. März 1836 verkündete die Eröffnung der Gewerbschule am 2. Mai. Interessierte Schüler sollten sich mit ihren Unterlagen beim Vorsteher anmelden. Die Resonanz darauf ließ zu wünschen übrig, so dass am

[264] Rektor der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836- Technische Universität Karl-Marx-Stadt 1989, Karl-Marx-Stadt 1988, S. 2.
[265] Vgl. Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 23.

16. April 1836 im Chemnitzer Tageblatt eine erneute Anzeige geschaltet werden musste. Bis zum 21. April hatten sich schließlich 10 Schüler und 2 Zuhörer eingeschrieben[266]. Stephan Luther, Leiter des Chemnitzer Universitätsarchivs, begründet das mangelnde Interesse wie folgt:

> „Die im Gegensatz zum Andrang in der Sonntagsschule und den lange Zeit erhobenen Forderungen nach Eröffnung einer solchen Gewerbschule stehende zögerliche Bereitschaft, sich hier einzuschreiben, lag wohl einerseits in der Unsicherheit über die Beschaffenheit und Qualität der neuen Einrichtung, andererseits in der mangelnden Vorbildung in Chemnitz wie auch in den beschränkten finanziellen Möglichkeiten der potenziellen Bewerber begründen."[267]

Am 2. Mai 1836 eröffneten Regierungsvertreter im ehemaligen Lyzeum am Jacobikirchplatz die königliche Gewerbeschule zu Chemnitz, die zunächst die Wirkungsstätte von fünf Lehrern und vierzehn Schülern darstellte. Die Leitung übernahm Chr. B. Schmidt.[268] Zu Neujahr des Jahres 1841 wurde Julius Ambrosius Hülße erster Direktor. Er blieb in seiner Position bis zum 19. Juli 1850, wo er sein Amt an Georg Heinrich Eberhard Schuedermann abtrat.[269] Zwölf Jahre später, am 9. Oktober 1862, wurde aus der Gewerbeschule eine Höhere Gewerbeschule. Zum Schulverband gehörten nun die Höhere Gewerbeschule mit 187 Schülern, die Fabrikzeichenschule mit 33 Schülern, die Baugewerbeschule mit 84 Schülern sowie

---

[266] Vgl. Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 24.

[267] Stephan Luther: Die Gründung einer Gewerbschule in Chemnitz und ihre Etablierung im technischen Bildungswesen (1836-1877), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 13-48, hier: S. 24.

[268] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 2.

[269] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1986. Ein Überblick in Daten, Karl-Marx-Stadt 1989, S.6f.

die Werkmeisterschule mit insgesamt 55 Schülern.[270] Bereits im Jahr 1890 konnte die Statistik der Lehranstalt über 1000 Lernende aufweisen. Zu den bislang vier bestehenden Schulen waren drei weitere hinzugekommen: die Färberschule, die Müllerschule und die Seifensiederschule. Die beiden letzteren mussten ihren Lehrbetrieb allerdings zu Beginn der 1890er Jahre wieder einstellen.[271]

Der Unterricht in Elektrotechnik erhielt im Wintersemester 1882 seinen Einzug.[272] Das Königliche Ministerium des Inneren verfügte am 5. Mai 1900 „zum Ausdruck ihrer Sonderstellung zwischen technischen Mittelschulen und Hochschulen" die Umbenennung der Höheren Gewerbschule in Königliche Gewerbakademie.[273] Gleichzeitig erhielt die Werkmeisterschule ihren neuen Namen: Maschinenbauschule.[274]

Ostern 1912 wurde die Abteilung Gewerblehrer gegründet, die nach dem Wintersemester 1935/36 aber geschlossen wurde. Der nächste Namenswechsel folgte bereits am 12. April 1929 in Staatliche Akademie für Technik, die fünf Abteilungen beherbergte: Maschineningenieure, chemische und textilchemische Technik, Architekten und Hochbau-Ingenieure, Elektro-Ingenieure, Textilingenieure.[275]

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges folgten zahlreiche weitere Umbenennungen und Neugründungen. Am 24. Februar 1945 kam es schließlich zum Abbruch des

[270] Vgl. Geschichte der TU-Chemnitz in Daten, in: www.tu-chemnitz.de/uni-archiv/
[271] Vgl. Die Müllerschule 1892, die Seifensiederschule 1895.
[272] Vgl. Geschichte der TU-Chemnitz in Daten, in: www.tu-chemnitz.de/uni-archiv/
[273] Geschichte der TU-Chemnitz in Daten, in: www.tu-chemnitz.de/uni-archiv/
[274] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 10.
[275] Vgl. Geschichte der TU-Chemnitz in Daten, in: www.tu-chemnitz.de/uni-archiv/

Unterrichts an allen Schulen, da die erheblichen Schäden nach dem Bombenangriff auf Chemnitz den weiteren Unterricht unmöglich machten.

4.2 Entwicklung zwischen 1945 und 1989

Die feierliche Wiedereröffnung der Technischen Lehranstalten Chemnitz erfolgte am 9. April 1947 als Fachhochschule unter der Bezeichnung Technische Lehranstalt Chemnitz.[276] Unter den ersten Studenten waren nun auch 30 Frauen. Zunächst etablierten sich vier Ingenieursschulen an der Bildungsstätte: die Ingenieurschule für Maschinenbau, welcher 173 Studenten angehörten, die Ingenieursschule für Chemiker mit 32 Studenten, die Ingenieursschule für den kommunalen und industriellen Bau, die 187 Studenten umfasste sowie die Ingenieurschule für Elektrotechnik mit ihren 74 Lernenden.[277]

Die erste FDJ-Gruppe konstituierte sich am 27. April 1947 mit zunächst neun Mitgliedern. Breits Ende des Jahres konnte sie 230 Mitglieder vorweisen. Auch die Arbeiter- und Bauernfakultät nahmen im Oktober mit 100 Studenten ihre Arbeit auf.[278] Am 26. November 1950 fand die erste Funktionärskonferenz der Freien Deutschen Jugend, mit der Losung ‚Entfaltet den Feldzug der Jugend für Wissenschaft und Kultur- erstürmt die Festung Wissenschaft', in Berlin statt, auf der Walter Ulbricht die Aufgaben, die es künftig umzusetzen galt, festlegte. Unter diesem Diktum sollte die sozialistische Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen eingeleitet werden. Bekannt wurde das Vorgehen unter dem Namen der Zweiten Hochschulreform.

[276] Vgl. www.tu-chemnitz.de/tu/geschichte/zeittafel.php
[277] Vgl. www.tu-chemnitz.de/uni-archiv/
[278] Vgl. Richard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, Karl-Mar-Stadt 1989, S. 36.

> „Mit dem Studienjahr 1951/52 beginnt die Hochschulreform. Sie erfasst alle Bereiche von Forschung, Lehre und Erziehung an den höchsten Bildungsstätten der DDR und bereichert die akademische Ausbildung um neue Elemente, wie einheitliches zehnmonatiges Studienjahr, Studium der Grundlagen des Marxismus-Leninismus, russische Sprache, Berufspraktika.“[279]

Im Jahr 1952 erfuhren die technischen Lehranstalten eine neuerliche Umbenennung in Fachhochschule für Maschinenbau und Elektrotechnik.[280] Am 10. Mai 1953 kam es zur Umbenennung des Stadtnamens von Chemnitz in Karl-Marx-Stadt. Da besonders auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet zu wenige Universitäten und Hochschulen vorhanden waren, wurde am 6. August 1953 auf der zweiten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Beschluss gefasst, dass eine Erweiterung der Hochschulanzahl erfolgen muss und es zur Errichtung von Spezialhochschulen kommen sollte.

> „Für die Ausbildung der erforderlichen wissenschaftlich geschulten Kader reichen- besonders auf dem naturwissenschaftlichen- technischem Gebiet- die vorhanden Universitäten und Hochschulen nicht aus. Deshalb wird beschlossen, die bestehenden Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen entsprechend dem Vorschlag der staatlichen Plankommission zu erweitern und Spezialhochschulen für die Ausbildung in den wichtigsten Zweigen zu errichten.“[281]

Paragraph 3 des Anhangs vermerkte den Auftrag an den Minister für Schwermaschinenbau „in den Räumen der Karl-Marx-Städter Fachhochschule für Maschinenbau und Elektrotechnik eine Hochschule für Maschinenbau und

[279] Richard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, Karl-Marx-Stadt 1989, S.38.
[280] Vgl.www.tu-chemnitz.de/uni-archiv/
[281] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, Karl-Marx-Stadt 1989, S. 43.

Papiertechnologie zu schaffen“[282]. Die Lehranstalt sollte die Aufgabe erfüllen, „als Festung der Arbeiter- und Bauernmacht, als Festung des Friedens und als wissenschaftliches Zentrum Generationen von Ingenieuren zu bilden und zu erziehen, die gewillt waren, die untrennbare Verbindung von Sozialismus und Wissenschaften zur Maxime ihres Handelns zu machen“[283]. Bereits am 9. Oktober 1953 konnten die ersten 291 Studenten, die ihr Studium mit einem halbjährigen Praktikum begonnen hatten, immatrikuliert werden. Am 2. März 1954 wurde schließlich der eigentliche Lehrbetrieb mit 8 Hochschullehrern und 12 wissenschaftlichen Mitarbeitern aufgenommen. An der Hochschule etablierten sich drei Fakultäten: die Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften, die Fakultät für Maschinenbau sowie die Fakultät für Technologie.[284] Darüber hinaus gab es eine Abteilung für das „Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium“, eine Abteilung für Sportunterricht sowie eine Abteilung für Sprachunterricht.[285] Im Mittelpunkt stand von Beginn an die praxisbezogene Lehre und Forschung. Vom 24. bis 30. März 1956 präzisierte die SED auf der 3. Parteikonferenz ihre Ziele für die Wissenschafts- und Hochschulpolitik:

> „Es muss das Bestreben der Wissenschaftler an den Akademien und Universitäten sein, wissenschaftliche Voraussetzungen für die Produktion von morgen zu schaffen. Dieser

[282] Heinz Stützner (Gesamtleitung): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1986. Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 86f.
[283] Heinz Stützner (Gesamtleitung): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1986. Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 12.
[284] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 87.
[285] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 87.

Grundgedanke, daß die Wissenschaft von heute die Produktion von morgen ist, ist fortan der Leitfaden der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Parteien in unseren Tagen."[286]

Bereits ein Jahr später, am 13. September 1956 verlieh der Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen Dr. Wilhelm Girnus den Fakultäten für Maschinenbau und Technologie des Maschinenbaus das Promotionsrecht.[287]

Im Jahr 1960 konnte die Hochschule folgende Fachrichtungen aufweisen: Technologie, Konstruktion von Werkzeugmaschinen, Konstruktion von Maschinen der Polygraphie und Papierverarbeitung, Regelungstechnik, Fertigungsmesstechnik, Werkstoffkunde, Technologie der Plaste. Bereits 23 Professoren, 6 Dozenten, 31 ABF- Dozenten, 8 Lektoren, 8 Oberassistenten, 91 Assistenten, 28 wissenschaftliche Mitarbeiter und 425 Arbeiter und Angestellte waren zu dieser Zeit an der Bildungseinrichtung beschäftigt.[288]

Der erste Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt war August Schläfer.

Tabelle 2: Rektoren der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt zwischen 1945 und 1989[289]

Amtszeit	Amtsträger
1945-1948	Erich Körner
1948-1951	Herbert Seidel
1951-1955	Helmut Bremser

[286] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, Karl-Marx-Stadt 1989, S. 43.
[287] Vgl. Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, Karl-Marx-Stadt 1989, S. 43.
[288] Vgl. Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836 Technische Universität Karl-Marx-Stadt 1989, Ein Überblick in Daten, Karl-Marx-Stadt 1989, S. 48.
[289] Zit. Nach: Amtsträger. Direktoren und Rektoren der Einrichtung 1836-2003, in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 277.

1953-1959	August Schläfer
1959-1961	Edgar Pietsch (nicht angetreten)
1959-1961	Gerhard Junghähnel (ad interim)
1961-1963	Willy Nebel
1963-1969	Hans Jäckel
1969-1973	Christian Weißmantel
1973-1982	Horst Weber
1983-1989	Manfred Krauß
1989-1991	Friedmar Erfurt

Das Jahr 1963 gilt als Meilenstein in der Entwicklung des Hochschulstandortes Karl-Marx-Stadt: Am 9. Oktober 1963 erhielt die Hochschule für Maschinenbau anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens vom damaligen Sekretär für das Hoch- und Fachschulwesen Prof. Dr. Ernst-Joachim Gießmann „im Auftrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik“ den Status einer Technischen Hochschule.[290]

Am 25. Februar 1965 beschloss die Volkskammer das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Sein Hauptanliegen war die „vollständige Realisierung der Prinzipien der 10klassigen polytechnischen Oberschulbildung für alle Schulpflichtigen und die Sicherung eines einheitlichen Bildungs- und Erziehungsprozesses, der von den Vorschuleinrichtungen über die allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen, die Berufs- und Fachschulen, die Universitäten und Hochschulen bis zur Aus- und Weiterbildung im Beruf reicht“[291]. Die im Februar tagende vierte Hochschulkonferenz stellte die Aufgabe, die Dritte Hochschulreform durchzuführen, „um das Hochschulwesen in Struktur und Wirkungsweise auf die Belange der Volkswirtschaft und die Erfordernisse des

[290] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836 Technische Universität Karl-Marx-Stadt 1989, Ein Überblick in Daten , Karl-Marx-Stadt 1989, S. 53.
[291] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1989. Ein Überblick in Daten, Ein Überblick in Daten, S. 57f.

wissenschaftlich-technischen Fortschritts auszurichten“[292]. Diese Umsetzung manifestierte anschließend der VII. Parteitag:

> „Der VII. Parteitag der SED, der vom 17.- 22. April 1967 stattfand und an dem der Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt Prof. Hans Jäckel teilnahm bestätigte sie [die Dritte Hochschulreform] als Grundlage für die weiteren Veränderungen an Universitäten und Hochschulen. Mit der Auswertung der Beschlüsse des Parteitages gingen die Angehörigen der Technischen Hochschule daran, die Dritte Hochschulreform an ihrer Bildungsstätte zu realisieren.“[293]

Im Zuge der Dritten Hochschulreform konstituierte sich am 8. Juli 1968 der Gesellschaftliche Rat unter dem Vorsitz des Rektors[294]. Mitglieder waren Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter, Studenten, Arbeiter, Angestellte, Vertreter der Industrie, zentraler und örtlicher Staatsorgane und gesellschaftlicher Organisationen. Zu seinen Aufgaben gehörten die „beratende und kontrollierende Tätigkeit“ und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Interessen. Des Weiteren sollte die Zusammenarbeit „zwischen Hochschulen und den örtlichen Organen der Staatsmacht“ [295] gefördert werden. Am 10. September 1968 wurde ein neues internes Organ der Hochschule ins Leben gerufen: der wissenschaftliche Rat (Senat). Dieser sollte den Rektor beraten und die akademischen Grade „Doktor eines Wissenschaftszweiges“, „Doktor der Wissenschaften“ und „Facultas docendi“ verleihen.[296] So versuchte die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt im Zuge der

[292] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1989. Ein Überblick in Daten, Ein Überblick in Daten, S. 71.

[293] Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1989. Ein Überblick in Daten, S. 115.

[294] Vgl. www.tu-chemnitz.de/tu/geschichte/rektoren.php

[295] Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 121.

[296] Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 121.

Dritten Hochschulreform die gestellten Erfordernisse möglichst schnell in die Realität umzusetzen.

1986 beging die Lehranstalt das 150-jährige Bestehen der Ingenieurausbildung in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) begangen. Anlässlich dieses Ereignisses erfolgte die Umbenennung zahlreicher Gebäude nach ehemaligen Lehrern der Institution, wie zum Beispiel Eduard Theodor Böttcher, Christian Moritz Rühlmann oder auch Adolf Ferdinand Weinhold. In diese Zeit fällt auch der Beschluss des Politbüros, der Hochschule den Status einer Technischen Universität zu verleihen. Zur Begründung hieß es, dass die „erfolgreiche Entwicklung von Lehre und Forschung an der Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt, die Ausprägung ihres polytechnisch-naturwissenschaftlichen Profils, die Aufnahme der Ausbildung von Lehrern und Berufsschulen es erstatten würden, dieser Hochschule […] den Status einer Technischen Universität zu verleihen“. Am 14. November 1986 fand die Verleihung durch den Minister für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR Böhme statt und die Institution erhielt den Status „universitas literarum technicarum“.[297] Im Zuge des Zusammenbruchs der DDR löste sich die bisherige Hochschulparteileitung am 31.12.1989 auf.

[297] Hans-Joachim Hermes, Wolfgang Lambrecht: Von der Gründung der Hochschule für Maschinenbau bis zur III. Hochschulreform (1953-1968), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 120-156, hier: S. 136f.

V Entwicklung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in der SBZ/DDR bis zur Zweiten Hochschulreform 1951

5.1 Rahmenbedingungen

In der DDR gab es drei so genannte Hochschulreformen: 1945, 1951, 1967. Diese Novellierungen können nicht einzeln und unabhängig von einander betrachtet werden. Sie bilden inhaltlich einen fortwährenden Reformprozess.[298]

Bereits vor 1945 wurden auf Initiative der KPdSU Konzepte für die deutsche Nachkriegsordnung entwickelt. Eine besondere Bedeutung in ihren Beratungen kam jenen Themen zu, die bei der Einführung einer sozialistischen Gesellschaft von Belang waren. Hierbei ging es vermehrt um die Benennung der zukünftigen Aufgaben auf dem von der Roten Armee besetzten Gebiet, um ihre Durchsetzung sowie die notwendige Kaderpolitik. Am 6. Februar 1944 konstituierte sich eine Kommission der KPD, die insgesamt 20 Mitglieder (aus der Parteiführung) umfasste und sich zu mindestens 18 Sitzungen traf. Innerhalb dieser Kommission hatten nach der Kapitulation Deutschland Anton Ackermann, Paul Wandel und Otto Winzer Funktionen im Bereich der Bildungspolitik.[299] Die Hochschulpolitik spielte zunächst eine eher untergeordnete Rolle. Die Hauptaufgabe wurde den Schulen zuteil, die in Zukunft „die zentrale Instanz zur Umerziehung der deutschen Jugend“[300] sein sollten.

Diese Umstände ermöglichten es, dass bereits gegen Ende 1945/Anfang 1946 die ersten Universitäten und Hochschulen ihren Wissenschaftsbetrieb nach den alten

[298] Vgl. Diese Auffassung vertritt auch Michael Walter in seinem 1997 erschienenen Buch „Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR“.
[299] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung - Widerstand - Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 16ff.
[300] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung – Widerstand - Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 18.

Statuten, welche bis 1933 Geltung fanden, wieder aufnehmen konnten. Dieser sehr frühen Inbetriebnahme maß die SMAD eine große Bedeutung zu. Innerhalb der Sowjetischen Militäradministration war die Deutsche Volksverwaltung für Volksbildung (DVV) für die Anweisung des Hochschulwesens verantwortlich, deren Leitung zwischen 1945 und 1948 dem Generalleutnant Prof. Pjotr Solotuchin, und in der Zeit zwischen 1948 und 1949 Prof. Iwan Artjuchin oblag. Die DVV erhielt von der Besatzungsmacht „weder Statut noch Weisungsrecht“[301]. Zu ihren Aufgaben gehörten, in Anlehnung an das sowjetische Bildungssystem:

- „Kontrolle der deutschen Behörden,
- Verbindung zur SED-Zentrale,
- Auswahl und Bestätigung der Rektoren und Dekane,
- Unterstützung bei der Auswahl neuer Lehrpläne,
- Erarbeitung von Zulassungsordnungen für das Studium,
- Aufbau von Aspirantenlehrgängen.“[302]

Der Wiedereröffnung lag der Befehl Nr. 50 der SMAD zu Grunde:

> „1. Die Säuberung der Universität, insbesondere des Lehrkörpers, von allen faschistischen und militaristischen Elementen.
> 2. Die Rehabilitierung und Wiedereinsetzung politisch und rassistisch verfolgter Hochschullehrer. [...]
> 3. Die Herausgabe neuer Zulassungsbestimmungen für Studenten unter besonderer Berücksichtigung antifaschistischer Kräfte und Werktätiger, die bisher keine Gelegenheit hatten, die Hochschulreife auf dem üblichen Weg zu erlangen. [...].“[303]

[301] Gert Geißler: Vom Zurückbleiben der Schulreform. Bemerkungen zum Bildungswesen im Umkreis der Staatsgründung der DDR, in: Dierk Hoffmann/Herman Wentker (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellung und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 207-220, hier: S. 209.
[302] Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland, Berlin 2001, S. 76.
[303] Zit. nach: Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Erstausgabe 1969, Reprint 1990, Köln 1990, S. 9.

Die Ziele formulierte die DVV zusammenfassend: Zentralisierung, Ideologisierung, Durchsetzung der führenden Rolle der Partei[304], womit sie den Grundstein für die weitere politisch-ideologische Ausprägung legte.

Auch das Ministerium für Volksbildung arbeitete ohne Statut. Problematisch war hierbei nur, dass die Anweisungen des Ministeriums nicht „durchgehend als verbindliche Arbeitsgrundlagen anerkannt" wurden.[305] Zunächst war selbst innerhalb der Staatspartei kein fundiertes Programm vorhanden, welches die Richtlinienlinien der Bildungs- und Wissenschaftspolitik festschrieb. Verbindliche Vorgaben waren ebenso wenig anzutreffen wie eine genaue Aufgabenverteilung, was es vorerst auch noch ermöglichte, dass bürgerliche neben ideologienahen Wissenschaftlern lehren und forschen konnten.

> „Abgesehen davon, daß die sowjetische Regierung damals ihre politischen Ziele noch unter gesamtdeutschem Aspekt verfolgte [...], mußte schon aus praktischen Gründen der Hochschulbetrieb in traditionellen und liberalen Formen erst einmal zugelassen werden."[306]

Die Ausgangslage für die Sowjetische Besatzungszone sah so aus, dass sich von den ursprünglich 22 deutschen Universitäten, 9 Technischen Hochschulen, 9 Spezialhochschulen, 9 Hochschulen für bildende Künste und 6 Musikschulen noch 17 Institutionen, dies entspricht 31 Prozent, auf dem Gebiet der SBZ befanden. Dazu gehörten unter anderem die Einrichtungen in Leipzig, Rostock, Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena und Berlin. Die einzigen Technischen Hochschulen der SBZ waren in Dresden, Eberswalde (Forsthochschule) sowie Freiberg (Bergakademie). Sie alle hatten mit gravierenden Problemen zu kämpfen, da entweder die

[304] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland, Berlin 2001, S. 76.
[305] Zit. nach: Gert Geißler: Vom Zurückbleiben der Schulreform. Bemerkungen zum Bildungswesen im Umkreis der Staatsgründung der DDR, in: Dierk Hoffmann/Herman Wentker (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellung und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 207-220, hier: S. 209.
[306] Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Erstausgabe 1969, Reprint 1990, Köln 1990, S. 10.

Bausubstanz teilweise, stark oder vollkommen zerstört war, zum anderen Lehrkräfte, Bücher, Laboratorien und ähnliches fehlten.

5.2 Erste Hochschulreform 1945

Die Eröffnung der Hochschulen und Universitäten kann als Erste Hochschulreform bezeichnet werden. Dieser Begriff fand jedoch erst im Nachhinein für die Maßnahmen der Besatzungsmacht Verwendung,[307] wobei das „Kleine Politische Wörterbuch“ der DDR von 1967 Hochschulreform wie folgt definierte:

> „[Die Hochschulreform ist die] grundlegende Veränderung des Inhalts und der Organisation der wissenschaftlichen Arbeit an den Universitäten und Hochschulen der DDR zur Sicherung einer hohen Qualität und Effektivität der Ausbildung, Erziehung, Forschung und Weiterbildung; Ziel und Resultat der marxistisch-leninistischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED, die von den Wissenschaftlern und Studenten, den Arbeitern und Angestellten der Universitäten und Hochschulen als Bestandteil des planmäßigen sozialistischen Aufbaus in der DDR unter der Führung der Arbeiterklasse realisiert wurde. Diese gesellschaftlichen Veränderungen im Hochschulwesen der DDR sind Bestandteil der revolutionären Umwälzungen in der Ideologie und Kultur sowie im Ausdruck der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution, in der die Arbeiterklasse eine zahlenmäßig starke und fest mit ihr verbundenen Intelligenz herangebildet.“[308]

Dies stellt die logische Konsequenz der Politik zur Förderung der Arbeiterklasse und der Ausbildung einer eigenen Intelligenz dar.

Die Ziele der zukünftigen Hochschulpolitik waren klar definiert:

[307] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 10.
[308] Waltraud Böhme/Marlene Dehlsen/Hartmut Eisel, u.a. (Hrsg.): Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1967, S. 353.

1. Schaffung neuer Ausbildungsinhalte und Veränderung der Struktur der Universitäten,
2. neue Zusammensetzung der Studentenschaft,
3. veränderte Zusammensetzung der Hochschullehrerschaft.[309]

Doch gerade die Personalpolitik und die damit verbundenen Entnazifizierungsmaßnahmen gestalteten sich in der Praxis wesentlich schwieriger als in der Theorie. Alle belasteten Rektoren schieden aus dem Dienst aus. Die Hochschulen selbst legten Listen vor, auf denen alle Lehrer erfasst waren, deren Entlassung noch vor dem Anlaufen des Hochschulbetriebs erfolgte. Zunächst unbeachtet blieb die Tatsache, dass der Krieg auch die Anzahl der Hochschullehrerschaft drastisch dezimiert hatte. Zudem tat die Flucht zahlreicher Wissenschaftler in die westlichen Besatzungszonen ihr Übriges. Nicht zu vergessen sind auch die Dienstverpflichtungen von ca. 70.000 Fachleuten aus der SBZ in den ersten Nachkriegsmonaten, die durch ihre Übersiedlung in die Sowjetunion am dortigen Wiederaufbau teilnehmen mussten. Aus diesen genannten Gründen wurden ab 1948 verstärkt alte Eliten wieder eingestellt[310], jedoch nicht in allen Bereichen des Hochschulwesens. Die philosophischen Bereiche blieben davon, so weit es denn möglich war, unbetroffen. Zwar mangelte es auch hier an genügend geeigneten Fachkräften, aber „Versuche ‚bürgerliche' Professoren zur Ausbildung in Marxismus-Leninismus zu gewinnen, schlugen meistens fehl. Viele entzogen sich dem Druck der SED und verließen die DDR."[311] Besonders im medizinischen Sektor erfolgte die Wiedereinstellung, um nicht nur die wissenschaftlichen Bereich

[309] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S.107f.
[310] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 119.
[311] Roswitha Wisniewski: Hochschulen und Universitäten, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1: A-M, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 377-382, hier: S. 379.

abzudecken, sondern auch um die medizinische Versorgung der eigenen Bevölkerung sicher zu stellen.

> „Der fraglos politisch gewollte Umbau der Universitäten und Hochschulen setzte äußerst zögernd ein, denn es fehlte zunächst das dafür notwendige Personal und ein schlüssiges Konzept.“[312]

Die Umsetzung erfolgte nur sehr langsam, da nicht genügend Personal zur Verfügung stand.

In den Anfangsjahren der SBZ/DDR war die Intelligenz mit zahlreichen Privilegien ausgestattet, was zu Spannungen mit geringer verdienenden Berufsgruppen führte und in der „Intelligenzfeindlichkeit“ mündete. Zu diesen Begünstigungen gehörten unter anderem so genannten „Intelligenztarife“, „abgehobene[...] Einzelverträge“, „gut dotierte Altersversorgung[en]“ sowie die Unerstützung beim Bau von Privathäusern. Bei dieser Privilegierung handelt es sich um eine Art „Bündnispolitik“ oder auch Tauschgeschäft zwischen der Staatsmacht und den Wissenschaftlern,[313] womit die Partei versuchte, Wissenschaftler durch die Gewährung von materieller Sicherheit im Land zu halten.

> „Ulbricht hatte auch darauf verwiesen, daß ohne die Hilfe ‚der alten, bürgerlichen Intelligenz’ es nicht möglich sein werde, eine neue, sozialistische Intelligenz zu schaffen. Sicher hatte er auch eine deutliche Vorstellung davon, daß die diffizile geistige Arbeit, die

[312] Andreas Malycha: Der Ausschuss für Hochschulfragen der SED 1947/48. Instrument der politischen Steuerung oder Diskussionsforum?, in: Deutschland Archiv, 36 (4/2003), S. 588-598, hier: S. 588.
[313] Vgl. Hansgünter Meyer: Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik- und das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR, in: Hansgünter Meyer (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin 1990, S. 1-51, hier: S. 16.

diese jungen Leute leisten sollten, vorrangig mit politischem und ideologischem Druck nicht zustande kommen würde.“[314]

Ulbricht hatte erkannt, dass es ohne die alte Intelligenz unmöglich war, eine neue heranzuziehen.

Die Aufnahme des Lehrbetriebs war noch relativ frei von ideologischer Prägung und kann und wurde als „antifaschistisch-demokratisch“[315] angesehen und bewertet. Sowohl die Mehrzahl der Studenten als auch der Dozenten und Professoren wollten zurück zur bürgerlichen Tradition von Weimar.[316]

In den Anfangsjahren der SBZ/DDR herrschte zudem ein großer Fachkräftemangel vor, besonders in den Naturwissenschaften und der Medizin, wodurch „größere Spiel- und Freiräume erhalten [blieben] und […] Reste des alten bildungsbürgerlichen Habitus“ überlebten.[317]

Ab 1948 trat der Zweijahresplan in der Bildungs- und Hochschulpolitik in den Mittelpunkt, womit die „Ausrichtung der Leistungen des Schul-, Berufsausbildungs-, Hochschul- und Wissenschaftssystems auf die Ziele der sozialistischen Wissenschaft im Rahmen der Fünfjahrespläne“[318] erfolgte.

[314] Hansgünter Meyer: Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik- und das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR, in: Hansgünter Meyer (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin 1990, S. 1-51, hier: S. 16.
[315] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 60.
[316] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 26.
[317] Michael Ploenus: „… so wichtig wie das tägliche Brot“. Das Jenauer Institut für Marxismus-Leninismus 1945-1990, Köln 2007, S. 122.
[318] Oskar Anweiler: Bildung und Wissenschaft, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 71-85, hier: S. 78.

Die veränderte Zusammensetzung der Studentenschaft sollte durch Vorgaben und vor allem durch die Immatrikulationskommission und die von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, die offiziell koordinieren, aber nicht zentralistisch agieren sollte, erlassene „Verordnung über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen" vom 30. September 1945 kontrolliert werden. Dieser Bestimmung folgten weitere, die dann allerdings nicht mehr die Bezeichnung Verordnungen, sondern „Grundlegende[r] Hinweis[…]"[319] trugen. Die neue Intelligenz bekam eine besondere Rolle zugewiesen, so dass auch Personen ohne Hochschulreife ein Studium aufnehmen konnten. Vom Studium ausgeschlossen blieben:

- Personen, die „mehr als nominell[e]" NSDAP-Mitglieder, bzw. Mitglieder von NSDAP-Gliederungen waren. Im November/Dezember 1945 erhielt dieser Punkt Einschränkung dadurch, dass diejenigen eine Chance erhalten sollten, die nach dem 1. Januar 1920 geboren waren.
- Personen, die als „Offiziere des Heeres, der Luftwaffe, der Marine oder der Polizei" gedient hatten. Auch hier schienen Ausnahmen möglich, so z. B. wenn die Betreffenden politisch inhaftiert oder aus politischen Gründen aus einer Organisation ausgeschlossen worden waren oder gegen das Regime des Nationalsozialismus gekämpft hatten.[320]
- Keine Zulassung erhielten Personen, deren Eltern aktive Mitglieder der NSDAP waren sowie jene, die von den Besatzungsmächten verhaftet wurden waren.[321]

[319] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 261.
[320] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 262.
[321] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 262.

Zulassung dagegen erhielten alle Studenten, die bis zum 1. Mai 1945 an Hochschulen immatrikuliert waren sowie alle Personen, die die Hochschulreife besaßen.

Zwischen Oktober 1945 und Februar 1946 nahmen ca. 10.000 Studenten ihr Studium auf.[322] Sie absolvierten vor Aufnahme ihres Studiums einen „20stündigen, Kursus zur demokratischen Erziehung der Studenten'“[323]. Um sicher zu gehen, dass es zu keiner Immatrikulation von Studenten kam, die als vorbelastet galten, mussten vor Studienbeginn alle 4 Parteien der sowjetischen Besatzungszone jedem einzelnen Studenten eine Unbedenklichkeitserklärung ausstellen.[324] Auch Personen ohne Abitur konnten zum Studium zugelassen werden. Bei der Studienzulassung entschieden also nicht mehr nur fachliche Leistungen, sondern auch politische Gesinnung und soziale Herkunft.[325] Die Hinweise für die Zulassung von Studenten vom Juni 1946 beinhaltete die Nichtzulassung aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder, unabhängig von ihrem Geburtsjahr. Ab Juni 1947 oblag das Zulassungsverfahren dem Rektor, welcher sich seine Entscheidung allerdings von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung bestätigen lassen musste. Das Hauptziel der Wissenschafts- und Bildungspolitik Ende der 1940er Jahre formulierte Anton Ackermann, Abgeordneter des Sächsischen Landtages sowie Mitglied des Zentralvorstandes und Parteivorstandes der SED, der u.a. verantwortlich für die Volksbildung und Hochschulen war[326], wie folgt:

---

[322] Vgl. Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Erstausgabe 1969, Reprint 1990, Köln 1990, S. 9.
[323] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, 23.
[324] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 263.
[325] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 29.
[326] Vgl. Helmut Müller-Enbergs/Bernd-Rainer Barth: „Anton Ackermann“, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 13.

> „Wir wollen ein anderes Arbeiterstudium. Wir wollen nicht nur die soziale Zusammensetzung der Hörerschaft der Hochschulen ändern, wichtiger noch ist, daß diese neuherangebildete Intelligenz auch im Geiste einer neuen Ideologie, im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus erzogen und geschult wird.“[327]

Durch die Vorauswahl zum Studium und der sich anschließenden Indoktrinierung sollte die Zuverlässigkeit gewährleistet werden.

Ludwig Einicke, damals Ministerialdirektor im Ministerium für Volksbildung Sachsen-Anhalt[328] brachte es auf einen Punkt: „ideologische Umerziehung“[329].

Bereits am 12. April wurden die Zulassungsbedingungen erneut durch die „Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands für das Jahr 1948“ erweitert und verändert. Immer deutlicher trat die Bevorzugung von Arbeiter- und Bauernkindern zum Vorschein. Auch durften künftig nicht mehr als zehn Prozent „Mitglieder und Anwärter der NSDAP gewesen sein“, und die Zahl der ehemaligen Offiziere wurde auf maximal fünf Prozent begrenzt. Damit schuf die SBZ die Möglichkeit, dass auch frühere Parteimitglieder studieren durften.[330] Im April 1949 erhielten die neu gebildeten Studentendekane, die sich durch ihre Loyalität zur Partei auszeichneten, die Aufgabe, über die Zulassung der jeweiligen Kandidaten zu entscheiden. Auch eine Hierarchie zur Studentenaufnahme ehielt 1949 Einzug. An ihrer Spitze standen Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien und Faschismusopfer.

Bevorzugung erhielten zudem „‚Aktivsten des demokratischen Aufbaus’ und deren Kinder“ und ab 1950 „Kinder von Ehrenpreisträgern (Nationalpreis, Verdienter

[327] Zit. nach: Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 265.
[328] Vgl. Bernd-Rainer Barth: „Ludwig Einicke“, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 179-180, hier: S. 180.
[329] Zit. nach Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 265.
[330] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 267.

Lehrer des Volkes, Verdienter Arzt des Volkes), Abgeordneten“ sowie Kinder von „Parteiarbeitern und Funktionären von Massenorganisationen“.[331] So kann über die Anfangsjahre der Wissenschafts- und Hochschulpolitik subsumiert werden:

> „Die wichtigsten wissenschaftspolitischen Aktivitäten fanden im Hochschulbereich statt, wo man durch eine stark reglementierte Zulassungspolitik Kriterien für die Rekrutierung einer neuen Wissenschaftsgeneration durchsetzen wollte.“[332]

5.3 Arbeiter- und Bauernfakultäten 1949

Einen besonderen Stellenwert im Hochschulwesen der DDR genossen die Gesellschaftswissenschaften und die Pädagogischen Fakultäten, „um die alten -alt im Sinne von ‚bürgerlich dominiert’- Philosophischen Fakultäten ‚auszutrocknen’“[333] sowie die Vorstudienanstalten.[334]

Neben dem Begriff der ‚Demokratisierung’ war die andere Maxime der ersten Hochschulreform die „Brechung des Bildungsprivilegs“[335]. Nunmehr erhielten nicht mehr Nachkommen aus bürgerlichen Familien bevorzugt die Zugangsberechtigung. Arbeiter- und Bauernkinder sollten die neue Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik bilden. Um an den Universitäten und Hochschulen studieren zu können, war das Abitur weiterhin die Voraussetzung. Dennoch bestand nun die Möglichkeit, ohne diese Art von Hochschulberechtigung, ein Studium aufzunehmen. Richtlinien dafür fanden sich in den Hinweisen für die Zulassung

[331] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 267ff.

[332] Andreas Malycha: „Alle Wege führen zum dialektischen Materialismus”. Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952, in: Deutschland Archiv 3/2001 (34. Jahrgang), S. 410-426, hier: S. 412.

[333] Peter Th. Walther: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, S. 231.

[334] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland, Berlin 2001, S. 78.

[335] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, 26.

vom Juni 1946. Personen ohne Reifezeugnis mussten Vorstudienanstalten besuchen[336], welche ab 1949 in die so genannten Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) übergingen, die „in der SED-Ideologie wie kaum eine andere Institution der Verklärung und Legitimation des neuen Staates“[337] dienten.

> „Mit der Brechung des bürgerlichen Privilegs und der Öffnung des Zugangs zu den Universitäten und Hochschulen für die Kinder der Arbeiter und Bauern unternahm die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des demokratischen Grundrechts der Werktätigen auf Bildung.“[338]

Die Vorstudienanstalten, deren Mitglieder nicht den Status eines Studenten besaßen, wurden auf der Grundlage von Länder- und Provinzialverwaltungsverordnungen eingerichtet. Zunächst dauerten die Vorstudienkurse nur wenige Monate; ab Herbst 1946 wurde ihre Dauer jedoch auf ein Jahr verlängert. Die Schulungen umfassten einen gesellschaftlichen wie einen naturwissenschaftlichen Teil. Jeder Teilnehmer hatte den Anspruch auf einen Studienplatz erworben. Zwischen Dezember 1947 und Februar 1948 wurden die Vorstudienanstalten den Universitäten angegliedert, womit die Kursteilnehmer die Rechte und Pflichten eines Studenten übertragen bekamen. Eine Ausnahme bildete das Land Sachsen. 1949 wurde damit begonnen, darüber nachzudenken, wie sich die Vorstudienanstalten umwandeln ließen. Bereits am 24. Februar 1949 beriet das Zentralsekretariat der SED zum Thema und machte neue, straffere Lehrpläne ebenso zur Bedingung wie eine stärkere politische Durchdringung.[339]

---

[336] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 263.
[337] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 142.
[338] Zit. nach Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 28.
[339] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 30f.

> „Im Mittelpunkt der Erziehung der jungen Erbauer des Sozialismus stand die Vermittlung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, die sichere Aneignung im Studium und in der sozialistischen Praxis gewonnener Einsichten und Erkenntnisse, die Herausbildung eines festen Klassenstandpunktes und der Fähigkeit, ihn in den politischen Kämpfen um die Festigung und Stärkung des Sozialismus und des Friedens überzeugend vertreten zu können.“ [340]

Die gewählte Reihenfolge spiegelt auch die Sicht und die Prioritäten der Parteiführung wider: An erster Stelle standen ideologische Punkte wie Erziehung, Weltanschauung, Klassenstandpunkt. Erst danach folgte die Wissensvermittlung.
Am 31. März 1949 schließlich erfolgte die Erlassung der ‚Kulturverordnung’, welche die Grundlage für die neue Intelligenzpolitik darstellte und die Umwandlung der Vorstudienanstalten in die ABF regelte.

> „11. Die bestehenden Kurse zur Vorbereitung von Arbeitern, Bauern und ihren Kindern für das Studium an den Hochschulen (Vorstudienanstalten) sind in dreijährige Arbeiter- und Bauern-Fakultäten umzugestalten. Den volkseigenen Betrieben, Gewerkschaften und öffentlichen Institutionen wird empfohlen, sich an der Sicherung des Unterrichts der von ihnen an die Hochschulen entsandten Studierenden zu beteiligen.“[341]

Schließlich erließ die DZVV am 21. Mai 1949 die „Richtlinien zur Schaffung von Arbeiter- und Bauernfakultäten“, wodurch Ende Oktober 1949 die ABFs, mit dem Gelöbnis der Absolventen, feierlich eröffnet werden konnten.

> „Wir geloben, würdige Vertreter der deutschen Jugend zu sein und danken den Werktätigen unserer Republik, die durch ihre unermüdliche Arbeit die Voraussetzungen für unser Studium geschaffen haben. Wir danken besonders unserem Präsidenten Wilhelm

[340] Zit. nach Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 31f.
[341] Zit. nach: Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 32.

> Pieck. Vor allem gilt unser Dank der Sowjetunion, der Partei der Bolschewiki ... Unser Dank soll darin bestehen, daß wir für den Frieden lernen, arbeiten und kämpfen.“[342]

Die Arbeiter- und Bauernfakultäten wurden nach sowjetischem Vorbild errichtet. In der SU existierten bis 1940/41 Arbeiterfakultäten, die so genannten ‚rabfak', in denen Arbeiter eine Art „Notabitur“ ablegen konnten.[343]

21 Prozent der Studenten im gesamten Gebiet der SBZ hatten im August 1947 kein Abitur. Den geringsten Prozentsatz hatte Greifswald mit 16,2 Prozent, den höchsten die Technische Universität Dresden mit 39,1 Prozent vorzuweisen. Dennoch fiel die Resonanz auf die Einrichtungen der Vorstudienanstalten und Arbeiter- und Bauernfakultäten nicht durchweg positiv aus. Vor allem gegen Ende der 1940er Jahre wurden immer wieder Zweifel laut, inwieweit diese Einrichtungen wirkliche Garanten für die Heranbildung einer neuen sozialistischen Intelligenz darstellten, zumal sie dem Anspruch nicht Rechnung trugen, dass mindestens 50 Prozent der Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen sollten.[344] Die SED-Betriebsgruppe der ABF Chemnitz begründete dies wie folgt:

> „Dabei wurden Menschen angesprochen und [...] geworben, die niemals die Forderung einer zukünftigen klassenbewussten Intelligenz erfüllen können. Die diesjährige Erfahrung zeigt, daß man dadurch eine sehr schlechte Auswahl von Bewerbern erzielte, da nicht mehr die besten jungen Menschen für das Arbeiter- und Bauernstudium gewonnen wurden, sondern alles, was sich selbst meldete bezw. Durch die Agitationsarbeit angesprochen fühlte. [...] Die kurzfristig aufgenommene Werbearbeit zeigte, daß gerade unsere Aktivisten und fortschrittlichen Betriebsarbeiter ... sich nicht kurzfristig zu so einem wichtigen lebensverändernden Schritt entschließen wollten.“[345]

---

[342] Zit. nach: Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung-Widerstand-Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 33.
[343] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland, Berlin 2001, S. 78.
[344] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 263ff.
[345] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 269.

Diejenigen, die erreicht werden sollten, wurden nicht angesprochen. Stattdessen meldeten sich viele, von denen von vornherein klar schien, dass sie die Aufgaben nicht erfüllen können. Der Schritt ging eindeutig in die falsche Richtung.

Bis 1949 hatten 14.550 Personen die ABF besucht. Von ihnen gelang es jedoch nur 4.680, das entspricht ca. 32 Prozent, geschafft, die Hochschulreife zu erlangen. 1951 studierten insgesamt ca. 28.000 Personen an Universitäten und Hochschulen der DDR. 10.000 von ihnen lernten an den Arbeiter-und Bauernfakultäten. Ab Mitte der 1950er Jahre verloren diese immer mehr an Bedeutung, da zunehmend auch Kinder aus den bevorzugten Schichten vor Studienbeginn ihr Abitur ablegten.[346]

Der Erfolg der ABF ließ in der Praxis zu wünschen übrig, denn die Arbeiter- und Bauernkinder wollten nicht zwangsläufig studieren, und wenn sie sich dennoch dazu entschieden, brachten sie oftmals nicht die dafür notwendigen Voraussetzungen mit.

Tabelle 3: Studenten und Absolventen der Arbeiter-und Bauerfakultäten (zwischen 1949 und 1961) DDR-weit[347]

Jahr	Anzahl ABF	Studierende	ABF-Kinder (%)	Absolventen
1949	9	4.409	84,9	-
1950	10	6.693	?	970
1951	11	9.475	80,0	996
1952	12	10.727	81,5	1.662
1953	13	12.689	80,1	4.072
1954	14	12.427	86,7	3.266
1955	15	11.265	85,2	2.064
1956	15	8.894	86,7	3.960
1957	15	7.259	83,5	3.036
1958	15	6.287	81,2	2.359
1959	15	6.994	81,8	2.219
1960	15	7.138	77,0	2.740
1961	15	5.760	79,7	3.209

[346] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S.6f.
[347] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 261.

Tabelle 4: Aufnahmen in die ABF; davon SED-Mitglieder (zwischen 1951 und 1957)[348]

Jahr	Neuaufnahmen	davon SED-Mitglieder	SED-Mitglieder (%)
1951	3.996	704	17,6
1952	4.596	381	8,3
1953	6.654	524	7,9
1954	4.500	633	14,1
1955	3.326	137	4,1
1956	2.899	117	4,0
1957	2.244	157	7,0

5.4 Neues Hochschulrahmengesetz 1949

Da die kommunistische Führung in Moskau sehr schnell erkannte, dass der Wissenschaft eine bedeutende Rolle beim Aufbau des Sozialismus und bei der „Errichtung einer fortschrittlichen volksdemokratischen Ordnung“[349] zufiel, wurde bald zügig damit begonnen, die Schlüsselpositionen mit treuen Kommunisten zu besetzen. Sowjetische Bildungsoffiziere bemühten sich in der ersten Zeit, beim Wiederaufbau Hilfestellungen zu geben und Entscheidungen mit zu tragen. Nur schleppend begann sich die Wissenschaftslandschaft zu strukturieren. Schließlich wurde die Deutsche Verwaltung für Volksbildung als zentrale Behörde gegründet. Sie sollte als Koordinierungsstelle zwischen den Länderministerien für Volksbildung, welchen die Universitäten und Hochschulen formell unterstanden, und der Sowjetischen Militärverwaltung fungieren.[350] Aus ihr ging 1949 das Ministerium für Volksbildung hervor.[351]

[348] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 262.
[349] Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 11.
[350] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 11.
[351] Vgl. Udo Margedant: Bildungswesen und Bildungspolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR- Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Paderborn 1997, S. 156-164, hier: S. 157.

Das Statut, nach welchem die Hochschulen der DDR arbeiteten und das von vor 1933 stammte, wurde erst am 23. Mai 1949 durch die neue für alle Hochschulen geltende Satzung „Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der SBZ“ abgelöst, welche bis 1952 Bestand hatte.[352] Die Aufgabe der Hochschule definierte der Paragraph 1 des Statuts:

> „Die Universitäten und übrigen wissenschaftlichen Hochschulen sind die höchsten staatlichen Lehranstalten und Stätten wissenschaftlicher Forschung. Sie haben die Aufgabe, wissenschaftlich hochwertige Fachleute, insbesondere für die Erfordernisse des Staatsdienstes und des öffentlichen Lebens auszubilden, sie im Geiste der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der Völkerverständigung zu erziehen und sie zu lehren, die Zusammenhänge und Gesetze des gesellschaftlichen Lebens zu verstehen. Sie fördern die Wissenschaft durch eigene oder in Gemeinschaft mit anderen Einrichtungen betriebene Forschungsarbeit und durch die Heranbildung eines fortschrittlichen Nachwuchses. Sie nehmen durch ihre Lehr- und Forschungstätigkeit aktiven Anteil an der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des deutschen Volkes [...].“[353]

37 Paragraphen umfasste die Arbeitsordnung. In § 1 erhielt der Universitätsbegriff eine Neubewertung, da die Universität nun „zu den höchsten staatlichen Lehranstalten“ erklärt wurden. Laut § 2 bestand die Deutsche Verwaltung für Volksbildung weiter als oberste Aufsichtsbehörde, „wobei die unmittelbaren Aufsichtsbehören [...] die Landesministerien blieben“. Die Zugehörigkeit der Arbeiter- und Bauernfakultäten zu den Universitäten und Hochschulen regelten §§ 4 und 5. Neu waren auch die Studentendekane (§ 21), die sich durch Parteitreue auszeichneten und die Verantwortung für die Zulassung der Studenten trugen.[354] Mit dem Statut mussten sowohl das Hochschulpersonal als auch die Studenten durch das Volksbildungsministerium Bestätigung finden (§ 10). Der Aufbau der Universität

---

[352] Zit. Nach Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 130f.

[353] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 46.

[354] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 131, S. 269.

blieb in seinen Grundzügen (Rektor, Senat, Konzil, Studentenschaft, Fakultäten) erhalten.[355] Allerdings wählte nun der Senat, und nicht wie zuvor der Konzil, den Rektor (§ 22). Dem Senat gehörten in Folge des neuen Statuts die Studentendekane, der Direktor der Arbeiter- und Bauernfakultät sowie ein Gewerkschaftsvertreter an (§ 23).[356]

In den darauf folgenden Jahren wurde die Wissenschaftslandschaft immer mehr untergraben, wobei die „alte Universitätsfassade"[357] gewahrt blieb. Für die konservativen, liberalen und bürgerlichen Kräfte wurde es zunehmen schwieriger:

> „Konnten die konservativen und liberalen Kräfte an den Universitäten angesichts der anfänglich noch offenen deutschlandpolitischen Situation zumindest auf ein „baldiges Ende des Spuks" hoffen, so verlor diese Hoffnung nach und nach an Substanz und erschwerte das einfache „`Überwintern` konservativ –bürgerlicher Identität" zunehmend."[358]

Anfang 1951 erfolgten zwei neue Dekrete, die die hochschulpolitischen Aufgaben ergänzten. Am 19. Januar 1951 verabschiedete die 4. Tagung des ZK der SED den Beschluss „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen". Die „Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens", welche der Ministerrat am 22. Februar 1951 vom Ministerrat erließ, folgte diesem Dokument und legte die Grundlagen der Zweiten Hochschulreform fest.[359]

---

[355] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 47

[356] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 132.

[357] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 11.

[358] Zit. nach Michael Ploenus: „… so wichtig wie das tägliche Brot". Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945-1990, Köln 2007.

[359] Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 133.

Am 22. Februar 1951 wurde das Staatssekretariat für Hochschulwesen gegründet[360], womit eine bessere Kontrolle und Anweisung des Hochschulsektors erreicht werden sollte. Die Politisierung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen konnte ihren Lauf nehmen.

> „Von dort ergingen die Weisungen unmittelbar an die Hochschuleinrichtungen. Die hochschulpolitischen Kompetenzen der Länder erloschen.“[361]

[360] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 11.
[361] Johannes Mehlig: Die dritte Hochschulreform in der DDR, in: Bund Freiheit der Wissenschaft (Hrsg.): freiheit der Wissenschaft, Nr. 4 vom Dezember 1997, S. 7.

VI Beginnende und zunehmende Sowjetisierung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt

6.1 Zweite Hochschulreform 1951

6.1.1 Entwicklung (Anspruch)

> „Als 1950/51 die sogenannte zweite Hochschulreform verkündet wurde [...], war dies nur möglich, weil in den Jahren zuvor unter Aufsicht der SMAD das Hochschulwesen bereits erheblich umgestaltet worden war. Diese Reform kam einem Sowjetisierungsschub im ostdeutschen Hochschulwesen gleich, ohne daß sämtliche Traditionen gebrochen worden wären.“[362]

Die Umgestaltung des Hochschulwesens der DDR mit der Zweiten Hochschulreform war so umfangreich, „daß man von diesem Zeitpunkt an von einem Beginn der ‚Sowjetisierung’ der Hochschule sprechen kann.“[363] Die Grundlagen für diese Novellierung und damit die Vorbereitung der Reform wurden bereits seit 1950 gelegt. Als die FDJ-Gruppen am 14./15. Januar 1950 auf ihrer Konferenz das II. Hochschulprogramm verabschiedeten, forderte dieses bereits eine verstärkte ideologische Arbeit, die Anerkennung der Regierungspolitik sowie ein schärferes Vorgehen gegen oppositionelles Verhalten. Auch der III. Parteitag der SED übte heftige Kritik an den höheren Bildungseinrichtungen der DDR:

[362] Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 79.
[363] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock, 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.

> „An den Universitäten der DDR hat […] die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit unwissenschaftlichen Auffassungen reaktionäre Einflüsse gegen Kosmopolitismus und Objektivismus richtig begonnen.“[364]

Ein wichtiger Schritt in Richtung Reform wurde am 26. November 1950 mit dem 15-Punkte-Programm zur Studienreform gegangen, welches bereits die Inhalte der Zweiten Hochschulreform als Forderungen formulierte: 10-monatiges Studienjahr, Studiengruppen, verbesserte Studienpläne, Ausbau der Arbeiter- und Bauernfakultäten, Gesellschaftswissenschaften als Pflichtveranstaltungen, bessere Studienergebnisse, effektivere ideologische Arbeit sowie die „Entlarvung reaktionärer Ansichten bei Studenten und Professoren“. Daraufhin entstand die FDJ-Kampagne „Entfaltet den Feldzug der Jugend für Wissenschaft und Kultur – erstürmt die Festung Wissenschaft“[365]. Es folgten weitere Anweisungen und Dekrete, namentlich der Beschluss über „[d]ie nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“ (19. Januar 1951/4. Tagung des ZK der SED), die „Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens“ (22. Februar 1951/Ministerrat), und der damit erfolgten Gründung des Staatssekretariats für das Hochschulwesen sowie die 2. Parteikonferenz der SED 1952, die „die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“ beschloss, welche den Weg zur Reform von 1951/52 ebneten.[366]

> „Nachdem Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 Veränderungen in der Studienorganisation gefordert hatte, präzisierte er seine Ideen im November 1950 vor FDJ-Funktionären in einem 15-Punkte-Programm, in dem er alle wichtigen Bestandteile

[364] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 49.
[365] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 49.
[366] Vgl. Thomas Ammer: Universitäten zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Gütersloh 1969, S. 15.

der späteren Hochschulreform benannte, darunter, als bildungspolitisches Kernstück, die Einführung eines gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtstudiums.“[367]

Die Novellierung brachte wesentliche Veränderungen mit sich, auch wenn die traditionelle Struktur zunächst blieb. Der Begriff des Semesters wurde abgeschafft und stattdessen, nach sowjetischem Vorbild, die beiden Jahressemester zum zehnmonatigen Studienjahr zusammengefasst. Zwischenprüfungen erfolgten nun jährlich, auch im gesellschaftswissenschaftlichem Grundstudium. Dieses stellte nun, zusammen mit der russischen Sprache und dem obligatorischen Sportunterricht, eine Pflichtveranstaltung dar.[368] Verbindliche Lehrpläne sollten der Hochschullehrerschaft die Richtung weisen und diese davon abbringen, allzu freien Unterricht abzuhalten. Zur Unterstützung der Lerntätigkeit, aber sicher auch zur besseren Kontrolle, kam es zur Einführung von Seminargruppen, in denen der Student von Anfang bis Ende seines Studiums involviert war.

Zum Bestandteil war nun die feste Studienplanung geworden. Durch die „Planmäßigkeit“ wurde einerseits ein hohes Maß an Sicherheit jedem Einzelnen gewährt. Andererseits war der Preis, der dafür gezahlt werden musste, hoch, denn er bestand in der „Einschränkung[...] der persönlichen Entscheidungsmöglichkeiten“.[369] Das gesellschaftliche Grundstudium ergab eine Mehrbelastung von ca. fünf Wochenstunden und beinhaltete „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, „Grundlagen der politischen Ökonomie“ sowie „Historischer und dialektischer Materialismus“.[370] Um gewährleisten zu können, dass auch die Lehrkräfte ideologisch gebildet waren, wurden für sie ab 1951

[367] Zit. Nach Michael Ploenus, oder: Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht, 133.
[368] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.
[369] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierung und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 61.
[370] Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Gütersloh 1969, S. 15.

Vorbereitungskurse verbreitet. Ferner wurde ein festes Kurssystem eingeführt[371], welches einen Studienfachwechsel erheblich erschwerte.[372] Auch das Berufspraktikum erhielt Einzug[373], und die Studentenvertretungen wurden organisatorisch an die FDJ gekoppelt[374], um ihre Rolle weiter zu verstärken. Eine Novellierung erfuhr die Stipendienvergabe, die als Disziplinierungsmaßnahme genutzt wurden, da der überwiegende Teil der Studenten darauf angewiesen war. Das Grundstipendium betrug für Arbeiter- und Bauernkinder 180 Mark, für Kinder aus anderen Familienverhältnissen 130 Mark. 1962 wurden diese Beträge um jeweils 10 Mark erhöht. Abhängig von der politischen Betätigung konnten nochmals 80 bzw. 40 Mark als Leistungszuschlag gezahlt werden. Über die Stipendienvergabe hatte eine Kommission beim Prorektor für Studentenangelegenheiten zu entscheiden.[375]

Auch die Versorgung mit Wohnheimplätzen und Essen erfuhr eine Verbesserung[376] und der innere Aufbau der Universitäten überarbeitet. Dem Rektor standen nun vier Prorektoren, die vom Staatssekretariat für Hochschulwesen bestätigt wurden, zur Seite. Ihre Themenfelder beinhalteten die Studienangelegenheiten, das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, die Forschungsangelegenheiten sowie die wissenschaftliche Aspirantur zur Förderung des Nachwuchses.

---

[371] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.
[372] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 232.
[373] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 50.
[374] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 232.
[375] Vgl. Thomas Ammer: Universitäten zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Gütersloh 1969, S. 16.
[376] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierung und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 62.

Die Zusammensetzung des Senats bestimmte das Staatssekretariat, was der SED wie der FDJ „die stärkste Position auch innerhalb der Universität“[377] sicherte. Damit war die Untergrabung der Autonomie der Hochschulen und Universitäten in dem Tempo erfolgt, „in dem das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesens die gesamte Kontrolle übernahm“[378].

Den Abschluss der 2. Hochschulreform bildete die „Direktive für die Aufstellung von Statuten der Universitäten und Hochschulen“ vom 28. August 1952, welche die Arbeitsordnung vom 23. Mai 1949 ablöste und den Hochschulen vorschrieb, was sie in einem zukünftigen Statut aufzunehmen hatte.[379]

> „Ziel der mit der 2. Hochschulreform verbundenen Veränderungen im Hochschulwesen war die einheitliche ideologische Erziehung der Studenten im Sinne des Marxismus-Leninismus sowie die dafür notwendige ideologische Transformierung der Hochschullehrerschaft- die Schaffung einer sozialistischen Intelligenz. Im Mittelpunkt dieses universitären Erziehungsauftrages stand die Übernahme der ‚wissenschaftlichen’ Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.“[380]

Subsumierend kann festgestellt werden, dass mit der Hochschulreform der „Grundstein [...] für eine sozialistische, in weiten Teilen am sowjetischen Vorbild orientierte, Umgestaltung des Hochschulwesens, welches in seinen zentralen Bereichen bis zum Ende der DDR erhalten blieb und nicht mehr mit dem

[377] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.
[378] Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 12.
[379] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 51.
[380] Peter-Paul Straube: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüther/Peter-Paul Straube (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Isensee 1992, S. 29-61, hier: S. 47.

traditionellen deutschen Hochschulsystem kompatibel war“[381], erreicht war. Der Rückgang der Studienzeitüberschreitung und Abbrüche stellte das Ergebnis dieser Reform dar. Die Erfolgsquote im Studium der 1950er Jahre lag bei 70 Prozent.[382]

> „Mit der Zweiten Hochschulreform einher ging ein verschärfter politischer Druck auf alle Studenten, die sich nicht ohne weiteres gleichschalten und deren ‚Bewußtsein’ sich nach den vorgegebenen ‚einheitlichen Richtlinien’ formen ließ.“[383]

Setzte die Parteiführung bis hierher wohl eher auf Einsicht und Erkenntnis und hoffte, damit die Studenten für die marxistisch-leninistischen Ideen gewinnen zu können, setzte jetzt die Erkenntnis ein, dass die gewünschten Ziele nicht von selbst verwirklicht werden können, sondern es dafür eines gewissen Druckes bedarf, der schließlich spätestens mit der Zweiten Hochschulreform einsetzte.

Die Reaktionen an den Universitäten und Hochschulen fielen verhältnismäßig geschlossen aus. Anfang der 1950er war die politische wie ideologische Durchdringung der Hochschulen längst nicht erreicht, und noch immer lehrten an den Bildungsstätten bürgerliche Professoren, die diese Auflagen und Veränderungen als Eingriff in ihre wissenschaftliche Freiheit sahen. Ähnliches galt sicher für einen großen Teil der Studenten, die nun durch das gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium Mehrbelastung und Indoktrination erfahren mussten. Um dem Unmut der Lehrerschaft entgegen zu treten, umfasste die Durchführung der Zweiten Hochschulreform „gleichzeitig zahlreiche Verbesserungen der Lage der

[381] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 48.
[382] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierung und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 62.
[383] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.

Intelligenz“[384]. Deswegen kam es im Zeitraum zwischen 1950 und 1953 auf Grundlage der am 31. März 1949 und am 16. März 1950 beschlossenen Kulturverordnung zu folgenden Vergünstigungen:

- Nationalpreisverleihung (22. März 1950)
- Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes (8. November 1951)
- Zusatzaltersversorgung für die Intelligenz (17. August 1950/12. Juli 1951)
- Pensionen für besondere Verdienste (23. November 1950)
- Einzelverträge (12. Juli 1951/23. Juli 1953)
- Erhöhung der Hochschullehrervergütung (12. Juli 1951)
- Erhöhung der Wissenschaftlergehälter sowie der Gehälter von Ingenieuren und Technikern (28. Juni 1952; Erhöhung der Professorengehälter um 100%, der Dozentengehälter um 50%)
- „Zahlung von höheren Gehältern für besondere Verdienste für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik“[385]

Die Hochschullehrer gaben ein großes Stück ihrer Autonomie auf, erhielten im Gegenzug jedoch eine materielle Besserstellung. Es sollte sich hier um ein Geben und Nehmen, um eine Art Stillhalteabkommen handeln. Zumindest war dies der Versuch der SED. Die Realität sah hingegen so aus, dass weiter große Teile der Intelligenz den Weg in Richtung Westen suchten.

Mit der Novellierung von 1952 blieb das Hoch- und Fachschulwesen der DDR nicht stehen. Der Ausbau dieses dominierte weiter die politische Tagesordnung, und so

[384] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 52f.
[385] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 53.

forderte die zentrale Hochschulkonferenz am 19./20. September 1952, dass das wissenschaftliche Niveau erhöht und die Erziehung der Studenten „zu bewußten Patrioten" verbessert sowie der „Ausbau des Hochschulwesens in den Bereichen Technik und Naturwissenschaften" weiter voran getrieben werden sollten.[386] Folglich kam es zu zahlreichen Neugründungen, in die auch die Gründung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1953 hineinfällt.

> „Die DDR war darauf angewiesen, durch Technik und Wissenschaft ihren Mangel an Ressourcen wettzumachen. Es kam daher zur Gründung und zum Ausbau einer beachtlichen Anzahl neuer Hochschulen und Fachschulen, insbesondere für naturwissenschaftliche und technische Ausbildungsgänge sowie im pädagogischen Bereich. 1950/51 wurde zum ersten Mal in der deutschen Hochschulgeschichte eine technische Fakultät an einer klassischen Universität gegründet: die Fakultät für Schiffbautechnik an der Universität Rostock."[387]

Tabelle 5: Neugründungen[388]

Art	Hochschulen
Technische Hochschulen/ Universitäten	Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List" Dresden Technische Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt Technische Universität „Otto von Guericke" Magdeburg Technische Hochschule Ilmenau Technische Hochschule Leipzig Technische Hochschule Leuna-Merseburg Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wüstrow Technische Hochschule Wismar Technische Hochschule Zittau Technische Hochschule Zwickau
Medizinische Hochschulen	Medizinische Akademie „Carl Gustav Carus" Dresden Medizinische Akademie Erfurt Medizinische Akademie Magdeburg

[386] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 53f.

[387] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 232.

[388] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 247f.

Landwirtschaftliche Hochschulen	Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft „Thomas Müntzer“ Bernburg Hochschule für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften Meißen

Um auf dem Weltmarkt mithalten zu können, musste v.a. auf Wissen (Humankapital) gesetzt werden.

Auch stieg die Zahl der Zulassungen von 9.600 (1951) auf 18.600 (1954). Um dem zu entsprechen, wurden die Aufnahmen für die Oberschulen erhöht. So erging es auch den Arbeiter- und Bauernfakultäten. Ihre Mitgliederzahl stieg von 4.300 (1951) auf 6.700 (1953) an.[389] Eine weitere Neuerung stellte die Einführung des Fernstudiums dar. Diese Studienart dauerte im naturwissenschaftlich-technischen sechs bis sieben Jahre, im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich drei bis fünf Jahre.[390] 1955 wurde ein eigener Prorektor für das Fernstudium eingesetzt, da die DDR mittlerweile mehr als 1.500 Fernstudenten aufwies.[391] Ab 1959 kamen die Abendstudiengänge hinzu.[392]

Den nächsten Einschnitt in das Hoch- und Fachschulwesen markiert der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953. Die Unruhen hatten gezeigt, „daß die Finanzierung von Programmen zum beschleunigten ökonomischen Aufbau durch Drosselung des Massenkonsums in der DDR politisch nicht möglich war“ und somit

[389] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, S. 60-69, in: Hilde Schramm, hier: S. 62.
[390] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 54.
[391] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 54.
[392] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 54f.

das Tempo zurückgenommen werden musste[393], der ideologische Kurs nicht beibehalten werden konnte.

> „Die zwischen 1951 und 1953 ausgebrochenen harten ideologischen Auseinandersetzungen an den Hochschulen – u.a. der Kampf gegen die Junge Gemeinde sowie für den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei – flachten nach dem 17. Juni 1953 ab; es begann eine Periode des Tauwetters. Die SED gab ihren Führungsanspruch zwar nicht auf, versuchte ihn aber auch nicht mehr mit aller Konsequenz durchzusetzen.“[394]

Auf einer zentralen Hochschulkonferenz am 16. Juni 1955 ging der damalige Staatssekretär Gerhard Harig auch auf bisherige Mängel der Hoch- und Fachschulpolitik ein, die darin bestanden, dass die Hochschule mit dem „gesellschaftlichen Entwicklungstempo“ nicht Schritt halten konnte, eine gewisse „Lethargie“ unter den Studenten herrschte, die es durch eine „konsequente Erziehungsarbeit aller Hochschullehrer“ zu beseitigen galt. Auch die Isolierung des Studiums des Marxismus-Leninismus sollte ihr Ende finden. Im Zuge dessen hob die II. Zentrale Hochschulkonferenz am 2./3. Dezember 1955 die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Ausbildung als „wichtigste Grundlage der sozialistischen Erziehung“[395] hervor.

Die Phase des Tauwetters, die mit Chruschtschows Entstalinisierungsrede eingeleitet worden war, fand schon bald ein jähes Ende, und die ideologische Erziehung und Prägung rückte nun noch offensichtlicher in den Vordergrund. Die Studenten sollten, besonders nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes, „entschlossen gegen alle zersetzenden und verwirrenden Einflüsse der Gegner unseres Arbeiter- und Bauern-Staates und seinen demokratischen Hochschulwesens

[393] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierung und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 62.

[394] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 55.

[395] Zit. nach: Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 55.

auf[…]treten“ und „die Ordnung und Disziplin an den Universitäten und Hochschulen zu wahren und Unruhestifter zu entfernen“[396].

Den Höhepunkt der Immatrikulationen erreichten die Universitäten, Hoch- und Fachschulen 1954 mit 18.600 Studenten. Ab 1955 ging die Zahl auf 14.700 zurück.[397] Die erhöhte Immatrikulationszahl von 1954 war bereits ein Jahr vorher, 1953, vorbereitet wurden, da auch die Ausbildung in der Abiturstufe Erweiterung fand. Die vermehrten Schulabgänge drängten nun an die Hochschulen, erhielten aber nur bedingt Zulassung. Um zu verhindern, dass diese Kräfte in die BRD abwanderten, erhielten sie die Vorimmatrikulation für das nächste Jahr. Die Zwischenzeit verbrachten sie mit praktischen Tätigkeiten „möglichst im Bereich ihres späteren Studienfaches“.[398]

6.1.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Wie bereits erwähnt, forderte die Zentrale Hochschulkonferenz den „Ausbau des Hochschulwesens in den Bereichen Technik und Naturwissenschaften“.[399] Infolgedessen kam es unter anderem auch zur Gründung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Bedingt durch das Datum der Aufnahme ihres Lehrbetriebes am 9. Oktober 1953 wurden die ersten immatrikulierten Studenten bereits nach den Prinzipien der Zweiten Hochschulreform unterrichtet. Im Oktober des Jahres nahmen 291 Studenten ihr Studium auf, welches mit einem halbjährigen Praktikum begonnen hatte. Am 2. März 1954 begann der eigentliche Lehrbetrieb mit 8 Hochschullehrern und 12 wissenschaftlichen Mitarbeitern. So gehörten das

[396] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 56.
[397] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 62.
[398] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm, S. 60-69, hier: S. 62.
[399] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 53f.

10-monatige Studienjahr, die Studiengruppen, die vorgegebenen Studienpläne, eine effektive ideologische Arbeit und die Seminargruppen von Beginn an zu den Verpflichtungen der neu gegründeten Hochschule. Auch die Gesellschaftswissenschaften stellten bereits Pflichtveranstaltungen dar. Eine große Rolle spielte auch der Ausbau der Arbeiter- und Bauernfakultäten, wobei an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt eine Besonderheit in dieser Richtung zu erkennen war.

> „Die Arbeiter- und Bauernfakultät der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt hat den Auftrag, in Zukunft nur Studenten auszubilden, die nach Erlangen der Hochschulreife ihr Studium im Maschinenbau oder in einer dem Maschinenbau verwandten Studienrichtung fortsetzen wollen.“[400]

Das heißt: es war unmöglich, die Hochschulreife an der ABF in Karl-Marx-Stadt zu erwerben, wenn der Student es anstrebte, später einmal etwas anderes als Maschinenbau oder eine dem Maschinenbau ähnlichen Fachrichtung zu studieren. Die Hochschule versuchte sich mit dieser Konzeption den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs zu sichern. Dies hatte den Vorteil, dass der Unterricht dem späteren Studium besser angepasst werden konnte.

Zu den Aufgaben der ABF benannte die Bildungsstätte die „Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehung“ sowie die „Reorganisation und Rekonstruktion der gesamten Fakultät“. Die Studenten sollten zu einer „sozialistische[n] Studiengemeinschaft“ wachsen und es sollte ein „Kampf gegen [die] bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie im Lehrkörper und unter den Studenten“ geführt werden, um ein hohes Maß an Zuverlässigkeit zu erzielen. Alle Studenten sollten das Abitur erreichen, niemand auf dem Weg dahin „verloren g[ehen]“. Für die Ausbildung war die enge Kooperation sowohl mit der Partei, der FDJ und der GST

---

[400] Semesterplan für das 1. Semester des Studienjahres 1959/60 der Arbeiter- und Bauern-Fakultät Karl-Marx-Stadt, 24.09.1954, in: Akte 201/11/30a (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit der ABF-KMSt, 1959-1960, Band 1, S. 1.

als auch mit den Betrieben der Studenten unausweichlich, die nach Ablauf des jeweiligen Studienjahres einen Rechenschaftsbericht erhielten. Für einige Studenten, für die besten unter ihnen, war es vorgesehen, sie für die Funktionärslaufbahn an der Hochschule zu gewinnen. Um dies umzusetzen, mussten die Studenten zur besonderen Selbstständigkeit erzogen werden. Bis zum Ende des 1. Semesters des B-Jahres sollten von jedem Student zwei Studienwünsche vorliegen, wobei das Gewicht hier auf den Schwerpunkten der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt liegen musste.

Ziel war es, bis zum Beginn des Studienjahres 1959/60 maximal 360 Studenten für das Studium an der THK zu gewinnen.[401] Anlässlich der 2. ABF-Beiratssitzung in Magdeburg am 17. Juni 1960 erfolgte eine detaillierte Aufschlüsselung aller bis dahin aufgenommenen ABF-Studenten. So wurden seit dem Bestehen der Hochschule in Karl-Marx-Stadt 239 Studenten an der ABF immatrikuliert, wobei die Zahl bei weitem unter der angestrebten von 360 lag. Von diesen 239 haben 76 das vorgegebene Ziel nicht erreicht, 6 von ihnen hatten einen Hochschulwechsel vorgenommen. Die restlichen 70 gaben auf.[402] Als Begründung für die oftmals ungenügenden Leistungen der ABF-Studenten führte die THK folgende Ursachen an:

> 1) „Es fehlt den Studierenden sehr oft an dem nötigen Willen, gute Studienergebnisse zu erzielen.
> 2) Die nötige Förderung und Unterstützung gerade der ABF-Studenten wurde von der Hochschule zu wenig beachtet.
> 3) Die Schwierigkeiten in der Ausbildung an der Hochschule treten besonders in den mathematisch-technischen Fächern auf. In der Ausbildung an der ABF muß besonders darauf geachtet werden, eine Verbesserung in dieser Hinsicht zu erzielen.

---

[401] Vgl. Semesterplan für das 1. Semester des Studienjahres 1959/60 der Arbeiter- und Bauern-Fakultät Karl-Marx-Stadt, 24.09.1954, in: Akte 201/11/30a (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit der ABF-KMSt, 1959-1960, Band 1, S. 1ff.
[402] Vgl. Diskussionsbeitrag anläßlich der 2. ABF-Beiratssitzung in Magdeburg am 17.06.1960, in: Akte 201/11/312 (UAC) Rektorat. Mai-Dezember 1968, S. 1ff.

> 4) Sehr oft liebäugeln die ABF-Studenten noch mit einer Ausbildung an einer Fach- bzw. Ingenieurschule, falls sie ihr Studienziel an der Hochschule nicht erreichen. Folglich führt es bei einem Teil zu einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber den Aufgaben an der Hochschule.“[403]

Die ABFs stellten dementsprechend ein gravierendes Problem dar. Bedingt durch die Tatsache, dass bereits nicht die gewünschten Personen für ein ABF-Studium gewonnen werden konnten, wurden besonders die Personen erreicht, die nicht über genügend Motivation, Ehrgeiz und v.a. Fähigkeiten verfügten. Bei der Analyse wird deutlich, dass hauptsächlich Studenten in den niedrigen Studienjahren (vor allem 1.-3. Jahr) durch schlechte Leistungen hervortraten. Im 4. und 5. Jahr fiel die Beurteilung wesentlich milder aus. Zeichnen sich beispielsweise im 3. Studienjahr von den 27 immatrikulierten Studenten 12 dadurch aus, dass sie unter dem Durchschnitt lagen, so sind es in einem Studienjahr höher bereits nur noch fünf und im 5. Studienjahr nur noch einer.[404] Es entsteht dabei leicht der Verdacht, dass die Studenten das Studium an der ABF zunehmend selbst nicht ernst genug nahmen oder sie ob der diversen anderen Optionen (Fachschule, Ingenieurschule) oftmals nicht genügend Anstrengungen in ihr Hochschulstudium investierten. Die Frage, die hier Raum stehen bleibt, ist allerdings die, ob die schlechteren Studenten der ersten Jahre in den höheren Semestern überhaupt noch immatrikuliert waren.

Am 11. August 1960 legte die Hochschule für Maschinenbau ihren Jahresbericht für das Studienjahr 1959/60 der Arbeiter- und Bauernfakultät vor, worin die Umbildung zu einer Spezial-ABF Erläuterung fand. Hier sollten nur noch Studenten eine Ausbildung erhalten, die nach dem Erlangen des Abiturs „ihr Studium in Maschinenbau, der Elektrotechnik oder in einer dem Maschinenbau oder der

[403] Vgl. Diskussionsbeitrag anläßlich der 2. ABF-Beiratssitzung in Magdeburg am 17.06.1960, in: Akte 201/11/312 (UAC) Rektorat. Mai-Dezember 1968, S. 3.
[404] Vgl. Diskussionsbeitrag anläßlich der 2. ABF-Beiratssitzung in Magdeburg am 17.06.1960, in: Akte 201/11/312 (UAC) Rektorat. Mai-Dezember 1968, S. 3.

Elektrotechnik verwandten Studienrichtung fortsetzen woll[t]en".[405] Auch die Aufgaben der Studienjahre wurden festgelegt:

- A-Jahr: Klären von politischen Grundfragen, Lernen von kollektiver Arbeit, Bilden von Lerngemeinschafen, Erziehen zu Kritik und Selbstkritik
- B-Jahr: Festlegen der Studienziele, politisch-ideologisches Begründen der Gemeinschaftsarbeit, Kritik und Selbstkritik, Gemeinschaftsarbeit, Lerngemeinschaft
- C-Jahr: Vorbereiten auf die Aufgabe der Hochschule, intensives Selbststudium, Erziehen zur Selbstständigkeit, jeder Student soll konkrete Aufgaben erhalten, eine Reihe von Studenten sollen zu Funktionären für die Hochschule gewonnen werden.[406]

Um eine sozialistische Studiengruppe zu entwickeln, galt es, Lerngemeinschaften zu bilden, die auch Gruppenarbeit umfassten.[407] Ein Anliegen der Gemeinschaft bestand darin, dass sich die einzelnen Mitglieder gegenseitig zur verbesserten Studienarbeit anhalten und somit den schlechten Lernergebnissen entgegen wirken.

Um als Hochschule tätig sein zu können, musste ein Statut für die Lehranstalt erarbeitet werden, welches erst am 1. September 1955 in Kraft trat. Dieses besagte, „dass alle Stellen der Hochschule im Einvernehmen mit den gesellschaftlichen Organisationen [Massenorganisationen: FDJ, Hochschulgewerkschaft des FDGB]

---

[405] Jahresabschlußbericht für das Studienjahr 1959/60 der Arbeiter- und Bauernfakultät der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt, 11.08.1960, in: 201/11/312 (UAC) Rektorat 1953-1968, Mai-Dezember 1968, S.1.

[406] Vgl. Jahresabschlußbericht für das Studienjahr 1959/60 der Arbeiter- und Bauernfakultät der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt, 11.08.1960, in: 201/11/312 (UAC) Rektorat 1953-1968, Mai-Dezember 1968, S. 22.

[407] Vgl. Jahresabschlußbericht für das Studienjahr 1959/60 der Arbeiter- und Bauernfakultät der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt, 11.08.1960, in: 201/11/312 (UAC) Rektorat 1953-1968, Mai-Dezember 1968, S. 23.

zu erarbeiten hätten“[408]. Der strukturelle Rahmen der Lehranstalt beinhaltete zwei Fakultäten: Fakultät I: Mathematik/Naturwissenschaften; Fakultät II: Maschinenbau. 1956 kam die Fakultät für Technologie hinzu. Die ABF hatte in Karl-Marx-Stadt bereits im Herbst 1955 den Fakultätsstatus bekommen. Die Prorektoren, der Verwaltungsdirektor, der Rektor, die Dekane der Fakultäten, drei vom Rektor ernannte und vom Minister für Schwermaschinenbau bestimmte Angehörige des Lehrkörpers, der Bibliotheksdirektor, Vertreter der Gewerkschaft FDGB sowie Vertreter der FDJ-Hochschulgruppe, die eine beratende Stimme besaßen, bildeten den Senat.[409]

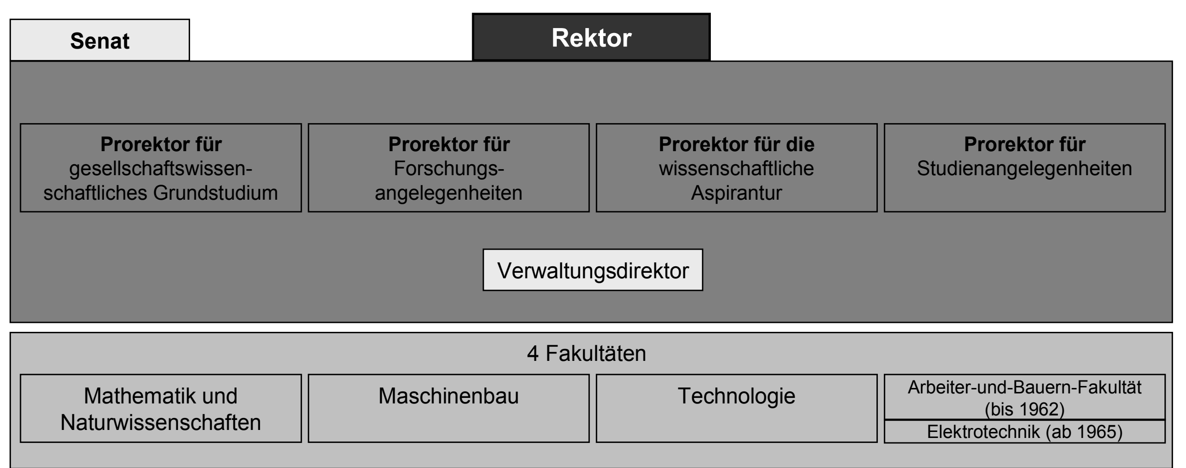


Abbildung 1: Struktur Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1956[410]

6.1.3 Rolle der FDJ

Die Schulungsarbeit der Jahre 1953/54 zielten darauf „die gesamte Jugend davon zu überzeugen, daß nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der

[408] Hans-Joachim Herms/Wolfgang Lambrecht: Von der Gründung der Hochschule für Maschinenbau bis zur III. Hochschulreform (1953-1968), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 120-156, hier: S. 130.
[409] Vgl. Hans-Joachim Herms/Wolfgang Lambrecht: Von der Gründung der Hochschule für Maschinenbau bis zur III. Hochschulreform (1953-1968), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 120-156, hier: S. 128f.
[410] Grafik: Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1956, in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 273.

Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, eine glückliche Zukunft gesichert werden kann.“[411] Die 7. Tagung des Zentralrats bestärkte diese durch seine Einstellung, „daß Teile der Jugend unserem nationalen Befreiungskampf fremd, teilweise sogar feindlich, gegenüberstehen“. Hier musste wesentliche Überzeugungsarbeit erfolgen. Weiter konstatierte der Zentralrat, dass sich der Einfluss der FDJ nur auf jene Jugendlichen erstreckt, die im Verband organisiert waren.[412] Diese Aussage dürfte nicht nur für die Schulen der Stadt zutreffen, sondern gleichsam auch für die Technische Hochschule repräsentativ gewesen sein.

Im Mai 1956 erfolgte die Bewertung der Arbeit im Studienjahr, mit dem Ergebnis, dass gravierende Mängel in der Führungsarbeit aufgezeigt wurden. Die Defizite in der Organisation, wie in der Umsetzung der Aufgaben und der Erziehungsarbeit waren nicht von der Hand zu weisen, und so musste die FDJ-Bezirksleitung resümieren, dass jetzt vor allem auf die Unterstützung durch die SED bei der Organisierung und Erziehung gesetzt und die Studienarbeit systematisch weitergeführt werden sollte.[413] Besonders in den Anfangsjahren schien es der Jugendorganisation auffällig an Propagandisten zu fehlen.

6.2 Weichenstellung 1958

6.2.1 Entwicklung (Anspruch)

Wie allen wichtigen historischen Veränderungen gingen auch der „Wegscheide der Wissenschaftsentwicklung der DDR“ 1958, wie sie Matthias Judt in seinem Buch

[411] Vgl. Einschätzung der Ergebnisse des Schuljahres der FDJ 1953/54 im Bezirk Karl-Marx-Stadt, vom 29. 7.1954, in: Akte 31/993 des Bestandes 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC): FDJ-Studienjahr. Abzeichen für gutes Wissen. 1952-1958, S. 1.
[412] Einschätzung der Ergebnisse des Schuljahres der FDJ 1953/54 im Bezirk Karl-Marx-Stadt, vom 29. 7.1954, in: Akte 31/993 des Bestandes 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC): FDJ-Studienjahr. Abzeichen für gutes Wissen. 1952-1958, S. 1.
[413] Bericht der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt über die Durchführung des Studienjahres im Bezirk Karl-Marx-Stadt, vom 11.5.1956, in: Akte 31/993 des Bestandes 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC): FDJ-Studienjahr. Abzeichen für gutes Wissen. 1952-1958, S. 9.

„DDR-Geschichte in Dokumenten“[414] bezeichnete, elementare Ereignisse voraus: 17. Juni 1953, der Aufstand in Ungarn 1956, „Verhinderung einer Entstalinisierungspraxis in der DDR 1956/57“. Allesamt führten sie dazu, dass „die sozialistische Umgestaltung in der DDR auf allen Gebieten“ Einzug erhielt.[415]

> „Jetzt wurden die Weichen neu gestellt, bislang gelebte Kompromisse entwertet oder gekündigt.“[416]

Dies alles sprach für die DDR für eine Verschärfung und die Rücknahme der Tauwetterpolitik. Da das Prinzip „Einsicht durch Erkenntnis“ nicht griff, setzte die Partei nun auf Indoktrinierung. Vorbereitet wurden die inhaltlichen Veränderungen bereits 1957,[417] als am 17. Oktober 1957 eine neue Zulassungsordnung in Kraft trat und manifestierte, dass jeder Student vor dem Beginn des Studiums ein praktisches Jahr zu absolvieren hatte, da „die Angehörigen der Intelligenz […] ihre Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus in der DDR nur im engen Bündnis mit der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft erfüllen [können]“. Die Betriebe mussten eine entsprechende Beurteilung über den zukünftigen Studenten verfassen; wenn diese nicht im Sinne der Partei war, d.h. wenn sich der Student nicht bewährt hatte, wurde ihm der Weg an die Hochschule verwehrt. In allererster Linie sollte das praktische Jahr dazu dienen, den zukünftigen Studenten bereits vor Studienbeginn sozialistisch zu erziehen und eine entsprechende Vorauswahl zu treffen.[418]

---

[414] Matthias Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997.
[415] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 233.
[416] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 233.
[417] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 57.
[418] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 57.

Am 13. Februar 1958 folgte die Verordnung des Ministerrats „zur weitere[n] sozialistische[n] Gestaltung des Hochschulwesens", in deren Präambel es hieß:

> „Die Universitäten und Hochschulen der DDR haben die Aufgabe, in genügender Zahl wissenschaftliche und technische Fachkräfte heranzubilden, die der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergeben sind und die Fähigkeit besitzen, Wissenschaft und Technik dem sozialistischen Aufbau dienstbar zu machen."[419]

Damit hatte das Staatssekretariat die Kontrolle über Lehre und Forschung erhalten und konnte die Forschungspläne festlegen. Eine freie Forschung war somit zur Utopie geworden.[420]

Auf der zwischen dem 28. Februar und dem 2. März 1958 tagenden erneuten Hochschulkonferenz trat neben die Verbindung von Praxis und Hochschule die „Forderung nach einer harten Auseinandersetzung mit reaktionären und kleinbürgerlichen – sprich antisozialistischen – Auffassungen [...], um den Ideen des Sozialismus die Vorherrschaft zu sichern"[421].

Die Forschung sollte nunmehr in Kollektiven erfolgen. Die Forschungsergebnisse galt es zunächst in den DDR-Zeitschriften zu veröffentlichen, „was oftmals einem Publikationsverbot gleichkam", da das internationale Forscherpublikum damit nicht angesprochen wurde. Doch nicht nur Forderungen und neue Ideen, wie der Sozialismus effektiver gestaltet werden könne, standen auf der Tagungsordnung,

[419] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 57f.; original: Verordnung über die sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der DDR vom 13.2.1958, abgedruckt in: Siegfried Baske/Martha Engelbert: Dokumente zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1966, S. 115-121.
[420] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 57f.; original: Verordnung über die sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der DDR vom 13.2.1958, abgedruckt in: Siegfried Baske/Martha Engelbert: Dokumente zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1966, S. 115-121.
[421] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 58f.

sondern auch Mängel:

- „Vorherrschaft bürgerlicher Ideologie in den meisten Fachrichtungen und völlig ungenügende Anstrengungen der Parteiorganisationen, die Bürgerlichen mit den Problemen ‚der sozialistischen Ideologie vertraut zu machen',
- zu schwache Auseinandersetzungen mit revisionistischen Auffassungen außerhalb der Partei,
- zu große Toleranz (‚duldsames, liberales Verhalten') gegen reaktionäre Machenschaften,
- ungenügende Verbindung von Lehre/Forschung und sozialistischer Praxis,
- `kleinbürgerliche Vorstellungen und Gewohnheiten bei vielen Studenten',
- zu administrativer Arbeitsstil beim Staatssekretariat gegenüber den Hochschulen.“422

Diese Ausführungen spiegeln wider, dass die Hochschulen und Universitäten oftmals im bürgerlichen Milieu verankert und dessen Einflüsse auch spürbar waren. Auch schien die SED in den 1950er Jahren eine „harte“ Auseinandersetzung augenscheinlich nicht zu führen. Es herrschten dementsprechend noch bürgerliche neben ideologischen Vorstellungen vor.

Der V. Parteitag (10.-16. Juli 1958) griff die Forderungen der Hochschulkonferenz erneut auf, da die SED bestrebt war, ihre Ansprüche durch „Geduldige Überzeugungsarbeit“ durchzusetzen, was viele Gespräche und Diskussionen mit sich brachte, bei denen allerdings der Sozialismus nicht offen kritisiert werden durfte.[423]

Ebenfalls in die Zeit fällt die Assistentenverordnung von 1957. Bei den Personalfragen für die Wissenschaftspolitik setzte die SED vor allem auf die zweite Generation, die linientreu zu erziehen war. Ab 1951 sollte sich der wissenschaftliche Nachwuchs nur aus der Aspirantur rekrutieren. Neben dieser bestand die Assistenz

---

[422] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 58f.

[423] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 60.

allerdings weiter, wodurch sich die Professoren nicht gezwungen sahen, ihre Assistenten zu entlassen und an deren Stelle den Nachwuchs aus der Aspirantur zu fördern. Die Aspirantur, und damit der erster personelle Lenkungsversuch der SED, war demzufolge gescheitert.

Der zweite Versuch erfolgte 1957 mit der so genannten Assistentenverordnung, die es sich zu Nutze machte, dass 1957/58 die Assistentenverträge ausliefen und nun nur noch Verträge von Personen Verlängerung fanden, die sich durch ideologisch gefestigtes Verhalten auszeichneten. Alle anderen Stellen besetzte die SED neu, womit es möglich war, dass die erste Generation Mitte der 1950er Jahre durch die zweite, gleichsam linientreue, ersetzt werden konnte. Dieses Vorgehen löste an den Hochschulen weitreichende Empörung aus und verstärkte zudem die Republikflucht.

Tabelle 6: Republikflucht in % zur Zahl der Mitarbeiter zwischen 1955 und 1959 auf dem Gebiet der DDR [424]

Jahr	Wissen-schaftler	Wiss.-techn. Mitarbeiter	Arbeiter und Angestellte	Insgesamt	in absoluten Zahlen
1955	1,6	2,1	2,3	2,0	82
1956	1,4	1,7	0,8	1,3	78
1957	1,5	1,5	0,3	1,2	76
1958	3,2	2,3	1,0	2,1	166
Bis 1. April 1959	0,7	-	-	0,7	10
					412 Mitarbeiter

Vor allem die so dringend für den sozialistischen Wiederaufbau benötigten Personen kehrten der DDR den Rücken. So verließen beispielsweise 1955 10.916 Menschen das Land. Demgegenüber standen 1.695 Rückkehrer und 807 Zuzüge. Das entspricht einem Bevölkerungsverlust durch Abwanderung von 8.414 Personen.

[424] Nicht mehr zur Verfügung stehende Mitarbeiter 1955 bis 1959, in: Matthias Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 263.

Tabelle 7: Republikflucht im Jahr 1955 im Bezirk Karl-Marx-Stadt[425]

	Republikflucht
I. Quartal 55	1.166
II.	1.128
III.	3.272
IV.	4.657
Gesamt:	*10.916*

Ein Jahr später, 1956, stieg die Zahl der Flüchtenden weiter. Bereits in den ersten drei Quartalen hatten 7.303 Personen die DDR verlassen. Für das zweite Quartal des Jahres 1956 findet sich eine detaillierte Aufstellung, in der vermerkt ist, dass es sich bei dieser Zahl um 902 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren und sogar um 2.119 Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren handelt. Das entsprach 3.021 jungen Erwachsenen.[426]

[425] Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

[426] Vgl. Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

Tabelle 8: Republikflucht 1956 im Bezirk Karl-Marx-Stadt[427]

	Republikflucht
I. Quartal 56	2.472
II.	1.811
III.	3.020
Gesamt:	*7.303*

Tabelle 9: Anteil der Jugendlichen unter den Republikflüchtlingen zwischen Juli und September 1956[428]

	Juli	**August**	**September**
15-18 Jahre	135	251	515
18-25 Jahre	453	666	1.000

Die FDJ, die für die 14 bis 25 Jährigen zuständig war, begründete die Abwanderung der Jugend besonders mit der noch schlechten aufklärerischen Jugendarbeit im eignen Verband.

> „Nach unseren Feststellungen hat sich gezeigt, daß sich die Kreis- und Ortsleitungen sowie die Betriebsgruppen der FDJ nicht genügend mit dieser Frage beschäftigen. Die FDJ-

[427] Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

[428] Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

Betriebsgruppen leisten eine mangelhafte Arbeit in Bezug auf die Bekämpfung der Republikflucht, d.h. auf die Aufklärung der Jugendlichen.“[429]

Eine Aufschlüsselung der sozialen Zusammensetzung aller Republikflüchtlinge der ersten drei Quartale des Jahres 1956 macht deutlich, dass in der Tat die Personengruppen flüchteten, die am dringendsten benötigt wurden. Hierzu gehören neben Angestellten vor allem Arbeiter aus allen Branchen. Aber auch Lehrer, die für die Erziehung und Ingenieure, die zur Entwicklung gebraucht wurden, fehlten zunehmend. Hinzu kommt die Abwanderung von Ärzten.[430]

Tabelle 10: Soz. Zusammensetzung Republikflüchtlinge bis Oktober 1956 (Bez. KMSt)[431]

	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
Arbeiter	1.907	1.750	2.917
Spezialarbeiter	419	278	395
Bergarbeiter	210	142	292
Angestellte	975	875	1.009
LPG-Mitglieder	10	15	10
Kleinbauern	6	15	17
Großbauern	9	7	-
Mittelbauern	9	17	6

[429] Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

[430] Vgl. Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

[431] Schreiben vom Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Strobel an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (Gen. Schröder) über die Republikflucht, vom 11.10.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

Lehrer	41	30	32
Ingenieure	35	46	30
Techniker	10	7	6
Chemiker	2	1	-
Wissenschaftler	-	1	-
Künstler	-	2	2
Ärzte	11	8	5
Juristen	4	-	1
Studenten	**34**	**20**	**16**
Handwerker	43	56	64
Geschäftsleute	132	85	78
Besitzer von Privatbetrieben	15	17	11

Trotz alledem stand für Ulbricht 1961 fest, dass das Ziel der Heranziehung einer neuen sozialistischen Intelligenz erfolgreich schien.[432]

> „Mit der Umgestaltung des Hochschulwesens ab 1958 war die Entwicklung einer inhaltlichen und strukturell sozialistischen Hochschule in ihr entscheidendes Stadium getreten und erhielt spätestens mit dem Bau der Mauer die Bedingung, das sozialistische Experiment nun in einem geschlossenen Versuch ohne Ausweichmöglichkeiten durchführen zu können."[433]

Inhaltlich und organisatorisch war die Umgestaltung des Hochschulwesens erfolgt, aber mit dem Bewusstsein der Studenten gestaltete es sich schwierig, da es sich nicht wie Struktur und Inhalt oktroyieren ließ.

Ende der 1950er Jahre saßen in allen wichtigen Stellen keine bürgerlichen Wissenschaftler mehr, aus den Gesellschaftswissenschaften wurden sie gänzlich verdrängt. Die Reaktionen darauf waren zweischneidig, da sich einerseits „die

[432] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994,, S. 60.
[433] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 61.

Staats- und Parteitreue ins Groteske [steigerte]“ und andererseits „die Anzahl der Wissenschaftler, die in den Westen flüchteten, deutlich zu[nahm].“[434]

6.2.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Die am 13. Februar 1958 erlassene Verordnung „zur weiteren sozialistischen Gestaltung des Hochschulwesens“ machte es der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt unausweichlich, ein „Programm[es] zur sozialistischen Umgestaltung [der Hochschule]“[435] vorzulegen.[436] Dieses hob vor allem die herausragende Stellung des Ingenieurs hervor, der auch über Grundlagenkenntnisse des Marxismus-Leninismus verfügen sollte.

> „Der Ingenieur ist damit nicht mehr der Diener des Kapitalisten oder des kapitalistischen Staates, er ist nicht mehr Lakai, der, um seiner gesellschaftlichen Achtung und seiner physischen Vernichtung zu entgehen, den volksfeindlichen, ausbeuterischen, ja mörderischen Bedürfnissen des Kapitalismus dient. In der DDR ist der Ingenieur erstmalig imstande, frei und umfassend schöpferisch, vor allem aber in Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes, in Übereinstimmung mit der Moral des Volkes, zu arbeiten.“[437]

[434] Vgl. Peter Th. Walter: Bildung und Wissenschaft, in: Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 225-291, hier: S. 233.
[435] Entwurf eines Programms zur sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule, in: Akte 201/11/340 (UAC), Rektorat 1953-1968. Rektorat, Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HFM KMSt – vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959,
[436] Eine genaue Datierung dieses Programms ist nicht möglich, da kein Datum vorhanden ist. Da sich allerdings die Akte mit dem Zeitraum zwischen 1958 und 1959 beschäftigt, wird von dieser Zeitspanne ausgegangen.
[437] Entwurf eines Programms zur sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule, in: Akte 201/11/340 (UAC) Rektorat 1953-1968. Rektorat. Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HfM KMSt- vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959, S. 7.

Und natürlich in Übereinstimmung mit den Interessen der SED-Politik. Allein an diesem Zitat fällt zweierlei besonders auf: zum einen die sozialistische Weltanschauung und die Verachtung des Kapitalismus, zum anderen die Verklärung der DDR-Wirklichkeit. Gerade der Berufsstand des Ingenieurs verdeutlicht, dass die meisten Menschen, die diesen Beruf ergreifen, sowohl in DDR als auch in den kapitalistischen Ländern wie der BRD zunächst die Wissenschaft im Auge haben und die praktischen Erkenntnisse, die aus ihr gewonnen werden können. Die Darstellung des kapitalistischen Ingenieurs als Handlanger der Staatsführung müsste auch für den Verfasser kontraproduktiv erschienen sein. Die sozialistische Hochschule selbst, so das Programm, sollte sich durch folgende Merkmale auszeichnen:

1. „An ihr werden technische und wissenschaftliche Kader erzogen, die dem Sozialismus, d.h. dem Volk dienen sollen. Menschen, deren oberstes Ziel der Sieg des Sozialismus ist. Der Erreichung dieses Zieles ist die gesamte Ausbildung und Erziehung untergeordnet.
2. An einer sozialistischen Hochschule werden hochqualifizierte Fachleute ausgebildet. Das setzt voraus, daß sich Lehre und Forschung ständig auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, entsprechend dem Charakter unserer Hochschule, befinden müssen.“[438]

An erster Stelle stand die sozialistische Erziehung, an zweiter das eigentliche Ziel einer Hochschule, nämlich die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte und ein hohes wissenschaftliches Niveau in Lehre und Forschung. Für die sozialistische Erziehung wurden die Rolle und Bedeutung der Jugendorganisation FDJ hervorgehoben. Schließlich fiel ihr die sozialistische Erziehung der Studenten zu. Allerdings sollte ihr diese Erziehungsrolle nicht allein überlassen werden. Vielmehr mussten die

[438] Entwurf eines Programms zur sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule, in: Akte 201/11/340 (UAC) Rektorat 1953-1968. Rektorat. Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HfM KMSt- vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959, S. 8.

Hochschulleitung und Lehrer in Erziehungsfragen gemeinsam beraten und Beschlüsse gemeinsam umsetzen.[439]

Um eine sozialistische Erziehung gewährleisten zu können, galt es eine verstärkte Vorauswahl bei den Hochschulbewerbern zu treffen.[440] Da die Erziehung der Studenten im Sinne des Marxismus-Leninismus erfolgen sollte, war es einfacher, von Anfang an nur Studenten aufzunehmen, die in diesem Sinne überhaupt erziehbar waren und bestimmte Voraussetzungen bereits mitbrachten.

Zur Forschung nahm das Programm intensiv Stellung, da sowohl Inhalt als auch Methode der bisherigen Forschung unbefriedigend waren. Die Forschung sollte Hand in Hand mit der Produktion einhergehen und dem Individualismus eine Absage erteilt werden. Um Forschung und Produktion optimal zu verbinden, wurde die Vertragsforschung eingeführt. Damit trat der Nutznießer der Forschung zugleich als Auftraggeber auf. Trotzdem sollte auch die Grundlagenforschung nicht unterschätzt werden; nur musste diese eben im richtigen Verhältnis zur Auftragsforschung stehen. Um die Forschung zu intensivieren und zu verbessern, galt es Kooperationsmöglichkeiten besser zu nutzten und den nationalen wie internationalen Erfahrungsaustausch intensivieren.[441] Die Problematik der Vertragsforschung blieb Zeit des Bestehens der DDR immer ein Parameter in der Hochschulpolitik. Dieser Schritt war folgerichtig und wichtig zugleich.

[439] Vgl. Entwurf eines Programms zur sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule, in: Akte 201/11/340 (UAC) Rektorat 1953-1968. Rektorat. Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HfM KMSt- vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959, S. 9f.
[440] Vgl. Entwurf eines Programms zur sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule, in: Akte 201/11/340 (UAC) Rektorat 1953-1968. Rektorat. Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HfM KMSt- vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959, S. 33.
[441] Vgl. Entwurf eines Programms zur sozialistischen Umgestaltung unserer Hochschule, in: Akte 201/11/340 (UAC) Rektorat 1953-1968. Rektorat. Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HfM KMSt- vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959, S. 34ff.

Zwischen dem 26. Februar und dem 2. März 1958 tagte die III. Hochschulkonferenz der SED, auf deren Programm die Beschleunigung der „sozialistischen Entwicklung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen“ stand. Auch der V. Parteitag (10.-16.07.1958) befasste sich damit. Er erhob die Forderung, alles zu tun, damit die Universitäten, Hoch- und Fachschulen „der hohen Bedeutung der Wissenschaft, Technik und Kultur [entsprechen]“.[442] Um den Beschlüssen der III. Hochschulkonferenz zu entsprechen, wurde eine Kommission gegründet, deren Aufgabe darin bestand, ein langfristiges Programm für die „sozialistische Entwicklung“ zu schaffen. Der vom Rektor geführte Ausschuss verabschiedete eine Grundsatzerklärung, in der die Mitarbeit aller propagiert wurde und die die Verbindung von Theorie und Praxis dadurch förderte, dass die kooperierenden Industriebranchen Gehör und beratende Stimme in den jeweiligen Fakultätsräten fanden.

> „Der Aufbau des Sozialismus in der DDR stellt auch unserer Hochschule die Aufgabe, Lehre und Forschung auf den höchsten Stand der Wissenschaft zu bringen und Studenten sowie Assistenten zu erziehen, die fest zur Arbeiter- und Bauernmacht stehen. Der Akademische Senat der Hochschule erwartet von allen Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Angestellten, daß sie durch ihre aktive Mitarbeit den Aufbau des Sozialismus mit allen Kräften unterstützen. […] Um die Verbindung mit den Produktionsbetrieben der volkseignen Industrie zu verbessern, werden die Fakultätsräte unserer Hochschule durch Vertreter des jeweiligen Industriezweiges mit beratender Stimme erweitert.“[443]

Im Ergebnis erhielten der 1. Sekretär der Hochschulparteiorganisation sowie der 1. Vertreter der Hochschulgruppenleitung der Jugendorganisation FDJ Sitz und

[442] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Karl-Marx-Stadt 1986, S. 91.

[443] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Karl-Marx-Stadt 1986, S. 92.

Stimme im Senat, was der Anerkennung der „führenden Rolle der SED und [der] FDJ als Interessenvertretung der studentischen Jugend“ gleichkam. Am 18. April 1958 forderten der Rektor und der 1. Sekretär der Hochschulparteileitung alle Angehörigen der Bildungsstätte auf, „aktiv an der Erarbeitung des Programms zu weiteren Umgestaltung der Hochschule mit[zu]wirken“.[444]

6.2.3 Rolle der FDJ

Die FDJ in Karl-Marx-Stadt verzeichnete zwischen Juli 1955 und April 1956 26 Ausschlüsse, wobei es in den Aufzeichnungen heißt, dass es sich „um Freunde, die die Republik verlassen haben“[445], handelte. Im Juli 1956 gehörten der FDJ in Karl-Marx-Stadt (gesamt) 20.893 Jugendliche (11.479 Jungen, 9.414 Mädchen) an; 2.244 von ihnen waren Studenten. Das entsprach einem prozentualen Anteil von 10,7% der gesamten FDJ-Mitglieder der Stadt. Die anderen knapp 90% nahmen andere Bevölkerungsgruppen wie Angestellte (4.738-22,7%,) Arbeiter in der Industrie (8.924 Personen-42,8%), Schüler (4.750-22,7%) und andere ein.[446]

[444] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Karl-Marx-Stadt 1986, S. 92.
[445] Sekretariatsvorlage, Einschätzungen zum statistischen Halbjahresbericht, vom 16.7.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956, S. 4.
[446] Vgl. Sekretariatsvorlage, Einschätzungen zum statistischen Halbjahresbericht, vom 16.7.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956, S. 2.

Tabelle 11: Austritte und Ausschlüsse zwischen Juli 1955 und April 1956[447]

	Austritte	Ausschlüsse
Juli 1955	1	4
August 1955	-	3
Sept. 1955	18	1
Oktober 1955	7	-
November 1955	3	-
Dezember 1955	8	13
Januar 1956	-	-
Februar 1956	7	5
März 1956	-	-
April 1956	-	-
gesamt	*44*	*26*

Den Austritten und Ausschlüssen standen im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1955 und dem 1. Juni 1955 2.186 Neuaufnahmen gegenüber.[448]

Die Freie Deutsche Jugend sah sich mit vielen Jugendlichen konfrontiert, die über keinen „festen sozialistischen Klassenstandpunkt“ verfügten. Um dem entgegen zuwirken, sah sie sich in der Pflicht, einen besonderen Stellenwert der Rolle der Propagandisten zuzurechnen, der „fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus

[447] Sekretariatsvorlage, Einschätzungen zum statistischen Halbjahresbericht, vom 16.7.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955- III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

[448] Vgl. Sekretariatsvorlage, Einschätzungen zum statistischen Halbjahresbericht, vom 16.7.1956, in: Akte 6.957/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955-III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956, S. 3.

steht und als überzeugter und begeisterter Mensch Klarheit in unseren politischen Gegenwartsfragen besitzt und auftritt“[449].

Es war unumgänglich, zunächst einmal besonderes Augenmerk auf die politische Zuverlässigkeit und Ausbildung der Propagandisten zu legen, wofür Propagandistenlehrgänge, die der Wissensvermittlung dienten, abgehalten wurden, wobei beispielsweise folgende Themen im Mittelpunkt standen:

- „Die Rolle und die Aufgabe des Propagandisten im FDJ-Studienjahr 1957/58 bei der Erziehung von sozialistisch denkenden und handelnden jungen Menschen.“
- „Der antifaschistische Widerstandskampf der besten Kräfte des deutschen Volkes und seiner Jugend in der Zeit des Faschismus.“
- „Der demokratische Neuaufbau im Osten Deutschlands während der ersten Nachkriegsjahre. – Die Rolle der FDJ an der Spitze der Jugend beim Aufbau des neuen Lebens.“
- „Die FDJ – die sozialistische Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik.“
- „Das Statut unseres Verbandes – das Grundgesetz unseres Handelns.“
- „Die Vorbereitung des Propagandisten auf die Zirkel.“
- „Die Ausnutzung der Formen der Agitation und Kulturarbeit bei der Klärung der Probleme.“
- „Die Eigenarten der Jugend und wie sie vom Propagandisten in seiner Tätigkeit berücksichtigt werden müssen.“[450]

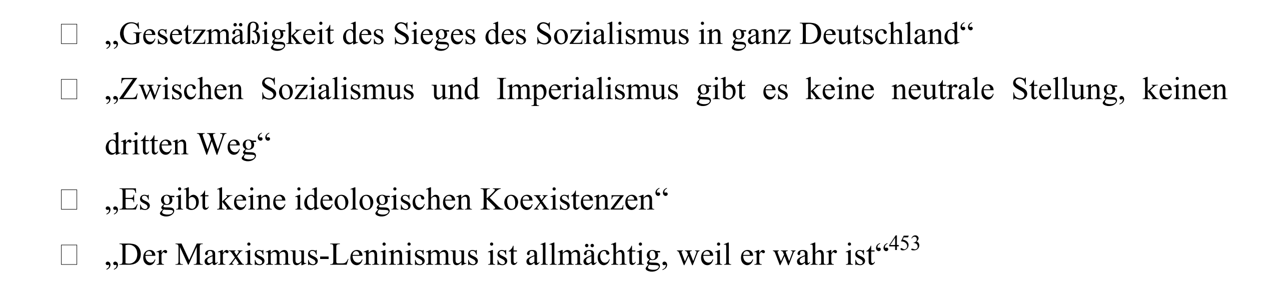
Es ging darum, den Einzelnen mit dem Statut der FDJ vertraut zu machen, ihn auf die politisch-ideologische Argumentation vorzubereiten. Karl-Marx-Stadt

[449] Sekretariatsvorlage „Beschluß für die Studienarbeit der Freien Deutschen Jugend 1957/58“, vom 13.6.1957, in: Akte 31/993/ Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC): FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 4.
[450] Lehrplan der Propagandistenlehrgänge für die Propagandisten der Zirkel „Was ist die FDJ und was will sie?“ an den Bezirksjugendschulen, vom 4.7.1957, in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC): FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen. 1952-1958, S. 5ff.

vernachlässigte die Arbeit mit den Propagandisten.[451] Das Problem, so geht es aus den Akten hervor, war, dass das Hochschulpersonal oftmals nicht in der Lage war, Kenntnisse im politisch-ideologischen Bereich zu vermitteln.

> „Die ungenügende Qualifikation vieler Funktionäre, ihre mangelhaften Kenntnisse der Grundfragen der sozialistischen Weltanschauung und das Unvermögen diese Probleme den Mitgliedern und der Jugend darzulegen, ist gegenwärtig das Haupthindernis zur allseitigen Verwirklichung der Beschlüsse der 19. Tagung des Zentralrats."[452]

Wie sollten die Studenten im Sinne der Partei, im Sinne des Marxismus-Leninismus erzogen werden, wenn die Funktionäre selbst nur über unzureichende Kenntnisse verfügten und noch dazu unfähig schienen, ihr Wissen auch weiterzugeben? Folglich verschärfte der Zentralrat die propagandistischen Themen:



- „Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in ganz Deutschland"
- „Zwischen Sozialismus und Imperialismus gibt es keine neutrale Stellung, keinen dritten Weg"
- „Es gibt keine ideologischen Koexistenzen"
- „Der Marxismus-Leninismus ist allmächtig, weil er wahr ist"[453]

Verbunden waren diese neuen Inhalte mit der Anweisung, monatlich Zirkelabende abzuhalten. Die „Schriftenreihe junger Sozialisten" galt es so zu verändern, dass „monatlich ein Thema Probleme des dialektischen Materialismus" behandelte.[454] Die Inhalte der Zirkel wurden kritisch bewertet, da weniger politische Themen auf

[451] Vgl. Sekretariatsvorlage „Gegenwärtiger Stand in der Studienarbeit", vom 21.12.1957, in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 7.
[452] Stellungnahme des Büros des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, vom 8.2.1958 (Blatt 14-16), in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 3.
[453] Stellungnahme des Büros des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, vom 8.2.1958 (Blatt 14-16), in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 5.
[454] Stellungnahme des Büros des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, vom 8.2.1958 (Blatt 14-16), in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 7.

der Tagesordnung standen. Vielmehr beschäftigten die Teilnehmer Fragen danach, warum der Lebensstandard in der BRD noch immer höher war, als in der DDR.[455] Als besonders problematisch wurde die Tatsache betrachtet, dass sich zu wenig Propagandisten außerhalb der Zirkel mit Mitgliedern der FDJ treffen.[456]

6.3 VI. Parteitag: „Programm zur planmäßigen Entwicklung des Sozialismus"/Kommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung" 1963

6.3.1 Entwicklung (Anspruch)

Zwischen dem 15. und 21. Januar 1963 tagte der VI. Parteitag in Berlin. Dieser sollte der Politik in der DDR eine neue Wendung geben, was sich zunächst in dem Parteiprogramm widerspiegelte, welches manifestierte, dass „ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes [...] begonnen [hatte]: das Zeitalter des Sozialismus"[457]. Die SED sah die Zeit als gekommen, den Sozialismus umfassend aufzubauen und verdeutlichte ihren Parteigenossen, dass danach die nächste Phase eintritt: die des Übergangs zum Kommunismus.[458]

Der Parteitag gab den „Anstoß zu einer umfassenden und tief greifenden Reform des Bildungswesen"[459]. Er legte das Fundament für die weitere Entwicklung der Wissenschaftslandschaft der DDR, da mit dem „Programm zur planmäßigen

---

455 Vgl. Bericht über die Durchführung des Studienjahres der FDJ 1957/58 vom 15.3.1958 (Blatt 9-13), in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 4.

456 Vgl. Bericht über die Durchführung des Studienjahres der FDJ 1957/58 vom 15.3.1958 (Blatt 9-13), in: Akte 31/993/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen, 1952-1958, S. 5.

457 15.-21. Januar 1963. VI. Parteitag, in: Ilse Spittmann (Hrsg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1984, S. 216.

458 Vgl. 15.-21. Januar 1963. VI. Parteitag, in: Ilse Spittmann (Hrsg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1984, S. 216.

459 www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm

Entwicklung des Sozialismus“[460] die Rolle von Politik und Wissenschaft gestärkt werden sollte.[461]

> „Um die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft zu steigern, kam es zu einer Schwerpunktverschiebung von der ideologischen Kaderschulung hin zur ökonomischen Nutzenanalyse.“[462]

Damit schuf Walter Ulbricht, auch wenn er hier noch nicht auf konkrete Veränderungsmaßnahmen einging, bereits 1963 die „ideologische Grundlage“[463] für die Dritte Hochschulreform, worauf 1965 die „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“ folgten. Für die Universitäten, Hoch- und Fachschulen bedeutete dies, dass das letzte Stück Eigenständigkeit nun auch noch aufgegeben werden musste. An eigenständige Aktionen ohne Rückkopplung an das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen war nicht mehr zu denken.

Als im Frühjahr 1963 Paul Verner seine Zuständigkeiten für die Jugendfragen aberkannt bekam, übernahm Kurt Turba[464] die Leitung der Jugendkommission beim Politbüro[465]. Er erhielt sogleich von Walter Ulbricht den Auftrag, „ein neues

[460] www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm, S. 1.
[461] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock, 1969-1972, Rostock 1998, S. 13.
[462] www.rewi.hu-berlin.de/online/fhi/articles/971Ohaferkamp-wudtke.htm#Str4_5
[463] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 13.
[464] Kurt Tuba: * 1.4.1929, Ausbildung zum Landwirt, OS, Abitur, 1946 FDJ, 1948 SED, 1948/49 Studium Geschichte, 1949/50 Instrukteur für Hochschulfragen im FDJ-LV Thüringen, Chefredakteur „Forum“, Juli 1963 auf persönl. Initiative von Ulbricht Vorsitzende der Jugendkommission beim Politbüro, 17.9.1963: Kommunique im Januar 1966 wird er als Vorsitzender der Jugendkommission beim Politbüro und als Leiter der Jugendabteilung des ZK entlassen, 1990 von der PDS-Schiedskommission rehabilitiert, „Kurt Tuba“, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 866.
[465] Vgl. Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 52.

Jugendkonzept zu entwerfen“[466]. Das Kommunique „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ erschien am 17. September 1963 und machte den Reformwilligen Mut[467].

Wichtig für die Verfasser war der Umgang mit der jungen Generation „ohne Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren’“[468], mit der Zielstellung ein Umdenken in der Arbeit mit den Jugendlichen und in der Auseinandersetzung mit den Ideen der jungen Bevölkerung zu erreichen, womit es möglich schien, dass sich eine „individuelle Entwicklung […], eine Auseinandersetzung mit abweichenden Auffassungen in fairer, faktengestützter Debatte“ entwickeln könnte.“[469]

> „Es geht nicht länger an, ‚unbequeme’ Fragen von Jugendlichen als lästig oder gar als Provokation abzutun, da durch solche Praktiken Jugendliche auf dem Weg der Heuchlerei abgedrängt werden. Wir brauchen vielmehr den selbstständigen und selbstbewußten Staatsbürger mit einem gefestigten Charakter, mit dem durch eigenes Denken und in der Auseinandersetzung mit rückständigen Auffassungen und reaktionären Ideologien errungen sozialistischen Weltbild.“[470]

Das bedeutete, dass es sich zu Nutzen gemacht werden sollte, dass die Jugendlichen über die Politik und sicherlich ebenso über die Weltanschauung nachdachten und dabei ihre eigenen Präferenzen herausbildeten. Diese galt es schließlich im Sinne der Partei verwertbar zu machen. Wie sich dies in der Realität umsetzen lassen sollte, ist allerdings unklar. Angedacht wurde gewiss die Strategie, durch offenere Diskussionen den Studenten die Option zu öffnen, sich freier zu äußern, auch zu politischen Themen, um anschließend zu versuchen, durch eine gezielte politisch-

466 Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 52.
467 Vgl. Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 53.
468 Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996 , S. 150.
469 Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996 , S. 150.
470 Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 53.

ideologische Arbeit an diese Diskussionen anzuknüpfen und auf die aufgeworfenen Fragen mit der Weltanschauung zu erwidern. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, dass die marxistisch-leninistisch Ideologie Antworten auf Fragen, die die Jugendlichen beschäftigen, geben kann.

Das Kommunique wurde „als Zeichen für Wandlungs- und Modernisierungsbestrebungen in der SED-Jugend-, Kultur- und Wissenschaftspolitik“[471] angesehen, mit der Anregung „den Jugendlichen mehr Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und kulturelle Freiräume zuzugestehen“[472] und „die Langeweile der FDJ-Schulungen“[473] zu überwinden.

Inhaltlich neu war, dass die Partei Kritik an sich selbst und an ihren eigenen Funktionären übte und ihr bisheriges Vorgehen selbst auf den Prüfstein stellte. Im Ergebnis dieses Dokuments wurde deutlich, dass nur der offene und verständnisvolle Umgang mit den Problemen und Ideen der Jugendlichen zum gewünschten Ergebnis führen kann.

> „[...] Wir wenden uns gegen Erscheinungen des Schematismus in den Institutionen, Hochschulen und Universitäten, die echte wissenschaftliche Leistungen behindern. Wir rufen alle Lehrkräfte auf, die ihnen anvertrauten jungen Menschen zu selbstständig denkenden Sozialisten zu erziehen und nicht zuzulassen, daß gute Zensuren von der Festlegung auf eine subjektive Lehrmeinung abhängig gemacht werden [...]
> [...] Ungenutzte Freizeit führt zu Langeweile, Lustlosigkeit, Kraftlosigkeit, Übermut und Überdruß. Deshalb rufen wir alle Eltern, Erzieher, Meister, Klubhausleiter, FDJ-, Gewerkschafts- und Sportfunktionäre auf, der Jugend [...] zu helfen, ihre Freizeit sinnvoll

---

[471] Ulrike Schuster/Helmut Müller-Enbergs: Kurt Turba, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 866.

[472] Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S. 237.

[473] Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S 237.

> im eigenen und im Interesse der Gesellschaft zu nutzen. Diese Hilfe kann nicht in Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren bestehen. [...].
> […] Echte Liebe gehört zur Jugend, wie die Jugend zum Sozialismus gehört. [...] Unglückliche Liebe kann die Entwicklung eines jungen Menschen lange Zeit lähmen, glückliche Liebe beflügelt ihn. Deshalb sollte man über all diese Probleme offen und vorurteilslos sprechen, um den jungen Menschen bei ihren Sorgen in Liebe und Ehe zu helfen.[...]
> Je offener und verständnisvoller wir diese Probleme anpacken, desto eher können Zügellosigkeit, Zynismus, Missachtung des anderen Geschlechts, Vernachlässigung der Kinder und unehrliche Familienverhältnisse vermieden werden. [...]
> Diese Kommuniqué ist eine Anleitung zum eigenen Denken und Handeln, aber kein Dogma [...].“[474]

Soviel Offenheit ist in der DDR selten anzutreffen gewesen. Aber dennoch wurden die sozialistischen Erziehungsansätze nicht umgeworfen.[475] Sie hatten weiterhin Bestand. Trotz alledem erfasste „die Parteiführung mit ihrem neuen jugendpolitischen Konzept die Stimmungslagen der DDR-Jugend deutlicher […] als etwa der Jugendverband“[476] selbst.

Das Jugendkommuniqué blieb keineswegs folgenlos.

> „Die infolge des Jugendkommuniques geführten freimütigen Diskussionen brachen mit bisherigen Tabus. Auf FDJ-Veranstaltungen wurden Themen wie die fehlende Meinungs- und Pressefreiheit, der Mauerbau oder das Passierscheinabkommen erörtert. Die FDJ reagierte zunehmend hilflos, versuchte einerseits auf den Reformzug aufzuspringen, andererseits ihn zu stoppen.“[477]

[474] Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 150-152ff.
[475] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996 , S. 150.
[476] Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S 237.
[477] Zit. nach: Michael Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997, S. 53.

Viele hofften infolge des neuen Konzeptes, dass sich die Jugendpolitik entspannen und Freiräume und Zugeständnisse schaffen würden. Doch der Jugendverband selbst schien zunächst mit der neuen Situation überfordert und nahm in seinem am 24. September 1963 erschienenen Konzept „Maßnahmen zur Auswertung“ eine „abwartende Haltung“[478] ein.

Trotz der vorsichtigen Liberalisierungstendenzen verließen viele Mitglieder die FDJ[479], was die Parteileitung nicht erschrecken sollte, da sie von der „Langzeitwirkung“ des Jugendkommuniqués überzeugt war.[480] Die Abteilung Jugendfragen legte Ende 1964 dem Politbüro einen Bericht über „die Gegenwart und Perspektive des Kommuniques“ vor, worin es hieß, dass das Dokument „nicht nur vollauf den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung [entspreche], sondern […] zugleich ‚nachhaltig den Leistungswillen und das geistig-politische Handeln der Jugend’ [fördere]“[481].

> „Doch schon bald war guter Rat teuer. Die herbeigerufenen Geister wurde man nämlich nicht gleich wieder los.“[482]

Erste Probleme traten schnell zu Tage, da die Jugendlichen die propagierten Zugeständnisse nicht ungenutzt verstreichen ließen.

[478] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 150.
[479] Vgl. Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S. 237.
[480] Vgl. Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S. 238.
[481] Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S. 238f.
[482] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 151.

> „Das Kommuniqué von 1963 erfuhr ein anderes Schicksal als die ungezählten Resolutionen, Entschließungen oder Beschlüsse der SED und der Massenorganisationen. Es wurde von den Jugendlichen beim Wort genommen.“[483]

Bei der Musik wollte so einiges ausprobiert werden: Beat oder auch Rockmusik. Schließlich folgte das, was aus Sicht der Parteiführung erfolgen musste: Das 11. Plenum im Dezember 1965 nahm die Reformpolitik wieder zurück.[484] Als Argument für den Kurswechsel nannte die SED „Tendenzen der Gammelei“, Tendenzen des „Rowdytums“ sowie das „Eindringen[...] westlicher Ideologie“[485]. Damit war das Ende der Liberalisierung sicher. Unter Erich Honecker wurde das Jugendkommunique als „falsche Orientierung“ angesehen, als „Revisionismus“ verurteilt[486] und der Verantwortliche Kurt Turba musste gehen.

6.3.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Nachdem das Kommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ allgemeine Liberalisierungstendenzen zuließ, wurde trotzdem standhaft daran festgehalten, dass die Basis dafür die marxistisch-leninistische Weltanschauung darstellte. In ihrer Studienjahranalyse für 1964/65 subsumierte die THK, dass die Mehrzahl der Studenten in Diskussionen von der Grundposition des Sozialismus ausgehen[487] und diesen folglich anerkennen. In Fällen, in denen dies nicht so war, dort wo Kritik und

---

[483] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 151.

[484] Vgl. Ulrike Schuster/Helmut Müller-Enbergs: Kurt Turba, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001,S. 866.

[485] Zit. nach: Kerstin Thöns: Jugendpolitik in der DDR zwischen staatlichem Erziehungsanspruch und Selbstgestaltungsinteresse. Untersucht am Beispiel des „sozialistischen Jugendverbandes“ FDJ (1958 bis 1965) Eine Projektskizze, in: Helga Gotschlich (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“. Die FDJ: Konzepte-Abläufe-Grenzen, Berlin 1994, S. 227-241, hier: S 239.

[486] Vgl. Ulrike Schuster/Helmut Müller-Enbergs: Kurt Turba, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001,S. 866.

[487] Vgl. Studienjahranalyse 1964/65, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 3, S. 3.

Zweifel laut geäußert wurden, waren meist gravierende Mängel im System, beispielsweise in der Versorgungslage, erkennbar.

> „Trotzdem muß kritisch eingeschätzt werden, daß es noch nicht alle Angehörige des Lehrkörpers und des wissenschaftlichen Nachwuchses verstehen, daß die wissenschaftliche Arbeit und die gesellschaftliche Tätigkeit zwei getrennte Dinge sind. Das betrifft vor allem einen Teil der politisch nicht gebundenen Angehörigen der Hochschule, während die Mitglieder der Blockparteien im Allgemeinen eine sehr offene und positive Stellung beziehen.“[488]

Dieses Zitat erscheint mir, wenn ich es mit den üblichen Aussagen vergleiche, unüblich. Wurde nicht sonst strikt darauf geachtet, dass sich Wissenschaft und gesellschaftliches Engagement durchdrangen? Wurde nicht erst die Wissenschaft dazu missbraucht, die gesellschaftlichen Ansichten zu untermauern?[489]

Kritisiert wurde, dass die Assistenten sich zu oft der Meinung des Institutsleiters anpassen, ohne eine wirklich eigenständige Ansicht zu entwickeln. In dieser Einschätzung kommt im leichten Unterton der Bezug zum Jugendkommuniqué zu Tage, wenn auch andererseits sofort wieder der Sozialismusbezug thematisiert wird.

Im Studienjahr 1964/65 hatte sich auch an den Prüfungsbedingungen einiges verändert. An der Verringerung der Prüfungsanzahl wurde gearbeitet und um Stoßzeiten der Prüfungen zu vermeiden, sollten kontinuierliche Leistungskontrollen erfolgen. Im Studienjahr 1964/65 wurde erstmals ein Ingenieurspraktikum durchgeführt, welches einen ökonomischen Nutzen von 5 Millionen MDN (DDR-

---

[488] Studienjahranalyse 1964/65, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 3, S. 2.
[489] Vgl. Studienjahranalyse 1964/65, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 3, S. 16.

weit) hervorbrachte.[490] Ziel dieses Praktikum war der Einblick in die berufliche Praxis und der damit verbundene Austausch mit den Betrieben, der im Ergebnis auch von den Studenten als positiv bewertet wurde.[491]

Zu einer weiteren Aufgabe der Hochschulen gehörte die Gewinnung von Frauen als Studenten. Auch an der THK sah die Lage nicht anders aus. Für das Studienjahr 1965/66 hatten sich insgesamt 32 Frauen für ein Studium beworben (6 Prozent der Studienbewerber). Die 32 Bewerberinnen teilten sich folgendermaßen auf: 9 für die Fakultät I, 11 für die II. Fakultät, und 12 für die Fakultät III. Die geringe Zahl der Bewerberinnen ließ erkennen, dass „die eingeleiteten Maßnahmen als nicht ausreichend angesehen werden".

Tabelle 12: Statistik zur Anzahl der Frauen an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt[492]

Jahr	I. Fakultät	II. Fakultät	III. Fakultät	Gesamt
1962	2	12	44	58
1963	6	12	44	62
1964	24	12	56	92

Tabelle 13: Statistik zum Diplomabschluss von Frauen an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt[493]

Jahr	I. Fakultät	II. Fakultät	III. Fakultät	Gesamt
1962	0	1	0	1
1963	0	3	1	4
1964	0	1	3	4

490 Vgl. Studienjahranalyse 1964/65, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 3, S. 9ff.
491 Vgl. Studienjahranalyse 1964/65, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 3, S. 12.
492 Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 1.
493 Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 1.

Tabelle 14: Statistik zur Anzahl vorzeitiger Abgänge von Frauen an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt[494]

Jahr	I. Fakultät	II. Fakultät	III. Fakultät
Nach 01.09.1962	1 fachlich	2 fachlich	3 fachlich 2 Hochschulwechsel 1 familiär
Nach 01.09.1963	1 Hochschulwechsel	1 familiär 1 Republikflucht	5 fachlich 1 familiär
Nach 01.09.1964	1 fachlich	1 fachlich	

Was die vorzeitigen Abgänge aus fachlichen Gründen anging, hieß es:

> „Die vorzeitigen Abgänge von Mädchen aus fachlichen Gründen sind in der Hauptsache auf die fehlende Berufsausbildung zurückzuführen. Das Verhältnis zu vorzeitigen Abgängen von männlichen Studenten ohne Berufsausbildung liegend annähernd gleich hoch.“[495]

Noch immer entschieden sich kaum Frauen für ein Studium einer technischen Fachrichtung, waren doch 95% der bereitgestellten Studienplätze jene für technische Disziplinen. Das Angebot der philosophischen Studienplätze lag bei mageren 5 Prozent. Dies widersprach dem Lehrangebot an der EOS, wo darauf geachtet wurde, dass das Verhältnis bei 1:1 lag. Dadurch erfuhren die Mädchen eine eindeutige Benachteiligung, was die Studienplätze anging, denn die Mehrzahl von ihnen interessierte sich nicht für technische Disziplinen. Insgesamt, so musste die

[494] Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 1.

[495] Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 5.

Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt resümieren, war der Frauenanteil unbefriedigend.[496]

> „Besonders nachteilig wirkt sich bei den Mädchen auch die Tatsache aus, daß es nach wie vor keine Abstimmung der Lehrpläne zwischen Volksbildung und Hochschulwesen gibt. Würden die Hochschulen bereits die Anforderungen bestimmen, könnte auch die Ausbildung der Grundlagenfächer zielgerichteter erfolgen.“[497]

So genannte Förderkurse und Sonderseminare sollten sich etablieren, um Wissenslücken zu schließen. Gleichfalls sollten bei Bedarf die Studentinnen vom Ernteeinsatz befreit werden, „um diese Zeit für die Schließung irgendwelcher Lücken zu nutzen“. Unterstützung konnten die Studentinnen bei ihrem Studium durch verpflichtete Assistentinnen erhalten.[498]

6.3.3 Rolle der FDJ

Auch der Arbeit der Jugendorganisation lag das Jugendkommuniqué zu Grunde. Trotz der Liberalisierungstendenzen ging Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ, hart mit der Freien Deutschen Jugend zu Gericht. In seinem Referat am 5. Juli 1964 „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogramms der SED an den Hochschulen und Universitäten“ geht er davon aus, „daß die unbestreitbar gewachsenen Aktivität der FDJ an den Hochschulen und Universitäten mit schneller ansteigenden Anforderungen des umfassenden Aufbaus des

[496] Vgl. Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 3.
[497] Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 3.
[498] Vgl. Bericht über den Stand der Verwirklichung des Frauenkommuniqués im Bereich des Prorektorats für Studienangelegenheiten, 12.02.1965, in: Akte 201/11/165 (UAC) Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 1, S. 4.

Sozialismus gerade an die künftige sozialistische Intelligenz einfach nicht Schritt hält“[499]. Als Ursache dafür sieht er die zum Teil „labile[…] Lage unter den Studenten und den ungefestigten Zustand der FDJ-Organisationen an einigen Fakultäten, Fachrichtungen, ja an ganzen Universitäten und Hochschulen“[500]. Das Verhältnis der Studenten zu ihrem Staat und auch zur FDJ sei gefestigt, so Herger, auch wenn ein kleinerer Teil der Studenten ein „mehr oder minder gleichgültiges Verhältnis zu unserem Staat hat. Diese „einzelne[n] sehr wenige[n] Studenten“ bezeichnete Herger als „Vertreter feindlicher Ideologien“, aus deren Kreis sich diejenigen rekrutieren, die versuchen, das Land zu verlassen. Diese Studenten, so das Resümee, verfügen dementsprechend über einen ungefestigten Klassenstandpunkt.[501]

Stark in Kritik geriet vor allem die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen, die beispielsweise im März 1964 (in der gesamten DDR) bei lediglich 36,8% der Mitglieder lag, was nur gut einem Drittel der Angehörigen entsprach. Einen Monat später wurde nur ein Prozentsatz von 62 erreicht.[502]

Herger sah in der politischen Tätigkeit der FDJ gravierende Mängel, da sie seiner

[499] Akte 231/3 (TUC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 14.
[500] Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964,Akte 231/3 (UAC), Kreisleitung der FDJ. S. 14.
[501] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (UAC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 19ff, S. 31f.
[502] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (UAC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 15.

Ansicht nach nicht offensiv genug mit „feindliche[n] Argumente[n]“[503] umging. Das galt auch für die THK, wo es „[g]roße Rückstände gibt“[504].

Die FDJ war nach Ansicht der Verbandsoberen wohl immer zu unpolitisch; einige Funktionäre scheuten sich nach wie vor davor, auch politische Anforderungen an die eigenen Mitglieder zu stellen. Auch werde das Prinzip der Jugendorganisation verkannt, in dem die „Interessenvertretung der Studenten […] mitunter so verstanden [wird], daß nicht die objektiv bestimmten gesellschaftlichen und persönlichen Interessen der Studenten durch die FDJ vertreten und die Einheit beider hergestellt wird, sondern daß augenblickliche, persönliche, subjektive Wünsche und Meinungen gegen die Anforderungen der Gesellschaft hochgehoben und lauthals verkündet werden“[505].

Aus der Einschätzung leitet Wolfgang Herger die beiden folgenden Aufgaben für die Freie Deutsche Jugend ab: Zunächst sollen langfristig alle Studenten mit den Parteitagsbeschlüssen vertraut gemacht, danach die Studenten politisch-ideologisch

[503] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (UAC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 22.

[504] Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (UAC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 24.

[505] Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (UAC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 26.

erzogen werden.[506] Neuerungen fehlen.

Mängel innerhalb der FDJ-Arbeit kamen zur Sprache. Die eigenen Zirkel waren unpopulär, das Abzeichen „Für gutes Wissen“ kein Anreiz, mit Problemen der eigenen politisch-ideologischen Arbeit wurde sich zu wenig auseinandergesetzt, die Vermittlung zentraler Beschlüsse erfolgte zu wenig schöpferisch, die politisch-ideologisch Arbeit war zu unplanmäßig. Die FDJ-Tätigkeit durchlief zu wenige Analysen, wie beispielsweise in Karl-Marx-Stadt, so Herger, wo noch immer die aktuelle aussteht, und schließlich, dass es nicht ausreicht, die Beschlüsse, Entschließungen, Programme und ähnliches einfach abzuschreiben. Auf ihnen aufbauend sind eigene Pläne, so die Lösung, zu entwickeln. Um all dies wirkungsvoll umzusetzen, sollten die Kontrollen weiter verstärkt werden.[507] Die FDJ war durch ihre oftmals ineffiziente und unpopuläre Arbeit weit davon entfernt, Bindeglied zwischen Partei und Jugend zu sein.

[506] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (TUC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 33.

[507] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, in: Akte 231/3 (TUC), Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Zur Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964, S. 45-85.

VII Autonomieverlust der Wissenschafts- und Hochschulpolitik an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt

7.1 Einheitliches Sozialistisches Bildungssystem 1965/„Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ 1965

7.1.1 Entwicklung (Anspruch)

> „Von der Wiege bis zur Bahre reichte die Fürsorge, aber auch die Aufsicht und Kontrolle über die Bürger.“[508]

Das bedeutet, dass einem sozial gesehen nicht viel passieren konnte, da das staatliche Fürsorgenetz sehr eng gehalten war. Aber es bedeute andererseits, dass es keinerlei Möglichkeiten gab, dem Staat in irgendeiner Weise zu entkommen. Im Januar 1963 erfolgte die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms, welches den „umfassende[n] Aufbau des Sozialismus“ festschrieb und die „Leistungsfähigkeit des Bildungssystems generell erhöhen sollte“[509]. Einbezogen wurden nun v.a. wirtschaftliche Gegebenheiten und Zielsetzungen

> „Dies führte in den ausgeprägten Reformjahren zwischen 1963 und 1965 zu einer zeitweiligen Favorisierung der qualifizierenden Funktion von Bildung gegenüber ihren ideologischen und politischen Aufgaben.“[510]

[508] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 161.
[509] Gert Noak: Bildungs-und Schulpolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 420-432, hier: S. 429.
[510] Gert Noak: Bildungs-und Schulpolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 420-432, in: S. 429.

Was allerdings nicht bedeutete, dass die politisch-ideologische Situation unter den Studenten keine Rolle spielte.

Um die Reform durchzusetzen, entschied sich die SED für ein erneutes Gesetzgebungsverfahren.[511] Im April 1964 wurden die wesentlichen Inhalte des Gesetzes niedergeschrieben, die schließlich im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem vom 25. Februar 1965 mündeten, welches in seinen Grundzügen bis zum Zusammenbruch der DDR 1989/90 Bestand hatte und schließlich die Dritte Hochschulreform einleitete. Die Präambel manifestierte, dass die Menschen in der DDR frei von Ausbeutung und Unterdrückung seien, in sozialer Sicherheit leben und Frauen ausdrücklich gleichberechtigt sind.[512] In einem Land, in dem weder Meinungs- noch Pressefreiheit zu Hause waren und Frauen für weniger Geld arbeiteten als Männer, von Gleichberechtigung zu sprechen, ist absurd.

Das neue Bildungssystem wurde geschaffen, um es mit den Erfordernissen des Sozialismus in Einklang zu bringen, wie es die Staatsführung nannte. Es galt die Schulen enger mit dem Leben und der Praxis zu verbinden. Das Ziel bestand darin, eine hohe und umfassende Bildung und Erziehung zu erreichen. Dafür galt es, neben einer modernen Allgemeinbildung auch eine hohe Spezialisierung zu vermitteln. Zur Allgemeinbildung zählten neben mathematischen, naturwissenschaftlichen, polytechnischen Grundlagen ebenso solche wie staatsbürgerliche, gesellschaftswissenschaftliche, moralische, mutter- und fremdsprachliche, ästhetische sowie körperliche Fähigkeiten. Die Allgemeinbildung wurde als

[511] Vgl. Gert Noak: Bildungs-und Schulpolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation - Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 420-432, hier: S. 429.
[512] Vgl. „Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.

Fundament betrachtet, worauf aufbauend die Spezialbildung Fachwissen und berufliches Können umfasste.[513]

> „Phantasie, Tatendrang und der Sinn für die Schönheiten des Lebens und der Kunst sind zu entwickeln.“[514]

Auch sollte in den höheren Bildungseinrichtungen die soziale Struktur der Bevölkerung Berücksichtigung finden.[515] Das Gesetz beinhaltete die „Einheit von Lehre und Erziehung“, die „Einheit von Theorie und Praxis“ sowie die „Einheit von Lehre und Forschung“.[516] Gelerntes musste unmittelbar in der Praxis Anwendung finden und der Einzelne dazu befähigt werden, selbstständig zu forschen.[517]

> „Es legte die Verantwortung der Studenten für ihr Studium, ihre Mitwirkung an der Leitung und Planung, die Grundsätze für die Bewerbung und Zulassung und den Einsatz der Absolventen fest.“[518]

Inhaltlich schrieb der Erlass die Einheit von Ausbildung und Erziehung, die Ausbildung zu einer hohen Studien- und Arbeitsmoral sowie zur Charakterfestigkeit, die Aneignung von marxistisch-leninistischen Kenntnissen und die Ausbildung zur sozialistischen Überzeugung fest.[519] Er forderte weiter, dass die

---

[513] Vgl. „Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.
[514] Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.
[515] Vgl. „Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.
[516] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 114.
[517] Vgl. „Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.
[518] Heinz Stützner/Hans-Dieter Lohmann: Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978, S. 19.
[519] Vgl. Michael Leszczensky/Bastian Filaretow: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover 1989/90, S. 3.

einzelnen Bildungsstufen, vom Kindergarten bis zum Universitätsstudium, aufeinander abgestimmt sein müssen[520]. Ziel war ein hohes Bildungsniveau in Unabhängigkeit vom sozialen Status und jedem „Ausbildung und gesellschaftliche Integration“[521] zu sichern, da in der DDR de facto alle das gleiche Recht auf Bildung hatten.[522] Die Schüler und Studenten sollten zur Liebe und Achtung der Arbeit und der arbeitenden Menschen und somit zur Übernahme von Verantwortung und Selbstständigkeit erzogen werden. Sie mussten lernen, dass es dazu gehört, nicht nur im Strom mit zu schwimmen, sondern selbst Entscheidungen im Sinne des Staates zu treffen. Dafür galt es auch weiterhin grundlegende Kenntnisse im Marxismus-Leninismus zu vermitteln und einen sozialistischen Standpunkt an zu erziehen werden. Das Zurückbleiben von Einzelnen galt es durch die Stärkung der Gemeinschaft zu verhindern.[523]

> „Der Bildungs- und Erziehungsprozeß und das Leben der Schüler, Lehrlinge und Studenten sind so zu gestalten, daß sie im Kollektiv und durch das Kollektiv zum bewussten staatsbürgerlichen und moralische Verhalten erzogen werden.“[524]

Das Kollektiv spielte eine tragende Rolle; denn durch dieses war der Student im Sinne der Partei „gut aufgehoben“ und eine Kontrolle schien verstärkt möglich. Zudem sollte von jeder Ausbildungsstufe und fast jedem Beruf ein Zugang zur

[520] Vgl. Michael Leszczensky/Bastian Filaretow: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover 1989/90, S. 3.
[521] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 161.
[522] Vgl. Hans Döbert: Das Bildungswesen in der DDR in Stichworten. Inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlage, Berlin 1995, S. 24.
[523] Vgl. Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.
[524] Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.

wissenschaftlichen Bildung möglich sein.[525] Neben diesen Punkten legte das Gesetz grundlegende Dinge fest wie die Schulpflicht oder die Schulgeldfreiheit.[526]

Das Bildungsgesetz setzte den Rahmen für die zukünftige Entwicklung der Wissenschaftslandschaft. Die Studentenschaft sollte im Sinne des Marxismus-Leninismus erzogen werden und Wissenschaft und Wirtschaft verschmelzen.[527] Um dieses Gesetz zu verwirklichen, stellte das Sekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen im Dezember 1965 die „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ zur Diskussion. Diese basierten auf der Grundlage der Beschlüsse des VI. Parteitages, dienten der Durchführung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems und gaben die Richtung „bis 1970 und darüber hinaus bis 1980“ vor.[528]

> „Das Wesen der erforderlichen Veränderungen besteht darin, Lehre und Forschung entsprechend den Bedürfnissen der Volkswirtschaft, der Wissenschaften und der gesellschaftlichen Entwicklung so zu konzentrieren und profilieren, daß ein wissenschaftlicher Vorlauf für die Volkswirtschaft geschaffen wird, produktiv zu nutzende Forschungsergebnisse schnell zur Verfügung stehen und sozialistische Kader ausgebildet werden, die über breite wissenschaftliche Grundlagenkenntnisse verfügen, schnell wirksam werden und schöpferisch arbeiten können.“[529]

---

[525] Vgl. Michael Leszczensky/Bastian Filaretow: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover 1989/90, S. 3.

[526] Vgl. Für hohes Bildungsniveau. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und über das Vertragssystem beschlossen“, in: Freie Presse vom 26. Februar 1965, S. 1.

[527] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 18.

[528] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (Staatsarchiv Chemnitz): (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 1.

[529] Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. Vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Dezember 1965, in: Akte 201/11/234c THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 1.

Zunehmend rückten volkswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund. Denn ein Land, das über so gut wie keine eigenen Rohstoffe verfügte, musste die Ressource Humankapital in das Zentrum ihrer Anstrengungen stellen. Die Ausbildung der Studenten sollte sich streng an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können. Schritthalten auf dem Weltmarkt hieß das erklärte Ziel der DDR.

Auch in diesem Dokument wurde auf die dringende Ausbildung zuverlässigen wissenschaftlichen Nachwuchses hingewiesen.

Die „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ beinhalteten folgende Grundsätze:

- Ausbildung einer hohen Studien- und Arbeitsmoral
- Erziehung zur Charakterfestigkeit und zum sozialistischen Patriotismus
- die Verbundenheit mit der DDR und der damit zusammenhängenden Einsatzbereitschaft
- die Aneignung gründlicher Kenntnisse des Marxismus-Leninismus
- die Entwicklung der Eigenverantwortlichkeit
- die Studienzeitverkürzung auf vier beziehungsweise fünf Jahre
- die praxisbezogene Ausbildung auf einer breiten technischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlage
- das Studium sollte sich von nun an in vier Phasen unterteilen: Das Grundstudium, das Fachstudium, das Spezialstudium, ferner das Forschungsstudium[530]

[530] „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, hrsg. Vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Dezember 1965, in: Akte 201/11/234c (UAC)THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 1.

Die Unterteilung begründete das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen wie folgt:

1. „Durch die im Prinzip nicht begrenzten Möglichkeiten der Spezialisierung eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft und den speziellen Interessen und Begabungen der Studenten herzustellen, das Studium in seiner Effektivität zu erhöhen und neue Möglichkeiten für den planmäßigen Hochschulwechsel zu schaffen.
2. Den bisher üblichen Weg vom Beginn des Studiums bis zum Abschluss der Promotion (9-10Jahre) zeitlich zu verkürzen (6-7 Jahre) und dem wachsenden Bedarf der Volkswirtschaft an promovierten Kadern besser und schneller zu entsprechen.
3. Durch die Einführung des Spezial- und Forschungsstudiums neue Möglichkeiten zu schaffen, schrittweise Teile der Spezialausbildung, differenziert nach den einzelnen Fachrichtungen, in die Praxis zu verlagern und dabei Fernstudium, Industrieinstitute oder Akademieeinrichtungen zu nutzen.“[531]

Das Argument des planmäßigen Hochschulwechsels scheint vorgeschoben. Vielmehr dürften Punkt zwei und drei von Interesse gewesen sein. Es ging vermehrt darum, schnell Fachkräfte, besonders auch promovierte Fachkräfte, zur Verfügung zu haben. Denn die DDR brauchte fähige Kräfte, um auf Weltmarktniveau Schritt halten zu können. Weiter hieß es zur Untergliederung:

> „Dieser Aufbau des Studiums wird bessere Möglichkeiten bieten, die Studenten zu allseitig gebildeten, sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, die Kollektive sozialistischer Werktätiger sachkundig leiten können. Er entspricht dem Prozeß der Integration und Spezialisierung der Wissenschaft und ermöglicht es, in einem aufeinander abgestimmten Prozeß den Studenten ein breites Grundlagenwissen und wissenschaftliche Arbeitsmethoden und darauf aufbauend Fach- und Spezialkenntnisse zu vermitteln.

[531] „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, hrsg. Vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Dezember 1965, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 2.

> Dadurch wird die ständige und rasche Berücksichtigung neuer Erfordernisse der Praxis an die Ausbildung besser gewährleistet.“[532]

Durch die verkürzte Ausbildungsdauer kam der Vorteil zum Tragen, das Studium innerhalb kürzester Zeit den Gegebenheiten der Wirtschaft anzupassen. Denn je schneller die Hochschulen auf Veränderungen reagieren konnten, desto eher standen geeignete Fachkräfte zur Verfügung.

Das Studium durfte nicht mehr länger als vier bis fünf Jahre dauern. Die Fachrichtungsanzahl wurde reduziert. Das Grundstudium sah maximal 32 Wochenstunden vor, einschließlich Sport und Sprachen. Es schloss mit der Vorprüfung ab, die „gesellschaftliche, naturwissenschaftliche und fachwissenschaftliche Grundlagen“ beinhaltete. Das Grundlagenstudium baute auf dem „Bildungsniveau der erweiterten allgemeinen polytechnischen Oberschule“ auf.[533] Das Fachstudium führte das Grundlagenstudium in einer differenzierteren Form weiter, vermittelte die einzelnen Probleme des Faches und sollte den Studenten zum selbstständigen Erwerb von wissenschaftlichen Fähigkeiten anhalten. Auch die Methodik des Faches fand Einzug. Die Wochenstundenzahl richtete sich nun nach der jeweiligen Fachrichtung, musste dem einzelnen Studenten jedoch mehr Zeit zum Selbststudium einräumen als noch im Grundlagenstudium. Hinzu kamen „wahlobligatorische und fakultative Lehrveranstaltungen“. Während des Fachstudiums mussten ein längeres Praktikum sowie weitere Praktika absolviert werden. Am Ende schloss es mit der Hauptprüfung ab. Das Forschungsstudium sprach nur Studenten mit überdurchschnittlichen Leistungen an. Das Spezialstudium stellte ein weitgehend selbstständiges Studium dar, bei dem sich der Wissensstand

[532] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 1.
[533] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 4.

auf seinem Spezialgebiet angeeignet wurde. Hierzu wurde der Einzelne unmittelbar in die Forschungstätigkeit seines Instituts bzw. seiner Sektion einbezogen, um sowohl praktische als auch theoretische Probleme zu lösen. Es umfasste den Zeitraum von einem Jahr und endete mit der Diplomarbeit und dem Erwerb des Diploms. Das Forschungsstudium schließlich verkörpert die Promotion. Sie dauerte zwei bis fünf Jahre und erwartete einen eigenen Beitrag für das entsprechende Wissenschaftsgebiet. Dafür wurde die Dissertation angefertigt, die mit dem akademischen Grad eines Doktors endete.[534]

Es sollte dazu dienen, besonders für fähig befundene Studenten zur Promotion zu führen.

> „Das Privileg der Minderheiten von Studenten nach der Hauptprüfung war die Aufnahme in das Forschungsstudium, das die planmäßige Ausbildung von hochqualifiziertem wissenschaftlichen Nachwuchs zum Ziel hatte und für das dementsprechend nur Personen ausgewählt wurden, die sich zuvor sowohl fachlich hervorragend als auch politisch-ideologisch gefestigt gezeigt hatten.“[535]

Es existierten Forderungen, wonach vor Beginn des Forschungsstudiums eine Praxisphase durchlaufen werden sollte, die allerdings keinen Zuspruch erhielten, mit der Begründung, dass es zu einer „notwendigen Beschleunigung der wissenschaftlichen Qualifikation“ kommen muss, „um dem zunehmenden Bedarf auch von Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs“ zu entsprechen. Aber auch die Versorgung der eigenen Lehranstalten mit wissenschaftlichem Personal stand auf der Agenda. Mit der Einführung des Forschungsstudiums „war ein deutliches Zeichen für den zunehmenden Abschied der DDR-Hochschulpolitik vom

[534] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 5.
[535] Wolfgang Lambrecht: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007, S. 160.

egalitären Ansatz zugunsten des Leistungsprinzips in den sechziger Jahren“ erfolgt. Ausschlaggebend waren nunmehr nicht ausschließlich fachliche Leistungen. Die „`politisch-moralische` Eignung des Bewerbers rückte zunehmend in den Mittelpunkt“.[536]

> „Neben den fachlichen Leistungen sollten bei den Bewerbern insbesondere `Stand und Entwicklung des Klassenbewusstseins`, `weltanschauliche Kenntnisse und Haltung`, die `Einstellung und Haltung zur militärischen Ausbildung und Ausbildungsergebnisse` sowie `die persönliche Haltung zu Grundsätzen der Ethik und Moral` und Aussagen über `Familienverhältnisse, Ehefrau und Kinder` geprüft werden.“[537]

Im Ergebnis steigerte sich der Anteil der SED-Mitglieder am Forschungsstudium an der THK bis 1977, neun Jahre nach Beginn des Forschungsstudiums 1968, auf „eine Quote von über zwei Drittel“.[538]

Selbst der Hochschulwechsel fand staatliche Regelung und war jetzt nur noch möglich

a) beim Übergang vom Grundstudium zum Fachstudium bei Zustimmung der abgebenden und aufnehmenden Hochschulen,
b) beim Übergang vom Fachstudium zum Spezialstudium bei Zustimmung der aufnehmenden Hochschule,
c) beim Übergang vom Fachstudium zum Forschungsstudium bei Zustimmung der aufnehmenden Hochschule.[539]

[536] Wolfgang Lambrecht: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007, S. 165ff.
[537] Zit. nach Wolfgang Lambrecht: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007, S. 168.
[538] Wolfgang Lambrecht: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007, S. 168.
[539] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 5.

Auch die Einheit von Ausbildung und Erziehung verankerten die Prinzipien. Daher agierte der Hochschullehrer nicht nur als Ausbilder und Lehrer, sondern zugleich auch als Erzieher.

> „Alle Hochschullehrer und ihre Mitarbeiter sind heute mehr denn je verpflichtet, die Studenten zu gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen. An das politisch-moralische Verhalten der Studenten sind dieselben hohen Anforderungen zu stellen, wie an ihr fachliches Können und Wissen.“[540]

Das stellte hohe Ansprüche an die Lehrer, da sie Sorge dafür zu tragen hatten, dass die Studenten „zu hohem Staatsbewusstsein und zur Parteinahme für den Sozialismus“, zum „sozialistischen Patriotismus, zur Liebe zur DDR und zur Verteidigungsbereitschaft sowie zur aktiven Teilnahme am Kampf um den Aufbau der DDR“, zum proletarischen Internationalismus und zur Freundschaft zur Sowjetunion, zum „Kampf gegenüber Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie und Dekadenz“, zur Arbeiterliebe und zum Pflicht- und Verantwortungsgefühl gegenüber der sozialistischen Gesellschaft erzogen werden sollten. Zudem galt es, die „politische, weltanschauliche und fachliche Bildung der Studenten“ im gewünschten Sinne auszubilden.[541] Die Frage, die hier allerdings im Raum steht, ist, wo die Zeit für all die Aufgaben herkommen sollte. Stellte nicht schon allein die fachliche Bildung der Studenten einen hohen Anspruch an die Lehrerschaft. Wie konnten nun noch zusätzlich die weltanschaulichen Ziele durchgesetzt werden? Hinzu kommt, dass sich die Lehrer des naturwissenschaftlich-technischen Bereichs oftmals nicht dazu bereit erklärten, auch noch als „Gesellschaftswissenschaftler“ tätig zu sein.

---

[540] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 12.

[541] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 3.

Vor allem für die weltanschauliche Prägung war der Marxismus-Leninismus als Unterrichtsfach an den Universitäten und Hochschulen fest verankert. Im Grundstudium galt es, das aus der Schule mitgebrachte Grundwissen zu festigen, im Fachstudium die Kenntnisse auszubauen und sich neue wissenschaftliche Erkenntnisse anzueignen. Zur Wissensanwendung kam es in dem sich anschließenden Spezialstudium, wo praktische und theoretische Probleme gelöst werden mussten. Im Forschungsstudium schließlich standen die Werke der Klassiker sowie einschlägige gesellschaftliche Literatur auf dem Lehrplan. Der Student sollte dabei tief in den Marxismus-Leninismus eindringen, wobei er Veröffentlichungen durchführen und als Seminarleiter für ML agieren sollte.[542]

Auch die Forschung konnte sich Veränderungen nicht entziehen. Die Konzentration lag auf der komplexen Grundlagenforschung und auf den Forschungsaufgaben für die Industrie, wofür eine enge Kooperation zwischen der Grundlagenwissenschaft und den angewandten Wissenschaften erforderlich war. Daraus resultierte die Dringlichkeit der Herstellung von Wechselbeziehungen mit anderen Forschungseinrichtungen. Für die Forschung ergab sich die Notwendigkeit in Übereinstimmung mit den Perspektivplänen zu arbeiten, wofür „Spezialisierung, Konzentration, Kooperation und Profilierung“[543] von Bedeutung schienen. Besonders wichtig für die Forschung war, dass sie sich bei ihren Aufgaben ständig daran orientieren musste, worauf die Ausbildung- und Erziehungsziele abzielten. Das spiegelt die Einheit von Lehre und Forschung wider.

---

[542] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 6.

[543] „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, hrsg. Vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Dezember 1965, in: Akte 201/11/234c (TUC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 2.

Um ein Optimum an Wirksamkeit und Effektivität zu gewährleisten, galt es, eine enge Zusammenarbeit zwischen den naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen zu initiieren. Das Spektrum sollte von der „Erkundungsforschung“ bis zur Anwendungsforschung reichen, womit eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Grundlagenforschung und angewandten Wissenschaften gemeint war. Auch die Beziehungen zu den Betrieben galt es zu verstärken, ebenso die Gemeinschaftsarbeit mit anderen Hochschulen, Fakultäten oder wissenschaftlichen Einrichtungen.[544]

Was die Leitung und Struktur der Hochschule betrifft, kam es zur Einführung von Sektionen, die das wissenschaftliche Potential „von Instituten eines oder verschiedener Wissenschaftsgebiete“ zusammenfassten und über die bisherigen Fakultätsgrenzen hinausgingen.[545] Drei Typen von Sektionen standen zur Disposition:

1. „Sektionen, in denen entsprechend den langfristigen Aufgabenstellungen gemäß den Plänen in Lehre, Forschung und volkswirtschaftlicher Schwerpunkte verschiedene wissenschaftliche Einheiten oder Teile zusammengefaßt werden.
   Dieser Form entspricht die Sektion Erdöl und Erdgas der Bergakademie Freiberg.
2. Sektionen, die verschiedene Institute, die vom Gegenstand ihrer Arbeit und der von ihnen vertretenen Wissenschaftsdisziplin her gleichgeartet sind, in sich vereinen.
   Diese Sektionsform sehen die Vorschläge der Friedrich-Schiller-Universität Jena vor, nach denen z.B. in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät die Sektionen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Geowissenschaften gebildet werden sollen.

[544] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 7ff.
[545] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 9.

Auch an anderen Hochschulen – wie z.B. an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Rostock – gibt es Überlegungen zur Bildung eine Sektion Viehwirtschaft, die die Institute Viehzucht, Tierernährung und Veterinärwesen zusammenfaßt.

3. Sektionen, die nach dem Prinzip der gleichgearteten Methodik der wissenschaftlichen Arbeit in den verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen gebildet werden.
   Diese Form könnte sich vor allem aus der Nutzung wissenschaftlicher Großgeräte ableiten.
   Durch die Bildung von Sektionen wird die komplexe Zusammenfassung – sowohl der Ausbildung als auch der Grundlagenforschung, angewandten Forschung und der technisch-ökonomischen Anwendung der Forschungsergebnisse – ermöglicht.“[546]

Der Vorteil einer Sektion, so wurde propagiert, stellte die wissenschaftliche und materielle Konzentration dar. Kluge Köpfe sollten zusammenarbeiten, um die Effektivität zu steigern und bessere Ergebnisse erzielen zu können, und zugleich Kosten eingespart werden, da Materialien nicht mehr doppelt angeschafft werden mussten. Die Leitung der Sektion übernahm ein Vorsitzender, welcher auf Vorschlag des Sektionsrates vom Rektor für drei bis vier Jahre ernannt wurde. Dem Rat der Sektionen gehörten neben Professoren und Dozenten besonders erfahrene und fähige Mitarbeiter, Vertreter der SED, der Gewerkschaft und der FDJ ebenso an wie Vertreter aus der Praxis. Die Institute sollten Bestand der Sektion sein, wobei die Möglichkeit bestand, „daß Institute den Charakter von Sektionen erhalten“ oder „keiner Sektion angehören“.[547] Es gab es keine allzu starren Reglementierungen bei der Sektionsgründung. Die Leitung eines Instituts übernahm der Direktor, dem das Direktorium, welchem Professoren, Dozenten und Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen zugehörig waren, zur Seite stand. Auch der Direktor, ernannt auf vom Rektor auf Vorschlag des Direktoriums, begleitete sein Amt drei bis vier Jahre. Zur neuen Aufgabe der Fakultäten hieß es:

[546] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 9f.

[547] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 10.

> „Die Fakultät hat für die Entwicklung der Wissenschaft große Potenzen, die bei der Neubestimmung der Aufgaben eine entscheidende Rolle spielen. Diese Potenzen liegen vor allem in der Sicherung der komplexen Verantwortung und Mitwirkung bei der Erziehung und Ausbildung, in der Sicherung der umfassenden und kontinuierlichen Entwicklung aller Bereiche der Fakultät, in der Förderung des Integrationsprozesses und in der Leitung der Spezialisierung.
> Zur wichtigsten Aufgabe dürfte die Analyse der Ergebnisse und Wirksamkeit der Erziehung und Ausbildung zählen, die in einem engen Zusammenwirken mit den an der Fakultät vertretenen gesellschaftlichen Organisationen vorgenommen werden sollte. Die Fakultät soll die komplexen Forschungsvorhaben fördern und kontrollieren.“[548]

Zwei bis dreimal pro Jahr sollte auf Fakultätsebene eine Vollversammlung mit allen Beteiligten abgehalten werden, die die gegenwärtigen Situationen analysierten.[549] Der Erlass einer neuen Prüfungsordnung für die Universitäten und Hochschulen vom 15. März 1966 stellte einen weiteren Schritt bei der Verwirklichung der neuen Hochschulpolitik dar. Sie wies sowohl den Lehrern als auch den Studenten eine wesentliche Verantwortung bei der Bildung zu, wie in Paragraph drei des Gesetzes sichtbar wird:

> „(2) Der Lehrkörper hat durch die kontinuierliche Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus von Ausbildung und Erziehung, durch ständige Leistungskontrollen und durch die systematische Anleitung der Studierenden die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Prüfungen mit besten Ergebnissen abgelegt werden.
> (3) Die Studenten tragen selbst eine hohe Verantwortung für ihre Bildung und Erziehung. Sie nutzen alle Möglichkeiten, die sich für ihre Entwicklung zu hochgebildeten

[548] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 10.
[549] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1966, in: Akte 247/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Sekretariat) Postverkehr, 1966, S. 11.

> staatsbewussten Persönlichkeiten bieten. Sie bereiten sich systematisch und sorgfältig auf die Prüfungen vor.“[550]

Wenn ein Student bereits während des normalen Studienablaufs durch sehr schlechte Leistungen auffiel und verschiedene Maßnahmen nicht zum gewünschten Ergebnis führten, konnte er nun laut § 5 vorzeitig, vor dem eigentlichen Beginn der Prüfungen, exmatrikuliert werden. Zu den Handlungen während des laufenden Studienjahres zählten beispielsweise Hilfestellungen zum Lernen in den einzelnen Seminar- und FDJ-Gruppen, die ursprünglich auch als kollektive Lernbewegungen gegründet wurden. Eine frühzeitige Exmatrikulation brachte auch Konsequenzen für die FDJ mit sich, da es zu ihren Aufgaben gehörte, die Studiendisziplin der Studenten zu überwachen und positiv auf sie einzuwirken. Die Prüfungen an sich nahm eine zentrale Prüfungsstelle ab, die dem Direktor für Studentenangelegenheiten unterstand. Das Prüfungssystem beinhaltete kontinuierliche Leistungskontrollen sowie Prüfungen.[551]

7.1.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Der VI. Parteitag hatte, was der Voraussetzung für die Statutverleihung entsprach, den Beschluss des umfassenden Aufbaus des Sozialismus getroffen.[552] Vom 8. bis 12. Oktober 1963 fanden die Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum der Hochschule für Maschinenbau statt. Anlässlich dieses Festtages erhielt die Bildungsstätte, verliehen durch Ernst-Joachim Gießmann, den Status einer Technischen Hochschule. Die Fakultäten für Maschinenbau und Technologie bekamen das Habilitationsrecht. Neuer Rektor wurde Hans Jäckel, vormals Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs. An die Verleihung war die Bedingung

---

[550] Prüfungsordnung für Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik (15. 3. 1966), in: Akte 201/11/234a (TUC) THK (1953-1966) Rektorat. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Bd.1: (1965)1966, S. 2f.
[551] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 106.
[552] Vgl. Reinhard Feige (Hrsg.): Königliche Gewerbschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, o.A., S. 102.

geknüpft, „der Volkswirtschaft mehr und breiter ausgebildete Absolventen zur Verfügung zu stellen", was der Intensivierung der polytechnischen Ausbildung gleichkam. Die Lehreraus- und Weiterbildung wurde ausgebaut und das Pädagogische Institut 1965 eingegliedert, was zu erheblichen Kapazitätsproblemen führte. Am 1. April 1965 erweiterte eine 4. Fakultät, die Fakultät für Elektrotechnik (bisher Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften, Fakultät für Maschinenbau, Fakultät für Technologie) die THK, da das 1955 gegründete Institut für Elektrotechnik sowie das 1964 aus der Abteilung Regelungstechnik hervorgegangene Institut für Regelungstechnik dem enormen Andrang nicht mehr gewachsen waren.[553] Die Zahl der Direktstudenten an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt wuchs stetig. 1965 lag die Zeit der immatrikulierten Direktstudenten bereits bei 3.000. Bis 1968 sah der Kaderperspektivplan eine Zahl von 4.600 vor, die dann nochmals auf 6.000 im Jahr 1970 steigen sollte.[554]

Was die Leistungen der Studenten betrifft, konnte die TH Karl-Marx-Stadt keineswegs zufrieden sein. Vier Exmatrikulationen aus disziplinarischen Gründen sprach die Hochschule 1965/66 im ersten Studienjahr aus. Von insgesamt 3.001 Noten, die in Leistungskontrollen vergeben wurden, wurden 19-mal die Note 1, 126-mal die 2, 658-mal die Note 3, die Note 4 925-mal sowie 732-mal die Note 5 erteilt.[555]

Im Studienjahr 1963/64 fand zum ersten Mal das „große Ingenieurpraktikum" statt, das auf eine wissenschaftliche Einbeziehung der Studenten zielte. Es ermöglichte

[553] Vgl. Hans-Joachim Herms, Wolfgang Lambrecht: Von der Gründung der Hochschule für Maschinenbau bis zur III. Hochschulreform (1953-1968), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 120-156, hier: S. 139ff.
[554] Vgl. Kaderperspektivplan vom 19. Oktober 1965, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 1.
[555] Vgl. Bericht über die Arbeit im 1. Studienjahr, vom 19. April 1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 6.

den Lernenden zugleich das vorzeitige Ablegen von Prüfungen oder gar den vorzeitigen Abschluss des Studiums selbst. Ziel war die Heranführung der Einzelnen an die wissenschaftlich-produktive Arbeit. Der Nebeneffekt des Ganzen lag bei einem ökonomischen Nutzen für die Industrie in Höhe von 6 Millionen Mark.[556]

Den Diskussionsauftakt zu den Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR bildete eine Senatssitzung am 2. März 1966, bei der die Diskussionsteilnehmer den Prinzipien zugestimmt haben.[557] Kritisiert wurde, dass in den Prinzipien nichts über die „Aufgaben der Universitäten und Hochschulen über die postgraduelle Aus- und Weiterbildung gesagt wird“[558].

7.1.3 Rolle der FDJ

Die Einstellung der Studenten zu den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in der DDR verdeutlichen am besten die Mitgliederversammlungen. Hier wurde neben den vorgegebenen Themen auch über aktuelle politische Ereignisse diskutiert, wie zum Beispiel die Rolle von Wolf Biermann. Der Liedermacher Biermann hatte im Vorfeld des 11. Plenums des Zentralkomitees der

[556] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986, S. 106f.

[557] Vgl. Bericht über die Diskussion der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“, vom 26. April 66 (Bericht der THK an das Staatssekretariat), in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 1.

[558] Bericht über die Diskussion der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“, vom 26. April 66 (Bericht der THK an das Staatssekretariat), in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 7.

SED ein Auftritts- und Publikationsverbot erhalten.[559] Folgende Argumentationsstränge dominierten die Auseinandersetzung:

> „Man könne sich nicht ohne weiteres der Meinung der Zeitung anschließen, da man die `Werke` W. Biermanns zu wenig kenne. Aus den wenigen Zeilen, die noch aus dem Zusammenhang herausgerissen seien, könne man sich kein Urteil erlauben. Die Kritiker dürften W. Biermann nicht vollkommen verurteilen, denn er hat bestimmt auch Dinge kritisiert, die offensichtlich nicht in Ordnung sind, und die Gedichte, die zu weit gehen, dürfe man nicht überbewerten. Mit solchen Dingen – die die Ursachen des antifaschistischen Schutzwalls verwischen und die DDR verunglimpfen, lehnen die meisten Studenten ab. Von `offizieller Seite` sollte man die Gedichte Biermanns differenzierter beurteilen. Offensichtlich waren unsere Gruppenfunktionäre nicht in der Lage, auf alle die Argumente eine richtige Antwort zu geben. Wir müssen diese Diskussion zur Kenntnis nehmen und vor unseren Verbandsaktivisten eine entsprechende Argumentation darlegen.“[560]

Dass die Mitgliederversammlungen eine straffere Führung erfahren müssen und monatliche Versammlungen notwendig sind, stand für die FDJ als Fazit fest.[561] Denn in ihnen wurde deutlich, wie weit weg die SED und die FDJ davon waren, Studenten zu erziehen, die politische Konstellationen als gegeben hinnahmen und nicht hinterfragten.

Die Mitgliederversammlungen stellten ein gravierendes Problem dar. Der Stand der Durchführungen überzeugte nicht. Oftmals wurden Argumente vorgebracht, wie „[e]s wäre jetzt Semesterende und da viele Klausuren geschrieben würden, hätten

---

[559] Vgl. Lutz Kirchenwitz: Wolf Biermann, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S. 79f., hier: S. 79.

[560] Einschätzung der Mitgliederversammlung im Monat November/Dezember 1965, vom 17. Dezember 1965, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ. (SSAC) Studenten. Materialien über GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 5f.

[561] Vgl. Einschätzung der Mitgliederversammlung im Monat November/Dezember 1965, vom 17. Dezember 1965, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ. (SSAC) Studenten. Materialien über GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 6.

sie keine Zeit, die Versammlungen vorzubereiten und durchzuführen“. Solche Aussagen kaschierten wohl nur das fehlende Interesse. Auch gab es häufig Auseinandersetzungen über die inhaltlichen Schwerpunkte. Die Studenten wollten aktuelle Themen und Probleme diskutieren und sich weniger mit politischen Anliegen auseinandersetzen. Dies stand ganz im Gegensatz zu der Auffassung der FDJ:

> „Aufgabe der Mitgliederversammlung ist es nicht, über das Thema zu sprechen `Darf man per Anhalter fahren oder nicht`, wenn solche oder ähnliche Themen gewählt würden, gäbe es keine Schwierigkeiten bei der Durchführung von Mitgliederversammlungen. Einer solchen Meinung sind wir energisch entgegengetreten, denn das bedeutet mehr als Liberalisierung des Jugendverbandes.“[562]

Und Liberalisierung war genau das, was die FDJ nicht wollte. Die Mitgliederversammlungen spiegelten ein Bild der Studenten wider, welches sich vom öffentlichen Bild in weiten Teilen unterschied. In den Akten von 1966 lässt sich ein wunderbares Beispiel dazu finden. Zum Thema „eigene Meinung“ ist da zu lesen:

> „Viele Freunde antworteten eindeutig, daß sie zwei Meinungen hätten. Eine private Meinung, die sie ihrem Kumpel gegenüber äußern und eine, die sie im Seminar in Marxismus-Leninismus und auf der Mitgliederversammlung, sobald Gäste anwesend sind, zum Ausdruck bringen. Sie begründen das damit, daß sie angeblich an der Oberschule schlechte Erfahrungen gemacht hätten, wenn sie immer ihre ehrliche Meinung darlegen. Um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, sind sie zu diesem Standpunkt gekommen. Dazu gab es rege Auseinandersetzungen, denn viele Freunde konnten sich mit einer

[562] Einschätzung der Mitgliederversammlungen und der Aktivtagung der FDJ-Grundorganisation der Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt, 24.2.1966, in: Akte 231/8 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1966, S. 2.

> solchen Auffassung nicht einverstanden erklären. Keiner kann diese oben genannte schlechte Erfahrung an der Hochschule gemacht haben.“[563]

Auch wenn behauptet wird, dass das für die Hochschule gilt, ist anzunehmen, dass es sich auch hier wiederum um die „zwei Meinungen“ handelt. Die offizielle, um nicht anzuecken, und die private. Günter Dybowski, erster Sekretär der FDJ-Hochschulleitung Karl-Marx-Stadt zwischen 1967 und 1969 betonte, dass Folgendes unterschieden werden muss: In den Seminargruppen waren die Meinung und persönliche Einstellung jedes Einzelnen bekannt, so Dybowski heute. Außerhalb dieser „eingeschworenen Gemeinschaft“ aber existierte das Prinzip der offiziellen und der privaten Äußerung.

Zur Lösung des Problems sollten vermehrt die Assistenten in die Verbandsarbeit einbezogen werden.[564] Von besonderem Interesse war vor allem die politische Auseinandersetzung der Studenten, und diese existierte bislang in den Gruppen unzureichend. Um dies zu ändern, sollte es zur Vertiefung des Meinungsstreites kommen:

> „Wir müssen davon abkommen, uns der Illusion hinzugeben, durch Einwirken nach dem Gießkannenprinzip das politische Interesse der Studenten erhöhen zu können.
> Nur der echte Meinungsstreit in kleinen Gruppen kann das erreichen.
> Wir müssen zielgerichtet eine Atmosphäre schaffen, die diesen Meinungsstreit herausfordert.
> Das bedeutet:
>
> - niemand darf wegen des ehrlichen Vertretens einer falschen Meinung benachteiligt werden. […] Das bedeutet noch lange keinen Liberalismus, schafft aber die notwendige aufrichtige Atmosphäre. Meinungsstreit kann nur Auseinandersetzung

[563] Einschätzung der Mitgliederversammlungen und der Aktivtagung der FDJ-Grundorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, 24.2.1966, in: Akte 231/8 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1966, S. 3.

[564] Vgl. Einschätzung der Mitgliederversammlungen und der Aktivtagung der FDJ-Grundorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, 24.2.1966, in: Akte 231/8 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1966, S. 7.

unterschiedlicher Meinungen sein. Gerade deshalb kam es bisher nicht dazu. Über die Hälfte der Studenten halten es, begründet und unbegründet, für nützlicher, ihre Meinung zu verschweigen, wenn sie etwas abweicht.

- Die Arbeit der Leitungsmitglieder muß wesentlich weniger auf Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und Veranstaltungen, als vielmehr auf das persönliche Gespräch, die Diskussion in kleinen Gruppen gerichtet sein. Die Leitungsmitglieder müssen durch ihr persönliches Vorbild in den Gruppen ein konstruktiven Meinungsstreit fördern.
- Die Auswertung der Gespräche muß sehr intensiv erfolgen. Dazu muß die meiste Zeit der GOL-Sitzungen genutzt werden. Eingeleitete Veränderungen müssen die Studenten immer deutlich spüren. […]"[565]

Bei einem Blick zwischen die Zeilen wird schnell deutlich, dass es um Liberalisierung nun wirklich nicht ging. Vielmehr standen die Arbeit in kleinen Gruppen sowie das persönliche Gespräch im Vordergrund. Denn je kleiner die Gruppe, desto wirkungsvoller die politisch-ideologische Arbeit.

Woher kommt das Eingeständnis, dass es zum Teil begründet ist, seine Meinung nicht frei und ungezwungen zu äußern, wenn auch abweichende Haltungen gleichsam als falsch bewertet wurden. Es ist erstaunlich, dass solche Liberalisierungstendenzen zwei Monate nach dem 11. Plenum erkennbar sind.

Für das Studienjahr 1966/67 resümierte die THK, das niemals mehr als 70 Prozent der Mitgliederversammlungen abgehalten wurden. Allerdings sei die Anzahl der Gruppen angestiegen, die ihre Versammlungen wirklich regelmäßig durchführen. Eine wirkliche hundertprozentige Durchführung konnten nur die Fachrichtungen Konstruktion von Werkzeugmaschinen, Konstruktion von polygrafischen Maschinen, Schweißtechnik, Regelungstechnik sowie

[565] Einschätzung der Mitgliederversammlungen und der Aktivtagung der FDJ-Grundorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, 24.2.1966, in: Akte 231/8 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1966, S. 15f.

Planungsingenieure/Elektronische Datenverarbeitung vorweisen, da hier die Zusammenarbeit mit den FDJ-Gruppenfunktionären und die Kontrollen funktionierten.[566] Als wesentliche Ursachen für die ungenügende Durchführung musste die mangelhafte Qualifizierung der Funktionäre herhalten.

Was das Verhältnis zwischen Studenten und Hochschullehrer angeht, gab es keine wesentlichen Verbesserungen im Studienjahr. Oftmals wurden die Lehrer in den Veranstaltungen von den Studenten als „arrogant" empfunden, so die Einschätzungen.[567] Anhand meiner Umfrageergebnisse galt dies nicht zwangsläufig für die naturwissenschaftlichen Fächer an der TH Karl-Marx-Stadt.

Exkurs: Verhältnis Hochschullehrer-Studenten[568]

Wann	***Was***	***Verhältnis zu den Hochschullehrern*** *„Wie haben Sie während Ihrer Studienzeit die Beziehung zu anderen Professoren und Dozenten erfahren?"*	***Unterschiede zwischen den Hochschullehrern*** *„Haben Sie Unterschiede zwischen den einzelnen Dozenten und Professoren hinsichtlich der Fachgebiete beobachten können (naturwissenschaftlicher vs. gesellschaftswissenschaftlicher Bereich)?"*
07/1958-02/1964	*Technologie des Maschinenbaus*	*„Außer Lehr- und Lernveranstaltungen – keine."*	*„Unterschiede ergaben sich aus den Fachgebieten selbst und der Mentalität der einzelnen Dozenten und Professoren."*
09/1958-03/1964	*Werkstoffkunde*	-	*„Ja"*
10/1962-01/1968	*Maschinenbau/ Fertigungsgestaltung*	*„Bekannt nur durch Vorlesungen. Einige waren bei kulturellen Veranstaltungen (z.B Fasching) vertreten, und dadurch auch auf der nicht fachlichen Ebene bekannt (humorvoll)."*	*„Ja, in der Tendenz war der GeWi-Bereich in den Vorlesungen und Seminaren unpersönlich und langweilig, da der Stoff ohne ersichtliches Engagement vorgetragen wurde. Es gab auch Diskussionen zu aktuellen Problemen, aber der Ausgang war vorbestimmt und*

566 Vgl. Jahresbericht an den ZR der FDJ, vom 15. Juni 1967, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 2.

567 Vgl. Einschätzung der Mitgliederversammlungen und der Aktivtagung der FDJ-Grundorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, 24.2.1966, in: Akte 231/8 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1966, S. 20.

568 Umfrageergebnisse der Befragung ehemaliger Studenten der TH/TU Karl-Marx-Stadt.

			entsprach der SED- Logik, zumal die Dozenten oft Funktionen in der Partei hatten (z.B. wurde der Dozent der Seminare war Parteisekretär).“
10/1963-11/1968	*Regelungstechnik*	-	*„Ja“*
09/1964-08/1970	*Betriebsingenieur*	*„Relativ wenig Kontakte“*	*„nein“*
09/1964-08/1971	*Physik*	*„[…] Die Beziehung zu den für uns zuständigen Assistenten und Hochschullehrern war respektvoll und dem Verhältnis von Lernenden zu Lehrenden angemessen.“*	*„Natürlich hat jeder Dozent sein eigenes Profil und für uns als Physiker waren die Lehrer in den Naturwissenschaften von absolut vorrangiger Bedeutung. –Die „GeWi“-Dozenten wurden als Teil des SED-Repressions- und Bevormundungsapparates angesehen und nur nach Maßgabe der erforderlichen Anpassung beachtet.“*
09/1966-06/1971	*Maschinenbau-Plast- und Elasttechnik*	*„Ja, die Beziehungen waren studiumbezogen, politische Inhalte wurden vermieden.“*	*„Ja-aber gefährlich waren die Karrieristen und die gab es in jedem Bereich.“*
09/1966-03/1971	*Ingenieurpädagogik/ Elektrotechnik*	*„Auf Grund der geringen Gruppenstärke meist ziemlich intensive Betreuung.“*	*„nein“*
09/1967-	*Produktion- und Planungsingenieur Technologie des Maschinenbaus“*	*„Keinen persönlichen Kontakt, da kein Genosse.“*	*„Professor für GeWi wurde nicht ernst genommen. Es war das einzige Fach, wo man sich persönlich eintragen musste. Der Seminargruppen-Vorsitzende, ein guter Genosse, passte dabei persönlich auf.“*
09/1967-Mitte/ 1975	*Regelungstechnik (inkl. Forschungsstudium)*	*„[…] Auf jeden Fall war ein respektvolles Verhältnis vorhanden. Bei den meisten L[e]hrkräften aber nicht „distanziert“. Im Großen und Ganzen also ein gutes aber nicht enges Verhältnis. Es gab natürlich Ausnahmen, mit denen man überhaupt nicht zurande kam - aber das ist ja wohl zu jeder Zeit so …“*	*nein*
10/1968-10/1970	*Mathematik*	*„Angenehm, da Dozenten und Professoren relativ jung waren und teilweise ein fast kollegiales Verhältnis herrschte.“*	*„Da ich erst im 4. Studienjahr dazukam, hatte ich keine Kontakte mehr mit GeWi-Dozenten.“*
09/1968-08/1972	*Informationsver-arbeitung (Rechenelektronik)*	*„ausgewogenes Verhältnis“*	*„in Lehrveranstaltungen, Studentenbrigaden, Sportfeste, gemeinsames Fußballspiel“*
09/1968-08/1972	*Angewandte Mechanik*	*„Immer aufrecht, um Sachlichkeit bemüht. Streit im positiven Sinn um bessere Ausbildung mehr Motivation.“*	*„Ja natürlich – das eine wollte wir studieren, das andere gehörte eben dazu. In den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen haben wir angeregte Fachgespräche geführt, uns um fach- und sachgerechte Begründungen gestritten und wissenschaftlich plausiblen und einfachen Erklärungen zum*

			besseren Verständnis der zusammenhänge gesucht. In d en Gesellschaftswissenschaften war es in der Regel ein „Auswendiglernen“! Wir hatten immer den Eindruck, daß es sich hier um ein reines „Lernfach“ handelt. Die Lehrkräfte bestachen durch die „sichere“ Anwendung von Fremdwörtern und Formulierungen, wie sie von Feuerbach Marx, Engels, Lenin, ... gebraucht wurden.“
09/1976-06/1980	*Qualitätssicherung, Fertigungsmess-technik*	*„Unser Professor [...] war selten da, weil er viel in der Welt herumgereist ist. Aber wenn er da war, hat er sich bemüht, uns etwas beizubringen, war fachlich natürlich Spitze, und wir waren seine Fans. [...]“*	*„Die Naturwissenschaftlichen waren mir sympathischer. Ich glaube, das lag daran, dass sie uns Dinge lehrten, die man uneingeschränkt als wahr akzeptieren konnte.“*
09/1988-03/1993	*Maschinenbau, Fachrichtung Qualitätssicherung/Fertigungsmesstechnik*	*„als sehr offen, Dozenten und Professoren hatten immer Zeit und offene Ohren für Einzel- und Gruppenprobleme“*	*„Nicht direkt, allerdings war der Kontakt zu den naturwissenschaftlichen Dozenten und Professoren wegen der Studienrichtung intensiver“*

Bei der Auswertung der Zeitzeugenbefragung drängt sich die Frage auf, was die SED unter einem guten Verhältnis zwischen Lehrkräften und Studenten verstand. Die Interpretation der gegebenen Antworten erlaubt den Schluss, dass sich das Verhältnis nicht wesentlich von dem heutigen unterschied. Es war respektvoll, gut und angemessen; jedoch nicht allzu eng und im Wesentlichen auf studentische Angelegenheiten beschränkt. Alles in allem wurde es von den damaligen Studenten wohl eher positiv bewertet. Ein sehr enges und persönliches Verhältnis zu den Lehrkräften erhoffte sich die SED-Führung, um direkt auf den Studenten einzuwirken und sie zu beeinflussen.

Auffällig ist jedoch, dass sich das Verhältnis zu den Dozenten und Professoren der Naturwissenschaften als enger darstellte, als zu denen der Gesellschaftswissenschaften, was sich gerade für das Beispiel Karl-Marx-Stadt besonders gut erklären lässt: Es handelte sich um eine Technische Lehranstalt, in denen Gesellschaftswissenschaften nicht studiert werden konnten, sondern nur als

Pflichtveranstaltungen besucht und mit einer Prüfung abgeschlossen werden mussten.

Die Ausbildung eines sozialistischen Bewusstseins blieb weiter das oberste Ziel auf der Agenda der FDJ. Dieses sollte nach dem Studienabschluss vorhanden sein und es dem Absolventen ermöglichen, „verantwortungsvolle Positionen zu übernehmen" und als „sozialistischer Erzieher" zu wirken. Damit galt es den nächsten 50 Jahren Genüge zu tragen und dem sozialistischen Aufbau in der DDR und „in ganz Deutschland gerecht werden".[569]

Um auch die Arbeit der FDJ den politischen Gegebenheiten anzupassen, erging am 3. Mai 1966 der Beschluss, über das „Ziel und [den] Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen".

> „Die Aufgabe der FDJ – der sozialistischen Massenorganisation der Jugend der DDR - besteht jetzt an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen darin, durch offensive und zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit wesentliche Fortschritte bei der Erziehung aller Mitglieder der FDJ zu sozialistischem Staats – und Klassenbewußtsein, zu sozialistischem Denken und Handeln zu erreichen."[570]

Neu war nicht das Ziel, ein fester sozialistischer Klassenstandpunkt, sondern die Aufforderung, dieses offensiv durchzusetzen. Hatte die DDR-Führung erkannt, dass die Arbeit zu wenig kraftvoll und zu ineffizient war? Hatte sie erkennen müssen, dass die bereits bestehenden Ziele längst nicht erreicht waren, im Gegenteil, diese stets aufs Neue präsentiert und betont werden mussten? Die politische Zuverlässigkeit der eigenen FDJ-Funktionäre musste, wenn sie wirkungsvoll als Erzieher tätig sein sollten, gefördert werden, um ein sicheres Auftreten und

[569] Programm der Hochschulgruppenleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, vom 5.1.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ. (SSAC) Studenten. Materialien über die GO Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 1.

[570] Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Beschluß vom 3. Mai 1966, in: Akte 2079/32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten, Post vom Zentralrat, 1965-1969.

argumentieren zu ermöglichen. Die Unzuverlässigkeit der einzelnen Funktionäre des Verbandes scheint eine der Schwächen und Hauptangriffspunkte gewesen zu sein, denn es schien unmöglich, einen straff organisierten und geführten Jugendverband zu haben, wenn die eigenen ranghohen Funktionäre von ihrem Tun selbst nicht überzeugt waren. So blieb auch weiter der Anspruch bestehen, FDJ-Mitglieder als Propagandisten zu gewinnen. Die Leistungen der einzelnen Verbandsmitglieder im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium galt es zu verbessern und die Entwicklungen im Klassenkampf seit 1945 zu studieren. Um den Marxismus-Leninismus effizienter in den Mittelpunkt zu rücken, war das verstärkte Abhalten von wissenschaftlichen Studentenkonferenzen und Kolloquien vorgesehen.

Die FDJ-Gruppe stellte das „Hauptfeld der Erziehung und Selbsterziehung zum sozialistischen Klassenstandpunkt" dar. Jede Gruppe verfügte über ein Gruppenprogramm, welches durch die Mitgliederversammlung beschlossen wurde und auf dessen Grundlage sie arbeitete. Die Mitgliederversammlungen sollten nicht mehr nur als Diskussionsforen alltäglicher Dinge dienen, vielmehr müssten politische Themen, die schließlich in konkreten Beschlüssen mündeten, die Veranstaltungen bestimmen.[571]

Bemängelt wurde an den MVs, dass sich v.a. die Studenten der höheren Semester weniger um die regelmäßige Durchführung der Versammlungen bemühten und dass das Niveau der Veranstaltungen nicht dem gewünschten entsprach.[572] Gleiches galt für die Aktivtagungen.

> „Bei allem Erfreulichen, was wir erreicht haben, muß aber auch nachdrücklich bemerkt werden, daß wir unsere Anstrengungen bei der politisch-ideologischen und politisch-

[571] Vgl. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Beschluss vom 3.Mai 1966, in: Akte 2079/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten, Studenten, Post vom ZR, 1965-1969, S.1ff.

[572] Vgl. Beschluß der Aktivtagung vom 5.5.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 8.

organisatorischen Festigung unserer Grundorganisation verstärken müssen. Es zeugt nicht gerade von hoher Verbandsdisziplin, wenn eine Aktivtagung mangels Beteiligung ausfallen muß. Die Anzahl der vorliegenden Entschuldigungen ließ den Schluß nicht zu, daß so wenig Freunde anwesend sein werden. In durchgeführten Aussprachen im 1. und 3. Studienjahr gab es kaum akzeptable Entschuldigungen.“[573]

Am 2. Juni 1966 schließlich erfolgte die Analyse der Tätigkeit der FDJ an der THK für das laufende Studienjahr 1965/66. Die straffere Kontrolle der monatlichen Mitgliederversammlungen erfuhr eine positive Bewertung. Trotz alledem, und dies widerspricht der Aussage im gleichen Moment, taucht noch auf eben dieser Seite die Einschätzung auf, dass es „der Mehrzahl der Gruppen […] schwer[fällt], die Mitgliederversammlungen entsprechend den Anleitungen mit den gestellten politischen Schwerpunkten vorzubereiten und durchzuführen. In der Vergangenheit standen doch fast ausschließlich Studienproblem auf der Tagesordnung.“[574]

Der gegenwärtige Stand der Mitgliederversammlungen befriedigte keineswegs. Die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Ereignissen sowie die eigentliche Durchführung der MV waren unzureichend, wenn sie denn überhaupt durchgeführt wurde.[575]

Die Gruppen des 1. und 2. Studienjahres hielten fast alle in regelmäßigen Abständen ihre Versammlungen ab, wobei noch kein „bewusstes und diszipliniertes“ Auftreten erkennbar schien. Die Basis für diese beiden Studienjahre sind die

[573] Beschluß der Aktivtagung vom 5.5.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 10.

[574] Analyse der Tätigkeit der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1965/66, vom 2. Juni 1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 1.

[575] Vgl. Analyse der Tätigkeit der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1965/66, vom 2. Juni 1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 2ff.

Funktionärsschulungen zu Beginn des Studienjahres. Innerhalb der FDJ-Gruppen haben sich in den ersten beiden Studienjahren Studiengruppen gebildet.[576]

Tabelle 15: Mitgliederversammlungen und Aktivtagungen September 1965 bis Mai 1966[577]

	SOLL	**IST**
Schulungen zu Beginn des Studienjahres	77	40
Mitgliederversammlung Sept. (Vorbereitung Ernteeinsatz)	90	90
Mitgliederversammlung Oktober	129	58
Aktivtagung	258	128
Mitgliederversammlung November/Dezember	129	35
Seminare Januar	146	102
Mitgliederversammlung Januar/Februar	129	78
Aktivtagung Januar	220	117
Mitgliederversammlung März (Praktikum)	21	20
Wochenendschulung April	184	148
Mitgliederversammlung April	129	96
Aktivtagung 6.5.	224	142
Mitgliederversammlung Mai	129	82
Gewonnene Kandidaten für die SED	22	

Wie daraus hervorgeht, gab es eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Ist- und dem Soll-Zustand, was sich besonders gut an den Monaten November/Dezember belegen lässt, in denen fast nur ein Viertel der Studenten die Mitgliederversammlungen besuchte. Lediglich Versammlungen, bei denen wesentliche Dinge die alle Studenten betrafen, z.B. Ernteeinsatz oder Praktikum, wurden von (fast) allen besucht.

576 Vgl. Analyse der Tätigkeit der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1965/66, vom 2. Juni 1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 17f.

577 Anlage 3 Statistischer Bericht für den Zeitraum September 65-Mai 66. Mitgliederversammlungen und Aktivtagungen, in: Analyse der Tätigkeit der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1965/66, vom 2. Juni 1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969.

Um den gewünschten politisch-ideologischen Anforderungen zu entsprechen, erarbeitete die THK einen eigenen Plan für die Arbeit der Grundorganisationen, der folgende Anforderungen an das FDJ-Mitglied stellte:

- Bekennen zu Politik und Partei
- Verwirklichung deren Beschlüsse
- Standpunkt der Arbeiterklasse
- „unbedingte Treue zur marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse“
- Liebe zur DDR
- Überzeugung, dass Frieden und Sozialismus in ganz Deutschland siegen werden
- Hass gegen Imperialismus
- Stärkung der DDR (ökonomisch, militärisch)
- Höchstleistungen
- freiwillige Arbeitseinsätze[578]

Pläne für die politisch-ideologische Arbeit waren in der DDR keine Seltenheit. Zu jeder passenden Gelegenheit erschienen Neue, die sich jedoch kaum von den vorhergehenden unterschieden. Auch für das Studienjahr 1966/67 orientierte sich die Aufgabenstellung am VI. Parteitag und war bestimmt durch den Beschluss „Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen“ des Zentralrats der FDJ vom 3. Mai 1966. Die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit blieb weiter das oberste Ziel, wurde jedoch verstärkt durch den Anspruch, einen neuen Typ von Hochschulabsolventen zu schaffen.

> „Der neue Typ muß der DDR treu sein, über ein fundiertes theoretisches Grund- und Fachwissen und praktische ingenieurmäßige Erfahrungen und Fertigkeiten verfügen,

[578] Vgl. Plan der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ-Grundorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, vom 4.7.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 2.

ökonomisch denken gelernt haben und die sozialistische Planungs- und Organisationswissenschaft beherrschen […]. Der Hochschulabsolvent muß die sozialistische Theorie und Praxis kennen, über ein breites theoretisches Wissen verfügen, solide praktische Kenntnisse besitzen, die ihn in die Lage versetzen, schnell auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu reagieren“.[579]

Dies entspricht dem Grundsatz der Prinzipien, dass der Student über eine praxisbezogene Ausbildung verfügte, die auf einer breiten technischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlage besteht. Die Verzahnung von Wissenschaft und Praxis sollte eine zeitnahe Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis ermöglichen. Die eigentlichen Erziehungsziele blieben die alten: ideologische Erziehung der Studenten, Aneignung eines festen Klassenstandpunktes, Propagierung des Marxismus-Leninismus, „öffentliche Bekenntnisse“ zur Partei, der Regierung und der sich daraus ergebenden Politik, „durch Teilnahme an Demonstrationen, Kundgebungen“ usw., wobei die FDJ dazu angehalten wurde, die von der „staatliche[n] Leitung eingeräumten Rechte und Pflichten“ auch zu gebrauchen.[580] Erneut standen die Mitgliederversammlungen auf der Tagesordnung. Ihre Bedeutung als „Hauptkettenglied der sozialistischen Erziehung aller FDJ-Mitglieder und aller Studenten“[581] fand erneut Hervorhebung. Neben der eigentlichen Gruppensituation und den zentralen Themenstellung standen folgende Themen im Zentrum:

[579] Plan der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ-Grundorganisation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, vom 2.9.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 1f.
[580] Vgl. Plan der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ-Grundorganisation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, vom 2.9.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 2.
[581] Plan der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ-Grundorganisation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, vom 2.9.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 3.

1. „Das zukünftige Deutschland muß und wird ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sein, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten des Volkes die Macht ausübt.
2. Die SED ist die führende Kraft im Kampf um Frieden und Sozialismus in Deutschland. Sie entwickelt eine kontinuierliche Politik im Interesse des deutschen Volkes.
3. Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im nationalen Kampf unseres Volkes. Um auf dem Wege der friedlichen Lösung der nationalen Frage voranzukommen, ist die Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen SED und SPD unerlässlich.
4. Die DDR ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse und die Basis für den erfolgreichen nationalen Kampf.
5. Die Freundschaft zur Sowjetunion – der Hauptkraft des sozialistischen Lagers – und das unerschütterliche Bündnis zwischen der DDR und der Sowjetunion sind die Grundlage für den Sieg des Sozialismus in der DDR und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland.
6. Im Geiste des proletarischen Internationalismus sind die freundschaftlichen Beziehungen zur Jugend aller sozialistischen Länder zu festigen.“[582]

In diesem Zitat findet sich ein wesentliches Novum, da in Punkt 3 wird zum ersten Mal von einer möglichen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei in der Bundesrepublik gesprochen wird. Eine Verständigung mit der SPD wird demnach angestrebt, die später in dem SPD-SED-Papier mündet. Eine besondere Gewichtung sollte zudem die Qualifizierung der Funktionäre erhalten, besonders jener des 1. Studienjahres. Mindestens einmal pro Semester galt es, „eine Tagung des FDJ-Aktivs“ stattfinden zu lassen, „zu der alle gewählten Funktionäre der Grundorganisation einzuladen sind“.

Obwohl die THK mit der politisch-ideologischen Situation an ihrer Institution keineswegs zufrieden sein konnte und auch die Zuverlässigkeit der eigenen

[582] Plan der politisch-ideologischen Arbeit der FDJ-Grundorganisation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, vom 2.9.1966, in: Akte 2031/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969, S. 3.

Funktionäre oftmals auf den Prüfstand musste, so konnte sie jedoch durch eine relativ hohe Anzahl von Genossen in den Leitungen glänzen. Der Anteil in den Leitungen lag bei 58 Prozent.

Tabelle 16: Anteil der Genossen in den Leitungen[583]

Wo?	Anzahl (in %)
Bergakademie	80
TH KMSt	58
Ing. Anlagenbau Glauchau	24
IfL[584] Rochlitz	20
IfL Auerbach	6 (entspricht 1 G.)
Lehrmeisterinstitut KMSt	0

7.2 Dritte Hochschulreform 1967

7.2.1 Entwicklung (Anspruch)

„Im Verlauf der Diskussion zur Hochschulreform ist es gelungen, deutlich zu machen, dass die 3. Hochschulreform ein notwendiges und wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ist, und zwar in doppelter Hinsicht: sie ist einmal notwendig, um die realen Bedürfnisse unserer Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, nach einer weiteren raschen Entwicklung der Produktivkräfte zu befriedigen, das heißt, die Hochschulreform ist erforderlich, um das ökonomische System des Sozialismus zu realisieren und auf seiner Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution zu vollziehen. Zum zweiten - das ist ebenso wichtig - brauchen wir die Hochschulreform, um die sozialistische Menschengemeinschaft zu schaffen, in der sich die Werktätigen zu allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln und entfalten können. [...] Der Beschluss über die 3. Hochschulreform leitete also eine neue Etappe der Hochschulentwicklung ein. Er stellt

583 Sekretariatsvorlage, Bericht an den Zentralrat der FDJ „Einschätzung der politisch-ideologischen Situation der Grundorganisationen der Hoch- und Fachschulen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt“, vom 7.9.1966, in: Akte 6940/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SAC) (Abteilung Landwirtschaft) Sekretariatsvorlagen der FDJ-BL, Maßnahmepläne, Beschlüsse, Einschätzungen, 9.8.1966-29.11.1966, S. 2.

584 IfL: Institut für Lehrerbildung

> klare Ziele und Aufgaben für die inhaltliche und methodische Neugestaltung von Lehre und Forschung. Es ist erfreulich, dass bereits während der Diskussion mit notwendigen und wichtigen Veränderungen in Lehre und Forschung begonnen wurde. Es kommt darauf an, auf der Grundlage des Beschlusses, unter Ausnutzung der bereits vorhandenen Erfahrungen, den Maßnahmeplan auszuarbeiten und den Beschluss zügig zu verwirklichen.“[585]

Am 2. und 3. Februar 1967 tagte die IV. Hochschulkonferenz in Berlin. Sie sollte Bilanz über das Hochschulwesen der 60er Jahre ziehen, um im Ergebnis ein neues Hochschulprogramm erarbeiten. Die Konferenz galt als beratende Vorbereitung für den VII. Parteitag der SED. Die Schwerpunkte lagen bei der Verbesserung der Ausbildung und der „Veränderung der Struktur des Hochschulwesens in Übereinstimmung mit den neuen Ereignissen der Volkswirtschaft und des wissenschaftlich technischen Fortschritts sowie der Erweiterung der sozialistischen Demokratie im Hochschulwesens“[586]. Als Grund für die Hochschulkonferenz wurden der verstärkte Andrang zum Studium und ein gestiegener Bedarf an qualifiziert ausgebildeten Fachkräften angesehen.

> „Sehr ernste Kritik wurde in der Vorbereitung des Parteitages und der Hochschulkonferenz an der mangelnden Effektivität der Ausbildung geübt. Durch schlechte Studienergebnisse, vorzeitigen Abgänge und Studienzeitüberschreitungen werden wertvolles Volksvermögen verschleudert und der sozialistischen Gesellschaft dringend benötigte Fachkräfte vorenthalten. Es wurde die Forderung erhoben, diesen Zustand durch die Verbesserung der Erziehung durch den Lehrkörper und die Erhöhung des Leistungswillens der Studenten schnell zu überwinden.“[587]

Der dritte Grund für die Einführung wesentlicher Neuerungen war der Entwicklungsprozess der Wissenschaft, der für die DDR-Führung eine Überprüfung von traditionellen Studienordnungen und Studieninhalten erforderlich machte. Den

---

[585] „3.Hochschulreform dient allseitiger Stärkung der DDR“, in: Freie Presse vom 5.4.1969, S. 3.
[586] Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik Teil II. Von 1967 bis 1971, S. 9.
[587] Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der SED, S. 10, in: Freie Presse vom 17.04.1967.

Abschluss der Hochschulreform bildete 1969 der Beschluss des Staatsrates zur „Weiterführung der Dritten Hochschulreform und der Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975".[588]

> „Als Versuch, auch die Wissenschaft auf Parteilinie zu bringen und gleichzeitig die Effizienz der DDR-Hochschulen zu steigern, kann die dritte Hochschulreform betrachtet werden [...]."[589]

Inhaltlich gab es einen tief greifenden Wandel, denn die völlige Neustrukturierung des Hochschulwesens stellte das Ziel dar. Die erste konkrete Neuerung setzte an der Organisationsstruktur an, in welcher die „Fakultäten, Abteilungen und Institute [...] zu Fachsektionen zusammengefasst"[590] wurden. Die Hochschulstruktur unterteilte sich nun in 2 Leitungsebenen: in die zentrale Universitätsverwaltung und in die Ebene der Sektionen. Die Sektionen ersetzten die herkömmlichen Fakultäten. Für die Studenten stellte die wichtigste Veränderung „die Einführung einer Regelstudienzeit von vier Jahren und die Gliederung des Studienganges in die drei festgelegten Abschnitte Grundstudium, Fachstudium, Forschungsstudium"[591] dar. Das Grundstudium sollte jedem Studenten eine solide Grundausbildung vermitteln. In dem sich daran anschließenden Fachstudium erweiterte und vertiefte er seine theoretischen Grundkenntnisse in der von ihm gewählten Fachrichtung. Die sich im Spezialstudium ergebende Spezialisierung bildete die Grundlage für den späteren Einsatz der Absolventen in der Volkswirtschaft. Nachdem das Spezialstudium in der Praxis heftiger Kritik ausgesetzt war, wurde es schon sehr bald wieder

---

[588] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 14.
[589] Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258, Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, Bonn 1998, S. 31.
[590] Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258, Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, Bonn 1998, S. 31
[591] Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Nr.258, Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, Bonn 1998, S. 31

abgeschafft.[592] An das abgeschlossene Studium konnte sich das zwei bis drei Jahre dauernde Forschungsstudium anschließen, welches mit der Promotion A abschloss.[593] Die Selbststeuerung der Wissenschaft war zu diesem Zeitpunkt bereits aufgehoben, alle sich ergänzenden Fachgebiete waren zusammengeschlossen. Die Geisteswissenschaften erfuhren eine zunehmende Verdrängung. Im Gegenzug dazu erfuhren die ideologischen Fächer eine stärkere Gewichtung. Eine Neugestaltung erlebten die Studienpläne und die staatliche Leitung des Hochschulwesens. Die Lehrmaterialien und Lehrbücher wurden überarbeitet und die Forschung auf die „Bedürfnisse der Volkswirtschaft, der Gesellschaft und der Entwicklung der Wissenschaft“[594] zugeschnitten. Kurt Hager, damals Vorsitzender des Ausschusses für Volksbildung in der Volkskammer[595], hob hervor, dass eine sozialistische Erziehung sowie eine hohe Effektivität der Lehre und Forschung das Ziel darstellten, wobei der Lehrer den Lernenden aktiv bei der Aneignung der marxistisch-leninistischen Grundsätze bestmöglich unterstützen sollte.[596]

Die Neugestaltung der Hochschule wurde als ein Prozess der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Stärkung der Staatsmacht und als Vervollkommnung aller Komponenten des demokratischen Zentralismus in der Leitung und Planung des Hoch- und Fachschulwesens gesehen.[597]

---

[592] Vgl. www.rewi.hu-berlin.de/online/fhi/articles/971Ohaferkamp-wudtke.htm#Str4_5
[593] Vgl. Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Karl-Marx-Stadt 1986, S. 114.
[594] Zentralinstitut für Hochschulwesen (Hrsg.): Geschichte des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik (1961-1980). Ein Überblick. Teil 1, Berlin 1987, S. 60.
[595] Vgl. „Kurt (Leonhard) Hager“, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wiegohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 303-304, hier: S. 303.
[596] Vgl. Zentralinstitut für Hochschulwesen (Hrsg.): Geschichte des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik (1961-1980). Ein Überblick, Teil 1, Berlin 1987, S. 60.
[597] Vgl. Zentralinstitut für Hochschulwesen (Hrsg.): Geschichte des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik (1961-1980). Ein Überblick. Teil 1, Berlin 1987, S. 61.

Eigene Entscheidungen konnten nur in Übereinstimmung mit der Partei getroffen werden. Für die Universitäten und Hochschulen bedeutete die Reform die völlige Aufhebung ihrer Selbststeuerung. Schlüsselpositionen der Lehr- und Forschungseinrichtungen besetzten bereits Kader, so dass hier kaum Widerstand zu erwarten war. Durch die Neugestaltung der Lehrpläne, die gesellschaftswissenschaftlich der Staatsideologie angenähert und auf die Wirtschaft zugeschnitten waren, hielt der Staat die Hochschullehrerschaft dazu an, sich umzuorientieren. Häufig wurde dies nicht ohne Kritik hingenommen, da vor allem Professoren und Dozenten aus dem naturwissenschaftlichen Bereich es nicht als ihre Aufgabe betrachteten, neben ihrem Lehrstoff den Studenten ideologische Grundlagen zu vermitteln.

Für die FDJ bedeutete dieser Schritt in der Entwicklung des Hochschulwesens eine neue Aufgabe, da die Massenorganisation der Jugend aktiv an der Umsetzung des Reformprogramms mitwirken und das marxistisch-leninistische Gedankengut in die Studentenschaft hinein tragen sollte, damit sich der einzelne Student eifrig sowohl mit der Staatsideologie als auch mit den Parteitagsbeschlüssen auseinandersetzen sollte. Dies hatte zur Folge, dass nicht nur der Universitäts- und Hochschulbesuch vom Staat genauestens geplant war, sondern dass auch in die Freizeitgestaltung der jungen Erwachsenen eingegriffen wurde. Niemand konnte sich dem entziehen, es sei denn, er nahm Repressionen und Benachteiligungen in Kauf.

7.2.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

> „Die Sektion ist die Zusammenfassung des wissenschaftlichen Potentials von Instituten eines oder verschiedener Wissenschaftsgebiete zur Entwicklung der Konzentration und

> Kooperation in Ausbildung, Erziehung und Forschung auch über die bisherigen Fakultätsgrenzen hinaus.“[598]

Wie bereits erwähnt, sahen die „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“ die Gründung von Sektionen vor, die als zentrale Leitungsebene die Einheit von Lehre, Erziehung und Forschung sichern sollten.

Ein zentrales Schema für deren Bildung existierte nicht. Die Entstehung orientierte sich an dem jeweiligen Profil sowie den Schwerpunktaufgaben in Ausbildung und Forschung. Verschiedene Formen schienen möglich, vielleicht sogar gewünscht.[599]

> „Die Bildung der Sektionen sollte dort erfolgen, wo durch die Konzentration und Profilierung von Erziehung Ausbildung und Forschung den prognostischen Bedürfnissen von Gesellschaft, Volkswirtschaft und Wissenschaft Rechnung getragen wird, und wo Schwerpunkte in Ausbildung und Forschung liegen, die charakteristisch und profilbestimmend für die Hochschule sind.“[600]

Mit der Errichtung von Sektionen versuchte die DDR-Regierung, durch die Möglichkeit der Zusammenarbeit auch unterschiedlicher Fakultäten, den Ansprüchen der Wissenschaft zu entsprechen und somit das Niveau in Ausbildung und Lehre zu erhöhen. Materielle Mittel konnten durch die Kooperation diverser Fachgebiete eingespart und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zusammengefasst

---

[598] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 9.

[599] Vgl. Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 9.

[600] Brief des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen an die Rektoren der Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien vom 12.6.1967, in: Akte 201/11/300a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Neuprofilierung der THK-Sektionsbildung (im Rahmen der III. Hochschulreform), 1967-1968, S. 2.

werden.

Die Leitung übernahm ein Vorsitzender, der wiederum dem Dekan unterstand. Beraten wurde er vom Sektionsrat, dessen Mitglieder vor allem Professoren, Dozenten, besonders befähigte Mitarbeiter und jeweils ein Vertreter aus der Parteiorganisation, der Gewerkschaft, der FDJ und der Praxis sein sollten.[601] Falls die Aufgaben über die eigentlichen Aufgabengrenzen der Sektion hinausgingen, konnte die Sektion, der mindestens 25 Wissenschaftler angehörten, dem Rektor oder einem Prorektor unterstellt werden.[602] Der Begriff der Fakultät erhielt eine neue Bedeutung:

> „Die Fakultät hat für die Entwicklung der Wissenschaft große Potenzen, die bei der Neubestimmung der Aufgaben eine entscheidende Rolle spielen. Diese Potenzen liegen vor allem in der Sicherung der komplexen Verantwortung und Mitwirkung bei der Erziehung und Ausbildung, in der Sicherung umfassenden und kontinuierlichen Entwicklung aller Bereiche der Fakultät, in der Förderung des Integrationsprozesses und in der Leitung der Spezialisierung."[603]

Die Aufgabe der Fakultäten bestand darin, die Forschungsvorhaben zu fördern und zu kontrollieren sowie die Resultate und Wirkung der Erziehung und Ausbildung zu analysieren.

[601] Vgl. Erläuterungen zu den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR", in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR" an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 9.

[602] Vgl. Brief des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen an die Rektoren der Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien vom 12.6.1967, in: Akte 201/11/300a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Neuprofilierung der THK-Sektionsbildung (im Rahmen der III. Hochschulreform), 1967-1968, S. 3f.

[603] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR" an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 10f.

Mit der Entwicklung der neuen Leitungsebene begann die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt relativ zügig. Bereits am 25. Oktober 1967 legten Rektor Hans Jäckel sowie die Hochschulparteileitung, vertreten durch ihren ersten Sekretär D. Nawroth, eine Konzeption für das künftige Profil der Hochschule vor. Die Arbeitsgruppe Leitung/Struktur, welche als eine der vier den Rektor beratenden Gruppen gebildet wurde, hatte die Erarbeitung der inneren Struktur der Sektionen zur Aufgabe. Unter dem Modell dieser Arbeitsgruppe konzipierten sich die Vorschläge für die Struktur und den Inhalt der jeweiligen Einheit,[604] wobei zahlreiche Probleme auftraten:

> „Die oft sehr heftigen Diskussionen um den Inhalt der Sektionsarbeit wurden von den Beteiligten nicht in jedem Falle sofort als eine sachliche Auseinandersetzung aufgefasst; es dominierten mitunter subjektive Momente."[605]

Die erste Sektion in Karl-Marx-Stadt wurde schließlich 1967 gegründet: die Sektion für Fertigungstechnik- und Organisation, welche die Hochschule am 10. September 1968 in Fertigungsprozess und Fertigungsmittel umbenannte. Da die Technische Hochschule ihre ersten Erfahrungen durchaus positiv bewertete, erfolgte mit dem Einverständnis des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, in einem Festakt am 10. September 1968, die Gründung der nachstehenden Sektionen: Mathematik, Physik/Elektronische Bauelemente, Maschinen- Bauelemente, Verarbeitungstechnik, Automatisierungstechnik, die Sektion für Informationsverarbeitung, die am 1. Juni 1971 in Informationstechnik umbenannt wurde, Marxismus-Leninismus, Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen sowie die Sektion für Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften, welche seit dem 1. Mai 1972 Sektion für Wirtschaftswissenschaften hieß. Die

[604] Vgl. Schreiben der Arbeitsgruppe Kader an die Zentrale Arbeitsgruppe Hochschulreform vom 19. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968.

[605] Vorlage für die Dienstbesprechung bei Genosse Minister Gießmann am 20. 8. 1968, in: Akte 201/11/301k (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20. 8. 1968, S. 2.

„neuen Struktureinheiten“[606] der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt nahmen ihre Arbeit bereits am 1. September 1968 auf, das heißt, gut eine Woche vor dem eigentlichen Festakt. Die Sektionen Technologie der metallverarbeitenden Industrie, Chemie/Werkstofftechnik und Rechentechnik/Datenverarbeitung wurden erst am 1. September 1969 gegründet.[607] Zu den einzelnen Sektionen:

- Sektion Fertigungstechnik- und Organisation (Fertigungsprozess/ Fertigungsmittel): Da aus ihr die Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften hervorging, änderte sich ihr Charakter, so die Begründung der Hochschule, und es erfolgte eine Umbenennung von Fertigungstechnik- und Organisation in Fertigungsprozess/Fertigungsmittel. Diese Sektion umfasste die Fachbereiche Entwickeln von Fertigungsmitteln, Fertigungsprozess- und Verfahren, Kontrolltechnik sowie Werkstofftechnik.[608]

- Sektion Mathematik: Die Schwerpunkte der Sektion Mathematik lagen in einer umfassenden und fundierten Mathematikausbildung für Diplom-Mathematiker und zukünftige Mathematiklehrer, in einer mathematischen Grundlagenausbildung für alle Ingenieurrichtungen, in der mathematischen Grundausbildung und einer teilweisen mathematischen Spezialausbildung für naturwissenschaftliche und elektrotechnische Fachrichtungen, in der Grundausbildung im Abendstudium und Lehrerfernstudium sowie in der

[606] Vorlage für die Dienstbesprechung bei Genosse Minister Gießmann am 20. 8. 1968, in: Akte 201/11/301k (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20. 8. 1968, S. 4.
[607] Vgl. Brief des Rektors der THK vom 7. 11. 1972 an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, in: Akte 202/1000/56 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Kurzcharakteristik der THK (Hochschulpass), S. 2.
[608] Vgl. Sektion Fertigungsprozess und Fertigungsmittel, in: Akte 201/11/262b THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

Rechentechnik und Programmierung für alle Fachrichtungen der Karl-Marx-Städter Hochschule.[609]

- Sektion Physik/Elektronische Bauelemente: Die Sektion setzte sich zusammen aus dem Physikalischen Institut, dem Institut für Technische Physik sowie dem Institut für Elektronische Bauelemente. Diese Fachrichtung bildete Absolventen aus, deren Vertiefung die Festkörperphysik war, wozu neben Diplom-Physikern und Diplom-Ingenieuren für die Bauelementeindustrie auch die Ausbildung zu Physiklehrern sowie die Nebenfachausbildung in Experimentalphysik und Struktur der Materie für Fachrichtungen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt gehörten.[610]

- Sektion Maschinen-Bauelemente: Diese Sektion umfasste fünf Institute: Maschinenlehre und Schmierungstechnik, Maschinenelemente, Getriebetechnik, Technische Mechanik und Angewandte Mechanik. Die Aufgabe bestand nicht in der Orientierung auf spezielle Maschinen, sondern vielmehr in der Lehre des Arbeitsprozesses des Ingenieurs und der Gestaltung, Bemessung und Optimierung an maschinenbautypischen Elementen. Unter Maschinenbauelementen können Baugruppen und Aggregate, also Maschinenbausteine oder Anlagen, verstanden werden. Im Fachstudium verzweigte sich die Richtung in die Ingenieurausbildung mit der Vertiefung Mechanik sowie in die Ausbildung von Konstrukteuren.[611]

[609] Vgl. Sektion Mathematik, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[610] Vgl. Sektion Physik/Elektronische Bauelemente, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[611] Vgl. Sektion Maschinenbauelemente, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform- Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

- Sektion Verarbeitungstechnik: In der Sektion Verarbeitungstechnik der THK erfolgte eine Zusammenfassung der bisherigen Fachgebiete Textilmaschinenkonstruktion und Technologie der Faserstoffe, Konstruktion von Maschinen und Geräten des allgemeinen Maschinenbaues, Polygrafische und Papierverarbeitungsmaschinen, Plast- und Elasttechnik und der Abteilung Klima- und Trockentechnik des Institutes für Thermodynamik.[612]

- Sektion Automatisierungstechnik: Dieser Sektion wurde für die zukünftige Entwicklung ein hoher Stellenwert vorausgesagt, da die THK davon ausging, dass sich mit der Erhöhung des Automatisierungsgrades der Produktion auch eine wachsende Bedeutung „zur Lösung der Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Produktion“[613] für dieses Gebiet der Wissenschaften ergab. Die Sektion fasste die folgenden Institutionen der bisherigen Fakultät für Elektrotechnik zusammen: Institut für Starkstromtechnik, Institut für Regelungstechnik sowie das Institut für allgemeine Elektrotechnik. Des Weiteren erfolgte die Angliederung der Gebiete Industrielle Elektronik und Elektrische Schalt- und Steuerungstechnik aus dem Institut für Informationsverarbeitung.[614]

- Sektion Informationsverarbeitung (Informationstechnik): Die Schwerpunkte dieser Sektion lagen in der Theorie und Technik der

---

[612] Vgl. Änderung des Entwurfes zur weiteren Durchführung der Hochschulreform an der TH vom 26. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 1.

[613] 5. Entwurf zur Gründung der Sektion „Automatisierungstechnik“ vom 28. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 1.

[614] Vgl. 5. Entwurf zur Gründung der Sektion „Automatisierungstechnik“ vom 28. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 2ff.

Informationsverarbeitung, den Datenverarbeitungsanlagen und der Systemtechnik, der Informationserfassung- und Übertragung, der Konstruktion von Datenverarbeitungsanlagen, der Informationselektronik, der Technologie informationsverarbeitender Geräte und Anlagen sowie der feinmechanischen Konstruktion.[615]

- Sektion Marxismus-Leninismus: Diese Sektion beherbergte die dem bisher bestehenden Institut für Marxismus-Leninismus angehörenden Abteilungen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Marxistische Philosophie, Politische Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus, das Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik sowie die Abteilung Soziologie. Sie sollte die marxistisch-leninistischen Grundkenntnisse vermitteln und die Studenten dazu befähigen, diese auch unmittelbar im täglichen Leben anzuwenden.[616]

- Sektion Erziehungswissenschaften/Fremdsprachen: Ihre Prägung erhielt die Sektion von dem ehemaligen Institut für Pädagogik. Der Aufgabenbereich lag in der pädagogischen Bildung innerhalb des Lehrerstudiums sowie in der Ausbildung der Lehrerstudenten für Polytechnik. Auch das Institut für Fremdsprachentechnik erfuhr die Eingliederung in die Sektion, ebenso wie die Abteilung Studentensport 1968 verpflichtet wurde.[617]

- Sektion für Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften (Wirtschaftswissenschaften): Im Entwurf des Maßnahmeplans zu den

[615] Vgl. Sektion Informationsverarbeitung, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform- Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[616] Vgl. Sektion marxistisch-leninistische Grundlagenwissenschaften, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[617] Vgl. Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978, S. 92f.

„Weiteren Maßnahmen zur Durchführung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt“ wurde der Vorschlag erhoben, den Studenten eine möglichst breite Aneignung der Grundkenntnisse in der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit, in der sozialistischen Betriebswirtschaftslehre, der Ökonomischen Kybernetik, der Datenverarbeitung, den Arbeitswissenschaften und in bestimmten Rechtsgebieten zu ermöglichen. Dies, so hieß es in der Begründung, benötigten die Studenten in ihrem späteren Arbeitsleben, wenn sie beispielsweise ein sozialistisches Kollektiv leiten würden. Die Vermittlung dieser Kenntnisse entsprach der Aufgabe der Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften.[618]

- Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie: Diese Sektion sollte die Studenten zur Vorbereitung und Durchführung von Produktionen befähigen, sie in die Lage versetzen, technologische Prozesse zu projektieren beziehungsweise zu optimieren und bestimmte Größen und Funktionen für die Gestaltung von Produktionsprozessen zu erarbeiten.[619]
- Sektion Chemie/Werkstoffkunde: Die Sektion umfasste die bisherigen Bereiche anorganische und analytische Chemie, organische Chemie, physikalische Chemie sowie Elektrochemie. Als eine Aufgabe dieser Sektion an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt wurde die Bereitstellung zuverlässiger Kader für Bereiche des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik betrachtet. Die Schwerpunkte der Lehre lagen in der chemischen Grundausbildung, der vertieften Ausbildung von Studenten verschiedener technischer Richtungen im Fach-, Spezial- und

[618] Vgl. Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[619] Vgl. Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978, S. 88.

Forschungsstudium und der Lehrerausbildung. Des Weiteren hatte sich die Sektion verpflichtet, Chemielehrer weiterzubilden und chemisch-technische Assistenten sowie Spezialklassen auszubilden.[620]

- Sektion Rechentechnik/Datenverarbeitung: Die Sektion Rechentechnik/ Datenverarbeitung beinhaltete die Ausbildung in der Informationsverarbeitung und die Anwendung der Datenverarbeitung für alle Fachrichtungen an der TH, wobei für ausgewählte Richtungen eine besondere Qualifizierung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung existierte. Schließlich beinhaltete sie darüber hinaus die Ausbildung von mathematisch-technischen Assistenten und Facharbeiter für das Gebiet der Datenverarbeitung.[621]

Neben diesen Sektionen finden sich in den Akten zahlreiche Stellungsnahmen zur Bildung der einzelnen Einheiten und Vorschläge zur Etablierung weiterer Sektionen, die allerdings im Gründungsprozess keine Berücksichtigung fanden oder die die Hochschule als nicht sinnvoll abwies. Bei näherer Betrachtung scheint die Zusammenfassung einzelner Fachgebiete nicht immer sinnvoll gewesen zu sein. Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden. Die Sektion Verarbeitungstechnik beinhaltete unter anderem die Abteilung Klima- und Trockentechnik des Instituts für Thermodynamik. Die Verarbeitungstechnik ist eine wissenschaftliche Disziplin, die sich mit der Analyse von Stoffformen- und Prozessen befasst, die Thermodynamik dagegen ist als Fachgebiet der Physik eine allgemeine Energielehre, die die verschiedenen Erscheinungsformen der Energie und deren Umwandlung untersucht. Die beiden Richtungen haben de facto nichts miteinander zu tun. Es drängt sich hierbei die Vermutung auf, dass bestimmte

[620] Vgl. Sektion Chemie, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[621] Vgl. Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978, S. 80f.

Fachgebiete, die in keine Sektion wirklich hinein passten, bestimmten Einheiten einfach zugeordnet wurden, ob dies sinnvoll schien oder nicht.

Die Sektionen unterstanden der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften, der Fakultät für Maschineningenieurwissenschaften und der Fakultät für Elektroingenieurwissenschaften.[622]

Das Studium in der DDR prägte der Leitsatz der Einheit von Lehre, Ausbildung, Erziehung, Forschung, Praxis, Aus- und Weiterbildung, wie es schon das einheitliche sozialistische Bildungssystem definiert hatte, wobei vor allem die Produktivität der Studenten im Mittelpunkt des Studiums stand.

> „[Das] Studium an unseren hohen wissenschaftlichen Bildungsstätten [bedeutet] stets Arbeit an und mit der Wissenschaft. Ein solches Studium hat einen qualitativ höheren Grad der politischen und fachlichen Wissensaneignung- und Anwendung durch den Studenten zum Gegenstand und Ziel, und schöpft ihre politische Bewusstheit, Selbstständigkeit, Aktivität, Suche nach neuen Lösungen, Risikobereitschaft, Kenntnis der Zusammenhänge sowie solides Wissen, Fleiß, Beharrlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit und Exaktheit aus.“[623]

Mit der Dritten Hochschulreform veränderte sich das Studiensystem. Das Ziel des Wandels bestand in der Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus, der Steigerung der Eigenverantwortlichkeit der Studenten und der effektiven Verbindung von Lehre und Praxis.

> „Der Aufbau des Studiums nach einem System stufenweise differenzierter Anforderungen an die wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Studenten sowie an ihre

[622] Vgl. Brief an das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen vom 7. 11. 1972, in: Akte 202/1000/56 (UAC) THK (1968-1980) Rektorat, Kurzcharakteristika der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hochschulpass), S. 2.
[623] Institut für Hochschulbildung (Hrsg.): Das Hochschulwesen in der DDR. Ein Überblick, Berlin 1980, S. 87.

> Mitverantwortung für das Studium gibt zugleich eine konkrete Grundlage für die Erziehung der Studenten. Besondere Bedeutung kommt dabei der schrittweisen Entwicklung selbstständiger wissenschaftlicher und politischer Arbeit zu, die die Studenten während des Studienprozesses mit praktischen Problemen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus vertraut machen, sie zur Leitung sozialistischer Kollektive befähigen und ihnen Verantwortung bei der Lösung derartiger Aufgaben auferlegen.“[624]

Das Studium gliederte sich im Ergebnis der Dritten Hochschulreform in das Grundstudium, das Fachstudium, das Spezial- und das Forschungsstudium. Das Grundstudium umfasste sowohl die naturwissenschaftliche als auch die gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenausbildung. Es setzt beim Wissensstand der Hochschulreife an. Im Zuge dessen wurden die Lehrpläne auch auf die der erweiterten allgemeinen polytechnischen Oberschulen angepasst, damit der Übergang zur Hochschule und Universität problemlos verlaufen konnte. Das Grundstudium schloss mit der Vorprüfung ab, um anschließend in das Fachstudium eintreten zu können. Dafür war es erforderlich, Fremdsprachenkenntnisse sowie die Teilnahme an der Sport- und militärischen (vormilitärischen) Ausbildung vorzulegen.[625]

Die „Prinzipien“ stellten die Fremdsprache als ein Teil des Grundstudiums dar. Darüber beriet am 21. März 1966 das Institut für Fremdsprachen an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Die THK vertrat allerdings, anders als die „Prinzipien“, die Meinung, dass ein bestimmter Anteil der

[624] Erläuterungen zu den Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Januar 1966, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 6.

[625] Vgl. Erläuterungen zu den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, hrsg. vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Januar 1966, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 4.

Fremdsprachenausbildung erst in der Oberstufe Sinn machen würde, wie beispielsweise die Konversations- und Spezialkurse. Das Fremdsprachenstudium selbst sollte auf ein praktisches Ziel hin orientiert sein:

> „Aus den angeführten Gedanken wurde die erzieherische Aufgabenstellung für die Fremdsprachenausbildung abgeleitet. Wesen der Erziehungsarbeit ist es, eine derartige Leistungsbereitschaft zu entwickeln, die einen hohen Nutzeneffekt für die wissenschaftliche Arbeit und in der Produktionstätigkeit bewirkt. Darüber hinaus soll das Studium in der russischen Sprache besonders dazu beitragen, die Freundschaft mit der Sowjetunion zu festigen und die Zusammenarbeit im sozialistischen Lager zu stärken.“[626]

Die Fremdsprachenausbildung schloss mit der Vorprüfung ab, wodurch der Charakter der Grundlagenausbildung verdeutlicht wurde. Der Zeitaufwand für beide Fremdsprachen, für Russisch und eine moderne Sprache, betrug wie bisher acht Semesterwochenstunden pro Sprache.[627] Das Erlernen einer modernen Fremdsprache, neben Russisch, sollte mit dem Ziel erfolgen, dass dadurch das Lesen von Fachliteratur zu Forschungszwecken möglich war. Denn die Reisemöglichkeiten beschränkten sich bekanntlich auf einige wenige Länder. Der Sportunterricht fand bereits im Bildungsgesetz Erwähnung. In Paragraph 54 Absatz 4 hieß es, dass der obligatorische Sportunterricht zur Gesunderhaltung sowie zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Studenten beiträgt.[628] Im ersten Studienjahr

[626] Diskussion über die „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, vom 13.4.1966 (Institut für Fremdsprachen), in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. Zentralen Einrichtungen, 1966, S. 1.
[627] Vgl. Diskussion über die „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, vom 13.4.1966 (Institut für Fremdsprachen), in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. Zentralen Einrichtungen, 1966, S. 2.
[628] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 92.

betrug die Sportausbildung zwei Wochenstunden. Im zweiten bis vierten Jahr war sie zwar Pflicht, aber die Sportart konnte frei gewählt werden.[629]

Durch die vormilitärische Grundausbildung galt es die Überzeugung der Studenten zu erreichen, „dass entsprechend der Verfassung der DDR der Dienst in der Nationalen Volksarmee zum Schutz des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der DDR ist“[630]. Die vormilitärische Ausbildung sollte dazu dienen, die Studenten einerseits auf ihren Wehrdienst einzustimmen, andererseits, und das scheint das eigentliche Anliegen gewesen zu sein, die Bereitschaft zur Vaterlandsverteidigung zu schaffen und festigen. Die Ausbildung untergliederte sich in zwei Abschnitte. Sie vermittelte die Einführung in die allgemeine vormilitärische Ausbildung, die Gelände-, Schutz- und Schießausbildung, die Topographie, Ordnungsübungen und Sport, Dienstvorschriften sowie Pionier- und Sanitätsausbildung. Der Umfang betrug pro Teilabschnitt zehn Ausbildungstage á acht Stunden.[631]

Das Fachstudium führte das Grundlagenstudium in einer spezifischen Richtung weiter und schloss mit der Hauptprüfung ab. An das Fachstudium knüpfte sich zunächst das Spezialstudium an, in welchem der Student praktische und theoretische Probleme zu lösen hatte. Eigens dafür erfolgte die Einbeziehung in Forschungsaufgaben einer Sektion oder eines Instituts. Das Spezialstudium endete mit dem Erwerb des Diploms. Das Spezialstudium konnte sich in der Praxis allerdings nicht bewähren, da die Angst vor der Heranbildung einseitig gebildeter Experten zu groß war. So wurde es relativ schnell stillschweigend fallen gelassen.[632] Das Ziel des Forschungsstudiums, in dem ein eigener Beitrag zur Forschung

[629] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 92.

[630] Drucksache 511/201/Dr/168: Programm für die allgemeine vormilitärische Ausbildung der Studenten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR, hrsg. vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik, 1966, S. 5.

[631] Vgl. Drucksache 511/201/Dr/168: Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik (Hrsg.): Programm für die allgemeine vormilitärische Ausbildung der Studenten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR, S.10, 1966.

[632] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 69.

geleistet werden musste, stellte das Heranziehen hoch qualifizierte Kader dar. Es umfasste einen Zeitraum von zwei bis fünf Jahre. Nach einem erfolgreichen Promotionsverfahren schloss das Spezialstudium mit dem akademischen Grad des Doktors eines Wissenschaftszweiges ab.[633]

Von der Dritten Hochschulreform an existierten an den Universitäten und Hochschulen einheitliche Grundstudienpläne für die gesamte DDR. Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gab das Ausbildungsziel sowie einen einheitlichen Rahmen vor, der Wissenschaftliche Rat nahm die eigentliche Ausarbeitung vor.[634] Um dies einmal plastisch darzustellen, soll die Studienplanung am Beispiel der Fachrichtung Werkstoffkunde verdeutlicht werden. In den Akten des Chemnitzer Universitätsarchivs findet sich beispielsweise der Stundenplan für das Studienjahr 1968/69. Bei der Analyse wird schnell deutlich, dass im Grundstudium, also in den ersten beiden Jahren, die fachlichen Grundkenntnisse wie Höhere Mathematik, Darstellende Geometrie, Statik und Ähnliches vermittelt und die Spezialisierung der Kenntnisse, hier durch Dynamik, Metallurgie oder auch Galvanotechnik, erweitert wurden.[635] Die Bezeichnung der Studienabschnitte war neu, inhaltlich hatte sich allerdings nicht viel geändert. Bei einem Vergleich des Stundenplans von 1968/69 mit dem von 1956/57 geht hervor, dass bereits damals in den ersten zwei Jahren die Vermittlung der Grundlagenkenntnis in Form von Höherer Mathematik, Darstellender Geometrie, Statik und so weiter im Vordergrund standen, Dynamik, Galvanotechnik, Metallurgie und Ähnliches aufbauend im

[633] Vgl. Erläuterungen zu den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, hrsg. vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Januar 1966, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 5.
[634] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 98.
[635] Vgl. Drucksache 511/201/Dr/46: Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.) Studienpläne, Pläne für Leistungskontrollen für die Fachrichtungen Werkstoffkunde, Technologie der Plastverarbeitung, Ergonomie im Direktstudium, Studienjahr 1967/68, S. 3.

späteren Studienverlauf gelehrt wurden.[636] Der heutige Lehrplanaufbau für diese Fachrichtung ist ähnlich strukturiert, was die Vermittlung von Fachkenntnissen angeht. Der eigentliche Studienaufbau gestaltete sich demnach nicht neu. Auch die marxistisch-leninistischen Pflichtveranstaltungen sowie Russisch und Sport standen bereits 1956/57 auf dem Stundenplan.

Die Zulassungsordnung nannte neben der Hochschulreife drei weitere Voraussetzungen: die aktive Mitgestaltung an der sozialistischen Gesellschaft und deren Verteidigung, den Nachweis hoher fachlicher Leistungen sowie die Bereitschaft, alle Forderungen der sozialistischen Gesellschaft zu erfüllen und nach dem abgeschlossenen Studium einen entsprechenden Arbeitsplatz anzunehmen.[637] Die Bewerbung um einen Studienplatz erfolgte im Jahr vor der voraussichtlichen Studienaufnahme, und zwar in der Zeit vom 25. September bis 5. Oktober, in der gewünschten Fachrichtung an der entsprechenden Hochschule. Jeder zukünftige Student musste neben seinem Studienwunsch noch ein weiteres mögliches Fach angeben. Doppelbewerbungen waren untersagt[638]. Die Bewerbung zum Hochschulstudium umfasste die folgenden Daten: Name, Vorname, Anschrift, das letzte Zeugnis, soziale Herkunft, Personalausweisnummer, 1. Studienwunsch und Studienwohnort, 2. Studienwunsch und Studienwohnort, letzte Noten in Mathe, Physik, Geschlecht, derzeitige Tätigkeit, Wehrdienst, die wievielte Bewerbung ist das?, in der VVB?, erlernter Beruf, Besuch von BBS?, Jahr des Abiturs, Geburtsjahr und Schulzweig. Nach dem Einreichen wurden alle Bewerbungen an die Zentralstelle für Studienbewerbungen nach Magdeburg geschickt, dort ausgewertet und schließlich durch das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen an

[636] Vgl. Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt: Personal- und Vorlesungsverzeichnis, Studienjahr 1956/57, Herbstsemester 1956, Karl-Marx-Stadt 1956, S. 64ff.
[637] Vgl. Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 29.
[638] Vgl. Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 30.

die jeweiligen Hochschulen weiter gereicht.[639] Über die Aufnahme entschied eine vom Rektor gebildete Zulassungskommission auf der Grundlage der eingereichten Bewerbungsunterlagen.[640]

Zu den weiteren Charakteristika des Studiums in der DDR gehörte das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, welches seinen Einzug an die Universitäten und Hochschulen der DDR spätestens ab 1949 in Form der Pflichtvorlesung des Dialektischen und Historischen Materialismus fand und welches darauf abzielte, allen Studierenden fundierte und systematische Kenntnisse der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse zu vermitteln, ihr dialektisch-materialistisches Weltbild auszuprägen, ihre sozialistischen Überzeugungen zu vertiefen und sie zu verantwortungsbewussten Handeln an der Seite und im Interesse der Werktätigen und der Partei der Arbeiterklasse zu befähigen“[641]. Es umfasste die Fachgebiete Dialektischer und Historischer Materialismus, Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus sowie den Wissenschaftlichen Kommunismus (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung).

Dieses marxistisch-leninistische Studium diente dazu, den Studenten die gewünschte politisch-ideologische Anschauung zu vermitteln. Weil es sich dabei allerdings um eine Pflichtveranstaltung handelte, lässt sich die nur dürftige Begeisterung bei den meisten Studenten erahnen. Da das Grundlagenstudium mit Prüfungen abschloss, die über das weitere Fortkommen des Studenten entschieden, konnte ihm der Lernende nicht entgehen, sondern musste einen enormen Zeitaufwand investieren.

---

[639] Vgl. Hinweise für die Bewerbung zum Hochschuldirektstudium des Studienjahres 1966/67, in: 201/11/165 Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965, Band 2.
[640] Vgl. Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 30.
[641] Institut für Hochschulbildung (Hrsg.): Das Hochschulwesen in der DDR. Ein Überblick, Berlin 1980, S. 92.

Mit den marxistisch-leninistischen Pflichtveranstaltungen wollte die Parteiführung Einfluss auf die Erziehung jedes einzelnen Studenten nehmen. Es sollte Hilfe zur Selbsterziehung im Hinblick auf das sozialistische Moralbewusstsein und das praktische Handeln und Verhalten leisten und die Aneignung des eigenen Wissens zu ermöglichen. Ob dies allerdings durch eine Indoktrination erfolgreich sein konnte, wird hier in Frage gestellt.

Um sicher zu gehen, dass die Hochschullehrer und Mitarbeiter auf einer zuverlässigen politisch-ideologischen Basis agierten, wurde mit dem 1. September 1968 das System zur marxistisch-leninistischen Weiterbildung eingerichtet.

> „Die qualitative Verbesserung der Wirksamkeit der Lehrkräfte hängt v.a. von ihrer systematischen Weiterbildung auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus, der modernen sozialistischen Leitungswissenschaften sowie hinsichtlich der Aneignung der neuesten Erkenntnisse auf den verschiedensten Wissenschaftsgebieten ab.“[642]

Hier stand abermals die Erziehung im Mittelpunkt, erst danach kamen die fachlichen Qualifikationen. Durch dieses Weiterbildungssystem sollte der Missstand beseitigt werden, dass selbst die Lehrkräfte nur über ungenügende Fähigkeiten auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus verfügten.

Eine weitere Eigenheit des Studiums stellt die Einrichtung der Seminargruppe dar. Diese wurde bereits mit dem Studienjahr 1949/50 durch die FDJ als kollektive Lernbewegung eingeführt. Sie umfasste circa 20 Mitglieder. Vorerst erfolgte die Leitung durch einem Assistenten oder einem dafür fähig befundenen Studenten. Im

[642] Das künftige Profil in Ausbildung, Erziehung und Forschung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt entsprechend den Erfordernissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. – Hauptfragen für die Parteiarbeit, die sich daraus ergeben, in: Akte 201/11/301i (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Das künftige Profil in Ausbildung, Erziehung und Forschung der THK entsprechend den Erfordernissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Hauptfragen für die Parteiarbeit, die sich heraus ergeben (Vorlage für die SED-Bezirksleitung KMSt), September–Oktober 1967, S. 7.

Zuge der Zweiten Hochschulreform 1951 wurden die Gruppen in staatliche Seminargruppen umgewandelt, denen ein jeder Student während seines gesamten Studiums angehörte. Seit der Dritten Hochschulreform übernahm die Betreuung der Gruppe ein so genannter Seminargruppenbetreuer, der auch erzieherische Maßnahmen übertragen bekam.[643] Die eigentliche Leitung der Seminargruppen an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt lag wie an allen anderen Bildungseinrichtungen der DDR aufgrund der Einflussnahme auf die sozialistische Erziehung in den Händen der FDJ.[644]

Um möglichst gute Studienergebnisse zu erreichen, wurde das Mittel des Wettbewerbs eingeführt.

> „Er [der sozialistische Wettbewerb] dient der Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in Ausbildung, Erziehung und Forschung und damit der Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins aller Hochschulangehörigen. Dabei wird dem Kampf um den Staatstitel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit' besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Grundlage des Wettbewerbs bilden die gemeinsamen Arbeitsprogramme der staatlichen Leitung, der Gewerkschaftsorganisation und des sozialistischen Jugendverbandes."[645]

[643] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 94.
[644] Vgl. Diskussionsbeitrag: Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Hochschullehrern und Studenten bei der Lösung der Aufgaben der 3. Hochschulreform an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, in: Akte 201/11/300b (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Hochschullehrern und Studenten bei der Lösung der Aufgaben der III. Hochschulreform an der THK (Diskussionsbeitrag). 1968, S. 6.
[645] Drucksache 511/201/Dr/79D: Wettbewerb zwischen der TH Otto von Guericke Magdeburg und der TH Karl-Marx-Stadt zu Ehren des VII. Parteitages der SED und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, S. 1.

Der Wettstreit galt für die Dauer eines Studienjahres. Der Prorektor für Studienangelegenheiten legte jeweils zu Beginn des Jahres den Schwerpunkt des Wettbewerbs fest.[646]

Günther Dybowski, erster Sekretär der FDJ-Hochschulleitung Karl-Marx-Stadt zwischen 1967 und 1969, bezeichnet heute das Mittel des Wettbewerbs als eine „aufgesetzte Sache"[647] und resümierte, dass für die Wettstreite an sich oftmals keine zusätzlichen Arbeiten erfolgten, sondern oftmals bereits vorhandene Arbeiten eingereicht wurden. Das heißt, dass selbst diese positiv angedachte Sache nicht griff oder der Weg des geringsten Widerstands gewählt wurde. Die gesamte Beziehung zwischen der THK und der Technischen Hochschule Otto-von-Guericke, so fährt Dybowski fort, war von oben aufgesetzt. Das damit verfolgte Ziel bestand darin, dass sich beide Hochschulen gelegentlich gemeinsam an einen Tisch setzen sollten. Anspruch und Wirklichkeit gingen hier weitgehend auseinander, denn „es passierte viel auf dogmatischer Ebene, und das durchzusetzen, war nicht einfach", so Dybowski.[648]

Beispiel für einen sozialistischen Wettstreit war beispielsweise jener 1967 zwischen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt und der Technischen Hochschule Otto von Guericke Magdeburg, welche die Modellrolle bei der Umsetzung der Dritten Hochschulreform einnahm. Die Themenschwerpunkte lagen bei der Erziehung und Ausbildung, den Gesellschaftswissenschaften, dem Sport, der Kultur

[646] Vgl. Drucksache 511/201/Dr/83 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Akademischen Senats und der FDJ-Hochschulleitung über die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit und den Wettbewerb um hohe Studienleistungen der Studenten und jungen Wissenschaftlern an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 29. November 1967, S. 6.
[647] Interview mit Günther Dybowski vom 28. August 2007.
[648] Interview mit Günther Dybowski vom 28. August 2007.

und den Sprachen, der Forschung sowie der Verwaltung.[649] Den Höhepunkt der Studentenwettstreite bildeten die Leistungsschauen der Bildungseinrichtungen, ferner die Zentrale Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler.[650] Die Wettbewerbe sollten dazu dienen, die Studenten zu möglichst hohen Leistungen anzuhalten. Das Mittel des Wettbewerbs konnte positiv für sich verbuchen, dass es die Lernenden, anders als der Unterricht an den Universitäten und Hochschulen, besser motivieren konnte. Er war Mittel zum Zweck.

Weitere Einrichtungen zur Förderung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit stellten Praktika, Studentenzirkel und Studentenkonferenzen dar. Die Zirkel führten Seminar- und FDJ-Gruppen, verschiedene Studienjahre sowie diverse Fachrichtungen und Ausbildungseinrichtungen zusammen. Der Studentenzirkel galt deshalb als „wichtigste Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“[651]. Auf den wissenschaftlichen Studentenkonferenzen sollten die Ergebnisse der studentischen Arbeit ausgewertet und in Betrieben und Institutionen schließlich verteidigt werden.[652]

[649] Vgl. Drucksache 511/201/Dr/79D: Wettbewerb zwischen der TH Otto von Guericke Magdeburg und der TH Karl-Marx-Stadt zu Ehren des VII. Parteitages der SED und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, S. 2f.
[650] Vgl. Drucksache 511/201/Dr/83 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Akademischen Senats und der FDJ-Hochschulleitung über die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit und den Wettbewerb um hohe Studienleistungen der Studenten und jungen Wissenschaftlern an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 29. November 1967, S. 26.
[651] Drucksache 511/201/Dr/83 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Akademischen Senats und der FDJ-Hochschulleitung über die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit und den Wettbewerb um hohe Studienleistungen der Studenten und jungen Wissenschaftlern an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 29. November 1967, S. 25.
[652] Vgl. Drucksache 511/201/Dr/83 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Akademischen Senats und der FDJ-Hochschulleitung über die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit und den Wettbewerb um hohe Studienleistungen der Studenten und jungen Wissenschaftlern an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 29. November 1967, S. 25.

Das oberste Organ der Wissenschaftslandschaft der DDR verkörperte das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, welches „die einheitliche zentrale staatliche Leitung der Universitäten und Hochschulen hauptsächlich durch die Ausarbeitung von Grundsätzen und Direktiven für die Entwicklung des Hochschulwesens, durch die Koordinierung seiner Aufgaben mit den Aufgaben der anderen gesellschaftlichen Bereiche, durch die Gewährung der Mitbestimmung und Mitwirkung der Hochschulangehörigen an der Leitung und Planung des Hochschulwesens, durch die Entwicklung des Hochschulrechts und durch die Berufung und Abberufung aller Hochschullehrer“[653] verwirklicht.

Um die Struktur und Leitung der Universitäten und Hochschulen effektiver zu gestalten, gliederte sich die Lehranstalt im Zuge der Dritten Hochschulreform in zwei Leitungsebenen. Die erste Ebene umfasste die Leitung der Hochschulen und die zweite die der Sektionen, die bereits ausführlich dargestellt und analysiert wurde. Zur ersten Ebene: Sie legte die Weisungen für die gesamte Hochschule und für die zweite Leitungsebene fest.[654] Die Hochschulleitung übernahm der Rektor. Er stand der Einrichtung nach dem Prinzip der Einzelleitung und der persönlichen Verantwortung vor, was bedeutet, dass er für die Umsetzung der Politik haftbar gemacht werden konnte. Die Funktionalorgane des Rektors stellten die Prorektoren, welche vom Leiter der Hochschule ihre Vollmachten und Weisungen erhielten, dar.[655] Außer dem Prorektor als ersten Stellvertreter des Rektors, der über keinen spezifischen Tätigkeitsbereich verfügte und den Leiter der Hochschule unterstützte, gab es einen Prorektor für Prognose und Wissenschaftsentwicklung, der für die zukunftsweisende Entwicklung und der sich daraus ergebenden Erfordernissen für

[653] Institut für Hochschulbildung (Hrsg.): Das Hochschulwesen in der DDR. Ein Überblick, Berlin 1980, S. 293f.
[654] Vgl. Leitgedanken zur Durchführung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule Otto von Guericke Magdeburg (Neufassung), in: Akte 201/11/301k (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20. 8. 1968.
[655] Vgl. Vorlage für die Dienstbesprechung bei Genossen Minister Gießmann am 20. 6. 1968, in: Akte 201/11/301k (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20. 8. 1968, S. 47.

die Hochschularbeit die Verantwortung trug und dafür eng mit der Industrie, den Staatsorganen und leitenden Einrichtungen für Bildung zusammenarbeitete, und einen Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, welcher verantwortlich für die ideologischen Entwicklungsprozesse an der Hochschule sowie für die marxistisch-leninistische Erziehung war.[656] Neben den Prorektoren standen die Direktoren dem Rektor zur Verfügung. Es gab einen Direktor für Ausbildung und Erziehung, der die Sektionsdirektoren anleitete und kontrollierte, einen Direktor für Weiterbildung, welcher alle Entscheidungen des Rektors auf dem Gebiet der Weiterbildung von Hochschulkadern vorbereitete, einen Direktor für Kaderentwicklung, der die Ausarbeitung für Materialien der Kaderpolitik vornahm und für politische und fachliche Weiterbildung von Kadern sowie die Frauenförderung verantwortlich war. Schließlich trug der Direktor für Ökonomie die wirtschaftliche Verantwortung der Hochschule, erarbeitete ökonomische Planteile aus und erstellte die Perspektiv- und Jahrespläne. Des Weiteren existierte ein Direktor für die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Er organisierte Beziehungen der Universität mit dem Ausland, anderen Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen und staatlichen Organen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen der Sowjetunion.[657]

Der Gesellschaftliche Rat fungierte, ebenso wie der Wissenschaftliche Rat, als Beratungsgremium des Rektors. Dem Gesellschaftlichen Rat, welcher sich an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt am 18.7.1968, in Anwesenheit des stellvertretenden Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen Hermann Tschersich konstituierte, gehörten 43 berufene Mitglieder an. Davon waren 23 Hochschullehrer, Mitarbeiter und Studenten und 20 Vertreter gesellschaftlicher Organe des Bezirks, Vertreter der Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen, Volksbildung,

[656] Vgl. Vorlage für die Dienstbesprechung bei Genossen Minister Gießmann am 20. 6. 1968, in: Akte 201/11/301k (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20. 8. 1968, S. 49.

[657] Vgl. Vorlage für die Dienstbesprechung bei Genossen Minister Gießmann am 20. 6. 1968, in: Akte 201/11/301k (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20. 8. 1968, S. 50f.

Verarbeitungsmaschinen, Fahrzeugbau, Elektronik/Elektrotechnik und leitende Mitarbeiter der VVB, der Industrieforschungsinstitute, Betriebe sowie Funktionäre von SED, FDJ und FDGB. Die Mitglieder der Hochschule stellten den größten Anteil dar. Die Teilnehmer beschäftigten sich mit der Konzentration des wissenschaftlichen Potentials, der Durchsetzung der Wissenschaftsorganisation, der ökonomischen Leitung der Hochschule, den Prinzipien der sozialistischen Demokratie und mit der Entwicklung der Erziehung, Ausbildung und Gemeinschaftsarbeit.[658] Der Wissenschaftliche Rat, welchem 60 Mitglieder angehörten,[659] unterbreitete dem Rektor Vorschläge für die Realisierung der Empfehlungen des Gesellschaftlichen Rates, verlieh akademische Grade und untergliederte sich in die Fakultäten. Ein weiteres Beratungsgremium des Rektors stellte die Konferenz der Hochschule dar, bei der es sich um eine Versammlung der Delegierten aller Hochschulangehörigen handelt.

---

[658] Vgl. Der Beitrag der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975, Leipzig 1978, S. 9-52, hier: S. 29.

[659] Vgl. Der Beitrag der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975, Leipzig 1978, S. 9-52, hier: S. 29f.

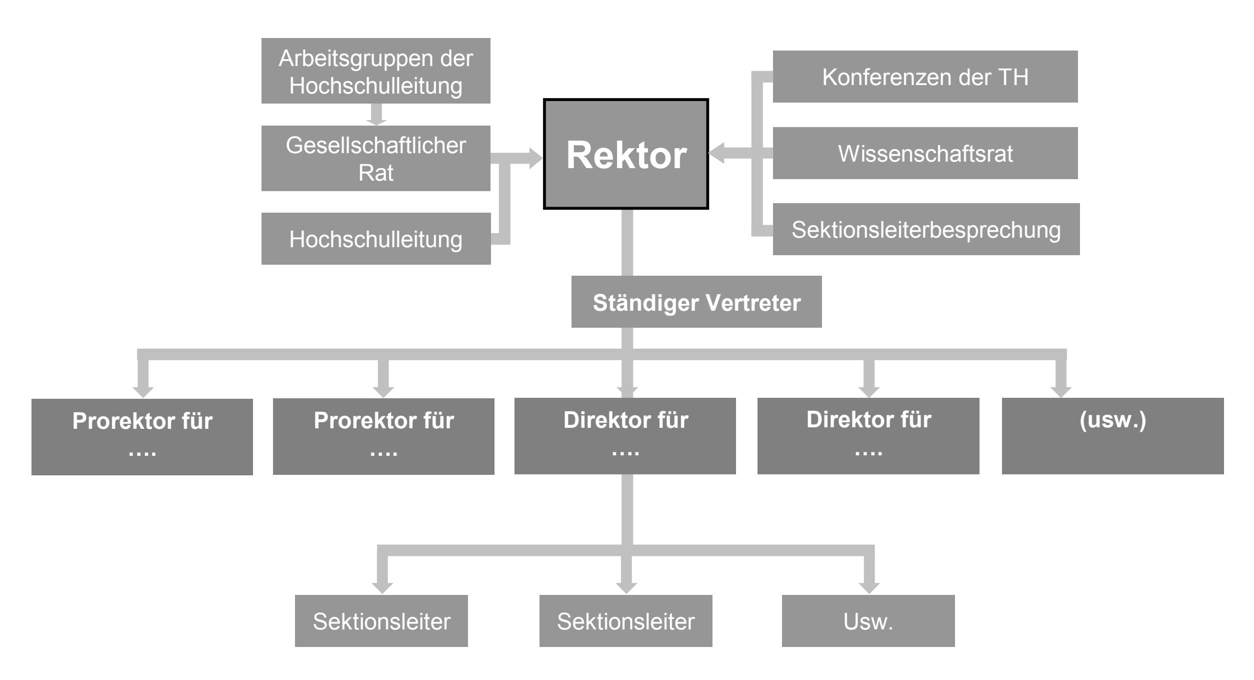


Abbildung 2: Grobstruktur der THK 1968[660]

> „Wissenschaft und Forschung haben einen entscheidenden Anteil daran, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaft in der Klassenauseinandersetzung mit den Imperialisten auf allen Gebieten des Lebens unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu erringen und zu sichern."[661]

Das bedeutete für die DDR im Prinzip nichts anderes, als dass die fehlenden Ressourcen durch Wissen wettgemacht werden sollte.

Im Zuge der Dritten Hochschulreform wurde die Forschung in der DDR darauf ausgerichtet, Theorie und Praxis zu verknüpfen, um die Ergebnisse unmittelbar in der Praxis anzuwenden. Dafür musste die Forschung den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen und in Übereinstimmung mit den Perspektivplänen

[660] Grobstruktur der THK, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968)

[661] Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/70. Führungskonzeption, 1969, in: Akte 202/1000/58 (UAC) THK (1969-1980). Rektorat. Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/70. Führungskonzeption, 1969, S. 1.

erfolgen, woraus sich die enge Kooperation zwischen der Grundlagen- und der Angewandten Wissenschaften ergab.[662]

Auch die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt bewertete die Prognosearbeit als besonders wichtig. Eigens dafür wurde mit der Dritten Hochschulreform ein Prorektorat für Prognose und Wissenschaftsentwicklung geschaffen. Seine Aufgabe bestand in der Durchführung systematischer Trenduntersuchungen und der Ermittlung, welche Verflechtungen zwischen den einzelnen Fachgebieten bestehen und genutzt werden können. Dadurch sollten sich zukünftige Aufgaben für die Wissenschaft ergeben. Eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie, dem Ministerium für Wissenschaft und Technik, der Deutschen Akademie der Wissenschaften sowie anderen Hochschulen und Universitäten der DDR war dafür zwingend notwendig. Im Ergebnis galt es das Forschungsprofil der Technischen Hochschule zu überarbeiten, Empfehlungen für zukünftige Forschungsvorhaben zu gegeben, Vorschläge für mögliche Kooperationen zu unterbreiten, den Boden für neue Fachgebiete und Lehrveranstaltungen zu ebnen sowie Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit aufzuzeigen.[663] Ziel der Untersuchungen des Prorektorats stellte die Erarbeitung der Jahrespläne der Hochschule, das Beschaffen von Investitionen, die Klärung der Planabstimmung mit dem Ministerium, die Erstellung statistischer Materialien und die Kontrolle der Vertragsinhalte dar.[664]

---

[662] Vgl. „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“, hrsg. vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Dezember 1965, in: Akte 201/11/234c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der THK bzw. zentralen Einrichtungen, 1966, S. 1ff.

[663] Vgl. Vorschlag. Aufgaben und Struktur des Prorektorats für Prognose und Wissenschaftsentwicklung vom 24. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben n Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 1f.

[664] Vgl. Vorschlag. Aufgaben und Struktur des Prorektorats für Prognose und Wissenschaftsentwicklung vom 24. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 2.

In Karl-Marx-Stadt begann der Prorektor für Forschungsangelegenheiten Christian Weißmantel ab 1966 „die Forschung nicht mehr nur nach Schwerpunkten, sondern nach Forschungskomplexen zu planen“[665]. Die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit der Industrie traf die THK 1967 auf der Forschungskonferenz.[666]

Die Forschungsschwerpunkte der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt:

- Sektion Fertigungsprozess und Fertigungsmittel: Um eine möglichst hohe Effektivität erreichen zu können, fassten Forschungsgruppen der Sektionen die Aufgaben zusammen. Damit war die Zusammenarbeit auch über mehrere Fachbereiche möglich. Der Forschungskomplex umfasste die Themen Mechanik großer Deformationen, Wärmebehandlung metallischer Werkstoffe, Elektrochemische Metallverarbeitung, Schleifen, Optimierung von Schweißprozessen und des Fertigungsverhaltens, Rationelle Fertigungs- und Prozessgestaltung sowie die Gestalt- und Zahnradmessung[667]

- Sektion Mathematik: Im Mittelpunkt standen hier neben der Entwicklung von Programmierungssprachen für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, was als Vertragsforschung mit dem VEB Carl Zeiss Jena lief, die Optimierungsprobleme als Vertragsforschung mit dem VEB

[665] Der Beitrag der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963–1975. Festschrift, Leipzig 1978, S. 9-52, hier: S. 13.
[666] Vgl. Der Beitrag der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975, Leipzig 1978, S. 9-52, hier: S. 28.
[667] Vgl. Sektion Fertigungsprozess und Fertigungsmittel, in: Akte 201/11/262b THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

Elektrogerätewerk Auerbach, die Gleichungen der mathematischen Physik, der programmierte Unterricht und die Optimierung der Lehrprogramme.[668]

- Sektion Physik und elektronische Bauelemente: Die Forschung dieser Sektion geschah im Wesentlichen im Auftrag und Übereinstimmungen mit den VVBs. Daneben standen die Probleme der Verschleißforschung und Forschungen zum Aneignungsprozess des physikalischen Lehrstoffes im Schul- und Hochschulbereich im Zentrum.[669]

- Sektion Maschinen-Bauelemente: Die Grundlagenforschung der Sektion Maschinen- Bauelemente betätigte sich auf dem Gebiet der Festkörpermechanik, der Maschinendynamik und der Konstruktionswissenschaften. Des Weiteren wurde sich hier mit Maschinenbauelementen und dem Verhalten im Maschinensystem, der Maschinendynamik, der Maschinenmesstechnik, der Optimierung von Bauelementen sowie der Schmierungstechnik beschäftigt.[670]

- Sektion Verarbeitungstechnik: In ihr bildeten die Optimierung der Prozesse der Verarbeitungstechnik, die Angewandte Forschung zur Steigerung der Funktionssicherheit und Lebensdauer von Verarbeitungsmaschinen, das Beschichten und Bewegen von Flachformstoffen- und Erzeugnissen, die Programmierung und Steuerung bei der Textilherstellung, das deformationsmechanische Verhalten von Plasten sowie die wissenschaftliche

[668] Vgl. Sektion Mathematik, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform- Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[669] Vgl. Sektion Physik/Elektronische Bauelemente, in Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[670] Vgl. Maschinen-Bauelemente, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

Durchdringung des Spitzgießprozesses die Schwerpunkte. Auch dafür war die Kooperation der Sektionen untereinander von Bedeutung.[671]

- Sektion Automatisierungstechnik: Hier standen die Kybernetische Systemtheorie, das Maß-, Korrektur- und Optimierungsverfahren, die Hydraulische Antriebs- und Steuerungstechnik, die Antriebselemente und Antriebstheorie, die Steuerungstechnik und Steuergeräte und die Numerische Steuerung im Mittelpunkt. Dafür war auch die Zusammenarbeit mit den anderen Sektionen relevant. In Fragen der Systemtheorie sollte die Sektion Mathematik zu Rate gezogen werden. Bei Problemen die Strömungstechnik- und Mechanik sollte mit der Sektion Maschinen- Bauelemente kooperiert werden.[672]

- Sektion Informationsverarbeitung: Diese forschte „auf dem Gebiet der ersten Peripherie einschließlich der feinmechanisch-konstruktiven Problemstellungen bis hin zur Zeichenerkennung“[673].

- Sektion marxistisch-leninistische Grundlagenwissenschaften: In dieser Einheit erfolgte die Orientierung auf historische, philosophische und soziologische Fragen von Wissenschaft und Technik. Den Schwerpunkt bildet

[671] Vgl. Änderung des Entwurfes zur weiteren Durchführung der Hochschulreform an der TH vom 26. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 2.
[672] Vgl. 5. Entwurf zur Gründung der Sektion „Automatisierungstechnik“ vom 28. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 2ff.
[673] Sektion Informationsverarbeitung, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform- Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

die Aufgabe, „die Studenten in die Bearbeitung anstehender Themen im Rahmen der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit mit einzubeziehen“[674].

- Sektion Fremdsprachen: Die Sektion Fremdsprachen widmete sich der Untersuchung der Fachsprache in lexikalischer und struktureller Hinsicht. Die zu analysierenden Sprachen waren Russisch, Englisch, Französisch und Polnisch. Des Weiteren wurden die modernen Sprachvermittlungsprozesse untersucht und herausgebildet.[675]

- Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften: Das Ziel der Forschung dieser Einheit bestand darin, einen gewissen wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen. Ausgerichtet war die Forschung besonders auf die Durchdringung der Produktionsprozesse in der metallverarbeitenden Industrie. Dadurch sollten optimale Leitungs- und Organisationsformen- und Methoden geschaffen werden. Die Forschungsschwerpunkte lagen auf der Konzentration der Produktion in der metallverarbeitenden Industrie sowie der Arbeitsgestaltung mechanisierter und automatisierter Prozesse.[676]

- Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie: Bis 1974 konzentrierte sich die Forschung auf die Grundlagen des Fertigungsprozesses, Automatisierung der technologischen Vorbereitung der Produktion, Rationalisierung des Produktionsprozesses. Ab 1974 kamen noch Probleme

[674] Sektion marxistisch-leninistische Grundlagenwissenschaften, in: Akte 201/11/262b THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform - Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.
[675] Vgl. Die Aufgaben des Instituts für Fremdsprachen in der Hochschulreform vom 5. 6. 1968, in: Akte 201/11/262a (UAC) THK (1953-1968). Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben. Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK, 1968, S. 4f.
[676] Vgl. Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform- Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

- Sektion Chemie: Die Sektion Chemie widmete sich in ihrer Arbeit der Chemie und Analytik von dünnen Schichten, der chemischen und elektronischen Metallverarbeitung, der physikalischen Chemie und Elektrochemie von Halbleitern, des Weiteren den Elektronische Eigenschaften organischer Festkörper[678]

- Sektion Rechentechnik/Verarbeitungstechnik: Die Forschungsschwerpunkte dieser Sektion waren die Optimierung der Prozesse der Textil-, polygraphischen Papier- und Plastverarbeitung, die Untersuchung des Verhaltens von Stoffen aus Papier, Plaste und Textilfasern sowie die Optimierung der Funktionssicherheit und Lebensdauer von Verarbeitungsmaschinen.[679]

Die Forschungstätigkeit an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt entwickelte sich, so Rektor Hans Jäckel im April 1968, gut. Im Vergleich zu 1965 erreichte die THK beispielsweise 1967 auf dem Gebiet der Grundlagenforschung

---

[677] Vgl. Der Beitrag der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975, Leipzig 1978, S. 9-52, hier: S. 89.

[678] Vgl. Sektion Chemie, in: Akte 201/11/262b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform- Materialien der Arbeitsgruppe „Struktur und Leitung“, Mai-Juni 1968.

[679] Vgl. Profilierung der Ausbildung, Erziehung und Forschung im Bereich der III. Fakultät der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, in: Akte 201/11/251b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Die Neugestaltung der Ausbildung, Erziehung und Forschung an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt entsprechend des VII. Parteitages und den „Prinzipien zur Neugestaltung der Ausbildung, Erziehung und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR“, 14. 4. 1968, S. 5.

eine deutliche Steigerung und erzielte in der Vertragsforschung ein Wachstum um das 1½ -fache. Die Einbeziehung der Studenten in die Forschung, zum Beispiel durch Diplomarbeiten und Ingenieurpraktika, konnte eine positive Bewertung erfahren.[680]

Die Hauptpraxisvertreter der TH Karl-Marx-Stadt waren unter anderem: VEB Werkzeugmaschinen-Kombinat „Fritz Heckert“, VVB Textima Karl-Marx-Stadt, VVB Plast-Elast Berlin, VEB Kombinat Robotron, VEB Carl Zeiss Jena, VVB Automobilbau.[681]

7.2.3 Rolle der FDJ

Im Zuge der Hochschulreform galt es, „optimale Bedingungen für die sozialistische Persönlichkeit [zu schaffen] [...], um klassenbewusste, hochqualifizierte Fachleute zu erziehen, die das sozialistische System erfolgreich gestalten.[682] Für die Freie Deutsche Jugend ergaben sich daraus folgende Aufgaben:

> „Daraus ergibt sich für die Freie Deutsche Jugend an den Hochschulen eine erhöhte Verantwortung für die klassenmäßige Erziehung aller Studenten in untrennbarer Einheit mit der Verbesserung der Studienleistungen, d.h. den Marxismus-Leninismus zu studieren und anzuwenden, an der Seite der Arbeiterklasse mit ganzem Herzen für den Sozialismus in der DDR zu kämpfen, zu arbeiten, zu lernen und bereit zu sein, ihn jederzeit zu schützen, konsequent gegen den westdeutschen Imperialismus zu kämpfen, die Freundschaft zur Sowjetunion zu vertiefen und nach den Normen des proletarischen

[680] Vgl. Schreiben des Rektors vom 10. 4. 1968, in: Akte 201/11/251b (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Die Neugestaltung der Ausbildung, Erziehung und Forschung an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt entsprechend des VII. Parteitages und den „Prinzipien zur Neugestaltung der Ausbildung, Erziehung und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR“, 14. 4. 1968, S. 8f.

[681] Vgl. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt, in: Akte 202/1000/56 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Kurzcharakteristik der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hochschulpass), 1969, S. 6.

[682] Vgl. Sitzung des Sekretariats vom 4. 7. 1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl- Marx- Stadt (1968-1969), S. 2.

> Internationalismus zu handeln. Die Freie Deutsche Jugend hat große Verpflichtung bei der Lenkung und Leitung dieses Erziehungsprozesses.“[683]

Die Hauptaufgabe der Jugendorganisation blieb es, den Studenten die politisch-ideologische Richtung vorzugeben und sie von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu überzeugen. Das Ergebnis ihrer Arbeit sollte es schließlich sein, dass alle Studenten den Führungsanspruch der SED anerkannten und sich selbstständig mit den jeweiligen Beschlüssen der Partei der Arbeiterklasse vertraut machen. Es war sichtbar geworden, dass die sozialistische Erziehung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen nur erfolgreich sein kann, „wenn die Persönlichkeitsentwicklung des Studenten durch einheitliche, gezielte pädagogische Maßnahmen des Lehrkörpers und der Kollektive des sozialistischen Jugendverbandes gelenkt und im Sinne einer kameradschaftlichen Selbsterziehung eines jeden Studenten gefördert wird“[684]. Die Organisation sollte eine offensive, zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit leisten und dadurch die Jugendlichen zu den von den Parteiführern geforderten Persönlichkeiten erziehen. Ihre gesamte politische Tätigkeit musste dementsprechend darauf ausgerichtet sein, die eigenen Mitglieder von einer vorbehaltslosen Anerkennung der Politik der SED zu überzeugen und sie für die aktive Mitarbeit an der Durchführung zu gewinnen.[685]
Die Jugendorganisation erhielt gerade den Erziehungsauftrag aus dem Aufgabenkatalog der Dritten Hochschulreform, da es ihr über die Seminar-und FDJ-Gruppen, in welcher der Student von Studienbeginn an involviert war, möglich

---

[683] Abschrift. Beschluss des Staatsrats der Freien Deutschen Jugend vom 17. Januar 1967, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel zwischen der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl- Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969), S. 3.
[684] Neufassung der Abschnittes 2 des Manuskriptes „Weitere Maßnahmen zur Durchführung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt“, in Akte 201/11/262c (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform. Allgemeine Materialien des Leiters Wissenschaft im Rektorat-Dr. W. Lohse, April-Juli 1968, S. 2f.
[685] Vgl. Beschluß des Büros des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit dem Zentralrat der FDJ. 1966-1969, S. 4.

schien, Kontakt zu jedem einzelnem Mitglied aufzunehmen.[686] In den Gruppen des Verbandes verbrachte der Student einen Großteil seines außeruniversitären Lebens. Die Studentenwohnheime, die Studentenklubs, die Arbeitseinsätze und viele andere Dinge mehr leitete die FDJ oder überwachten sie. Des Weiteren übte die FDJ innerhalb der Gruppe „die öffentliche Kontrolle über die Studienhaltung und die Studienergebnisse jedes Studenten“[687] aus. Fiel beispielsweise ein Student durch besonders schlechte Studienergebnisse auf, nahm die Gruppe ihn in ihre Obhut, lernte mit ihm. So zumindest lautete die offizielle Darstellung. Wenn allerdings eine Betrachtung der Studienergebnisse aus dieser Zeit erfolgt, muss resümiert werden, dass entweder die Methode nicht griff oder sie nicht zur Anwendung kam. Betrug der Durchschnitt aller Noten aus Leistungskontrollen der Matrikel von 1962 im Jahre 1966 2,91, so betrug der Mittelwert der Matrikel von 1966 3,28.[688]

> „Die FDJ-Gruppe ist das Hauptfeld der Erziehung und Selbsterziehung zum sozialistischen Klassenstandpunkt und zur schöpferisch-produktiven Haltung zum Studium, der

[686] Vgl. Arnold Freiburg/Christa Mahrad: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982, S. 172.

[687] Beschluß des Büros der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel zwischen der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969), S. 13.

[688] Vgl. Anlage IVc: Entwicklung der Studienleistungen der einzelnen Matrikel nach Ende der Studienjahre 1965/66 und 1966/67 bezogen auf Durchschnitt aller bisher erzielten Noten in Leistungskontrollen, Anlage von: Das künftige Profil in Ausbildung, Erziehung und Forschung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt entsprechend den Erfordernissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. -Hauptfragen für die Parteiarbeit, die sich daraus ergeben, in: Akte 201/11/301i (UAC) THK (1953-1968) Rektorat. Das künftige Profil in Ausbildung, Erziehung und Forschung der THK entsprechend den Erfordernissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Hauptfragen für die Parteiarbeit, die sich heraus ergeben (Vorlage für die SED-Bezirksleitung KMSt), September-Oktober 1967.

> Auseinandersetzung um die politische Aktivität und das saubere moralische Verhalten jedes einzelnen.“ [689]

Die Erziehung der Jugendlichen war wohl die komplexeste Aufgabe bei der Durchführung der Hochschulreform, weil ein veränderter Leitungsaufbau der Universitäten, Hoch- und Fachschulen, neue Lehrpläne oder eine neue Organisationsstruktur leichter umzusetzen waren, da diese oktroyiert wurden. Aber in das studentische Bewusstsein einzudringen, es nach der eigenen politisch-ideologischen Vorstellung zu prägen und dadurch die Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten zu entwickeln, gestaltete sich wesentlich schwieriger. Dazu sollten im Wesentlichen die FDJ-Gruppen beitragen. Da die Studenten in ihnen von Studienbeginn an involviert waren, bot sich in ihrem Rahmen am besten die Möglichkeit, intensiv auf ihre Mitglieder, auf jeden Einzelnen, einzuwirken.

Die Umsetzung der 3. Hochschulreform galt von 1967 an als das wichtigste Ziel aller Hochschulen und Universitäten in der Deutschen Demokratischen Republik. Zur Orientierung dienten die „Prinzipien“, die IV. Hochschulkonferenz sowie die Beschlüsse des VII. Parteitages, welcher die Bedeutung der FDJ als „Reserve der Partei“[690] hervorhob und würdigte. Werner Jentsch, Sekretär des Zentralrats der FDJ, äußerte sich wie folgt zu dem Parteitag:

> „Die Partei der Arbeiterklasse hat uns jungen Menschen mit den Beschlüssen des VII. Parteitages eine große schöne Perspektive gegeben, wie sie noch keine Generation jemals in der deutschen Geschichte gewiesen wurde. Die geschichtliche Aufgabe der Jugend unserer Republik besteht darin, gemeinsam mit allen Bürgern den Sozialismus zu

[689] Beschluß des Büros der Freien Deutschen Jugend vom 3. Mai 1967. Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel zwischen der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966-1969), S. 8.

[690] Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik Teil II. Von 1967 bis 1971, o.A., S. 9.

> vollenden. [...] Die Freie Deutsche Jugend sieht ihre Aufgabe darin, gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften - im Betrieb, in der LPG, in der Schule, in der Universität und im Wohngebiet- die Mädchen und Jungen für das Leben und die Arbeit im Sozialismus zu begeistern und ihre Bereitschaft zu fördern, Taten für unsere Republik zu vollbringen."[691]

Die FDJ erkannte die Aufgabe, die ihr von Seiten der Partei aufgegeben wurde, vorbehaltlos an. Es scheint, dass sich der Jugendverband glücklich schätzte, eine solch wichtige Rolle bei der Umsetzung der Hochschulreform einzunehmen.

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 8. und 9. April 1967 wurde über die politisch-ideologische Erziehung der Studenten resümiert, dass sie noch immer, fast 30 Jahre nach der Gründung der DDR, in ihrer Wirksamkeit den Anforderungen nicht entsprach.[692] Es war noch ein weiter Weg zu einer allseits sozialistisch gebildeten Persönlichkeit, die über den gewünschten politisch-ideologischen Standpunkt verfügte.

Am 2. Mai 1967 legte die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt einen ersten Informationsbericht über „konkrete Ereignisse und Maßnahmen, die sich aus den Forderungen und Beschlüssen des VII. Parteitages"[693] ergaben, vor. Günter Dybowski schrieb darin an die Bezirksleitung der Freien Deutschen Jugend Karl-Marx-Stadt, dass an der Hochschule bereits dazu übergegangen wurde, erste konkrete Schritte einzuleiten. Dazu gehörten neben Bestimmungen in der erzieherischen Leistung auch der „verstärkte Kampf gegen Mittelmäßigkeit in Studium und in der Forschung [...] [und gegen die] Studienzeitüberschreitung"[694].

[691] „Der Auftrag der FDJ", in: Freie Presse vom 10.05.1967, S. 1.
[692] Vgl. Diskussionsbeitrag zur Bezirksdelegiertenkonferenz am 8./9.4.67, in: Akte 231/6 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Bezirksdelegiertenkonferenz, 8. und 9.April 1967, S. 4.
[693] Informationsbericht an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt („Gen. Dieter Junge") vom 2. Mai 1967, in: Akte 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 1.
[694] Informationsbericht an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt („Gen. Dieter Junge") vom 2. Mai 1967, in: Akte 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 1.

Um den Parteitag auch längerfristig auswerten zu können, mussten die Studenten gründlich mit seinen Materialien vertraut gemacht werden, wofür u.a. beschlossen wurde, am Institut für Marxismus-Leninismus für alle Fachrichtungen für das nächste Studienjahr kommende Studienprogramme unter Berücksichtigung theoretischer Probleme des VII. Parteitages zu erarbeiten.[695]

Der Zentralrat der FDJ präsentierte am 3. Mai 1967 seinen Beschluss über „Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen“ vor, worin er die studentischen Aufgaben definierte. Der Studierende sollte rege in die Lösung von praktischen gesellschaftlichen Aufgaben einbezogen werden, damit dieser Verantwortung für die Gesellschaftsentwicklung übernehmen konnte.[696] Um eine bessere Wirkung bei der Anleitung der Studierenden zu erreichen, trugen die FDJ-Leitungen auch die Verpflichtung für das politische und geistig-kulturelle Leben in den Studentenklubs, in den Wohnheimen und während der Semesterferien. In den Studentenklubs lag die Verantwortung des Jugendverbands darin, aufzupassen, dass die Programme der Klubs der Erfüllung der politischen Hauptaufgaben der Freien Deutschen Jugend dienten. Eine Atmosphäre des sozialistischen Lebens und Lernens sollte sich in den Studentenwohnheimen entwickeln. In den Winter- und Sommerferien war es die Aufgabe der Kreis- beziehungsweise Grundorganisationen der FDJ, Pläne für die massenpolitische Arbeit zu erstellen und eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu sichern.[697] Wie daraus hervorgeht, konnte sich dem Einfluss der Freien Deutschen

[695] Vgl. Informationsbericht an die Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt („Gen. Dieter Junge“) vom 2. Mai 1967, in: Akte 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 2.

[696] Vgl. Beschluss des Büros des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend „Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen“ vom 3. Mai 1967, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, Schriftwechsel mit dem Zentralrat der FDJ, 1966-1969.

[697] Vgl. Beschluss des Büros des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend „Ziel und Inhalt der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen“ vom 3. Mai 1967, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, Schriftwechsel mit dem Zentralrat der FDJ, 1966-1969.

Jugend so gut wie nicht entzogen werden. Der Zentralrat der FDJ wollte mit diesem Beschluss nicht nur das Studium völlig kontrollieren, sondern auch das private, außeruniversitäre Leben der Lernenden.

Die Arbeit innerhalb der FDJ-Gruppen, so stellte sich schnell heraus, verlief nicht wie geplant, wie sich bereits 1966, als die Tätigkeit der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt für das Studienjahr 1965/66 eingeschätzt wurde, zeigte:

> „In der Mehrzahl der Gruppen fiel es unseren Freunden schwer, die Mitgliederversammlungen entsprechend den Anleitungen mit den gestellten politischen Schwerpunkten vorzubereiten und durchzuführen. In der Vergangenheit standen doch fast ausschließlich Studienprobleme auf der Tagesordnung.“[698]

Diese Beurteilung der eigenen Arbeit präzisierte die Situation in den Gruppen. Eine politisch-ideologische Durchdringung war längst nicht erreicht. Nicht die Werke von Marx, Engels und Lenin standen im Mittelpunkt der Diskussion, sondern alltägliche und fachspezifische Probleme der Studenten. Dies verdeutlicht, dass das marxistisch-leninistische Studium hinter dem eigentlichen fachlichen Studium zurückstand und von vielen eher als Pflichtveranstaltung betrachtet wurde.

Im Mai 1967 wurde erneut kritisiert, dass das FDJ-Jahr an der TH unbefriedigend verlaufen war. Zwar beschäftigte sich der Jugendverband mit dem Stand der Durchführung, Schlussfolgerungen aber blieben aus. Das Informationssystem über die Tätigkeit der Jugendorganisation funktionierte unzureichend, da nur sehr wenige

[698] Einschätzung der Tätigkeit der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1965/66 vom 2. Juni 1966, in: Akte 231/1 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit dem Zentralrat der FDJ. 1966-1969, S. 1.

Gruppen über ihre Arbeit Bericht erstatteten.[699] Es musste einiges verändert werden, um den Endergebnissen Rechnung tragen zu können. Das musste das Sekretariat der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt erkennen.

Aus diesem Grund erfolgte im Mai 1966 der Hinweis, dass Analysen zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten formuliert sowie die „politisch-organisatorische Festigkeit der Kreis- bzw. Grundorganisation" ausgewertet werden sollten, um einzuschätzen, ob sich Erfolge bei der politisch-ideologischen Erziehung eingestellt haben. Anschließend mussten Schlussfolgerungen für die weitere Tätigkeit gezogen werden.[700] In den Analysen sollten folgende Schwerpunkte Berücksichtigung finden:

> „1. Analyse des Denkens und Handelns der FDJ-Mitglieder und Studenten – ihrer ideologischen Positionen zum Sozialismus in der DDR, zur SED und zu den Grundproblemen des Klassenauseinandersetzung in Deutschland.
> Besonders anhand der Teilnahme der Studenten an der Parteidiskussion und an den Ergebnissen der Mitgliederversammlungen Januar bis Mai 1967 in Vorbereitung und erster Auswertung des Parteitages und des Parlaments […]
> 2. Der Kampf um wissenschaftliche Höchstleistungen im Studium und um die breite Durchsetzung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studenten.[…]
> 3. Die Entwicklung eines niveauvollen geistig-kulturellen Lebens und die Wirksamkeit der FDJ-Studenten außerhalb der Bildungseinrichtungen […]
> 4. Einschätzung der politischen Wirksamkeit der gewählten Leitungen und der politisch-ideologischen und –organisatorischen Festigkeit des FDJ-Aktivs […]

[699] Vgl. Die Verwirklichung des Propagandabeschlusses des Sekretariats des Zentralrats vom 5. 5. 1967, in: Akte 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 4.

[700] Vgl. Hinweise für den Inhalt und der Analysen über die Tätigkeit der FDJ an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen im Studienjahr 1966/67, vom Mai 1967, in: Akte 2079/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten, Post vom ZR, 1965-1969, S. 1.

5. Welche inhaltlichen Probleme ergeben sich für die Arbeit der FDJ-Kreis- bzw. Grundorganisation in Auswertung des VII. Parteitages der SED und des VIII. Parlaments und welche Vorstellungen werden zu deren führungsmäßiger Umsetzung entwickelt? […]“[701]

Das Sekretariat der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt verfasste im August 1967 einen Führungsplan zur Arbeit an den Hoch- und Fachschulen im Bezirk Karl-Marx-Stadt für das Studienjahr 1967/68. Darin hieß es, dass das FDJ Kreissekretariat nun vierteljährlich zur politisch-ideologischen Situation der FDJ-GO Stellung nehmen sollte. Die Grundorganisation selber erhielt den Auftrag, sich ein Programm für die politisch-ideologische Tätigkeit zu erarbeiten.[702] Auf der Grundlage der Einheit von Politik, Wissenschaft, sozialistischer Klassenerziehung und wissenschaftliche Ausbildung beinhaltete, galt es die Aufmerksamkeit des Verbandes schwerpunktmäßig auf das Erzielen von wissenschaftlichen Höchstleistungen, das Verwirklichen der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit, die Kontrolle des studentischen Erziehungsprozesses, das Senken der frühzeitigen Exmatrikulationen, das Einbeziehen der Studenten in die kulturelle und sportliche Selbstbetätigung und natürlich vermitteln der Grundsätze des Marxismus-Leninismus zu konzentrieren.[703] Dieses Programm hielt der FDJ vor Augen, wo ihre Aufgaben lagen, und dass sie weiter an der Verwirklichung arbeiten muss. Die Ziele sollten nicht aus den Augen verloren werden.

---

[701] Hinweise für den Inhalt und der Analysen über die Tätigkeit der FDJ an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen im Studienjahr 1966/67, vom Mai 1967, in: Akte 2079/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Studenten, Studenten, Post vom ZR, 1965-1969, S. 2ff.
[702] Vgl. Führungsplan des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt zur Arbeit an den Hoch- und Fachschulen des Bezirkes im Studienjahr 1967/68, in: 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 10.
[703] Vgl. Führungsplan des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt zur Arbeit an den Hoch- und Fachschulen des Bezirkes im Studienjahr 1967/68, in: 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 1ff.

> „Unser Ziel ist, dass alle Studenten den Marxismus-Leninismus als Grundlage in allen Fachgebieten und als Theorie und Praxis der Politik der Arbeiterklasse und ihrer Partei begreifen und beherrschen lernen."[704]

Hierfür musste die Organisation der Freien Deutschen Jugend stabilisiert und sowohl ihre Rolle als auch ihre Wirksamkeit weiter erhöht werden.

Am 4. Juli 1968, über ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Dritten Hochschulreform, fand eine Sitzung des Sekretariats der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt statt. Erneut wurden Aufgaben und Grundlagen der Reform gezeigt, aber auch kritisch Stellung zum bisherigen Verlauf genommen:

> „Einigen Leitungen fällt es schwer, den Inhalt der Hochschulreform zu erkennen und daraus den FDJ-Studenten die richtigen Aufgaben zu übertragen. Damit wird an die vorhandene Aufgeschlossenheit nur ungenügend angeknüpft und sie nur ungenügend in aktives Handeln umsetzt."[705]

Ob die Lernenden der Novellierung, die keine Art von Autonomie zuließ, wirklich so offen und aufgeschlossen gegenüberstanden, bleibt zweifelhaft. Vor allem die abwartende Haltung, die Gleichgültigkeit und der Pessimismus an der THK erhielten Kritik. Bedingt sei dies durch die ungenügende politisch-ideologische Auseinandersetzung sowie durch das „oberflächliche Herangehen an die sozialistische Hochschulreform"[706]. Hinzu kam, dass in den FDJ-Gruppen das Studium des Marxismus-Leninismus gegenüber dem Spezialfach noch immer

[704] Führungsplan des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt zur Arbeit an den Hoch- und Fachschulen des Bezirkes im Studienjahr 1967/68, in: 231/9 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, S. 2.
[705] Sitzung des Sekretariats: 4. 7. 1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 10.
[706] Sitzung des Sekretariats: 4. 7. 1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 10.

unterbewertet wurde. Auch die Arbeit der Grundorganisationen erfuhr Beanstandung, da „[...] auch [sie es] nicht verstanden hat, das Propagandasystem der FDJ zielstrebig zu führen“[707]. Die Umsetzung der Hochschulreform war also ein Jahr nach ihrem Beschluss an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt angelaufen, was beispielsweise an den veränderten Stundenplänen ersichtlich war, ihre Realisierung aber hatte sich noch nicht eingestellt. Einige kleinere Teilerfolge waren erreicht, eine ständige ideologische Auseinandersetzung oder eine auch nur annähernd analytische Arbeit jedoch nicht durchgeführt:

> „Es werden wichtige Aufgaben der Hochschulreform nicht oder nur ungenügend gelöst, wie zum Beispiel die wirksamere Gestaltung des Propagandasystems, die Führung des Wettbewerbs um den Titel `sozialistisches Studentenkollektiv` und andere.“[708]

Die volkswirtschaftliche Annäherung war an der THK vorhanden, die neuen Studienprogramme erstellt, aber die ideologische Prägung der Studenten ließ zu wünschen übrig. Aufgrund dessen erhielt die FDJ ein hohes Maß an Schuldzuweisungen, und hier im Besonderen Günter Dybowski, dem die THK vorwarf, er führe den politisch-ideologischen Erziehungsprozess nur ungenügend durch und von einem „festen politischen Führungskollektiv“ sei die Leitung der FDJ-GO noch weit entfernt.[709]

Führende FDJ-Funktionäre hatten ihre Aufgabe als politisch-ideologischer Erzieher nur unzureichend wahrgenommen, was zu dem Schluss führte, dass das Sekretariat der SED den Erziehungsprozess in der Leitung der FDJ-Grundorganisation stärker

[707] Sitzung des Sekretariats: 4.7.1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 12.
[708] Sitzung des Sekretariats: 4.7.1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 12.
[709] Sitzung des Sekretariats: 4.7.1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 16.

beeinflussen und durchdringen musste.[710] Die Lösung sah die THK darin, die Grundfragen der sozialistischen Umgestaltung verstärkt gemeinsam zu diskutieren. Studenten und Wissenschaftler sollten sich mit dem Klasseninhalt und dem revolutionärem Wesen der sozialistischen Hochschulreform vertraut machen, um eine aktive Mitarbeit zu erreichen.[711] Der Jugendverband versuchte durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Reformprozess die Studenten für die Ideen der Novellierung begeistern zu können, um diese zu mobilisieren, sich selbstständig mit der Hochschulreform auseinanderzusetzen.

Zur Umsetzung der Ziele wurden die Geschäftsbereiche studentische Jugend, Arbeiterjugend und Agitation/Propaganda beauftragt, bis zum 30. September 1968 eine Arbeitsgruppe zu diesen Plänen zu bilden und entsprechende Konzeptionen vorzulegen.[712] Infolge dessen erhielt der erste Sekretär Günter Dybowski in einem Brief vom 15. August 1968 den Auftrag, 160 Propagandisten für die FDJ-Grundorganisation sowie 100 Propagandisten für die Arbeit außerhalb der FDJ-GO zu gewinnen,[713] um die Jugendorganisation zu stärken. Denn über je mehr Rückhalt die Organisation verfügte und je mehr zuverlässige Funktionäre die FDJ für sich gewinnen konnte, desto stärker schien ihre eigene Position. Des Weiteren erhoffte sie sich davon, dass mit mehr gewissenhaften Mitarbeitern besser auf die Jugendlichen eingewirkt werden könne. Die verbesserte politisch-ideologische Erziehung sollte sich im Ergebnis schließlich einstellen. Die Zahl von 260 war

[710] Vgl. Sitzung des Sekretariats: 4.7.1968, in: Akte 231/10 (UAC)Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 17.
[711] Vgl. Sitzung des Sekretariats: 4.7.1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 17f.
[712] Vgl. Sitzung des Sekretariats: 4.7.1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 18.
[713] Vgl. Brief an Günter Dybowski vom Sekretär der Bezirksleitung Dieter Junge vom 15. 8. 1968, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69).

immens hoch und verdeutlicht den dringenden Bedarf. Vor allem persönliche Gespräche sollten diesem Ziel ein Stück näher kommen. Aber 260 Propagandisten entsprachen 12,3 Prozent[714] der gesamten Studenten der THK. Deswegen erscheint mir diese Zahl als utopisch und nicht umsetzbar. Das hätte auch der FDJ klar sein müssen.

7.3 „Beschluß der Weiterführung der Dritten Hochschulreform und der Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“ 1969

7.3.1 Entwicklung (Anspruch)

Die 12. und 16. Tagung des Staatsrates beschäftigten sich mit der Durchführung der Dritten Hochschulreform und der weiteren Entwicklung des Hochschulwesens, was am 3. April 1969 im Staatsratbeschluss „Die Weiterführung der Dritten Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“ mündete. Das Dekret widmete sich inhaltlich fünf Schwerpunkten: Der Konzentration des wissenschaftliche Potentials der Universitäten und Hochschulen, um ein möglichst hohes Niveau in Lehre und Forschung zu erzielen, der Verbesserung der Erziehung sowie der Neugestaltung der Ausbildung. Die fortwährende Weiterbildung der Hoch- und Fachschulkader stellte einen weiteren Kerngedanken dar. Schließlich befasste sich der letzte Teil des Dokuments mit der Erweiterung des wissenschaftlichen Potentials an den Lehranstalten.[715] Die Ausbildung der Studenten sollte so umgestaltet werden, „daß die sozialistische Ideologie den

[714] Studentenzahl 1968: 3.129
[715] Vgl. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969, Teil I, Nr. 3 vom 21. April 1969: Beschluß des Staatsrates der Deutschen demokratischen Republik. Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969, S.5ff..

gesamten Erziehungs- und Ausbildungsprozess durchdringt“[716].

Das Ziel der Hochschulreform, das bei der Umsetzung mehr bedurfte als nur einer Anweisung seitens des Staates, nämlich der eigentlichen Erziehung der Studenten, war noch nicht erreicht. Und so resümierte der Staatsrat der DDR in seiner Anordnung:

> „Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an alle Angehörigen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen, ihre Bemühungen zu verstärken, um mit schöpferischem Elan die Hochschulreform zu verwirklichen. Das bedeutet vor allem, wissenschaftliche Höchstleistungen zu erringen und die höheren Anforderungen an die inhaltliche Gestaltung der Forschung, Lehre und Erziehung zu erfüllen. [...] Er appelliert noch umfassender an alle Studenten, noch umfassender und wirkungsvoller die vielen guten Ideen und Anregungen zur Verbesserung des Studiums in der Praxis umsetzen zu helfen, an der Lösung der wissenschaftlichen Aufgaben der Hochschule aktiv mitzuwirken, um höchste Studienleistungen zu ringen und mit ganzer Kraft zur Entwicklung sozialistischer Beziehungen zwischen Hochschullehrern und Studenten beizutragen.“[717]

Inhaltlich kam der Beschluss der Weiterführung einem Eingeständnis gleich, dass die Verwirklichung der Dritten Hochschulreform alles andere als Erfolg hatte. Nicht umsonst betonte der Staatsrat, dass die Bemühungen bei der Umsetzung verstärkt werden müssen. Über drei Jahre nach den Prinzipien waren die Neuerungen in der Hochschulpolitik zwar angelaufen, aber ihre Resultate noch immer nicht zufriedenstellend.

---

[716] Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969, Teil I, Nr. 3 vom 21. April 1969: Beschluss des Staatsrates der Deutschen demokratischen Republik. Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969, S. 9.

[717] Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969, Teil I, Nr. 3 vom 21. April 1969: Beschluss des Staatsrates der Deutschen demokratischen Republik. Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969, S. 19.

7.3.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt gab am 24. Juni 1969 ihre Erklärung über den Beschluss der Weiterführung ab. Sie bezeichnete das Dekret als ein „hochpolitisches Dokument“[718] und kam zum Ergebnis, dass es „die Aufgaben der Hochschule bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus [fest]legt und [...] mit seinem wissenschaftlich fundierten, prognostischen Inhalt den Charakter eines verbindlichen Programms für die weiteren Maßnahmen bei der Verwirklichung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt“[719] beinhaltet. Durch die Erwähnung der Verbindlichkeit des Programms traten zwei Dinge klar hervor:

- Zum einen bestätigte es, dass die vorangegangenen Programme zwar vorhanden waren, bei den Verantwortlichen für die Umsetzung jedoch nicht auf fruchtbaren Boden fielen. Die SED schien Zeit ihres Bestehens verkannt zu haben, dass es nicht ausreicht, Wunschvorstellungen zu formulieren und diese in einem Programm festzuschreiben. Die Umsetzbarkeit wurde nicht hinterfragt.

- Zum anderen wurde deutlich gemacht, dass dieses Programm nunmehr unverzüglich in die Realität umgesetzt werden sollte, um es nicht erneut durch fehlende Bereitschaft und endlose Diskussionen im Sande verlaufen zu lassen.

[718] Erklärung der Teilnehmer des Konzils der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 24.6.1969, in: Akte 202/1000/84 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen. Bd. 2: Konferenzen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. 27.6.1969. (nur Willenserklärung). 1969, S. 1.

[719] Erklärung der Teilnehmer des Konzils der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 24. 6. 1969, in: Akte 202/1000/84 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen. Bd. 2: Konferenzen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. 27.6.1969. (nur Willenserklärung). 1969, S. 1.

Die Mitglieder der Hochschulversammlung, des Konzils, erklärten sich bereit, die Erhöhung der Anforderungen sowohl an die Hochschullehrer als auch an die Studenten in Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie in der Erziehung mitzutragen. Auch wurde die Gründung einer marxistisch-leninistischen Abendschule in Aussicht gestellt.[720] Auch die Konferenz über die Weiterführung der Hochschulreform an der THK vom 17. Juni 1969 trat für die allseitige Stärkung der DDR, eine noch fundiertere marxistisch-leninistische Tätigkeit und eine Verbesserung der prognostischen Arbeit ein,[721] was alles kein Novum darstellte.

Das Studienjahr 1969/70 sollte bestimmt sein von dem Beschluss der Weiterführung der Dritten Hochschulreform. Die Sicherung der „Einheit von Politik, Wissenschaft, Technik, Ökonomie, Ideologie und Kultur in allen Bereichen“[722] standen als oberste Ziele fest. Damit einhergehend musste die sozialistische Kaderpolitik umgesetzt werden, um eine genügende Anzahl an qualifizierten Hochschullehrernachwuchs zur Verfügung stehen zu haben.[723] Dieser sollte die neue sozialistische Intelligenz, wie sie bereits in den 1940er Jahren Betonung fand, verkörpern, die sich durch Zuverlässigkeit, absoluter Treue zum Staat und ein hohes Maß an Wissen auszeichnete. Um das Ziel der politisch-ideologischen Erziehung durchsetzen zu können, erfolgte die Ausarbeitung der aktuellen Aufgabenstellung, welche die

[720] Vgl. Erklärung der Teilnehmer des Konzils der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 24. 6. 1969, in: Akte 202/1000/84 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen. Bd. 2: Konferenzen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. 27. 6. 1969. (nur Willenserklärung). 1969, S. 2ff.

[721] Vgl. Brief vom, 28. 6. 1969 an das Zentralkomitee der SED: Erklärung der Teilnehmer der Konferenz der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt am 27. 6. 1969, in: Akte 202/1000/84 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen. Bd. 2: Konferenzen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. 27. 6. 1969. (nur Willenserklärung). 1969, S. 1ff.

[722] Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/70. Führungskonzeption. 1969, in: Akte 202/1000/58 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/70. Führungskonzeption. 1969, S. 3.

[723] Vgl. Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/70. Führungskonzeption. 1969, in: Akte 202/1000/58 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/70. Führungskonzeption. 1969, S. 28.

altbekannten Zielsetzungen erneut manifestierte. Die Funktionäre der Hochschule schienen die Realität aus einiger Entfernung zu betrachten. Oder wie anders lässt es sich erklären, dass auf der einen Seite stets subsumiert werden musste, dass die politisch-ideologische Lage unter den Studenten auch weiterhin unbefriedigend und weit entfernt von Veränderungen war, auf der anderen Seite noch immer alte Floskeln, wie



- engere Beziehung zwischen Student und Hochschullehrern
- Ausbau des wissenschaftlichen Wettbewerbs, usw.dominierten?

Auch die Themen zur Erfüllung der Jahrespläne 1970 und 1971 reihten sich in die alten Formulierungen ein. Die politisch-ideologische Orientierung lag dabei ebenfalls auf der Implikation der Studenten in die Realisierung der Hochschulreform, dem vertieften Verständnis für die Rolle der Arbeiterklasse, der Partei und schließlich dem stärkeren Bestimmen von Denken und Handeln sowohl der Studenten als auch der Wissenschaftler. Besonderes Augenmerk musste dabei auf der Arbeit im ersten Studienjahr liegen.[724] Möglichst frühzeitig galt es dem Studenten zu verdeutlichen, dass die Seminar- und FDJ-Gruppe einen „politischen Auftrag" zu erfüllen hat.[725] Dabei kamen den ersten Wochen und Monaten eine ganz besondere Bedeutung zu: Sie wurden als die wichtigsten für die politisch-ideologische und gesellschaftliche Erziehung angesehen. Wer hier nicht für die Tätigkeit der Jugendorganisation gewonnen und begeistert werden konnte, der konnte es während der gesamten Studienzeit nicht oder nur schwer.

Für den 3. Mai 1972 setzte die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt eine

[724] Vgl. Aufgabenstellung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zur Erfüllung des Jahresplanes 1971, vom 15. 12. 1970, in: Akte 202/1000/60 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Aufgabenstellung der THK 1971-1979. 1971-1974, S. 2f.

[725] Vgl. Beschluss der FDJ-Kreisleitung der TH Karl-Marx-Stadt vom 23. Juni 1971 „Die Aufgaben der FDJ-Kreisorganisation zur Vorbereitung und zur Arbeit im 1. Studienjahr", in: Akte 202/1000/41 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. FDJ- Arbeit, 1969-1974, S. 1ff.

Konferenz zum Thema „Die Wissenschaft im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes“ an, um den eigenen Beitrag zur Planerfüllung bis 1975 festzulegen.[726]

Wie gehabt definierte sich auch die Aufgabenstellung für das Jahr 1973. Eine wesentliche Neuerung bestand in der Festlegung, dass künftig regelmäßig die politisch-ideologische Situation, das heißt die Wirksamkeit der Hochschullehrerschaft sowie die Bewusstseinsentwicklung der Studenten eingeschätzt werden mussten.[727] Mit dieser Beurteilung schienen Erfolge in der Bewusstseinsentwicklung der Studenten ebenso deutlich gemacht zu werden, wie Defizite. In den Akten finden sich diese Beurteilungen allerdings nicht. Allenfalls eine „Schlussfolgerung zur Einschätzung des Standes der Bewusstseinsentwicklung der Studenten, jungen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge“ findet sich in den Akten des Chemnitzer Universitätsarchivs, die aber keinen Einblick in die eigentliche Bewusstseinsentwicklung der Studenten ermöglicht. Sie fasst lediglich die bisherigen Bewertungen zusammen.

Bis 1973 hatte sich die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt von einer relativ kleinen Lehranstalt zu einer großen Hochschule entwickelt. 1954 betreuten 7 Professoren, 1 Dozent und 12 wissenschaftliche Mitarbeiter 685 Studenten. Im Jahr 1973 waren es bereits 7386 Studenten, von denen sich 5548 im Direktstudenten befanden. 69 Professoren und 102 Dozenten unterrichtet sie. Ihnen standen 1191 wissenschaftliche Mitarbeiter zur Seite.[728] Von den Direktstudenten stammten laut

[726] Vgl. Konzeption für die Durchführung der Hochschulkonferenz in Vorbereitung der Bezirksparteiaktivtagung an der THK am 3. 5. 1972, in: Akte 202/1000/83 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen. Bd. 1: Hochschulkonferenz der Technischen Hochschule 3.5.1972 (in Vorbereitung der Bezirksparteiaktivtagung am 12.-13. 5. 1972. März-Mai 1972, S. 1.
[727] Vgl. Schwerpunktaufgaben für die „Aufgabenstellung der TH 1973, in: Akte 202/1000/60 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Aufgabenstellung der THK 1971-1979. 1971-1974, S. 1ff.
[728] Vgl. Fakten zur Entwicklung der TH vom 11. 3. 1974, in: Akte 202/1000/56 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Kurzcharakteristik der THK (Hochschulpass) 1969- , S. 1.

den statistischen Angaben der Technischen Hochschule von 1973 57,1% aus Arbeiter- und Bauernfamilien. Der Prozentsatz der weiblichen Studenten lag bei 38,2.[729] Bis 1975 konnte dieser Anteil auf 45,3% und die Zahl der Arbeiter- und Bauernkinder auf 55,9% gesteigert werden. Die Gesamtzahl der Studenten betrug zu diesem Zeitpunkt 7000, wobei 5029 von ihnen direkt studierten.[730]

Am 28. Januar 1974 erließ der Staat das „Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik“[731], worin es hieß:

> „§1 Vorrangige Aufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist es, alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten [zu] denken und handeln, den Sozialismus [zu] stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen. Die Jugend trägt selbst hohe Verantwortung für ihre Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten. [...]
> §2 Die Entwicklung der jungen Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten ist Bestandteil der Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und der gesamten Tätigkeit der sozialistischen Staatsmacht. [...]
> §3 Die Jugend hat die Aufgabe, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken und ihre Fähigkeit zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben zu erhöhen. [...]“[732]

Da die alten Zielstellungen noch immer nicht erreicht waren, behielten sie ihre Aktualität.

---

[729] Vgl. Anhang 7 zu Fakten zur Entwicklung der TH vom 11. 3. 1974, in: Akte 202/1000/56 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Kurzcharakteristik der THK (Hochschulpass) 1969- .
[730] Vgl. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt, 8.7.1975, in: Akte 202/1000/56 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Kurzcharakteristik der THK (Hochschulpass) 1969- .
[731] „Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 28. Januar 1974, in: www.ddr-schulrecht.de
[732] „Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 28. Januar 1974, in: www.ddr-schulrecht.de

Die Beschlüsse des VIII. Parteitages und die Verwirklichung des Jugendgesetzes bestimmten die Arbeit im Studienjahr 1974/75. Im sozialistischen Wettbewerb und seiner stärkeren Gewichtung sollte das tägliche Ringen um die Erfüllung der von der Hochschule gestellten Aufgaben stattfinden, wobei hier der Studentenwettstreit der Studentenkollektive sowie der Leistungsvergleich zwischen den Sektionen als Hauptformen im Mittelpunkt standen.[733]

Die Erziehung der Studenten zu allseitig gebildeten, politisch zuverlässigen sozialistischen Persönlichkeiten, wie sie bereits im Dezember 1965 die „Prinzipien" forderten, waren im Ergebnis an der THK noch nicht erreicht.

7.3.3 Rolle der FDJ

Am 12. und 13. April 1969 tagte in Unterwellenborn die Hochschulkonferenz zur Weiterführung der Dritten Hochschulreform. Ihr Anliegen war es, in Auswertung des Beschlusses des Staatsrates der DDR zur „Weiterführung der Hochschulreform und Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975" die Verantwortung und Aufgaben der FDJ auszuarbeiten, die in den kommenden Jahren von Bedeutung sein sollten.[734] Diese neuen Zielsetzungen waren die Zusammenarbeit der Hochschulen mit ihren Partnern in der Praxis, die Vertiefung der Gemeinschaftsbeziehungen zwischen der Arbeiterjugend und den Studenten, um die Verbundenheit der Hochschule mit der sozialistischen Praxis weiter zu erschließen sowie die weitere Verbesserung der sozialistischen Klassenerziehung und die Erhöhung des Niveaus der

---

[733] Vgl. Aufgabenstellung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Grundlage des sozialistischen Wettbewerbs zur Erfüllung der Aufgaben im Studienjahr 1974/75 und Planjahr 1975 vom 4.8.1974, in: Akte 202/1000/60 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Aufgabenstellung der THK 1971-1979. 1971-1974, S. 2f.

[734] Vgl. Maßnahmeplan des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung in Auswertung der FDJ-Hochschulkonferenz 1969 in Unterwellenborn und zur Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des Zentralrates vom 8. Mai 1969, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 1.

wissenschaftlichen Forschung erreichen zu können.[735]

Vor allem die Kooperationsmöglichkeiten innerhalb des Jugendverbandes galt es besser zu nutzen,[736] wofür eine straffere Führung der FDJ notwendig schien. Wohl aus diesem Grund fasste die FDJ-Hochschulleitung den Beschluss, bei der Bezirksleitung am 12. November 1969 die Abberufung des 1. Sekretärs Manfred Klaus, welcher sein Amt seit Dezember 1968 inne hatte und über eine abgeschlossene Diplomingenieurausbildung verfügte, zu beantragen. Als Begründung wurden unter anderem Mängel in seiner Leitungstätigkeit, Vernachlässigung von Schwerpunktaufgaben sowie ein übersteigertes Selbstvertrauen angeführt, was zu dem Resümee führte, dass „[s]eine Arbeitsweise und sein Verhalten […] der FDJ-GO in ihrer Wirksamkeit und ihrem Ansehen" geschadet hat.[737]

Nicht eine Person allein konnte die Verantwortung für die mangelhafte Tätigkeit der Jugendorganisation übernehmen, soviel stand fest. Günther Dybowski, ehemaliger FDJ-Sekretär, schildert die Abberufung heute als berechtigt, als menschliche und nicht als politische Entscheidung, da besagter Manfred Klaus selten anwesend und damit nicht greifbar war.

Damit dem Beschluss des Staatsrates und der FDJ-Hochschulkonferenz von Unterwellenborn entsprochen werden konnte, erließ das Sekretariat der FDJ-

[735] Vgl. Brief des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen an der Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 27. 5. 1969, in: Akte 202/1000/13 (UAC) THK (1969-1980) Rektorat. Grundsatzdokumente, Verfügungen, Anordnungen, Weisungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, 1968-1970, S. 1.
[736] Vgl. Maßnahmeplan des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung in Auswertung der FDJ-Hochschulkonferenz 1969 in Unterwellenborn und zur Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des Zentralrates vom 8. Mai 1969, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 1.
[737] Antrag auf Abberufung des 1. Sekretär der FDJ-HSL, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 2.

Bezirksleitung am 28. August 1969 eine neue Führungskonzeption für das Studienjahr 1969/70, in der es hieß:

> „Die Mitglieder der FDJ und alle Studenten sollen sich bewusst die moralischen Eigenschaften der Kämpfer der Arbeiterklasse aneignen und danach streben, als junge Revolutionäre zu handeln.“ [738]

Auffällig ist dabei, dass die Führungskonzeption nicht nur auf die eigenen Mitglieder einging, sondern davon sprach, alle Studenten, auch die Nicht-Mitglieder zum festen sozialistischen Klassenstandpunkt zu erziehen. Damit dieser Zielsetzung gerecht werden konnte, erfolgte die Festlegung folgender Schwerpunkte für das Studienjahr 1969/70: Die eigene Treue zur DDR sollte nicht mehr nur durch Worte geleistet, sondern auch durch Taten bewiesen werden. Das fleißige und disziplinierte Nachgehen der Arbeit erhob das Sekretariat der FDJ-Bezirksleitung zur Pflicht aller. Es galt, treu zu den sozialistischen Idealen zu stehen und eine enge Freundschaft zur Sowjetunion zu leben. Das Bereitstehen für die Vollendung sowie den Schutz des Sozialismus, genauso wie für die Sicherung des sozialistischen Vaterlandes wurde zu einer weiteren Aufgabe der Jugendlichen.[739] Damit sollte die unbedingte Liebe, aber v. a. die unbedingte Treue zum Sozialismus erreicht werden.

Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ, subsumierte am 7. Juli 1969 in seinem Referat „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die Dritte

[738] Führungskonzeption des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung im Studienjahr 1969/70 zur Verwirklichung des Beschlusses des Staatsrates zur Weiterführung der Hochschulreform vom 3. April 1969 und der FDJ-Hochschulkonferenz von Unterwellenborn, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 2.

[739] Vgl. Führungskonzeption des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung im Studienjahr 1969/70 zur Verwirklichung des Beschlusses des Staatsrates zur Weiterführung der Hochschulreform vom 3. April 1969 und der FDJ-Hochschulkonferenz von Unterwellenborn, in: Akte 231/10 (UAC) Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt (1968-69), S. 2.

Hochschulreform“ die Arbeit der Jugendorganisation. An Kritik wurde nicht gespart. Die Freie Deutsche Jugend sei nicht gründlich genug mit dem Staatsratbeschluss vertraut, somit existieren nur ungenügend Kenntnisse darüber. Das erschwerte es, die Reform den Studenten näher zu bringen. Auch viele Leitungen, besonders die FDJ-Sektionsleitungen hätten keinen eindeutigen Standpunkt zur Umsetzung des Beschlusses eingenommen, was zur Positionslosigkeit innerhalb des Jugendverbandes führte. Das stellte ein gravierendes Problem dar, denn wie sollte es den FDJ-Funktionären gelingen, die Studenten zu erziehen, wenn sie selbst über keine eindeutige Einstellung verfügten. Die Zuverlässigkeit innerhalb des Verbandes ließ zu wünschen übrig.

Herger ging aber auch davon aus, dass die Masse der FDJler dem Staatsratsbeschluss zustimmte und somit auch der Hochschulpolitik der DDR.[740] Doch wie war es möglich, dass die Mehrheit dem Beschluss bejahen konnte, wenn der Großteil der Studenten mit dem Dekret nur unzureichend vertraut war? Herger beanstandete, dass bestimmte Maßnahmen der Hochschulreform als Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verstanden wurden und nicht - wie erwünscht - als „Ergebnisse der Gestaltung des sozialistischen Systems in der DDR und des Klassenkampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus“[741]. Sie wurden als etwas von der Staatsführung Oktroyiertes, und nicht als etwas bereits Erkämpftes angesehen. Ferner bemängelte er die ungenügende Teilnahme am FDJ-Studienjahr, die bei lediglich 50% lag, genau wie die teilweise vernachlässigte propagandistische

[740] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, in: Akte 231/4 (UAC) Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, S. 2.
[741] Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, in: Akte 231/4 (UAC) Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, S. 2.

Tätigkeit. Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend erteilte für das Studienjahr 1969/70 den Auftrag „Lernt, arbeitet und lebt im Geiste Lenins - vollbringt hohe Leistungen zu Ehren der DDR“[742], was auch das verstärkte Studium der Dokumente und Beschlüsse bedeutete.[743] Insgesamt resümierte Wolfgang Herger jedoch:

> „Mehr und mehr werden die Hochschulreform und überhaupt die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SED zu einem entscheidenden Feld der ideologischen Arbeit in der gesamten FDJ.“[744]

Es scheint, als ob laut Herger die Dritte Hochschulreform langsam fruchtete.

Am 20. Oktober 1972 fand eine Zentrale Funktionärskonferenz der FDJ in Berlin statt, auf der Erich Honecker die Grundlinie der SED-Jugendpolitik für die kommenden Jahre entwickelte und auf der die politisch-ideologischen und ökonomischen Aufgaben der FDJ dominierten. Er forderte die Jugendlichen auf, an der sozialistischen Integration teilzunehmen.[745] Die jungen Erwachsenen sollten intensiver im Sinne des Sozialismus geformt werden.[746] Als die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt die Zusammenkunft auswertete und mit den bisherigen Ergebnissen an der eigenen Lehranstalt verglich, kam es zu folgendem Resümee:

---

[742] K. H. Janke/W. Arlt/R. Grau u.a.: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, 2. Auflage, Berlin 1978, S. 262.

[743] Vgl. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, in: Akte 231/4 (UAC) Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, S. 58.

[744] Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, in: Akte 231/4 (UAC) Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, S. 13.

[745] Vgl. K. H. Janke/W. Arlt/R. Grau u.a.: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, 2. Auflage, Berlin 1978, S. 307f.

[746] Vgl. Hauptinhalt: Zentrale Funktionärskonferenz der FDJ, in: Akte 202/1000/41 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. FDJ-Arbeit, 1969-1974.

> „Die erste Einschätzung der Zentralen Funktionärskonferenz mit dem FDJ-Kreisaktiv unserer Hochschule im Beisein des 1. Sekretärs der FDJ-Bezirksleitung Helga Labs, machte deutlich, daß der Elan und Schwung unserer Arbeit noch nicht den Maßstäben entspricht, die die Konferenz für die gesamte Republik gesetzt hat.“[747]

Das bedeutet, dass Ende 1972, sieben Jahre nach den „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“, die politisch-ideologische Arbeit der FDJ nicht den gewünschten und geforderten Maßstäben entsprach. Es kam einem Eingeständnis gleich, dass die eigene Tätigkeit erfolglos war und das ursprüngliche Ziel weitgehend verfehlt wurde.

Um die FDJ bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, musste 1974/75 damit begonnen werden, die Zusammenarbeit zwischen den Seminargruppenleitern und den FDJ-Gruppenleitungen zu erreichen, um verstärkt Einfluss auf die sozialistische Erziehung zu nehmen. Des Weiteren sollten die Seminarlehrer der Sektionen mit den FDJ-Gruppenleitern die Ergebnisse des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums auswerten, die Seminargruppen bei der Erarbeitung und Verwirklichung des Wettbewerbs unterstützen und an den Gruppenversammlungen teilnehmen. Die Beauftragten der Sektionsdirektoren wurden schließlich damit betraut, auf die Gestaltung der propagandistischen Veranstaltungen der Jugendorganisation Einfluss auszuüben.[748] Das Ziel war das unmittelbare Ansetzen am Problem. Was im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium nicht erreichbar schien, galt es in den Seminar- und FDJ-Gruppen vertieft zu betrachten, um schließlich in den folgenden Jahren die gewünschte politisch-ideologische Erziehung der Studenten zu bewirken.

[747] Hauptinhalt: Zentrale Funktionärskonferenz der FDJ, in: Akte 202/1000/41 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. FDJ-Arbeit, 1969-1974.

[748] Vgl. Aufgabenstellung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Grundlage des sozialistischen Wettbewerbs zur Erfüllung der Aufgaben im Studienjahr 1974/75 und Planjahr 1975 vom 4. 8. 1974, in: Akte 202/1000/60 (UAC) Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Aufgabenstellung der THK 1971-1979. 1971-1974, S. 13.

7.4 Bestimmung über die Reduzierung von Neuzulassungen 1971

7.4.1 Entwicklung (Anspruch)

Vom 15. bis 19. Juni 1971 tagte der VIII. Parteitag. Er schuf ein neues sozialpolitisches Konzept mit dem Ziel der „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlichen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“[749]. Die Menschen in der DDR sollten die Erfolge des Sozialismus, so die DDR-Führung, genießen können. Bald schon aber zeigte sich, dass sich die DDR diese neue Politik nicht leisten konnte und den neuen Wohlstand mit Krediten aus westlichen Ländern finanzierten musste.[750] Es handelte sich somit um einen „Wohlstand“ auf Pump.

> „Es war eine radikale Abwehr vom vorhergehenden Programm, das vor allem die Akkumulation reduzierte und daher auf ehrgeizige ökonomische und wissenschaftlich-technische Ziele verzichten mußte.“[751]

Im Interesse lagen nun verstärkt die Innenpolitik und die Zufriedenstellung der eigenen Bevölkerung. Denn wer zufrieden war, so die Idee, äußerte auch weniger seinen politischen Unmut. Neue Aussagen, die die Jugendpolitik angingen, traf der Parteitag nicht.[752]

---

[749] Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 193f.
[750] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 193.
[751] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 66.
[752] Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 194.

Zwischen 1966 und 1970 war die Zahl der Studierenden in der Deutschen Demokratischen Republik von 110.000 auf 143.000 angewachsen[753]. Um diesem Ansturm gerecht zu werden, galt als Zulassungsvoraussetzung für das Studium, laut der Zulassungsordnung von 1971, auch weiterhin die Hochschulreife. Hinzu kam allerdings der Anspruch der „aktive[n] Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft und deren Verteidigung, [...] [de] Nachweis hoher fachlicher Leistungen sowie [...] [die] Bereitschaft, alle Forderungen der sozialistischen Gesellschaft vorbildlich zu erfüllen und nach dem erfolgreichen Abschluß des Studiums einen Arbeitsplatz entsprechend der *Absolventenordnung* anzunehmen“[754].

> „Für eine Reihe von Studienrichtungen, nämlich die Fachrichtungen der Wissenschaftszweige Technik, Medizin, Agrarwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften, sowie für Lehrkräfte im berufstheoretischen Unterricht in den technischen, Agrar- und Wirtschaftswissenschaften ist außerdem der Nachweis beruflicher Kenntnisse und praktische Erfahrungen erforderlich. Falls nicht vorhanden, müssen sie in einem einjährigen Vorpraktikum erworben werden.“[755]

Doch auch diese neue Regelung konnte die seit 1969 „starke Expansion der Hochschulbildung“ nicht realistisch zurücknehmen, was „zu einer außerordentlichen Erhöhung der Ingenieurbestände in der DDR“[756] führte. Meldeten sich für das Vorpraktikum 1976/77 noch 1.300 Bewerber, stieg ihre Zahl bereits ein Jahr später auf 1.900. Ab 1982 gab es 5.000 mögliche Kandidaten.[757]

---

[753] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 66.
[754] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 29.
[755] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 29.
[756] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 67.
[757] Vgl. Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 29.

Tabelle 17: „Zulassungen zum Hochschulstudium in der DDR 1966 bis 1975 (ausgewählte Jahre)“[758]

Jahr	Alle Zulassungen	Direktstudium	Fernstudium
alle Wissenschaftszweige			
1966	23.300	16.500	6.800
1970	44.000	30.400	13.600
1975	34.400	27.800	6.600
technisch-wissenschaftliche Zweige			
1966	5.600	4.100	1.500
1970	15.400	11.500	3.900
1975	10.500	9.200	1.300

7.4.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Eine Forderung der Dritten Hochschulreform war, mehr Ingenieure und Naturwissenschaftler auszubilden. Karl-Marx-Stadt spielte dabei für das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen eine wesentliche Rolle, lagen die Schwerpunkte hier doch auf den Sektionen Verarbeitungstechnik, Automatisierungstechnik, Mathematik und Fertigungsprozess und Fertigungsmittel sowie der Technologie der metallverarbeitenden Industrie. So sollten 60 Prozent der Investitionen auf die Städte Dresden, Magdeburg, Leipzig, Halle, Jena, Berlin und schließlich Karl-Marx-Stadt verteilt werden, damit „insgesamt 45.000 neue Hörsaal- und Seminarplätze, 52.000 neue Internatsplätze sowie 62.000 zusätzliche Mensaplätze“ bis 1975 geschaffen werden konnten. Mit der Erhöhung der Studentenzahlen sollte die THK zum „Groß-Forschungs- und Bildungszentrum“ (für Elektrotechnik, Elektronik, Verarbeitungsmaschinenbau) ausgebaut werden. Um diesem Vorhaben gerecht zu werden und der großen Anzahl von Studenten

[758] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 66.

entsprechende Möglichkeiten zu bieten, folgten zahlreiche Neubauten, die schließlich bis 1984 16.400 Studenten Platz, so die Perspektive, bieten sollten.[759]

Diesen Plänen erteilte der Nachfolger Walter Ulbrichts auf dem VIII. Parteitag im Juni 1971 ein herber Dämpfer, als Erich Honecker subsumierte, dass eine Erhöhung der Immatrikulationen und damit der Studentenzahlen sowohl die Möglichkeiten als auch Erfordernisse übersteigt. Im Gegensatz zu Ulbricht wollte Honecker verstärkt in die Ausbildung intensivieren, um hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu haben.[760]

Die Zahl der Studenten sank an der THK von 6.908 (1971)[761] auf 5.500 (30.11.1978)[762]. Dabei ist es interessant zu sehen, dass 1975 der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an den Hochschulen der DDR bei 57 Prozent und an den Fachschulen sogar bei 59 Prozent lag.[763]

[759] Vgl. Wolfgang Lambrecht: Von der II. Hochschulreform bis zur Wende (1968-1989), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 157-188, hier: S. 159.

[760] Vgl. Wolfgang Lambrecht: Von der II. Hochschulreform bis zur Wende (1968-1989), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 157-188, hier: S. 161.

[761] Vgl. Analyse über die politisch-ideologische Situation und die Ergebnisse der Arbeit in der FDJ-Kreisorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1970/71, 29.4.1971, in: Akte 231/148 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Arbeitspläne und Einschätzungen der politisch-ideologischen Arbeit im laufenden Studienjahr, Band 1, 1970-1972, S. 43.

[762] Vgl. Mitgliederentwicklung 1978, in: Akte 231/194 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Politische Einschätzung von Monatsberichten des Sekretariats der FDJ-Kreisleitung der THK, 1978.

[763] Vgl. Was der VIII. Parteitag beschloß, ist und wird sein, Faktenmaterial zur Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens seit dem VIII. Parteitag und dem Anteil der FDJ daran, vom 30. Oktober 1975, in: Akte 524/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (Staatsarchiv Chemnitz) Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978, S. 2.

Tabelle 18: Zahl der Studenten an der TH Karl-Marx-Stadt

Zeit	Studentenzahl
1971	6.908[764]
1978, 01.01.	5.682
1978, 30.11.	5.500[765]

Tabelle 19: Anteil der Arbeiter-und Bauernkinder am Studium in der DDR, 1975[766]

Bildungseinrichtung	Anteil
Hochschulen	57%
Fachschulen	59%

Tabelle 20: Mitgliederstand der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt[767]

Monat	Gesamt	Mädchen
Juli	4.968	2.216
August	4.358	1.972
September	5.425	2.518
Oktober	5.425	2.518
November	5.558	2.503
Dezember	5.559	2.503

764 Analyse über die politisch-ideologische Situation und die Ergebnisse der Arbeit in der FDJ-Kreisorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1970/71, 29.4.1971, in: Akte 231/148 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Arbeitspläne und Einschätzungen der politisch-ideologischen Arbeit im laufenden Studienjahr, Band 1, 1970-1972, S. 43.

765 Mitgliederentwicklung 1978, in: Akte 231/194 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Politische Einschätzung von Monatsberichten des Sekretariats der FDJ-Kreisleitung der THK, 1978.

766 Was der VIII. Parteitag beschloß, ist und wird sein, Faktenmaterial zur Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens seit dem VIII. Parteitag und dem Anteil der FDJ daran, vom 30. Oktober 1975, in: Akte 524/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978, S. 2.

767 Mitgliederstand der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1830/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte der FDJ-Kreisleitungen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 1980.

Tabelle 21: Austritte aus der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt[768]

Monat	Gesamt	Mädchen
Juli	-	-
August	5	1
September	2	2
Oktober	-	-
November	1	1
Dezember	-	-

Tabelle 22: Grundorganisation und Mitgliederversammlungen[769]

Monat	Anzahl GOs	Anzahl Gruppen	MV in den Gruppen	Teilnehmer aus den Gruppen an MV[770]
Juli	14	272	-	-
August	14	238	-	-
September	14	304	177	2.932
Oktober	14	304	177	2.932
November	14	301	191	2.995
Dezember	14	301	182	2.990

Tabelle 23: Angeleitete Propagandisten[771]

Monat	IST	SOLL
November	173	209
Dezember	103	149

[768] Austritte aus der FDJ an der Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1830/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte der FDJ-Kreisleitungen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 1980.

[769] Grundorganisationen und Mitgliederversammlungen, in: Akte 1830/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte der FDJ-Kreisleitungen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 1980.

[770] MV-Mitgliederversammlung

[771] Angeleitete Propagandisten, in: Akte 1830/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte der FDJ-Kreisleitungen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 1980.

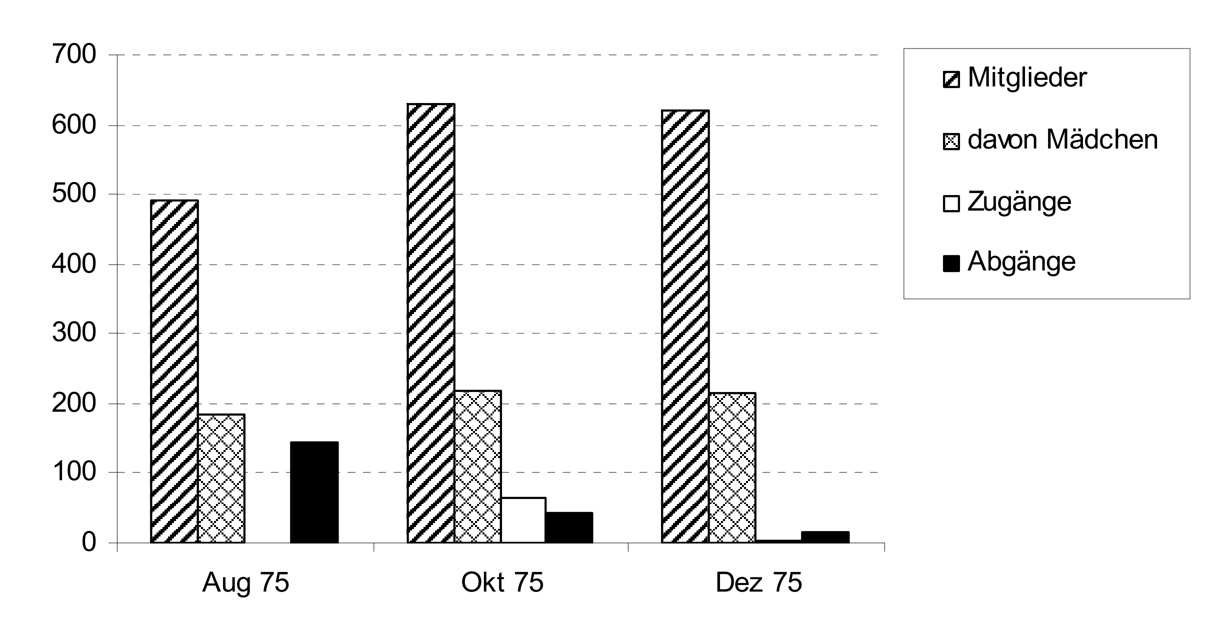


Abbildung 3: Mitgliederstatistik der Sektion Physik/Elektronische Bauelemente an der Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1975[772]

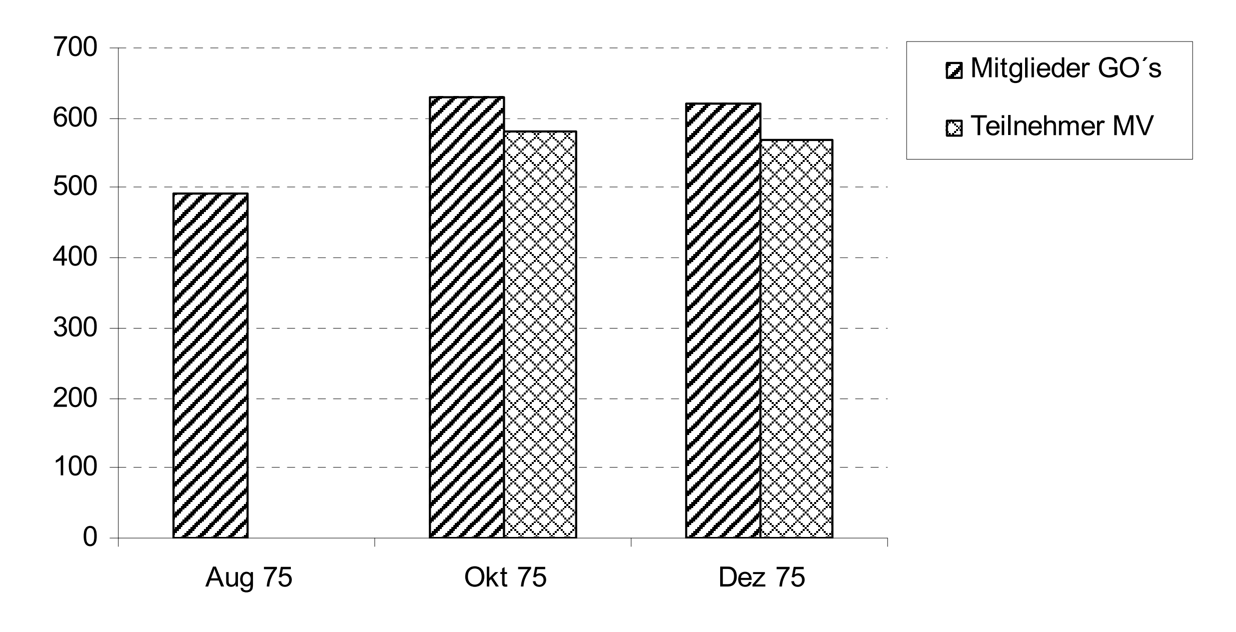


Abbildung 4: Mitglieder der FDJ-GO Physik/Elektronische Bauelemente und deren Teilnehmer an den Mitgliederversammlungen[773]

Für eine weitere Intensivierung der Ausbildung sollten spezielle Weiterbildungszentren an den Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Ein erstes

[772] Statistischer Monatsbericht der Sektion Physik/Elektronische Bauelemente August 1975, in: Akte 231/193 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Statistische Monatsberichte 1975.
[773] Statistischer Monatsbericht der Sektion Physik/Elektronische Bauelemente August 1975, in: Akte 231/193 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Statistische Monatsberichte 1975.

wurde an der THK am 15. September 1970 an der Sektion Physik/Elektronische Bauelemente eingerichtet: Weiterbildungszentrum „Elektronische Bauelemente" (1978 Weiterentwicklung zum Weiterbildungszentrum Mikroelektronik). Zwei Jahre später konnte dieses Zentrum einen Kooperationsvertrag mit der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik Berlin knüpfen. Im März 1971 folgte ein Weiterbildungszentrum an der Sektion Fertigungsprozess- und mittel: „Einheitssystem Werkzeugmaschinen". 1973 kam das Zentrum „Leichtindustrie" an der Sektion Verarbeitungstechnik hinzu. 1976 schließlich wurde das (selbstständige) „Institut für sozialistische Wirtschaftsführung" eingeweiht.[774] Damit genoss die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der DDR eine Art Sonderstellung, denn:

> „Die TH Karl-Marx-Stadt verfügte DDR-weit über die Hälfte der gesamten Weiterbildungszentren, es gab deren nur noch zwei in Dresden und eins in Halle."[775]

7.4.3 Rolle der FDJ

Auch 1970/71 entsprach die politisch-ideologische Situation unter den Studenten nicht der von der SED gewünschten. In ihrer Studienjahranalyse resümierte die FDJ-Kreisleitung, dass das ML-Studium unzureichend und ungenügend verläuft und zudem oft nach „Gegenargumenten" gesucht wird, anstatt die Politik der SED vorbehaltlos anzuerkennen. Die Studenten hinterfragten politische Ereignisse entsprechend, statt Parteidokumente zu studieren und deren Inhalt zu übernehmen. Zwiespältig dabei ist allerdings, dass wenig später die Rede davon ist, dass die Bedeutung des ML-Studiums erkannt und dass die Wirksamkeit der FDJ-Zirkel

[774] Vgl. Wolfgang Lambrecht: Von der II. Hochschulreform bis zur Wende (1968-1989), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 157-188, hier: S. 163f.

[775] Zit. nach Wolfgang Lambrecht: Von der II. Hochschulreform bis zur Wende (1968-1989), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 157-188, hier: S. 164.

verbessert werden konnte. Dies alles widerspricht sich vehement und verdeutlicht immer mehr die Hilflosigkeit der Verantwortlichen.[776]

Das Studium und dessen Organisation verliefen in Karl-Marx-Stadt längst nicht zur vollen Zufriedenheit, im Gegenteil.

> „Es häufen sich die Beschwerden von Studenten, daß der Studienablauf unrhytmisch ist und st[r]eckenweise zu hohen Überlastungen führt. Insbesondere im Grundstudium übten Studenten mehrfach Kritik an einigen Fächern (Technisches Zeichnen, Maschinenelemente), ohne daß seit Jahren eine spürbare Veränderung erzielt wurde. Sie erklären, daß sie streckenweise gezwungen sind, Lehrveranstaltungen nicht zu besuchen, weil sich Belege in krasser Weise häufen. Großes Unverständnis herrscht darüber, daß es in 3 Jahren Hochschulreform nicht gelungen ist, das [Prüfungssystem entsprechend] den neuen Bedingungen zu überarbeiten […] obwohl viele Studenten bereit wären daran mitzuarbeiten. Teilweise wissen die Studenten nicht, wann und ob sie welche Prüfungen haben. Die Abschaffung einer feststehenden Prüfungsperiode brachte keine Kontinuität der Leistungsbewertung mit sich.“[777]

Die Veränderungen des Prüfungswesens stifteten durch das Durchführen kontinuierlicher Leistungskontrollen mehr Chaos und Verwirrung, als sie Entlastung für die Studenten brachten. Auch das inhaltliche Aufeinanderabstimmen der jeweiligen Veranstaltungen schien nicht vorhanden zu sein. Das führte zu Ineffizienz, da Studienzeiten nicht optimal genutzt werden konnten.

Was sich immerhin gezeigt hatte, war die Tatsache, dass Studenten, wenn sie konkrete Anleitung erfuhren und einen entsprechenden Auftrag erhielten an dem sie

---

[776] Vgl. Analyse über die politisch-ideologische Situation und die Ergebnisse der Arbeit in der FDJ-Kreisorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1970/71, 29.4.1971, in: Akte 231/148 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Arbeitspläne und Einschätzungen der politisch-ideologischen Arbeit im laufenden Studienjahr, Band 1, 1970-1972, S. 2ff.

[777] Analyse über die politisch-ideologische Situation und die Ergebnisse der Arbeit in der FDJ-Kreisorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1970/71, 29.4.1971, in: Akte 231/148 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Arbeitspläne und Einschätzungen der politisch-ideologischen Arbeit im laufenden Studienjahr, Band 1, 1970-1972, S. 17.

eigenständig arbeiten konnten, eher im Sinn der FDJ tätig waren, als wenn sie keine direkten Anweisungen erhielten. Denn dann, so das Fazit, bleibt ein Erfolg oftmals aus.[778]

Hinzu kommt, dass sich Leitung des Jugendverbandes schwerpunktmäßig zu sehr auf das Studium und die Studienleistungen an sich konzentrierten und somit die Aufgaben der Erziehungsarbeit aus dem Blickfeld verloren, so die FDJ-Kreisleitung.

> „Die Hauptaufgabe der FDJ ist nicht der Kampf um hohe Studienleistungen allein. Eine solche Aufgabenstellung geht an der eigentlichen Aufgabenstellung der FDJ vorbei und erfasst nur einen Moment der Gesamtaufgabe. Denn: allein aus wachsendem Wissen entsteht nicht automatisch die Bereitschaft zum aktiven politischen Engagement. Die wesentlichste Aufgabe der FDJ ist, dieses politische Engagement zu organisieren. [...] Wir wollen also als FDJ vor allem mithelfen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen: Klarheit in den Köpfen, Organisierung der Anwendung der theor. Kenntnisse in FDJ-spezifischen Formen des wissenschaftlich-produktiven Studiums wie propagandistische Arbeit [...] usw.“[779]

Dies sollte durch die verstärkte propagandistische Arbeit gelöst werden, um die ideologische Prägung der Studenten weiter voran zu treiben. Als Ziel wurde die Überwindung der „mangelnde[n] Verbundenheit mit der FDJ“[780] angesehen, die sich beispielsweise an der geringen Teilnahme an den Mitgliederversammlungen gezeigt hatte.

---

[778] Vgl. Jahresanalyse 71/72, in: Akte 231/226 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979, S. 7.

[779] Referat vor den Sekretären der FDJ-Kreisleitungen, verantw. Für Studenten, und den leitenden Funktionären der Grundorganisationen der FDJ an den Hoch- und Fachschulen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt „Die Aufgaben der FDJ an den Hoch- und Fachschulen im Studienjahr 1973/74“, 01.09.1973, in: Akte 231/13 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1973, S. 18

[780] Rechenschaftsbericht über Studienjahr, in: Akte 231/84 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum Studienjahr 1974/75, 1975, S. 2.

Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 in Helsinki und der damit eingeleitete KSZE-Prozess beschleunigte die Situation, in welcher der Ruf nach Diskussionen immer stärker in den Vordergrund trat.

> „Mit der KSZE wurden aber auch Illusionen bei Studenten, jungen Wissenschaftlern und Lehrlingen sichtbar. So wurde von der `Einsicht des Imperialismus und seinen friedlichen Absichten` gesprochen und davon, daß sich [mit] Helsinki der Klassenkampf abschwäche und nunmehr der Frieden in Europa gesichert sei.“[781]

Das bedeutet, dass der wissenschaftliche Nachwuchs die Situation erkannte und das, was die DDR im Vertrag offiziell manifestierte, gefordert wurde: nämlich die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“[782].

Kritische Betrachtung fanden zunehmend auch das Studium und der enorme Zeitaufwand für das Studium selbst, für die Lehrveranstaltungen. Die sich daran anschließende Vor- und Nachbereitungszeit wurde immer wieder der Beanstandung ausgesetzt.[783] Dieses Problem fand zunehmend Anerkennung, so dass 1976/77 erstmals davon gesprochen wurde, „daß die exakte Erfüllung aller Studienanforderungen eine zeitweise oder permanente Überbelastung mit sich bringt.“[784]

---

[781] Studienjahresanalyse 1975/76 zur politisch-ideologischen Situation der Studenten und den Ergebnissen der FDJ-Kreisorganisation der TH Karl-Marx-Stadt in der Parteitagsinitiative der FDJ, 4. Mai 1976, in: Akte 231/226 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979, S. 5.

[782] Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Auszug), in: Peter März (Bearbeiter): Dokumente zu Deutschland 1944-1994, 2. Auflage, München 2000, S. 174-177, hier: S. 175.

[783] Vgl. Studienjahresanalyse 1975/76 zur politisch-ideologischen Situation der Studenten und den Ergebnissen der FDJ-Kreisorganisation der TH Karl-Marx-Stadt in der Parteitagsinitiative der FDJ, 4. Mai 1976, in: Akte 231/226 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979, S. 6.

[784] Studienjahranalyse 1976/77 zur politisch-ideologischen Situation der Studenten und der jungen Intelligenz und zu den Ergebnissen der Tätigkeit der FDJ im Studienjahr 1976/77, in: Akte 231/226 (TUC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979, S. 11.

Hinzu kam eine mangelnde Studienmotivation, die sich dadurch erklärt, dass die Studienleistungen keine Rolle bei der Arbeitsplatzvergabe spielte, was die Frage aufwarf: Wieso sollen die Anstrengungen für die eigenen Studienleistungen verstärkt werden, wenn diese keinesfalls eine angemessene Würdigung fanden.

> „Die derzeitige Praxis bei der Absolventenvermittlung und die Tatsache, daß die erzielten Studienleistungen beim Einsatz im Betrieb in der Regel keinerlei Berücksichtigung finden (Gehalt), trägt nicht dazu bei, das Streben nach hohen Studienleistungen zu stimulieren."[785]

Ein Problem, das das Berufsleben aufwarf und auf vehementes Unverständnis stieß, war das Verhältnis zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft. Kopfschütteln löste die Tatsache aus, dass ein Ingenieur nach erfolgreicher Absolvierung seines Studiums mit dem Eintritt ins Arbeitsleben weniger verdiente als ein Arbeiter. Diese Tatsache rüttelte an den Grundfesten des Sozialismus, nämlich der klassenlosen Gesellschaft.

> „Im Zusammenhang mit der Absolventenvermittlung treten dennoch Fragen auf `Warum verdienen wir als Dipl.-Ing. am Anfang unserer beruflichen Tätigkeit weniger als ein Arbeiter`, die zeigen, das hinsichtlich der Durchsetzung des Leistungsprinzips und der sich praktisch vollziehenden Annäherung der Klassen und Schichten im Sozialismus Unklarheiten bestehen."[786]

Oftmals wurde die „führende Rolle mit materieller Bevorteilung gleichgesetzt (Lohn, Wohnung, usw.)"[787].

---

785 Studienjahresanalyse 1975/76 zur politisch-ideologischen Situation der Studenten und den Ergebnissen der FDJ-Kreisorganisation der TH Karl-Marx-Stadt in der Parteitagsinitiative der FDJ, 4. Mai 1976, in: Akte 231/226 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979, S. 6.

786 Studienjahranalyse 1976/77 zur politisch-ideologischen Situation der Studenten und der jungen Intelligenz und zu den Ergebnissen der Tätigkeit der FDJ im Studienjahr 1976/77, in: Akte 231/226 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979, S. 4.

787 Analyse zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten und zu den Ergebnissen der Tätigkeit der FDJ im Studienjahr 1975/76, vom 27.05.1976, in: Akte 524/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Dokumente zur Arbeit der Studenten, 1970-1978, S. 2.

Im Juli 1974 fand in Bärenklau ein Lehrgang für Sekretäre der FDJ-Bezirksleitungen sowie leitende Funktionären der FDJ (der Universitäten, Hoch- und Fachschulen) statt. Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, hob in seinem Referat das Anliegen des Jugendverbandes hervor und vermerkte, dass es sich bei den Studenten um „keine einheitliche soziale Gruppe" handelt, sondern in ihr alle „existierende Schichten und Klassen" der Bevölkerung vertreten sind und sie damit „der am feinsten reagierende Teil der Intelligenz" (nach Lenin) sind.[788] Weiter hob er hervor:

> „Die Mehrheit der Studenten ist über 18 Jahre alt, also erwachsen. Diese Tatsache bringt mit sich, daß persönliche politische Haltungen bereits ausgeformter sind als bei jüngeren. Die Studenten, das entspricht ihrem wichtigsten Tätigkeitsmerkmal, haben eine für Jugendliche überdurchschnittliche Bildung. Die politisch und fachliche geeignesten Bewerber werden zum Studium zugelassen, so daß günstige Voraussetzungen für die politisch-ideologische Arbeit der FDJ bestehen."[789]

Das bedeutete theoretisch fruchtbaren Boden für die FDJ, denn alle ideologisch Andersdenkenden wurden gar nicht erst zum Studium zugelassen. Die Praxis aber sah wesentlich anders aus.

Für ihn stand die essentielle Frage in den Raum: „Wie gelingt es uns, bei unseren Studenten die Bereitschaft auszuprägen, jeden Auftrag der Partei der Arbeiterklasse

[788] Vgl. Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 2.

[789] Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 3.

oder der FDJ zu übernehmen?“[790]. Die Antwort darauf gab er sich anschließend selbst, indem er das Erlangen der politischen Grundüberzeugungen als Stabilisator für die Aufgaben der politisch-ideologischen Arbeit subsumierte und den Standpunkt der Arbeiterklasse als den Ausgangswert festlegte. Alles sollte zukünftig davon ausgehend betrachtet und stets geprüft werden, was der Arbeiterklasse nützt oder gegebenenfalls schadet.[791] Die ideologische Erziehungsarbeit selbst musste sich aus den „politischen Grundüberzeugungen und den vielen konkreten sich aus der Politik und den täglichen Studienaufgaben ergebenden Fragen“ zusammensetzen. Fragen des studentischen Alltags wurden von Schneider kurzerhand als „oftmals geistig nicht bewältigte Zusammenhänge“ abgetan.[792] Besonderen Stellenwert nahmen in dieser Analyse die jüngeren Semester ein, die laut FDJ-Führung mit sensiblen Maßnahmen politisch-ideologisch formbar schienen.

> „Für die ideologische Arbeit der FDJ ist natürlich sehr bedeutsam, die Psychologie des Jugendalters, die besonderen Eigenschaften junger Menschen zu berücksichtigen:
> - ihre besondere Empfänglichkeit und emotionale Ansprechbarkeit;
> - ihr Streben nach Idealen und bedeutungsvollen Taten;
> - ihre Aufrichtigkeit und ihr feines Gefühl für Ehrlichkeit und Heuchlerei.

[790] Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 8.

[791] Vgl. Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 12.

[792] Vgl. Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 15f.

> […] Schließlich berücksichtigen wir, daß unsere ideologische Arbeit auf Studenten zielt. Es gilt zu beachten, daß sie viel wissen (was nicht identisch ist mit hoher politischer Bildung und gewöhnlich in gewissem Widerspruch zu ungenügender konkreter Verantwortung steht!) […].“[793]

Ihr besonderes Augenmerk legte die FDJ deswegen auch auf das persönliche Gespräch. Zum Zeitpunkt dieses Dokuments bestand die DDR bereits seit 25 Jahren; der Großteil der Studenten war in dem Land geboren, kannten nichts anderes. Trotz alledem konnte die FDJ, wie auch die SED selbst nicht zufrieden sein mit der politisch-ideologischen Prägung der Menschen. Die meisten unter ihnen rebellierten nicht, sondern arrangierten sich, doch Nachfragen zu politischen Ereignissen, insbesondere nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte, mehrten sich.

Immer wieder hervorgehoben wurde das Mittel des Sozialistischen Wettbewerbs, bei dem es sich zunächst einmal um eine Initiative, die in der FDJ begann, handelte. Hierbei ging es darum, dass die „die FDJ-Gruppen Programme beschließen und FDJ-Mitglieder persönliche Aufgaben übernehmen und bei der Erfüllung öffentlich ihre Leistungen vergleichen und sich dadurch gegenseitig voranbringen“[794]. Der Wettstreit schien das geeignete Mittel zu sein, um die Studenten zu motivieren und sie dazu anzuregen, sich einzubringen und etwas im Sinne des Staates zu tun, ohne dass es gleich nach Zwang aussah. So waren oftmals auch weniger sinnvolle oder

[793] Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 17.

[794] Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 29.

überflüssige Wettbewerbe an der Tagesordnung. Es existierten diverse Formen des Wettbewerbs:

- Leitungswettstreite,
- Leistungsvergleiche,
- Argumentationswettstreite,
- Kulturwettstreite,
- Russisch- und Matheolympiaden,
- Wettbewerb der besten FDJ-Studenten,
- Wettbewerb „Jugend und Sozialismus“,
- Wettbewerb der FDJ-Gruppen um den Titel des „Sozialistischen Studentenkollektivs“.[795]

7.5 „Beschluß über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ 1980

7.5.1 Entwicklung (Anspruch)

Der IX. Parteitag 1976 und sein Parteiprogramm manifestierten die „kommunistische Erziehung der Jugend“. Hinzu kam, dass nicht mehr die Förderung von Arbeiterkindern im Vordergrund stand[796] und dass 1978 die

[795] Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 30.

[796] Vgl. Gert Noack: Bildungs- und Schulpolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 420-432, hier: S. 431.

Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts für Schüler der Klassen 9 und 10 erfolgte.[797]

Der Reformimpuls der 1960er und 1970er Jahre ließ in den 80er Jahren eher nach. War doch mit der Dritten Hochschulreform und dem Beschluss ihrer Weiterführung alles gesagt, was zu sagen war. Die Autonomie der Universitäten und Hochschulen existierte nicht mehr. Nun galt es nicht mehr, neue Prinzipien zu verabschieden, sondern vielmehr ging es im Folgenden darum, das Verabschiedete in die Realität umzusetzen. Denn obwohl die Lehreinrichtungen auf Linie gebracht waren, galt dies noch lange nicht für ihre Mitarbeiter und Studenten.
Am 18. März 1980 folgte der Beschluss des Politbüros des ZK der SED „über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, in dem die Parteiführung den Bildungseinrichtungen vor allem als „geistig-kulturelle Zentren, Bedeutung zumaß“.[798]

> „[...] Größere Anforderungen werden an die Universitäten und Hochschulen als geistig-kulturelle Zentren gestellt. Das entspricht dem wachsenden Bedürfnis vieler Bürger, sich unabhängig von ihrer beruflichen Tätigkeit in verschiedenartigen Veranstaltungen, wie Sonntagsvorlesungen, Schülerakademien, Veteranenkollegs und FDJ-Studentenklubs, Wissen anzueignen und ihr Leben geistig und kulturell zu bereichern. Gemeinsam mit den Universitäten und Hochschulen tragen dafür die FDJ, der Kulturbund, die URANIA und die Kammer der Technik eine große Verantwortung. [...]“[799]

Die Universitäten sollten jedem Interessierten offen stehen, um die Bildung der Bevölkerung voranzutreiben, ohne Zwang, wohl aber mit der Absicht, den Menschen zu „kollektivieren“.

---

[797] Vgl. Gert Noack: Bildungs- und Schulpolitik, in: Andreas Herbst (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 420-432, hier: S. 431.
[798] Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 219.
[799] Zit. nach: Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 219.

Zur Rolle der FDJ hieß es:

> „[...] Das Grundanliegen des politischen Wirkens der Freien Deutschen Jugend an den Universitäten und Hochschulen ist es, der SED zu helfen, standfeste Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft heranzubilden, die im Geiste des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus handeln. Sie fördert das Verantwortungsbewusstsein der Studenten für ihr Studium und ihre schöpferische Initiative in der politischen und wissenschaftlichen Arbeit. Sie nimmt ihre Verantwortung als Interessenvertreter der Studenten und jungen Wissenschaftler im täglichen Arbeits- und Lebensprozeß wahr.“[800]

Die Ansprüche an die Studenten hatten sich nicht verändert. Die Zielsetzungen waren die alten: die Studenten sollten zu standhaften Kämpfern für den Sozialismus ausgebildet und die Universitäten und Hochschulen als geistig-kulturelle Zentren tätig werden. Das alles war nicht neu. Neu war lediglich die Tatsache, dass die Bildungsstätten jetzt allen Bürgern der DDR offen standen, um ihnen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu sichern, die noch dazu unter staatlicher Kontrolle stand.

Die Orientierung der V. Hochschulkonferenz lag auf der Verbesserung der Stundenpläne, der stärkeren Gewichtung der Grundlagenbildung- sowie der theoretischen Bildung, der Eigenverantwortung der Studenten für ihr Studium, der Betonung der Verantwortung der Hochschullehrer für ein hohes Niveau in der Bildung und der Erziehung sowie auf der „Verstärkung der Vertragsforschung, die zu effizienten Beiträgen für die praktische Entwicklung führen sollte“[801].

Im Ergebnis wurden die Studenten nicht mehr so oft gegängelt, die studentische Belastung in den Studentenplänen formal verringert, die Überspezialisierung

[800] Zit. nach: Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden-Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 219f.
[801] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schrammm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 68.

zurückgedrängt und die Hochschullehrer zu höheren Forschungsleistungen angehalten. Die Realisierung aller Aufgaben fiel jedoch zunehmend schwerer, da sich die wirtschaftlichen Bedingungen weiter verschlechterten.[802]

Ab 1983 fasste ein neues Konzept für die Ingenieurausbildung Fuß, welches vorsah, dass die Ausbildung von Ingenieuren nur noch auf Hochschulebene erfolgen sollte, wobei beide Ausbildungstypen bestehen blieben: der stärker auf die Forschung ausgerichtete Ingenieur und der eher der Praxis zugewandte Ingenieur. Nicht alle technischen Fachhochschulen sollten auch auf die Hochschulebene übernommen werden. Einige sollten Fachhochschulen bleiben und Techniker ausbilden.[803] Als problematisch erwies sich dabei, dass die Hochschulen vor allem Ingenieure für die Forschung ausbilden wollten, die Fachhochschulen jedoch nicht die Techniker.[804]

> „Die Durchführung dieses Konzeptes gestaltete sich überaus schwierig und ist faktisch in der DDR nicht mehr gelungen. […] Die Kraft und Entschlossenheit des Hochschulministeriums reichte nicht mehr aus, die geplanten Veränderungen konsequent durchzusetzen."[805]

7.5.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Für Anfang der 1980er Jahre waren die Beschlüsse des X. Parteitages sowie des XI. Parlaments richtungsweisend. Im Zentrum standen auch weiterhin, dies verdeutlichte auch die Führungskonzeption des Studienjahr 1983/84, die

---

[802] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 68.

[803] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 69.

[804] Vgl. Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 69.

[805] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 69.

Verbesserung der politisch-ideologischen Wirksamkeit und die Erhöhung der Beitragsleistung jedes Einzelnen „zur Stärkung des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens“. Ziel war es nun, einen Leistungsanstieg der Volkswirtschaft zu erreichen, sicherlich auch um die Sozialpolitik eigenständig finanzieren zu können, was eine hohe Leistungsbereitschaft im Studium voraussetzt, ebenso wie eine enge Kooperation zwischen Wissenschaft/Forschung und Praxis.[806]

1986 beging die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt ihr 150-jähriges Jubiläum der Ingenieurausbildung. Die offizielle Verleihung des Status „universitas literarum technicarum“ (Technische Universität) fand am 14. November 1986 statt.

7.5.3 Rolle der FDJ

1982 studierten reichlich 5.800 Studenten an der THK.[807] Dem gegenüber standen die folgenden Mitgliederzahlen der Freien Deutschen Jugend zur gleichen Zeit:

Tabelle 24: Mitgliederstand der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1982[808]

Monat	Gesamt	Mädchen
Februar	4.855	2.025
Mai	4.798	1.993
August	4.354	1.743

[806] Vgl. Führungskonzeption für das Studienjahr 1983/84, 03.08.1983, in: Akte 231/406 (UAC) Kampfprogramm X. Parteitag, enthält parteiinternes Material, 1981, Sektion Physik/Elektronische Bauelemente, S. 1.

[807] Vgl. Studentenzahlen 1953-2002, in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 269.

[808] Mitgliederstand der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1982, in: Akte 1833/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte für den Bezirk Karl-Marx-Stadt, 1982.

Das Schwanken der Mitgliederzahlen lässt sich damit erklären, dass die Studenten ihr Studium beendeten und die Hochschule verlassen hatten. Denn wenn für denselben Zeitraum die Zahl der Austritte betrachtet wird, finden sich lediglich 2 verzeichnet:

Tabelle 25: Austritte aus der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1982[809]

Monat	Gesamt	Mädchen
Januar	1	-
Februar	-	-
März	-	-
Mai	-	-
Juni	1	-
Juli	-	-
August	-	-

Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt verfügte im Studienjahr 1981/82 über 15 FDJ-Grundorganisationen. Die Zahl der Gruppen schwankte zwischen 240 (August) und 309 (Januar), was auch für die Anzahl der Mitgliederversammlungen galt.

Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlungen wurde ausführlich auf der FDJ-Führungskonferenz in Bärenklau im Juli 1974 Stellung genommen. Dabei hieß es:

> „1. In der Mitgliederversammlung werden stets politische Diskussionen und Debatten über die Arbeit des Kollektivs geführt.
> 2. Jede Mitgliederversammlung faßt einen Beschluß über die nächsten Aufgaben der FDJ-Gruppe oder einzelner Freunde und rechnet über die Erfüllung einiger persönlicher Aufträge ab.
> 3. Ohne gründliche Vorbereitung durch die FDJ-Gruppenleitung ist eine gute Mitgliederversammlung undenkbar. Aufgabe der FDJ-Gruppenleitung ist vor allem, aus

[809] Austritte aus der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1982, in: Akte 1833/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte für den Bezirk Karl-Marx-Stadt, 1982.

den in der Gruppe herangereiften Problemen und unter Berücksichtigung politischer Ereignisse sowie zentraler Orientierungen, den hauptsächlichen für die Gruppe spezifischen Inhalt der Mitgliederversammlung festzulegen, der auch aus der Formulierung des Themas ersichtlich sein sollte.

4. Dementsprechend liegt die Verantwortung der Grundorganisationsleitung vor allem darin, die Fähigkeit der Gruppenleitungen zu entwickeln, selbstständig die Mitgliederversammlung vorzubereiten. Themenvorgabe sind kein Ersatz für diese Hilfe, sie sind – wenn nicht zugleich die inhaltliche und methodische Erarbeitung gemeinsam mit den FDJ-Gruppenleitern erfolgt – bestenfalls ein frommer Wunsch, sie können die eigene Verantwortung der FDJ-Gruppenleitung sogar schmälern.“[810]

Über Mitgliederversammlungen wurde in dieser Arbeit schon öfter berichtet und auch darüber, welche Probleme mit ihnen verbunden waren. Die MVs existierten laut FDJ nicht dafür, den freien Meinungsaustausch über aktuelle politische Themen zu fördern. Sie waren auch nicht eingerichtet worden, um alltägliche Studiensituationen wieder und wieder zu besprechen. Vielmehr sollte sie dazu dienen, den Studenten einen für die SED zuverlässigen Klassenstandpunkt zu vermitteln. Dafür war es von Bedeutung, dass die FDJ-Funktionäre selbst über ein hohes Maß an Wissen und die nötige Weltanschauung verfügten, sich gründlich auf die einzelnen Veranstaltungen vorbereiteten und im Ergebnis Aufgabe und Umsetzung gegenüberstellten, um Verbesserungsmöglichkeiten daraus abzuleiten. Zeit ihres Bestehens hatte die FDJ damit erhebliche Probleme, weil die einzelnen Veranstaltungen lieber dazu genutzt wurden, alltägliche studentische Probleme in den Mittelpunkt zurücken.

[810] Verbandinternes Material, Aus dem Referat auf dem Lehrgang mit Sekretären der FDJ-Bezirksleitungen und leitenden Funktionären der Freien Deutschen Jugend an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Bärenklau, 3. Juli 1974, Günter Schneider, Sekretär des Zentralrats der FDJ, in: Akte 1784/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974, S. 22.

Tabelle 26: Statistik zu den Grundorganisationen und den Mitgliederversammlungen 1982[811]

Monat	Anzahl GOs	Anzahl Gruppen	MV in den Gruppen	Teilnehmer aus den Gruppen an MV	Vergleich: Mitglieder-zahlen
Februar	15	270	205	3.579	4.855
Mai	15	268	208	3.431	4.798
August	15	240	2	23	4.354

Wie aus der Tabelle hervorgeht, lag die Zahl der Teilnehmer an den Mitgliederversammlungen weit unter der der Mitgliederzahlen. Besonders deutlich wird das in den Monaten Juli und August. Wobei hier nicht unerwähnt bleiben darf, dass in diesem Zeitraum auch die Semesterferien lagen.

Exkurs Mitgliederversammlung

Um mir ein möglichst detailgetreues Bild der untersuchten Zeit machen zu können, wurde eine Zeitzeugenbefragung, unter Zuhilfenahme eines von mir konstruierten Fragebogens, durchgeführt (siehe Anhang). Einer der Unterpunkte beschäftigt sich mit der Thematik der Mitgliederversammlungen. Auf die Frage, wie diese von dem jeweiligen empfunden wurde, kamen zumeist Antworten wie:

- *„Es waren Pflichtveranstaltungen die möglichst nicht viel Zeit in Anspruch nehmen durften.“*
- *„Wenn ich mich recht erinnere, ging es hauptsächlich um organisatorische Themen.“*
- *„Teilnahme ja, ansonsten belanglos.“*
- *„Ohne Empfindung“*
- *„1 bis 2 mal jährlich. Sie waren keine Belastung und Höhepunkte“*
- *„Meist wurden aber nur praktische Dinge geklärt. Mit nicht so studierfreudigen Mitgliedern wurde auch mal ein ernstes Wort gesprochen.“*

[811] Statistik zu den Grundorganisationen und den Mitgliederversammlungen 1982, in: Akte 1833/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte für den Bezirk Karl-Marx-Stadt, 1982.

- *„Zwangsweise; langweilig."*
- *„Wie alle habe ich diese in der Regel als lästig empfunden."*
- *„Ich habe teilgenommen, es gab keine größeren Probleme bei seltener Nichtteilnahme. Zu Beginn meiner Studienzeit wurden vorgegebene Punkte kurz, meist wie erwartet, besprochen. Selten diskutierten wir über spontan eingebrachte Punkte. Vor allem kurz vor und in der „Wendezeit" fanden sehr offene Diskussionen statt." (09/1988-03/1993, Maschinenbau)*

Aber auch nähere Informationen wurden gegeben und dargelegt, dass besprochene Themen, auch oft hilfreich für das eigene Studium waren:

- *„Es ging hauptsächlich um Fragen des Studiums – Organisation, Studienplanverbesserung, Bereitstellung von Lehrmaterial, Anfertigung von Praktikumsbelegen bzw. gemeinsamer Hausarbeiten, ... Also um Probleme des Studiums und immer hilfreich." (09/1968-08/1972 Angewandte Mechanik).*
- *„Ich habe teilgenommen, es war auch besser nicht ohne triftigen Grund zu fehlen. Eine Anwesenheitsliste wurde geführt. Wer gefehlt hätte, wäre von der Seminargruppenleiterin zur Rede gestellt worden, wenn er öfter gefehlt hätte, wäre diese von ihrem Übergeordneten abgewaschen worden und dann der Fehlende auch. Ich fand es interessant, es wurden aktuelle Probleme rund ums Studium diskutiert – wer z.B. Unterstützung beim lernen brauchte oder wer schon wieder mittags vom Professor im Internat aus dem Bett zur Vorlesung gejagt worden war. Oder es wurde abgestimmt, wer nach Moskau zum Austauschstudium fahren sollte, während die anderen im Studentensommer waren und in der Produktion arbeiten oder Kabelgräben ziehen mussten. Ich wurde übrigens ausgewählt, da war ich noch nicht FDJ-Gruppensekretär der Seminargruppe. „Wir müssen hübsche Mädchen schicken, damit wir uns nicht blamieren." Aus meiner Seminargruppe wurden*

2 Mädchen geschickt. Es wurde auch beschlossen, welche Veranstaltungen als nächstes organisiert wurde, wer eine Wandzeitung machen muss usw.“ (09/1976-06/1980, Qualitätssicherung und Fertigungsmesstechnik)

Diese Aussage deckt sich in etwa mit dem, was ich in den Akten zu den Themen der jeweiligen Mitgliederversammlungen finden konnte. Für die MVs der Sektion Physik/Elektronische Bauelemente liegen als einzige Sektion Unterlagen über die Versammlungen im Universitätsarchiv Chemnitz vor. Folgende Themen wurden aufgeführt:

- Vorschläge Leistungsstipendium, Stand der Prüfungsvorbereitung, Jugendherbergsfahrt, Diplomarbeiten[812]
- Fernsehraum, Studienjahr Thema Schulpolitik [813]
- Auswertung studienfreie Zeit [814]
- 1. Mai, Beststudentenvorschläge, „aktuelle Probleme des Friedenskampfes“[815]
- Studienleistungen, politische Wirksamkeit der FDJ, kulturelles Leben in SG, „Präzisierung des Kampfprogrammes“[816]

Bei einer der befragten Personen, geboren 1944 (Studienbeginn Betriebsingenieur September 196, Studienende August 1970) erhielt ich die Antwort, dass keine Mitgliederversammlungen durchgeführt wurden. Diese Aussage entspricht der eines weiteren Studenten, der zwischen September 1964 und August 1971 Physik an der

[812] Vgl. Monatsbericht Juni 1983 der Gruppe 81/10, in: Akte 231/341 (UAC) Monatsberichte FDJ-Gruppen, 1983-1988. Sektion P/EB
[813] Vgl. Monatsbericht Mai 1983 der Gruppe 80/09, in: Akte 231/341 (UAC) Monatsberichte FDJ-Gruppen, 1983-1988. Sektion P/EB
[814] Vgl. Monatsbericht Mai 1982, der Gruppe 81/10, in: Akte 231/341 (UAC) Monatsberichte FDJ-Gruppen, 1983-1988. Sektion P/EB, Blatt 7.
[815] Monatsbericht März/April 1983, der Gruppe 81/12, in: Akte 231/341 (UAC) Monatsberichte FDJ-Gruppen, 1983-1988. Sektion P/EB, Blatt 18.
[816] Monatsbericht Februar 1983, der Gruppe 81/10, in: Akte 231/341 (UAC) Monatsberichte FDJ-Gruppen, 1983-1988. Sektion P/EB, Blatt 48.

Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt studierte. Er teilte mit, dass alles, was besprochen werden musste am Rande der Verlesungen und Übungen getan wurde.

Um die politisch-ideologische Situation den Studenten näher zu bringen, gab es so genannte Propagandisten. Das Netz dieser musste möglichst dicht gehalten sein, um viele Studenten zu gewinnen. Dass die Erreichbarkeit nicht besonders hoch war, verdeutlicht die Tatsache, dass die Zahl der anzuleitenden Propagandisten von Januar auf Februar 1982 um mehr als 120 gesteigert werden sollte.

Tabelle 27: Angeleitete Propagandisten 1982[817]

	IST	SOLL
Januar	30	168
Februar	30	40

Diese statistischen Daten veranschaulichen, dass die Hochschule noch immer weit davon entfernt war, nach den sozialistischen Prinzipien, welche das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen vorgab, zu handeln und die Studenten nach ihnen zu erziehen. Anspruch und Wirklichkeit kamen auch weiterhin nicht zusammen. Oftmals waren Tendenzen des „Skeptizismus, der Besserwisserei, des Beobachtens und des Zweifelns“ anzutreffen und wurden auch angesprochen.[818]

Im Zuge der Abschlusseinschätzung des FDJ-Studienjahres 1981/82 war die Diskussion um die aufkommende Friedensbewegung neu, die an den Studenten nicht spurlos vorbei ging.

[817] Angeleitete Propagandisten 1982, in: Akte 1833/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Statistik) Statistische Monatsberichte für den Bezirk Karl-Marx-Stadt, 1982.

[818] Zit. Nach: Zur Situation der Hochschul-FDJ 1980, S. 329-331, in: Ulrike Schuster: Wissen ist Macht. FDJ Studenten und ihre Zeitung FORUM in der SBZ/DDR, Berlin 1997, S. 329-331, hier: 329. (Originalquelle: SAPMO-BArch, DY 24/10 044, Blatt 32ff.: Information zur Arbeit der FDJ an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen in Vorbereitung der V. Hochschulkonferenz der DDR).

> „Verbreitet hat sich die Diskussion zu Fragen der Friedensbewegung […]. In den Zirkeln gelang es, die Auseinandersetzung mit pazifistischen Positionen fortzusetzen und die Erkenntnis, daß der Frieden bewaffnet sein muß, zu festigen. Gut herausgearbeitet wurde, daß von jedem von uns ein klarer Standpunkt zu den wichtigen Fragen unserer Zeit (Friedenssicherung, eigener Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft) gefordert wird, und daß die Tat jedes einzelnen für den Frieden erforderlich ist.“[819]

Wie widersprüchlich klingt es, wenn von Pazifismus und bewaffnetem Frieden in einem Satz gesprochen wird. Weiter standen sowohl die Wirtschafts- als auch die Sozialpolitik der 1980er Jahre auf dem Plan und in einigen Zirkeln wurde die Menschenrechtsproblematik im Zuge der politischen Ereignisse in Polen thematisiert, wobei die Zirkelleiter klar zu machen versuchten, dass Menschenrechte nur in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden können.

> „Obwohl die Diskussion von aktuellen Tagesereignissen durchaus gewollt ist, gilt es, zukünftig noch stärker auf ein ausgewogenes Verhältnis von Themenumsetzung und Behandlung von aktuellen Problemen und ihrer engen Verbindung zu achten. Dies auch unter dem Aspekt, daß zu viele Gruppen bzw. Teilnehmer mangels Vorbereitung auf die Zirkel, auf die Diskussion aktuell-politischer Ereignisse ausweichen wollen und nur oberflächlich diskutieren.“[820]

Hier wird ganz deutlich, dass aktuelle Probleme nicht zu viel Raum einnehmen durften. Die Ursachen für die Diskussionen wurden völlig verkannt. Statt zu registrieren, dass sich die Welt am Anfang eines Umbruchs befand, wurden diese Diskussionen als Fingerzeig für mangelnde Vorbereitung auf die Zirkel bewertet.

[819] Abschlußeinschätzung des FDJ-Studienjahres 1981/82 (an der THK), 11.6.1982, in: Akte 1035/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abschlußeinschätzungen der Kreise, 1981-1982 S. 3.

[820] Abschlußeinschätzung des FDJ-Studienjahres 1981/82 (an der THK), 11.6.1982, in: Akte 1035/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abschlußeinschätzungen der Kreise, 1981-1982, S. 5.

„1. Der Anlauf des FDJ-Studienjahres 1982/83 ist in den GOen straffer zu führen. Im zweiten Studienjahr ist die Durchführung eines Zirkels vor der Reservistenausbildung/ZV-Ausbildung zu sichern.“
2. Die Wertung des Verlaufs des Studienjahres in den GO-Leitungen ist regelmäßiger durchzuführen und qualitativ zu verbessern.
3. Es gilt die Anleitungen der Zirkelleiter besser abzusichern und die Teilnahme mit den FDJ-GOS regelmäßig auszuwerten.
4. Allen FDJ-Gruppen ist noch besser das Anliegen des FDJ-Studienjahres zu erläutern und die Eigenverantwortung der Gruppen zu erhöhen. Besonders ist auf einen engen Kontakt zwischen Zirkelleiter und Gruppe zu orientieren.
5. Im Studienjahr 1982/83 wird nur ein Kreispropagandistenkollektiv gebildet, dem die Funktion für Propaganda der GOL, die Anleiter der Sektion ML und der Kreissekretär Agitation/Propaganda der FDJ-Kreisleitung angehören.
6. Größere Aufmerksamkeit ist in den GOen der Durchführung der Erfahrungsaustausche der Zirkelleiter zu widmen. Die Kreissekretäre nehmen verstärkt an diesem Erfahrungsaustausch in den GOen teil.
7. Verstärkte Anstrengungen sind der Führung der Gespräche zum Erwerb des Abzeichens für gutes Wissen zu widmen, um bis Jahresende alle Mitglieder […] unserer KO zu erreichen.“[821]

Die Zeichen der Zeit wurden auch hier nicht erkannt. Die Schlussfolgerungen für das folgende Studienjahr 1982/83 wichen nicht von den denen der Jahre zuvor ab.

Die politische Lage unter den Stundenten wurde als stabil bezeichnet.[822] In gewisser Hinsicht traf das auch zu. Denn an der eigentlichen Situation hatte sich nichts geändert. Noch immer wollten in den Mitgliederversammlungen verstärkt aktuelle tagespolitische Themen besprochen werden, noch immer war der Marxismus-

[821] Abschlußeinschätzung des FDJ-Studienjahres 1981/82 (an der THK), 11.6.1982, in: Akte 1035/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) FDJ-Studienjahr, Abschlußeinschätzungen der Kreise, 1981-1982, S. 5.
[822] Vgl. Referat von Wilfried Poßner „Mit hohen Leistungen bei der Aneignung und Anwendung des Marxismus-Leninismus, in Studium und Forschung – alle Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse des 4. Plenums des ZK der SED und der 4. Tagung des Zentralrats der FDJ“, vom Juli 1982, in: Akte 525/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978, S. 6f.

Leninismus gegenüber seinem Spezialfach unterbewertet und wurde zumeist als Pflichtveranstaltung wahrgenommen.[823] Winfried Poßner gab weiter die Leitlinien für die weitere politisch-ideologische Arbeit an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen vor. Diese sahen vor, das Niveau der politisch-ideologischen Arbeit zu steigern, die Studenten zu mobilisieren, Eigeninitiative und Eigenentwicklung zu fördern, ebenso wie den Leistungsvergleich, das Rationale soll mit dem Emotionalen verbunden werden, die politisch-ideologische Arbeit sollte „losgelöst von den tagtäglichen inhaltlichen und organisatorischen Fragen des Studiums“ geführt werden sowie Anregungen geschaffen werden, um „alle Fragen und Probleme aufzuwerfen und überzeugende Antwort darauf zu vermitteln“.[824]

Das Grundanliegen der FDJ änderte sich nicht. Es wurde nicht den neuen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst.

> „Auch weiterhin bleibt das Grundanliegen unseres politischen Wirkens der SED zu helfen, standhafte Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft heranzubilden, die im Geiste des Marxismus-Leninismus, des gesellschaftlichen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus handeln. Sie fördert das Verantwortungsbewußtsein der Studenten für ihr Studium und ihre schöpferische Initiative in der politischen und wissenschaftlichen Arbeit. Sie nimmt ihre Verantwortung als Interessenvertreter der

[823] Vgl. Referat von Wilfried Poßner „Mit hohen Leistungen bei der Aneignung und Anwendung des Marxismus-Leninismus, in Studium und Forschung – alle Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse des 4. Plenums des ZK der SED und der 4. Tagung des Zentralrats der FDJ“, vom Juli 1982, in: Akte 525/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978, S. 13.

[824] Referat von Wilfried Poßner „Mit hohen Leistungen bei der Aneignung und Anwendung des Marxismus-Leninismus, in Studium und Forschung – alle Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse des 4. Plenums des ZK der SED und der 4. Tagung des Zentralrats der FDJ“, vom Juli 1982, in: Akte 525/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978, S. 15ff.

Studenten und jungen Wissenschaftler im täglichen Arbeits- und Lernprozeß wahr.“[825]

Beim Lesen dieser Zeilen ist es dem Betrachter unmöglich zu unterscheiden, von wann dieses Zitat stammt, da es in dieser Form, fast unverändert bereits existierte. Es ist nahezu unmöglich, dass diese Tatsache Funktionären zu keinem Zeitpunkt aufgefallen sein soll. Sie müssten sich doch darüber im Klaren gewesen sein, dass nur alt-bekannte Forderungen (neu) formuliert wurden. Es könnten zwei Erklärungsansätze dafür greifbar zu sein: Zum einen die Tatsache, dass die alten Zielsetzungen zum Großteil noch immer nicht Realität geworden waren. Zum anderen scheint sich mir darin auch der eigene Starrsinn widerzuspiegeln, der die Zeichen der Zeit nicht erkannte und an „altbewährten“ festhielt.

[825] Entwurf. Die Aufgaben der FDJ-Kreisorganisation der TH Karl-Marx-Stadt im „Ernst-Thälmann-Aufgebot der FDJ“. Beschluß der VII. Delegiertenkonferenz der FDJ-Kreisorganisation der Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 2. Februar 1985, vom 8. Dezember 1984, in: Akte 231/381 (UAC) Delegiertenkonferenzen, Rechenschaftsberichte, 1984-1987, Sektion Physik/Elektronische Bauelemente, S. 1.

Tabelle 28: Anzahl der MV (Ist-Soll-Zustand), Februar 1983-September 1989[826] (das gilt doch sicherlich für den gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt)

Zeit	**Anzahl GO**	**Anzahl Gruppen**	**MV soll**	**MV ist**	**Teil-nahme MV soll**	**Teil-nahme MV ist**	**Anzahl Aus-tritte**	**Anzahl Aus-schlüsse**	**Anzahl Neuauf-nahmen.**
02/83	38	909	911	304	18.134	5.834	2	1	-
05/83	38	905	907	725	17.374	12.859	1	-	1
08/83	38	822	766	23	15.404	370	-	-	-
12/83	39	952	954	725	18.928	13.705	4	-	2
02/84	39	901	903	449	17.954	7.906	-	-	4
05/84	39	855	857	725	17.410	14.069	-	1	4
08/84	39	864	865	4	15.765	79	2	-	-
12/84	39	965	967	726	19.511	14.471	4	1	2
02/85	39	950	950	547	19.021	11.788	-	-	-
05/85	39	888	889	672	18.120	14.337	1	-	1
08/85	39	833	854	4	16.629	74	1	-	-
12/85	39	952	955	759	19.346	14.857	2	-	2
02/86	39	915	916	561	19.087	11.219	-	-	9
05/86	51	902	903	732	18.547	14.664	1	-	-
08/86	39	858	858	62	17.649	1.047	1	-	1
12/86	39	963	976	598	20.268	14.500	-	-	13
02/87	39	963	976	747	19.025	11.542	-	-	2
05/87	38	882	884	742	18.309	14.729	-	-	-
09/87	38	954	957	579	19.695	11.568	-	-	-
12/87	38	960	962	692	20.304	14.257	-	1	-
02/88	38	912	3.316	909	63.584	16.847	-	-	-
05/88	38	910	3.311	2.863	63.541	53.382	-	-	-
08/88	38	901	852	120	17.300	2.368	-	-	-
12/88	39	1.005	1.007	796	19.444	14.919	2	1	-
02/89	39	971	974	547	18.650	8.475	1	1	-
07/89	39	931	933	190	16.716	2.705	2	2	1
09/89	39	986	617	412	18.928	9.042	-	-	-

[826] Statistische Monatsberichte der FDJ zum Bezirk Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1817/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Statistik) Statistische Monatsberichte Bezirk Karl-Marx-Stadt 1980-1989.

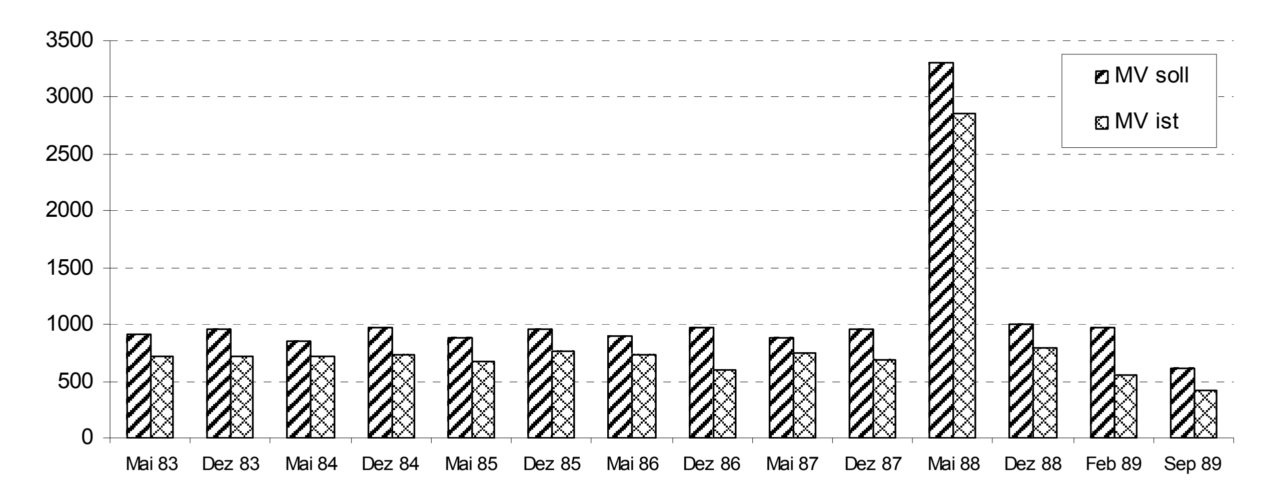


Abbildung 5: Anzahl der Mitgliederversammlungen (Ist-Soll-Zustand), Februar 1983-September 1989 (das gilt doch sicherlich für den gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt)[827]

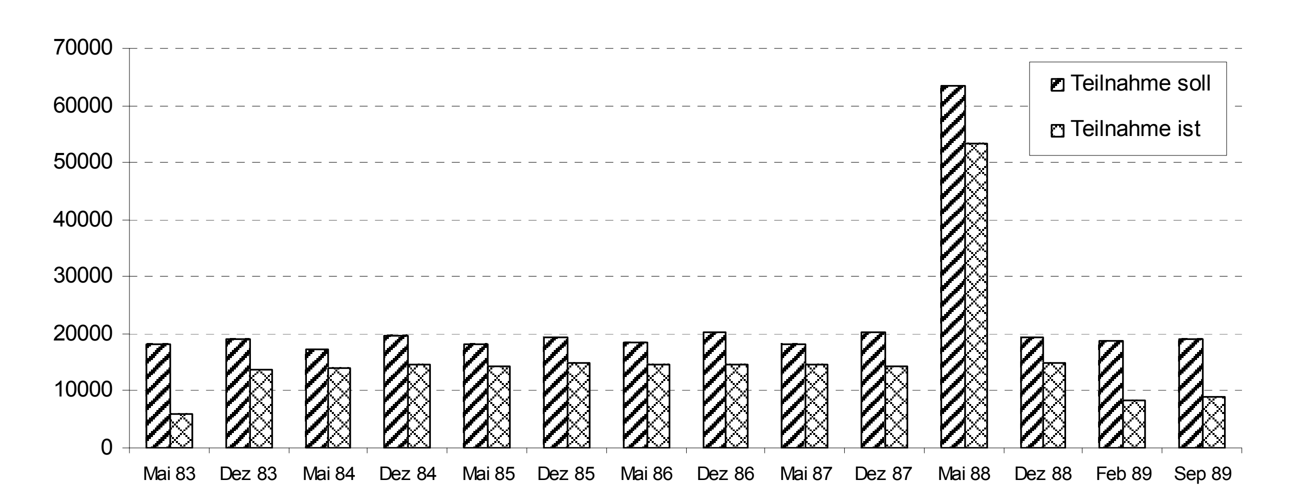


Abbildung 6: Anzahl der Teilnehmer an MV (Ist-Soll-Zustand), Februar 1983-September 1989 (das gilt doch sicherlich für den gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt)[828]

[827] Statistische Monatsberichte der FDJ zum Bezirk Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1817/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Statistik) Statistische Monatsberichte Bezirk Karl-Marx-Stadt 1980-1989.

[828] Statistische Monatsberichte der FDJ zum Bezirk Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1817/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Statistik) Statistische Monatsberichte Bezirk Karl-Marx-Stadt 1980-1989.

VIII Endphase und Zusammenbruch der Wissenschafts- und Hochschulpolitik an der Technischen Hochschule/ Universität Karl-Marx-Stadt

8.1 Entwicklung (Anspruch)

Im Umbruch befand sich in den 1980er Jahren in der DDR die gesamte politische und gesellschaftliche Lage. Der Herbst 1989 war Höhe- und Endpunkt der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise in der DDR, die mehrere äußere und innere Faktoren hatte. Der Beginn der äußeren Faktoren stellte der KSZE-Prozess dar. Die KSZE-Schlussakte über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 diente der Förderung des Bürgerrechtsgedanken. Sie sah Maßnahmen zur kollektiven Friedenssicherung, wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Unverletzlichkeit der Grenzen, territorialen Integrität, Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten sowie zu den Grund- und Menschenrechte vor. Auch die DDR hatte dieses Dokument unterzeichnet und somit den Anspruch ihrer Bürger auf Meinungs- und Reisefreiheit sowie die freie Wahl des Wohnortes garantiert, und all diese Vereinbarungen forderten die DDR Bürger zunehmend ein. Infolge des Nichteintretens dieser Inhalte in der DDR mehrten sich Ausreiseanträge.

Der Amtsantritt Michael Gorbatschows 1985 gilt als ein weiterer äußerer Faktor. Gorbatschow stand für Reformen. Er prägte Glasnost und Perestrojka, da er die umfassende Krise des administrativ-zentralistisch organisierten Sozialismus erkannte, die v.a. im Bereich der Wirtschaft den Verfall erreicht hatte. Er wollte sowohl Wirtschaft als auch Staat und Partei demokratisieren, kritisierte seinen Vorgänger. Gorbatschow strebte den Abbau der militärischen Rüstung und den Umbau des Wirtschaftssystems an, was den Sozialismus stärken, ihn jedoch nicht abschaffen sollte. Auch eine geschichtliche Aufarbeitung des Kommunismus sollte

erfolgen. Der sowjetische Staatschef ging sogar noch einen Schritt weiter. Er revidierte die Außenpolitik, indem er 1988 den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan anordnete, die Abrüstungsinitiativen verstärkte, die Breschnew-Dorktrin der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten aufhob und schließlich auf Interventionen verzichtete. Dies alles öffnete den Weg zur Pluralisierung der inneren Gestaltung des Ostblocks. Gorbatschows Politik traf bei der DDR-Bevölkerung auf großes Interesse – bei der SED selbst führte sie zu Unverständnis und Abschottung. Die Losung „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen" galt plötzlich nicht mehr. Die SED sperrte sich gegenüber Reformen im eigenen Land und die Eigenständigkeit des DDR-Sozialismus wurde verstärkt betont. Noch im April 1987 hob Kurt Hager hervor, dass die DDR den Moskauer Tapetenwechsel nicht nachvollziehen kann. Die SED war entschlossen, den Sozialismus in den Farben der DDR zu gestalten. Im Gegensatz zur SU lehnte die DDR eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kategorisch ab.

Schließlich stellt auch die Deutschlandpolitik der BRD und DDR einen weiteren äußeren Faktor dar. 1969 fand in Bonn der Regierungswechsel von der Großen zur sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt statt. Das Ziel war die Entspannungspolitik (bezogen auf ganz Europa) mit dem langfristigen Ziel, Deutschland wieder zu vereinigen. Es sollte eine Aussöhnung mit dem Westen sowie einen Ausgleich mit dem Osten geben. Das Abrüstungsproblem stand im Mittelpunkt des Gesprächs mit der SU. Da ein „Gleichgewicht des Schreckens" existierte, akzeptierte die USA diesen Status quo. Im Ergebnis kam es zur Verabschiedung zahlreicher Verträge: 1970 Moskauer Vertrag und Warschauer Vertrag (Vereinbarungen mit Moskau und Polen über die Unverletzbarkeit der europäischen Grenzen), 1971 Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (bestätigte Verantwortung und Rechte der 4 Mächte gegenüber Berlin); brachte zahlreiche Verbesser- und Erleichterungen (Transit- und Reiseverkehr), 1972 Grundlagenvertrag.

Brandt war, wie später auch Schmidt, der Ansicht, dass nicht die Politik der Nicht-Anerkennung, sondern nur die Intensivierung der deutsch-deutschen Kontakte der guten nationalen Zusammenarbeit dienen und somit die Situation für die Menschen in beiden deutschen Staaten etwas erträglicher gestalten würde. Die Politik der vielen kleinen Schritte (hinsichtlich der Wiedervereinigung) galt als Grundlage des Handelns: „Wandel durch Annäherung" hieß die Devise. 1973 erhielten beide deutsche Staaten die Mitgliedschaft der UNO und nahmen so 1975 gleichberechtigt an der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teil. Die innerdeutschen Beziehungen verdichteten sich zunächst, was mehr als 30 Abkommen zwischen der DDR und der BRD zwischen 1972 und 1989 belegen.

Bald aber ging der Regierung unter Erich Honecker diese Annäherung zu weit und es wurde zunehmend wieder auf Abgrenzung (Politik der „Zwei Staaten-zwei Nationen") gesetzt. Aus diesem Grund versuchte die SED-Führung die Identität der deutschen Nation zu verleugnen und bemühte sich um die Schaffung einer (künstlichen) DDR-Identität. 1980 stellte Honecker schließlich seine Geraer Forderungen auf, die eine weitere Annäherung unmöglich machten:

- Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die BRD
- Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften
- Grenzverlauf in der Mitte der Elbe
- Auflösung der zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter

Damit sollte die dauerhafte Spaltung Deutschlands besiegelt werden. Der Regierungswechsel von Willy Brandt auf Helmut Schmidt 1982 brachte keine wesentlichen Einschnitte in der Deutschlandpolitik. 1983 und 1984 gewährte die Bundesrepublik der DDR Kredite in Milliardenhöhe und ermöglichte somit die

weitere Existenz des sozialistischen Staates. 1987 fand Honeckers Staatsbesuch in Bonn statt, bei dem er mit allen militärischen Ehren empfangen wurde.

Aber auch innere Faktoren bedingten die Krise des SED-Regimes. Dazu zählte die Struktur und Funktionsweise des Systems selbst: Die SED war der Auffassung, dass sie auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Ideologie im Besitz der absoluten Wahrheit wäre, und leitete daraus ihren totalen Führungsanspruch ab. Doch zunehmend wirkte die SED überfordert und unflexibel, wenn es um Reformen und Modernisierung ging. Veränderungen wurden entweder zu spät oder gar nicht wahrgenommen. Alle Infos liefen in der Parteispitze zusammen – aber das Politbüro hatte nur begrenzte Kapazitäten und war zusehends überlastet. Es herrschte ein mangelndes Bewusstsein an politischer Verantwortung und fehlender Legitimation vor. Die marxistisch-leninistische Ideologie ging von der Übereinstimmung staatlicher, gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen aus.

Auch gab es einen Wandel der Mentalitäten. Die Werte, an denen sich die Menschen orientiert hatten, änderten sich. Menschen entwickelten individuelle Verhaltensweisen und so entstanden (gegen den Willen der SED) ökologische Gruppen, Menschenrechts- Friedensgruppen u.a., die versuchten, das Problembewusstsein der Menschen zu wecken und damit den innergesellschaftlichen Denkprozess einleiteten.

Auch die offene deutsche Frage trug zur Schwächung der SED-Herrschaft bei. Es sollte künstlich eine sozialistische Nation aufgebaut und eine eigenen DDR-Identität geschaffen werden, was sich jedoch als schwierig erwies, da sich kein aufgesetztes Nationalbewusstsein verinnerlichen ließ.

Auch die Sozialistische Wirtschaftsordnung zählt zu den inneren Faktoren. Die zentrale Planwirtschaft, bei der sich das ökonomische Handeln an den ideologischen

Vorgaben und politischen Anweisungen der Politik zu orientieren hatte, war den Herausforderungen der Weltwirtschaft nicht gewachsen. Hinzu traten zahlreiche Probleme wie die Veralterung der Produktionsmittel, die Interesselosigkeit der Produzenten, der Verfall der Infrastruktur, der fehlende Wettbewerb, die hohen Subventionen, die geringe Wirtschaftsleistung, die Verschwendung von Wirtschaftsgütern, die Rohstoffknappheit (fehlende Devisen) sowie die dramatischen Umweltschäden. Die SED erwies sich als unfähig, diese Strukturen zu modernisieren.

Schließlich ist auch die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu nennen. Der Lebensstandard sollte in dem Maße steigen, in dem das wirtschaftliche Wachstum erzielt würde. Es gab jedoch überhöhte Ausgaben beim Wohnungsbau und die grundsätzliche Subventionierung aller Preise tat ihr Übriges. All diese sozialen Maßnahmen überstiegen die wirtschaftlichen Erfolge bei weitem. Trotzdem wurde das kostenintensive Sozialprogramm weiter fortgesetzt, da nur dadurch die Menschen besänftigt werden konnten.

Der Strukturwandel der westlichen Staaten fand in der DDR nicht statt, die Öffnung der Märkte (für neue Ideen, …) wurde nicht initiiert.

Was die Wissenschafts- und Hochschulpolitik im Besonderen betrifft, so fällt auf, dass in den 1980er Jahren eine Art Stagnation eintrat. Wesentliche Neuerungen, neue Konzepte oder ähnliches wurden vergebens gesucht. Wie kommt das? Nach den Auswertungen der Akten und der Zeitzeugenberichte kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Richtlinien der SED-Hochschulpolitik überall angekommen und umgesetzt waren. Mit Sicherheit standen in den 1980er Jahren andere wichtige Punkte auf der Tagungsordnung. Die Veränderungen in der SU seit dem Machtsantritt Michael Gorbatschows sorgten bei der DDR-Führung für Verwirrung und Unsicherheiten. Hinzukam, dass mit den vorhergegangenen

Konzepten bereits theoretisch alles auf den Sozialismus ausgerichtet war, auch wenn diese Konzepte noch nicht wirklich durchgesetzt waren. Und so resümieren Krönig und Müller über die Hochschulentwicklung der DDR:

> „Das angestrebte Ziel einer sozialistischen Hochschule wurde zwar nach außen zumeist erreicht, zu Hochschulen sowjetischen Typs sind die Universitäten in der DDR aber nie ganz geworden.“[829]

Der Zentralrat der FDJ bezeichnete die politisch-ideologische Situation 1988 als stabil. Es wurde aber zugleich deutlich, dass die Jugendlichen alltägliche Probleme, wie zum Beispiel die Versorgungsengpässe oder die nicht vorhandene Reisefreiheit offen hinterfragten und auch Antworten erwarteten.[830]

> „Für zahlreiche Jugendliche ist besonderes Reisefreiheit, Meinungsfreiheit Ausdruck von Demokratie. Gerade hier Wirkungen des Gegners in den Argumentationen der Freunde deutlich. Besonders Studenten, junge Künstler forderten die offene Darlegung der staatlichen Regelungen hierzu und Veränderungen.
> Schüler, Lehrlinge und Studenten kritisieren deutlicher alle Versuche von \`Bevormundung\` durch Lehrer und Ausbilder. Nicht immer sachlich setzen sich Jugendliche mit Erscheinungen von Formalismus und Bürokratie auseinander. Schneller wird der Weg über eine Eingabe zur Lösung der eigenen Probleme mit staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen gesucht.“[831]

Das heißt, dass bereits 1988 sowohl auf die eklatante politische als auch wirtschaftliche Situation von Seiten der Studenten aufmerksam gemacht wurde. Die Merkmale einer Demokratie, wie sie die DDR bereits 1975 mit der Unterzeichnung

[829] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ/DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 61.
[830] Vgl. Analyse der politisch-ideologischen Situation unter der Jugend, 1. August 1988 (Zentralrat FDJ) in: Akte SAPMO DY/24, 11480 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR (A-FDJ), Blatt 2ff.
[831] Analyse der politisch-ideologischen Situation unter der Jugend, 1. August 1988 (Zentralrat FDJ) in: Akte SAPMO DY/24, 11480 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR (A-FDJ), Blatt 18.

der KSZE-Schlussakte im Helsinki ihrer eigenen Bevölkerung zugesichert hatte, wurde verstärkt eingefordert und hinterfragt, aus welchen Gründen sich der SED-Staat dagegen so vehement verschließt.

8.2 Wahrnehmung und Umsetzung (Wirklichkeit)

Zu Beginn des Jahres 1989 schlug sich die politische Situation an den Universitäten und Hochschulen der DDR noch nicht in dem Maße nieder, wie es im Herbst 1989 der Fall sein sollte. Zu vereinzelten Diskussionen kam es damals unter anderem deswegen, weil einige Studenten bereits zu diesem Zeitpunkt die DDR verließen. Bis Oktober hatten 266 Personen aus dem Hochschulbereich der DDR den Rücken gekehrt, davon unter anderem 12 Hochschullehrer und 103 Studenten. In dem Buch „Von der Königlichen Gewerbeschule zur Technischen Universität“[832] wurde die Lage an der TUK sogar als viel stabiler als an den großen Universitäten wie beispielsweise Leipzig oder Berlin bezeichnet. Es gab keine Demonstrationen und trotz Aushängen, Wandzeitungen und Versammlungen sei die Situation nicht ausgeartet. Proteste blieben lediglich Einzelaktionen, wie zum Beispiel das Verteilen von Schriften des Neuen Forums.

Alles in allem war die Situation auf Reform, nicht aber auf Umbruch ausgerichtet, vielmehr ging es um die „Beseitigung der Alleinherrschaft der SED mittels des ´demokratischen Zentralismus`, um die Kritik an der Informations-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED und den Wunsch nach Verbesserungen der Studien- und Lebensbedingungen und nach völliger Reisefreiheit“ sowie einer „[w]ahrhaft

[832]Wolfgang Lambrecht/Stephan Luther: Von der Wende bis zur Gegenwart (1989-2003), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 189-214, hier: S. 189.

sozialistischer Demokratie“. Diese Proteste führten zu zunehmender „Argumentationsnot“ der Hochschulleitung.[833]

Noch im Oktober 1989 resümierte Egon Krenz, dass die große Mehrzahl der Jugendlichen eng verbunden zur DDR stehe, die aktuelle politische Lage jedoch zu „großer Verunsicherung und Labilisierung“ der „bereits erreichete[n] Klassenposition“ geführt habe. Dies trage im Ergebnis dazu bei, dass die eigene Politik erstmals hinterfragt wurde, konkrete Schlüsse allerdings ausblieben. Offen wurde auch zur FDJ Stellung genommen und bemängelt, dass die Jugendorganisation eigenständig, d.h. ohne staatliche Absprache, so Krenz, Disziplinierungsmaßnahmen durchführte.[834]

> „Unter der Jugend besteht eine sehr widersprüchliche und teilweise angespannte politisch-ideologische Situation. Einerseits haben politische Fragen an Schärfe und Heftigkeit zugenommen, andererseits wird dem politischen Disput ausgewichen. Bei einem Teil der Jugend ist eine bestimmte Radikalisierung klassenmäßiger Positionen, bei Anderen eine Tendenz zu liberalen Haltungen festzustellen. Breite Kreise der FDJ-Aktive und jungen Genossen in der FDJ sind stark verunsichert, können sich vor allem viele Fragen unseren inneren Entwicklung und den Umgang damit durch die Partei und Staatsführung nicht mehr erklären, finden ihrer Meinung nach wenig Antworten und Rat bei erfahrenen Genossen und in den Medien, um die politischen Ereignisse klassenmäßig zu bewerten.
> […]
> Unter veränderten inneren und äußeren Bedingungen der Entwicklung des Sozialismus in der DDR stellt sich die Frage, ob sich die Grundprinzipien der Jugendpolitik der SED als Gesetzmäßigkeiten sozialistischer Entwicklung entsprechend erweisen und gültig bleiben und wie der Masseneinfluß der FDJ gesichert werden kann. Alle der Parteiführung in den

[833] Wolfgang Lambrecht, Stephan Luther: Von der Wende bis zur Gegenwart (1989-2003), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 189-214, hier: S. 189f.

[834] Vgl. Einschätzung der politisch-ideologischen Lage unter der Jugend, 09. Oktober 1989, Zentralkomitee, Egon Krenz, in: Akte SAPMO DY/24, 11803 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR (A-FDJ).

vergangenen Jahren vorgelegte Analysen weisen darauf hin, daß die Jugendpolitik der SED von der Partei, der FDJ, dem sozialistischen Staat , der gesamten Gesellschaft mit mehr Konsequenz und schöpferischer durchgesetzt werden muß, wozu es mehr Engagement aller Beteiligten, verstärkter Kontrolle getroffener Festlegungen, vor allem jedoch der überall erwünschten und stets aufmerksam geforderten Mitarbeit der Jugend selbst bedarf.

[…]

Bei vielen Jugendlichen ist nach wie vor der Eindruck stark verbreitet, es sei Ziel der FDJ, formal ihre Aufgaben zu erfüllen, möglichst gute Ergebnisse melden zu können, egal, ob die Initiativen real sind („Zahlenhascherei“). Man spürt auch in der FDJ zu wenig an ideologischer Arbeit, zu wenig Ehrlichkeit bei der Bewertung des Erreichten und zu wenig tatsächlich das Prinzip der Freiwilligkeit überhaupt und bei der Teilnahme an Aktivitäten des Verbandes. FDJ-Funktionäre betrachten es oft als Mangel, wenn nicht alle an allem teilnehmen. Gelingt es ihnen nicht, Freunde zu gewinnen, bedienen sie sich oft eigener administrativer Mittel bezw. staatlicher Disziplinierungsmaßnahmen. Es bedarf größter Anstrengungen, den Sinn des Tragens des Blauhemdes entsprechend dem Statut zu erläutern.“[835]

Erstmals wurde die Umsetzung einer FDJ-Grundsatzes in Frage gestellt bzw. dessen Realität. Erstmals wurde darauf eingegangen, dass das Prinzip der Freiwilligkeit de facto auf dem Papier, nicht aber in der Praxis funktionierte. Die eigentliche Jugendarbeit musste den Bedürfnissen angepasst werden. Es wird aber auch sichtbar, dass zwei Haltungen in der Diskussion zum Tragen kommen, die weit auseinander klafften: eine, die dem Streit aus dem Weg geht, und eine, die die Konfrontation sucht. Allgemeine Ratlosigkeit herrschte vor, wobei Antworten nicht gegeben wurden und vielleicht auch nicht gegeben werden wollten oder eben auch konnten.

---

[835] Einschätzung der politisch-ideologischen Lage unter der Jugend, 09. Oktober 1989, Zentralkomitee, Egon Krenz, in: Akte SAPMO DY/24, 11803 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR (A-FDJ).

Strukturell gesehen löste sich am 31. Dezember 1989 die Hochschulparteileitung an der TUK auf. Im Februar machte die FDJ dem gewählten Studentenrat Platz, der sich bereits im Dezember konstituiert hatte. Diese Studentenräte sollten sich lediglich „mit rein studentischen und nicht mit allgemeinpolitischen Problemen befassen". Ihre Ämter waren ehreamtlich vergeben, der Vorsitz entsprach dem Rotationsprinzip und ihre gefassten Beschlüsse waren anfechtbar, mit mindestens 20% der Studentenunterschriften. Als Organe in der vorläufigen Hochschulordnung der DDR wurden die Studentenräte im September 1990 verankert und im Juli 1991 schließlich ins Sächsische Hochschulrahmengesetz aufgenommen.[836]

Die Veränderungen brachten in Folge auch den Beschluss des DDR-Bildungsministeriums der „Demokratisierung des Studiums" mit sich, der vorsah, das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium abzuschaffen, ebenso wie die 3-jährige Arbeitsplatzbindung und die Ausbildung in Zivilverteidigung. Um ein Stipendium gewährt zu bekommen, sollten neben der fachlichen Leistung von nun an auch die Berufsmotivation sowie die moralische Integrität zählen.[837]

Im April 1990 fanden Senatswahlen statt. Die Grundordnung der Technischen Universität Chemnitz vom November 1990 sah den Rektor als oberstes Organ vor, der von nun an nicht mehr in Einzelleitung, sondern im Gremium des Rektorats (Rektor, beide Prorektoren für Bildung und Forschung) entscheiden sollte. Der

[836] Vgl. Wolfgang Lambrecht, Stephan Luther: Von der Wende bis zur Gegenwart (1989-2003), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 189-214, hier: S. 190f.
[837] Vgl. Wolfgang Lambrecht, Stephan Luther: Von der Wende bis zur Gegenwart (1989-2003), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 189-214, hier: S. 192.

Kanzler, welcher sowohl für die Verwaltung als auch für den Haushalt die Zuständigkeit inne hatte verstärkte die Leitungsebene.[838]

Am 31. August 1990 wurde der Einigungsvertrag verabschiedet, der den am westdeutschen Vorbild orientierten Umbau des ostdeutschen Hochschulwesens vorschrieb. Artikel 13 manifestierte, dass die geschaffenen Bundesländer die Bildungseinrichtungen übernehmen und dann binnen 3 Monate entscheiden sollen, ob diese Einrichtungen abgeschafft oder weitergeführt werden sollten. Aufgelöst wurden an der Technischen Universität Chemnitz mit dem 12. Dezember 1990 das Institut für sozialistische Wirtschaftsführung und Ingenieurpädagogik sowie die Sektion für Wirtschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften. Allerdings bestand die Ausbildung in beiden letztgenannten weiter fort. Die Sektion Philosophie/Sozialwissenschaften wurde komplett geschlossen.[839]

8.3 Rolle der FDJ

Zeit ihres Bestehens hatte die Jugendorganisation ein Mitgliederproblem, was die berufstätigen jungen Erwachsenen betraf. Und so wurde die Aufgabe fixiert, dass der Organisierungsgrad der berufstätigen Jugendlichen „unter 25 Jahren auf mindestens 55% und [bei] 25 bis 30 Jahre[n] auf mindestens 30% zu erhöhen“ sei. Dieser Auftrag konnte nicht erfüllt werden. Um die eigenen Mitgliederzahlen aufzubessern, sollte auch weiterhin das persönliche Gespräch gesucht, das Leben innerhalb der FDJ bei den infrage kommenden Kandidaten interessant dargestellt

[838] Vgl. Wolfgang Lambrecht, Stephan Luther: Von der Wende bis zur Gegenwart (1989-2003), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 189-214, hier: S. 192.

[839] Vgl. Wolfgang Lambrecht, Stephan Luther: Von der Wende bis zur Gegenwart (1989-2003), in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 189-214, hier: S. 192ff.

und ihn somit für eine Mitgliedschaft gewonnen werden. Vor allem aber, und das war neu, sollten verstärkt die Mitarbeiter der Universität Karl-Marx-Stadt selbst für eine Mitgliedschaft unter 30 zur Verfügung stehen. Dass die Mitgliedschaft nach Abschluss des Studiums nicht beendet sein musste, für diese Idee galt es die Studenten zu gewinnen. Um die Stabilisierung zu gewährleisten, galt es den Anteil der Genossen in den Leitungspositionen des Verbandes zu halten und sicherlich auch zu steigern.[840]

Doch diese Ziele waren für das Jahr 1989 utopisch. Im Gegenteil. Aufgrund der politischen und gesellschaftliche Entwicklung, die in der DDR im Sommer 1989 verstärkt zum Tragen kamen, häufte sich, spätestens ab Anfang November, die Zahl der politisch motivierten Austritte. Da diese Austrittserklärung die Zeichen der Zeit widerspiegeln, sind im Folgenden einige aufgeführt:

Beispiel 1:

> „Austrittserklärung
> Ich habe mich nach gründlichem Überlegen entschlossen, aus der FDJ auszutreten.
> Ich möchte meine Gründe angeben, damit sie der `neuen` GOL vielleicht etwas auf die Sprünge helfen.
> Als ich Anfang Oktober das `Kampfprogramm `89/90` las, dachte ich, ich hätte mich verlesen und selbiges des Vorjahres in der Hand. Das konnte ich nicht unbeantwortet lassen. Da war sich auch unser[e] Matrikel einig. Wir stellten umfangreiche Forderungen (die an der Wandzeitig im Wohnheim RH51[841] zu lesen waren) in der Hoffnung, daß auch die GOL endlich zum `Neuen Denken` käme. Eine unserer wesentlichsten Forderungen wurde in den `Entwurf zum Arbeitsprogramm` übernommen, doch die neue Form der Kandidatenaufstellung wurde – so scheint es mir – einfach ignoriert. Es blieb bei den

[840] Vgl. Vorlage an das Sekretariat am 20. September 1989, Plan zur Mitgliederentwicklung für das Jahr 1989 an der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1821/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Verbandsorgane/Statistik) Sekretariatsvorlagen, Maßnahmepläne zur Mitgliederbewegung für 1989, August-Oktober 1988, S.3ff..
[841] Wohnheim, Reichenhainer Straße 51

Kandidaten der alten GOL für eine `neue`. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß die alte-neue GOL, ohne einer `Wendehals-Politik` zu verfallen, den neuen Anforderungen gewachsen sein kann.

Die letzten Tage müßten deutlich gezeigt haben, daß Erneuerungen, die die Basis will, keine Schranken gesetzt sind (Reisefreiheit, keine `führende Rolle` mehr,…). Dazu müssen aber die OBEN auch wirklich bereit sein.

Es ist gerade heute für jeden von uns wichtig, schnell alte Fesseln abzustreifen. Als so eine Fessel empfinde ich die derzeitige FDJ. Und mir ist einfach meine Zeit zu schade, mich mit meinen Vorstellungen durch die vielen Ebenen einer Organisation zu schlagen, die im Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist. Vor allem, wenn ich schon in der ersten Ebene auf eine `Macht – behalten – Mauer` stoße.

Ich möchte meine Zeit lieber für Arbeiten nutzen, die zu einer – m.E. – wirklichen Vertretung der Studenten führen können.“[842]

Beispiel 2:

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der FDJ.

Nicht länger ertrage ich es, Mitglied einer solchen Organisation zu sein.

Das Statut ist unakzeptabel – es hätte längst geändert werden müssen.

Das poltrige, marktschreierische Auftreten von Aurich beschämt mich zu tiefst, macht mich ängstlich. Alle Reinwaschversuche seinerseits betrachte ich als Lügen. Wer schwang denn die großen Reden beim Fackelzug? (Einer bedenkenswerten Tradition übrigens!)

Ein paar Gedanken noch:

- Alle meine Bemühungen als ehrenamtlicher FDJ-Sekretär unserer SG stießen unter Heilmann auf taube Ohren, wir waren bald die schwarzen Schafe der Sektion.
- Meine Eingaben an den Zentralrat, den Club `der NEUE` betreffend wurden nach stalinistischer Manier abgewürgt. (*)
- Eine Erklärung unseres FDJ-Wohnheimkomitees, dessen Vorsitzender ich bin, vom Dezember 1988 (nach SPUTNIK-Verbot und Folgereaktionen an unserer Wandzeitung) wurden von `Unbekannten` entfernt, landeten aber am selben Tag auf dem Schreibtisch unseres EAW, Helms.“ (*)

[842] 12.11.1989, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.

(*) schriftliche Beweise bei mir einzusehen!!

- o Der demokratische Zentralismus der FDJ verhindert jeglichen Fortschritt dieser Organisation
- o Der neue GO-Sekretär A. Stendal hat sich durch seine Äußerung im ND vor einigen Monaten selbst diskreditiert.“[843]

Beispiel 3:

„AUSTRITT AUS EINER GESELLSCHAFTLICHEN MASSENORGANISATION
Hiermit möchte ich wirkend mit dem 1. Dezember 1989 meinen Austritt aus der Freien Deutschen Jugend erklären, um meine mehr oder weniger tote Mitgliedschaft zu beenden.“[844]

Beispiel 4:

„Austrittserklärung
Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der FDJ, da ich erstens in diese Organisation nicht freiwillig eingetreten bin.
Zweitens glaub ich, daß die Strukturen der FDJ derzeit nicht unbedingt mit kompetenten und dynamischen Leuten besetzt sind. Das schlussfolgere ich zumindest aus der momentanen Konzeptlosigkeit.
Drittens bin ich der Meinung, daß die FDJ als langjährige Kampfreserve der SED innerhalb kürzester Zeit nicht in der Lage ist sich grundlegenden Änderungen zu unterwerfen, was die heutige politische Lage jedoch erfordern würde. Deshalb glaube [ich] auch nicht dass die FDJ ihrer Aufgabe als Interessenvertretung der Studenten gerecht werden kann.
Viertens möchte ich bemängeln, daß Erklärungen bzw. Stellungnahmen zu den derzeitigen Problemen in äußerst geringem Umfang bzw. überhaupt nicht erfolgen.“[845]

---

[843] 12.11.1989, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.
[844] 29.11.1989, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.
[845] 20.11.1989, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.

Beispiel 5:

„Austrittserklärung
Hiermit erkläre ich den Austritt aus der Freien Deutschen Jugend. Ich befinde mich nicht mehr in Übereinstimmung mit den Zielen und Organisationsformen dieser Organisation. Auch die beabsichtigte Erneuerung scheint mir kein geeigneter Weg zur völligen Beseitigung der jahrelang praktizierten Vormundschaft einer unfähigen Funktionärsclique. Diese Erkenntnis wird durch die völlige Ratlosigkeit der übergeordneten FDJ-Kreisleitung seit den Ereignissen im Herbst `89 gestützt. Für mich ist nur noch die Neugründung einer Jugendorganisation akzeptabel, die sich eindeutig zu einer weltanschaulichen Linie bekennt. Ein `Einheitsbrei` wie bisher kann Jugendliche nicht mehr hinter dem Ofen hervorlocken.“[846]

Beispiel 6:

„Austrittserklärung
Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der FDJ, da die Ideale dieser Organisation nicht mehr die meinigen sind.“[847]

Beispiel 7:

„Austrittserklärung
Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Freie Deutsche Jugend. Dieser Verband vertritt meiner Ansicht nach in keiner Weise meine Interessen. Ich bin von einer Verbandsführung enttäuscht, die bis in die untersten Ebenen hauptamtliche Funktionäre nicht mehr auf die Basis hörte und in ihrer persönlichen Scheinwelt jeden Kontakt mit den mitgliedern verlor und nicht als Sprachrohr der Jugendlichen in der DDR fungierte. Zu dieser FDJ habe ich jegliches Vertrauen verloren, deshalb trete ich aus.“[848]

Der Tenor der Austrittserklärungen war immer gleich. Bemängelt wurden durchweg das „veraltete Statut“, die Organisationsstruktur der FDJ, der unzureichende

[846] 11.01.1990, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.
[847] 24.01.1990, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.
[848] Ohne Datum, in: Akte 231/347 (UAC) Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.

Erneuerungswillen, das Nicht-anpassen auf die aktuelle Situation. Alles in allem stellte die Freie Deutsche Jugend keine wirkliche Interessensvertretung dar, da sie die eigentlichen Interessen der Jugendlichen überhaupt nicht (an-)erkannte.

Um nicht vollends unterzugehen, versuchte die Freie Deutsche Jugend durch neue programmatische Leitlinien (wahrscheinlich[849] im November 1989) Erklärungsversuche abzugeben:

> „Die FDJ braucht ein neues politisches Konzept. Unser Land steht an einem Scheideweg. Wir wollen den Aufbruch zu einem Sozialismus der Demokratie und der Menschlichkeit. Dazu brauchen wir einen Verband selbstbewusster junger Staatsbürger, denen eine unabhängige starke DDR am Herzen liegt, damit der Sozialismus eine Zukunft hat.“[850]

Auch eine veränderte FDJ galt es auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, wie es hieß, aufzubauen. Es scheint angesichts der zahlreichen Austritte, dass dies zum ersten Mal wirklich so gemeint, wie es formuliert war. Die Organisation sollte von Parteien losgelöst agieren und somit selbstständig und unabhängig sein. Das Ziel war ein erneuerter Sozialismus, Antifaschismus, Frieden, Völkerverständigung, Solidarität, „Toleranz gegenüber Andersdenkenden“, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.[851] Die FDJ selbst beschrieb das Ziel wie folgt:

> „Wir wollen eine souveräne, politisch und ökonomisch leistungsfähige DDR, die einen eigenständigen, konstruktiven Beitrag für die Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Hauses und für die friedliche Entwicklung der Völkergemeinschaft auf der Grundlage der

[849] Da das Dokument ohne eine Datumsangabe versehen ist, erfolgte die Einordnung sowohl nach dem Inhalt, als auch durch die Betrachtung der nachfolgenden Dokumente in dieser Akte.
[850] Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 1.
[851] Vgl. Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 1.

Anerkennung und Achtung der nationalen und staatlichen Souveränität, Vertrauen und Gleichberechtigung leistet. Wir wollen eine humanistische Gesellschaft."[852]

Die Abschaffung der DDR stand nicht auf der Tagesordnung. Vielmehr ging es darum, den eigenen Staat so zu stärken, dass er souverän weiter bestehen konnte. Die DDR sollte als gleichberechtigter Staat agieren können.

Es fanden sich nunmehr Zielstellungen wieder, die die vier vergangenen Jahrzehnte vergebens gesucht wurden:

- freie, ungehemmte Entfaltung des Einzelnen,
- gesellschaftliche Widersprüche sollen offen ausgetragen werden,
- humanistische Gesellschaft, „in der das bisher Erreichte in der Geschichte der DDR im Interesse aller kritisch befragt, bewahrt, geschützt und weiter ausgebaut wird“,
- allgemeine freie, geheime Wahlen,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Transparenz und Offenheit,
- sozialistische, am Markt orientierte Wirtschaft,
- sozialistisches Leistungsprinzip,
- Erneuerungskraft der Volkswirtschaft,
- Gewährleitung sozialer Sicherheit,
- Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie,
- „Kontrollmechanismen über alle ökonomischen Planungs- und Leitungsprozesse“,
- „Einbringen in die Prozesse der internationalen Arbeitsteilung“,
- Chancengleichheit bei Bildung,
- „realistische Darstellung des Geschichtsprozesses“,

852 Vgl. Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 2.

- „unreglementierte Freizeitgestaltung“.[853]

Die parlamentarische Arbeit wurde weiterhin als wichtiges Element betrachtet. Jugendräte galt es auf allen Ebenen, in allen Betrieben und sonstigen Einrichtungen zu schaffen, wobei hier die Vertreter der FDJ gleichberechtigt neben anderen Jugendvertretern agieren sollten. Das bedeutet, dass auch andere Jugendorganisationen gleichberechtigt akzeptiert wurden.[854]

> „Die FDJ sieht einen wichtigen Bestandteil ihrer Tätigkeit im konstruktiven und toleranten Zusammenwirken mit allen Parteien, Organisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften, die auf der Grundlage der Verfassung der DDR ihre Arbeit gestalten und ihre politische Plattform offen darlegen.“[855]

Wie viel Erneuerung bedeutet das nun aber? Auf der einen Seite möchte sie als unabhängige und losgelöste Organisation agieren, auf der anderen Seite kommt wieder die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zum Ausdruck. Und wie ist es zu verstehen, dass auf der Grundlage der Verfassung der DDR gearbeitet werden sollte? Ist hier nicht indirekt gemeint, dass in etwa in die Richtung weiter gegangen werden sollte wie bisher und alle Erneuerungsbeteuerungen nur halbherzig waren? Dies wird sich im weiteren Verlauf der Entwicklung der FDJ noch belegen lassen.

Ihre Schwerpunkte beschrieb die Organisation wie folgt: So sollten beispielsweise Vorschläge für eine neue Verfassung eingebracht, an einem neuen Jugendgesetz mitgewirkt, für Gleichberechtigung gekämpft, wissenschaftlich-technische Zentren

---

[853] Vgl. Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 2.
[854] Vgl. Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 4f.
[855] Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 5.

der FDJ eingerichtet, Auftrittsmöglichkeiten für Künstler geschaffen, Solidarität mit Schwachen und der Dritten Welt geübt und der Dialog und Meinungsstreit mit Jugendlichen aus anderen Ländern gesucht werden.[856] Eine Erneuerung schien theoretisch möglich gewesen zu sein. Doch praktisch lagen die Dinge im November 1989 bereits wesentlich anders. Die Mauer war geöffnet und der Wind der weiten, der westlichen Welt wehte oder besser fegte über das Land. Eine sozialistische Neujustierung, für die beispielsweise die Bürgerrechtsbewegung stand, war von vielen nicht mehr gewollt. Der Blick ging gen Westen und was aus dieser Richtung kam gefiel den Jugendlichen zumeist besser. Es lockte das Neue, das Unbekannte. Eine Erneuerung ihres Verbandes gehörte sicherlich nicht zu den Schwerpunktthemen unter den Jugendlichen dieser Zeit. Eine echte Reformierung, soviel darf angenommen werden, war diesem Verband auch nicht mehr zuzutrauen.

Am 29. November fand in der Abteilung Jugend des ZK der SED eine Beratung über die „aktuelle Entwicklung innerhalb der Partei und die Neuorientierung der Jugendpolitik der SED“ statt. Zur veränderten Jugendpolitik hieß es:

> „Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die Jugendpolitik der SED eine neue Bewertung dadurch erhält, daß es den Trägern dieser Jugendpolitik, die alte FDJ, nicht mehr gibt und daß nicht der Staat alleine diese Jugendpolitik zu finanzieren und zu materialisieren hat. Außerdem ist die SED die (bisher) einzige Partei, die nicht für parteipolitische Jugendverbände plädiert und die somit insgesamt eine eigne Jugendarbeit für ihre jungen Genossen (Kandidaten und Mitglieder) und Sympathisanten entwickeln muß. Das erfordert eine Aufwertung der jugendpolitischen Arbeit der Partei (auch ausgehend von der Alterstruktur der SED) bis hin zu einem relativ eigenständigen jugendpolitischen Aktionsprogramm und die Entfaltung neuer Arbeitsweisen der bisherigen Kommission Jugend und Sport bei den Bezirks- und Kreisleitungen (ausgehend

[856] Vgl. Programmatische Leitlinien zur Tätigkeit einer neuen FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 6f.

auch von ihrer veränderten Zusammensetzung), einschließlich ihrer möglichen und sinnvollen Anbindung direkt in den Sekretariaten.“[857]

Was bedeutet das? Die SED selbst ging Ende November 1989 davon aus, dass es die FDJ so nicht mehr gab. Sie hat ihren „Partner“ in der Jugendpolitik verloren. Auf den Verband wurde nicht mehr gesetzt, er findet noch nicht einmal nähere Betrachtung. Es werden nun Formulierungen getätigt, die sich gegenüber den noch vor ein paar Wochen geäußerten um 180 Grad gewandelt hatten. Die Rede war nun davon, dass die SED keinesfalls für parteipolitische Jugendverbände plädiert hat, sondern mehr oder weniger unabhängige Verbände bevorzugt. Wobei die Betonung auf Verbänden liegt. Der Rahmen für eine neue Jugendpolitik der SED wurde somit gleich mit vorgegeben:

„1. Erarbeitung einer sozialistischen Gesellschaftsposition, die die Jugend herausfordert und die ständige Wiedererneuerung dieser Gesellschaft ermöglicht. Dabei bleibt die Jugendpolitik Bestandteil der Gesamtpolitik der SED und muß stärker umgedreht – im Sinne einer ständigen innerparteilichen Opposition auf die einzelnen Bereiche dieser Gesamtpolitik aus der Widerspruchsdialektik heraus –entwickeln. Förderung von Erziehung und Selbsterziehung junger Staatsbürger auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.
2. Verwirklichung der Jugendpolitik innerhalb der Partei durch
   - gleichberechtigte Mitwirkung am innerparteilichen Leben,
   - Entfaltung der Bereitschaft, sich im Kampf um die Erneuerung des Sozialismus (auch in Funktion der Partei) an die Spitze zu stellen,
   - Ausprägung des Wunsches, sich in der Partei politisch zu profilieren. […]
3. Einflussnahme auf die einheitliche Jugendbewegung, durch die jungen Genossen und dieser und umgedrehte Beeinflussung der Jugendpolitik der SED durch die Jugendbewegung. Das bedeutet:
   - modernes Sozialismusprogramm

[857] Niederschrift über eine Beratung in der Abteilung Jugend des ZK der SED am 29,11,1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 1.

- jugendpolitisches Aktionsprogramm
- Förderung der Arbeit junger Genossen in der FDJ und anderen Jugendorganisationen (bspw. in Antifaausschüssen)
- Mitarbeit in den verschiedenen Jugendgremien
- Entwicklung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften, um Konsens der Jugendbewegung zu erreichen.“[858]

Die Jugendpolitik blieb auch weiterhin das Anliegen der SED. Hier wollte sie sich die Kompetenzen nicht teilen. Sprach die Partei zuvor noch davon, dass Jugendverbände nebeneinander existieren sollten, so wird hier bereits von einer „einheitlichen Jugendbewegung“ ausgegangen. Am Ende hieß es sogar, dass mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften zusammen gearbeitet werden soll, um einen Konsens in der Jugendbewegung zu erreichen. Das bedeutet für mich, dass von einer einheitlichen Jugendbewegung innerhalb der Partei nicht ausgegangen wurde. Auch die „Einflussnahme [der Partei] auf die einheitliche Jugendbewegung, durch die jungen Genossen“ verdeutlicht, dass ein losgelöster Verband oder gar mehrere Organisationen definitiv nicht erwünscht waren.

Um die Studenten besser erreichen zu können, wurde versucht durch Flugblätter die neuen Inhalte den Jugendlichen näher zu bringen. Ganz so neu waren diese jedoch nicht immer, was beispielsweise die Überschrift belegt: „Die FDJ ist tot, es lebe die FDJ“[859]. Diese Formulierung erfolgte in Anlehnung an „Der König ist tot, es lebe der König“; was bedeutet, dass nach dem Ableben des Königs kein Machtvakuum entsteht, sondern die Führung sofort und unverzüglich durch einen neuen König übernommen wird. Dies sollte wohl auch für die Freie Deutsche Jugend gelten. Nachdem der alte, ursprüngliche Verband in der Form nicht mehr erwünscht war,

[858] Niederschrift über eine Beratung in der Abteilung Jugend des ZK der SED am 29.11. 1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990, S. 2f.

[859] „Die FDJ ist tot, es lebe die FDJ“, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990.

sollte er sich schnell den neuen Gegebenheiten anpassen und somit auch der Möglichkeit zuvorkommen, dass ihre Stellung eine andere Jugendorganisation einnehmen könnte. Doch wie sollte sich dies in der Realität gestalten? Ging die FDJ tatsächlich davon aus, dass die Jugendlichen, die ihr in Scharen davonliefen, nun zu ihr zurückkehrten, weil sie sich von einem Tag auf den anderen halbherzig öffentlich umorientierte, wobei die alten Prinzipien intern weiter Bestand hatten? Das war nicht zu erwarten, da das Verhalten mehr als unglaubwürdig und von vorn herein zum Scheitern verurteilt war.

Andere Flugschriften sprachen die Jugendlichen direkt an. Gaben sich weltoffen, liberal und modern, wobei im Mittelpunkt ein demokratischer sozialistischer Staat stand, die DDR:



Abbildung 7: Flugblatt der FDJ[860]

[860] Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (Staatsarchiv Chemnitz): Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990.

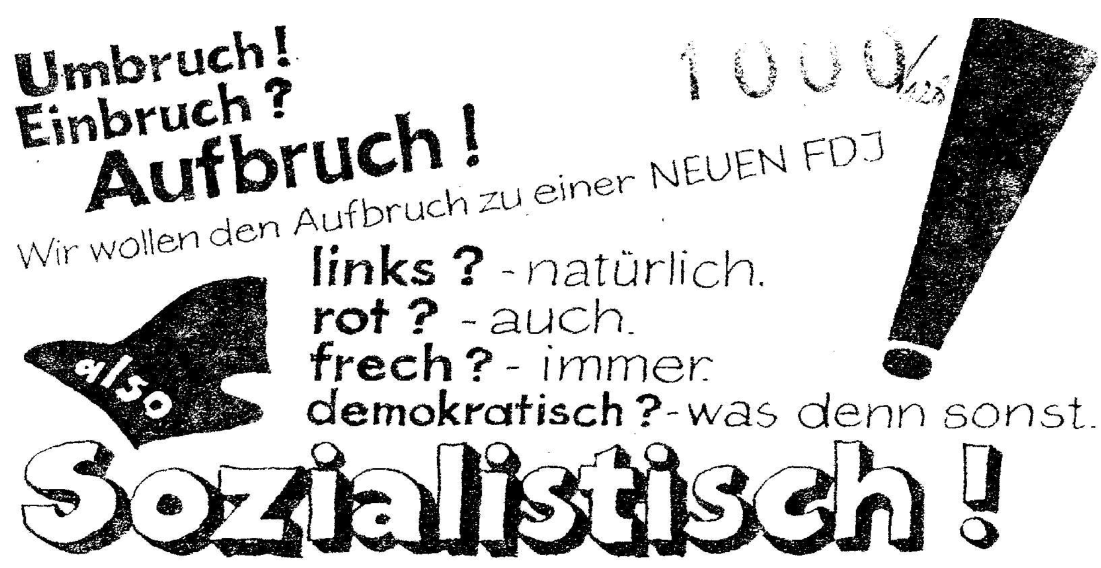


Abbildung 8: Flugblatt der FDJ[861]

[861] Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (Staatsarchiv Chemnitz): Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990.



Abbildung 9: Flugblatt der FDJ[862]

Um sich an die neuen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten besser anzupassen und die Jugendlichen über konkrete Ziele und Maßnahmen zu informieren und bedingt auch durch die Überzeugung, durch Veränderungen weiter

[862] Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990.

bestehen zu können, wurde der Entwurf für ein neues Statut Ende November 1989 vorgelegt. In diesem definierte sich der Verband wie folgt:

„1. Die FDJ ist ein sozialistischer, demokratischer, antifaschistischer, parteiunabhängiger Jugendverband in der DDR.
2. Sie arbeitet auf der Grundlage der Verfassung und tritt für einen sich stetig erneuernden Sozialismus in der DDR aktiv ein. Die FDJ wirkt als politischer Interessenverband im Betrieb, in der Genossenschaft, im Institut, in der Schule, der Universität, der Hoch- und Fachschule, in staatlichen und bewaffneten Organen, im Jugendklub, im Dorf und im Wohngebiet.
3. Die FDJ ist bereit, mit allen anderen Jugendorganisationen und Interessengruppen gleichberechtigt zusammenzuarbeiten.“[863]

Die eigentliche Mitgliedschaft sollte mit 13 Jahren beginnen und auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen. Die Freie Deutsche Jugend bestand aus Gruppen, Grundorganisationen, Jugendklubs sowie Aktionsgemeinschaften in Betrieben, Genossenschaften, Schulen, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Institutionen, Einrichtungen, bewaffneten Organen, Dörfern, Städten und Wohngebieten. Vorgesehen waren Kreis-Stadtorganisationen ebenso wie Bezirksorganisationen und der Gesamtverband. Die leitenden Organe stellten auch weiter das Parlament und der von ihm gewählte Zentralrat dar. Es folgten der Verbandstag und sein Vorstand, die Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Grundorganisationsdelegiertenkonferenzen sowie deren Leitungen. Mitgliederversammlungen sollten in den Gruppen, GOs, Interessengruppen, Aktionsgemeinschaften und Jugendklubs durchgeführt werden.

[863] Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 1.

Wirkliche Veränderungen waren dies nicht.[864] Im Aufbau blieb es im Prinzip beim Alten. Auch die Aufgabenverteilung gestaltete sich nicht wesentlich neu: Zu den Bereichen des Parlamentes gehörte die „Rechenschaftslegung des Zentralrats, der Zentralen Kontrollkommission und der FDJ-Fraktion in der Volkskammer und Beschlussfassung zu ihrer Tätigkeit“ ebenso wie die Beschlussfassung zu den Aufgaben und dem Statut der FDJ, „über die Strukturen der zentralen Leitungen der FDJ sowie zu Anträgen an das Parlament“. Es sollte den neuen Zentralrat, seine Organe und dessen 1. Sekretär wählen, genau wie die zentrale Kontrollkommission, ihren Vorsitzenden und Stellvertreter.[865]

Zur Aufgabe des Zentralrats gehörten die Beschlussführung des Parlaments, die Leitung der Tätigkeit der FDJ zwischen den Parlamenten, die Interessenvertretung des Verbandes in staatlichen und gesellschaftlichen Gremien, die Wahl und Bestätigung Kandidaten für die Volkskammer, die Verleihung der höchsten Auszeichnungen der FDJ, die Verwaltung des Vermögens der Organisation und das Ablegen des jährlichen Rechenschaftsberichts über die Finanzen sowie der Anleitung und Unterstützung der ihm nachgeordneten Einheiten.[866]

Die Bezirks-, Kreis- und Stadtleitungen sollten aus ihren Reihen die Sekretariate wählen „und beschließen, welche Mitglieder der Sekretariate als hauptamtliche Funktionäre in der FDJ arbeiten“. Die Bezirks-, Kreis- und Stadtdelegiertenkonferenzen sollten alle 2 Jahre zusammentreten, immer vor dem

[864] Vgl. Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 3f.
[865] Vgl. Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 6.
[866] Vgl. Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 7.

Parlament. Die außerordentlichen Delegiertenkonferenzen konnten auf Beschluss des ZR oder wenn mehr als 1/3 der Mitglieder es wünschte, einberufen werden.[867]

Des Weiteren existierten die Kontrollkommissionen der FDJ, die durch das Parlament, die Delegiertenkonferenz oder Wahlversammlungen gewählt wurden.

> „Die Kontrollkommissionen der FDJ sind Organe der demokratischen Selbstkontrolle und unabhängig von den gewählten Leitungen der Grundorganisationen, der Kreis-, Bezirksleitungen und des Zentralrates.“[868]

Sie hatten die Kontrolle über die Einhaltung des Statuts und der Gesetzmäßigkeiten der DDR und übten einen sachgerechten Umgang mit den Finanzen und dem Eigentum der Freien Deutschen Jugend. Bei Verstößen bildeten sie einen Untersuchungsausschuss und informierten die jeweils übergeordnete Kontrollkommission.[869]

Wesentliche Erneuerungen waren das alles nicht. Wenn die Ausführung zum Aufbau und den Aufgaben mit früheren Statuten verglichen wird, wird schnell deutlich, dass auch in den vorangegangenen Statuten die Aufgabenverteilung im Wesentlichen so organisiert war. Nur von einer Erziehung im marxistisch-leninistischen Sinn war keine Rede mehr.
Um den Entwurf vom 29.11.1989 zu manifestieren und in ein bindendes Statut umzuwandeln, setzte die FDJ für die Zeit vom 26.-28. Januar 1990 einen Kongress in Brandenburg an. Für dessen Vorbereitung traf sich die Karl-Marx-Städter

[867] Vgl. Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 7.
[868] Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 8.
[869] Vgl. Entwurf für ein Statut einer neuen FDJ, 29.11.1989, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 8.

Bezirksdelegation am 23. Januar 1990. Der 1. Sekretär der Bezirksleitung führte aus, dass es eine zunächst abwartende Haltung unter den Jugendlichen gibt. Es wurde vermutet, dass diese ihre Entscheidung über die Mitgliedschaft erst nach dem Kongress in Brandenburg treffen würden. Eine gewisse Orientierungslosigkeit, gepaart mit „Organisationsfrust und Desinteresse" herrschte vor. Eine Massenorganisation, so subsumierte er, werde abgelehnt. Die Jugendlichen selbst forderten ein freiwilliges, interessantes und aktives Jugendleben, wobei es dennoch Jugendliche gab, die sich engagierten, wodurch überhaupt noch Grundorganisationen existierten, die neben neu gegründeten Basisgruppen bestanden. Auch „erste Studenten-, Schüler- und Lehrlingsräte" waren gegründet wurden. Der eigentliche Programmentwurf stieß im Wesentlichen auf Zustimmung. Einig war sich die Delegation bei der Einordnung des Jugendverbandes: links, sozialistisch, demokratisch, selbstständig, parteiunabhängig. Paradox war allerdings, dass niemand genau wusste, was links und sozialistisch nun bedeuteten.[870] Die eigenen Ziele jedoch waren klar:

„- für eine souveräne DDR
- gegen eine schnelle Wiedervereinigung und Vereinnahmung durch die BRD
- für schrittweise Bildung einer Vertragsgemeinschaft bei Wahrung der Eigenständigkeit im Rahmen eines geeinten Europas […]
- Kampf um Jugendrechte erforderlich
- Mitsprache des Jugendverbande bei zentralen und territorialen Entscheidungen
- Kampf um Vertretung der Jugend in den Parlamenten, aber nicht nur FDJ
- Gegen eine reine Parteienwahl
- Für Jugendräte auf allen Ebenen"[871]

[870] Vgl. Protokoll zur ersten Zusammenkunft der Bezirksdelegation zum Kongreß in Brandenburg, 23.01.1990, in: Akte 999/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990, S. 1f.

[871] Protokoll zur ersten Zusammenkunft der Bezirksdelegation zum Kongreß in Brandenburg, 23.01.1990, in: Akte 999/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990, S. 2.

Obwohl bis Januar mehrere zehntausend Menschen dem Staat den Rücken gekehrt hatten, und nicht mehr der Slogan „Wir sind das Volk“, sondern „Wir sind ein Volk“ dominierte, trat die Jugendorganisation auch Ende Januar 1990 noch für eine souveräne DDR ein. Das lässt sich recht einfach erklären: Ohne die DDR, dessen konnte sich die FDJ sicher sein, würde es auch den Jugendverband nicht geben.

Vom 26. bis 28. Januar 1990 tagte schließlich der Brandenburger Kongress, auf dem die neue Vorsitzende des Verbandes, Birgit Schröder[872], mit einer Mehrheit von 50% aller Stimmen gewählt wurde.[873]

Im Ergebnis beschloss der Kongress die neue Satzung, worin sich die Jugendorganisation selbst wie folgt definierte:

> „- [die FDJ ist] ein selbstständiger, demokratischer, antifaschistischer Jugendverband. Er vereinigt gleichberechtigte Mitglieder, die aus eigenem freien Entschluß dem Verband beigetreten sind und seine Satzung anerkennen.
> - ein linker politischer Verband, der auf Grundlage der Verfassung der DDR für eine humanistische, sozialistische Alternative auf deutschem Boden und für eine Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten eintritt. Der Jugendverband orientiert sich an fortschrittlichem, humanistischem und wissenschaftlichem Gedankengut der Vergangenheit und Gegenwart, insbesondere an linken, revolutionären, sozialistischen und marxistischen Ideen.
> - offen für die Mitgliedschaft von Jugendlichen, die sich politisch und weltanschaulich erst orientieren wollen, die mit linkem Gedankengut sympathisieren bzw. diese Ideen vertreten. Er fördert die solidarische und kameradschaftliche Zusammenarbeit seiner Mitglieder unabhängig vom Geschlecht, sozialer Stellung, geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, sexueller Orientierung, Religion und Nationalität.

[872] Bis dahin 1. FDJ-Sekretärin der Stadtbezirksleitung Magdeburg Nord
[873] Vgl. Ordnung für die Wahl des Vorsitzenden des Verbandes, der Mitglieder des Vorstandes, des Vorsitzenden der Kontrollkommission und der Kontrollkommission, in: Akte 999/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990, S. 1.

- ein Verband, der durch die Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Mitglieder lebt. Die Mitglieder organisieren sich in Basisgruppen dort, wo sie lernen, arbeiten, studieren, ihren Dienst leisten, wohnen bzw. ihre Freizeit verbringen. An der Arbeit des Verbandes können sich auch weitere interessierte Jugendliche beteiligen.
- ein gleichberechtigter und eigenständiger Verband in der Jugendbewegung der DDR. Der sozialistische Jugendverband Freie Deutsche Jugend unterstützt die selbstständige Kinderbewegung der DDR.
- ein Verband, der besonders eng mit jenen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeitet, die sich für eine radikale Erneuerung als eine humanistische Alternative auf deutschem Boden einsetzen. Dazu nutzt der Verband die Möglichkeiten des parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirkens.
- Teil der demokratischen Weltjugendbewegung. Er ist Mitglied der WBDJ sowie weiterer internationaler Jugendorganisationen. Der sozialistische Jugendverband Freie Deutsche Jugend tritt ein, für Frieden, Freundschaft und Solidarität. Die Mitglieder des Verbandes engagieren sich im Kampf gegen Neofaschismus, Völkerhaß, Rassismus, Stalinismus, Recht- und Linksradikalismus sowie Ausländerfeindlichkeit.“[874]

Was bedeutet dies nun im Einzelnen? Zunächst erfolgten die Betonung der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft im Verband, die linke Ausrichtung und das Agieren auf der Grundlage der Verfassung der DDR. Besonders ist, dass nach einer sozialistischen Alternative auf deutschem Boden (das bedeutet auch auf Seiten der BRD) gesucht wurde und ein Staatenbund möglich schien. Wie diese Alternative allerdings aussehen sollte, geht aus dem Dokument nicht hervor. Alles andere ist nicht wirklich neu, beziehungsweise versteht sich von selbst.

Mitglied konnte jeder werden, der das 13. Lebensjahr vollendet hatte, in der DDR lebte, dessen Aufnahmeantrag von der Basisgruppe bestätigt wurde und die Satzung anerkannte. Die Mitarbeit selbst erfolgte in einer Basisgruppe, wobei ein

[874] Satzung der Freien Deutschen Jugend (Beschluß des Kongresses vom 26. bis 28. Januar 1990 in Brandenburg), in: Akte 999/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990, S. 2.

Mitgliedbeitrag entrichtet werden, eine Mitgliedskarte vorhanden sein und Vorschläge von jedem Verbandsmitglied eingebracht werden sollten und mussten. Als Mitglied standen einem die Einrichtungen des Verbandes offen. Die Zugehörigkeit endet mit freiwilligem Ausscheiden oder auf Beschluss der Basisgruppe mit 2/3-Mehrheit, wenn ein Verstoß gegen die Satzung vorlag.

> „Ehemalige aktive Mitglieder sowie mit dem Verband eng verbundene Bürger können durch Beschluß der Leitung der Basisgruppe bzw. des Vorstandes als Ehrenmitglied bestätigt werden. Sie erhalten eine Ehrenmitgliedskarte.“[875]

Frühere, aktiv engagierte Mitarbeiter konnten dementsprechend die Ehrenmitgliedschaft erhalten. Doch wer sollte dazu zählen? Wer hatte sich besonders um den Verband bemüht gehabt? Waren diese Personen wirklich als Aushängeschild für eine Erneuerungspolitik gedacht?

Auch über das Vermögen des Verbandes wurde Stellung genommen. Es setzte sich sowohl aus Gebäuden und Anlagen, Sachen und Vermögenswerten, staatlichen Zuschüssen als auch aus Schenkungen, Spenden und sonstige Einnahmen zusammen. Die Finanzierung des Verbands erfolgt durch:

- Mitgliedsbeiträge
- Schüler und Jugendliche ohne Einkommen: 5,00 Mark im Jahr
- Direktstudenten, Lehrlinge, Abiturienten, Soldaten im Grundwehrdienst, Zivildienstleistende: 6,00 Mark im Jahr
- Jugendliche und junge Werktätige mit Nettoeinkommen bis 750 Mark (Monat): 10,00 Mark
    - 750-1.000,000 Mark: 15,00 Mark

[875] Satzung der Freien Deutschen Jugend (Beschluß des Kongresses vom 26. bis 28. Januar 1990 in Brandenburg), in: Akte 999/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990, S. 3.

- 1.000-1.500,00 Mark: 20,00 Mark
- über 1.500 Mark: 30,00 Mark
- Aufnahmegebühr: je 1,00 Mark

- die Tätigkeit seiner Betriebe und Einrichtungen
- Veranstaltungen
- Sammlungen
- Publikationen
- Zuwendungen
- Spenden

Davon sollten 50% im Basiskollektiv verbleiben, 20% der Beitragsgelder an die Kreisvorstände fallen, 15% an die Bezirksvorstände und schließlich weitere 15% an den Vorstand der FDJ gehen. Der Verband gab eine eigene Zeitschrift sowie Publikationen heraus und unterhielt „Veranstaltungs- und Dienstleistungsbetriebe, Bildungsstätten sowie weitere juristisch selbstständige Betriebe“. [876]

Flugblätter der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt riefen dazu auf, sich an der Entwicklung einer neuen FDJ zu beteiligen. Es galt Vorschläge, Ideen und Anregungen dafür einzubringen und an die vorgegebene Kontaktadresse, welche sich auf den entsprechenden Aushängen befand, weiterzugeben. Anschließend sollten sich gebildete Arbeitsgruppen mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen, die dann der Vorbereitung und Beschlussfassung des XIII. Parlaments dienen sollten.[877]

[876] Vgl. Satzung der Freien Deutschen Jugend (Beschluß des Kongresses vom 26. bis 28. Januar 1990 in Brandenburg), in: Akte 999/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990, S. 3ff.
[877] Vgl. Aufruf für eine neue FDJ, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990.

UNSER LAND BRAUCHT DIE AKTIONSEINHEIT DER LINKEN!

UNSERE VORSCHLÄGE:

1. Für eine souveräne DDR, das heißt: gegen Einverleibung. Deshalb Aktionsgruppen der Jugend gegen Wiedervereinigung.

– Bekundet Euren Willen für die DDR, organisiert eigene Aktionen in den Bezirken gegen Einverleibung der DDR.

– Nehmt teil an der Liebknecht-Luxemburg-Demo, für einen erneuerten, demokratischen und humanistischen Sozialismus.

– Zeigt mit Flugblattaktionen in Kaufhäusern, Kaufhallen, öffentlichen Gebäuden, Grenzübergangsstellen die FDJ-Positionen für unsere Heimat.

2. Bestimmung von eigenen Positionen zum Jugend-, Wahl- und Vereinigungsgesetz, das heißt:

– Machen wir die Abgeordneten der FDJ stark, damit sie unseren Standpunkt wirksam vertreten können.

– Aktiviert die Unterschriftenaktion „Jugend in die Parlamente". Dies ist nicht allein Sache der Jugend. Deshalb wollen wir alle Schichten der Bevölkerung ansprechen und uns engagieren für jede Unterschrift in Betrieben, Einrichtungen, im Wohngebiet und in Hausgemeinschaften.

– Bildet und profiliert die Jugendräte in allen gesellschaftlichen Bereichen. Fordert ihre staatliche Anerkennung.

3. Die FDJ hilft bei der Stabilisierung der ökonomischen Situation in der DDR, das heißt:

– Bildet Freiwilligengruppen, die sich in ihrer Freizeit an volkswirtschaftlich entscheidenden Punkten einsetzen.

– Unterstützt das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Bereiche Handel und Versorgung durch jugendliche Initiative.

4. Wirken der FDJ für eine neue Organisation, das heißt:

– Der Kongreß für einen neuen sozialistischen Jugendverband findet vom 26. bis 28. Januar 1990 statt, diskutiert bis dahin den von der 14. Zentralratstagung beschlossenen Programmentwurf.

– Streitet unsere Positionen aus in allen gesellschaftlichen Bereichen und am Runden Tisch der Jugend, auf allen Ebenen.

– Schafft eine Jugendplattform, die dafür Ausdruck sein sollte, daß die FDJ alle jene politischen Kräfte unterstützt, die sich für eine breite Präsenz gesellschaftlicher Organisationen in den Parlamenten einsetzen.

5. Wir treten für eine eigenständige demokratische Kinderbewegung ein, das heißt:

– Erstreitet mit allen gesellschaftlichen Kräften im Territorium im Interesse der Kinder gemeinsame Standpunkte für die Schaffung dieser demokratischen Kinderbewegung.

– Unterstützt die Aktivitäten der Mädchen und Jungen. Gewinnt aus Euren Reihen Freundschaftspionierleiter und Gruppenpionierleiter, Arbeitsgemeinschaftsleiter und Interessengruppenleiter.

Schreibt uns!
Treffen wir uns!
Auch beim Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband:

26.–28. JANUAR 1990

Zentralrat der FDJ
Unter den Linden
Berlin
1086

Abbildung 10: Flugblatt der FDJ[878]

[878] Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februar 1990.

Die Zeit war reif für Veränderungen. Dies konnte auch an den Bewegungen der Mitgliederzahlen abgelesen werden. Schwankten die Zahlen zwischen 1985 und 1988 zwischen 19.000 und 20.000 Mitgliedern für den gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt, so waren es im März 1990 lediglich noch 870. Auf dem gesamten Gebiet der DDR lag die Zahl bei gerade mal 12.000 Mitgliedern.

Tabelle 29: Mitgliederzahlen der FDJ (DDR gesamt) im März 1990:[879]

Bezirk	Anzahl
Suhl	428
Schwerin	849
Rostock	800
Potsdam	450
Magdeburg	590
Karl-Marx-Stadt	870
Cottbus	900
Dresden	1.500
Erfurt	760
Frankfurt	852
Gera	400
Halle	1.011
Leipzig	711
Neubrandenburg	1.287
Berlin	600
Gesamt	**12.008**

Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig (ZIJ) führte in der Zeit vom 29. Januar bis 8. Februar 1990 eine Meinungsumfrage unter den Jugendlichen durch. Auf die Frage „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“ antworteten 40% aller Jugendlichen, dass sie sehr dafür sind, 38% waren eher dafür als dagegen. Lediglich 6% waren sehr dagegen. Wollten noch im November 1989 82% aller Befragten die DDR auf alle Fälle behalten, waren es im Februar 1990 noch 62%.

[879] Maßnahmeplan zur Mitgliedergewinnung für die FDJ und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der FDJ, 6.3.1990 (Bezirksvorstand Neubrandenburg), in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC)Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 5.

Insgesamt entsprach dies 45% aller Studenten. Diese 62% sind allerdings, verglichen mit der Antwort, dass fast 80% der Befragten eher oder gänzlich für eine Vereinigung waren, relativ viel. Zwischen Januar und Anfang März hatten bereits 85.000 Menschen der DDR den Rücken gekehrt und 12% der Befragten Jugendlichen überlegten ernsthaft, dies auch zu tun.[880] 70% der Befragten wollten sich zu diesem Zeitpunkt an den Wahlen zur Volkskammer Mitte März beteiligen. Dagegen lehnten 8% diese völlig ab, 22% waren unentschlossen, ob sie überhaupt wählen gehen sollten. Noch im November 1989 bekannten sich 75% der Jugendlichen zur Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation. Im Februar lag der Prozentsatz nur noch bei 26% (33% der Studenten). Besonders hoch war der Anteil bei Schülern (56%) und Lehrlingen (48%). Bei Arbeitern (20%) und Angestellten (17%) fiel der Anteil deutlich geringer aus.[881]

Am 10. März, das heißt gut eine Woche vor den Wahlen zur Volkskammer, tagte der Vorstand der FDJ. Im Bericht der Geschäftsstelle wurde Bilanz über die letzten 1½ Monate, dass heißt die Zeit nach dem Brandenburger Kongress, gezogen:

> „Eine Analyse der Arbeitsgruppe der Bezirksinstrukteure zur Lage in acht Bezirks- und 15 Kreisorganisationen verdeutlicht, daß seit der letzten Verbandssitzung ein spürbarer Aufschwung gemessen an ´Neueinschreibungen´ von Mitgliedern nicht zu verzeichnen ist.
> Generell kann nach wie vor von einer Führung der Einschreibung bzw. Gewinnung von neuen Mitgliedern in Bezirks- und Kreisvorständen nicht gesprochen werden. Versuche, mit gezielten Aktionen Mitglieder für den Verband zu gewinnen, erzielten bisher noch keine große Wirkung.

[880] Vgl. Maßnahmeplan zur Mitgliedergewinnung für die FDJ und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der FDJ, 6.3.1990 (Bezirksvorstand Neubrandenburg), in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC)Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 6f.

[881] Vgl. Maßnahmeplan zur Mitgliedergewinnung für die FDJ und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der FDJ, 6.3.1990 (Bezirksvorstand Neubrandenburg), in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 9.

> Eine Erfahrung in diesem Zusammenhang zeigt, daß über Aktionen lediglich erreicht wurde, Sympathiegedanken zu entwickeln; der Weg vom ´Sympathisanten´ zum aktiven Mitglied [war] jedoch [durch] eine personenkonkrete Arbeit bedingt.
> Auch der vielerorts anzutreffende Trugschluss, ´Wer sich als Mitglied nicht abgemeldet hat, ist nach dem Prinzip des Automatismus also auch Mitglied der neuen FDJ“, ist entsprechend dem Beschluß des Vorstandes vom 3. Februar 1990 nicht haltbar.“[882]

Entscheidend war, dass keine Mitgliedergewinnung verzeichnet werden konnte und die eigentliche Mitgliederwerbung ohne sichtbaren Erfolg blieb. Auch das Ausnutzen aller Mittel (wer nicht abgemeldet ist, bleibt Mitglied) blieb im Endeffekt ohne Wirkung und wurde deswegen zurückgenommen. Die FDJ musste erkennen, dass das Interesse der Jugendlichen an ihrem Jugendverband nicht mehr vorhanden war. Nach all der Indoktrinierung, der Ideologisierung, der Kontrolle waren die jungen Erwachsenen es leid, sich länger bevormunden zu lassen und orientierten sich neu: in Richtung Westen.

Eine Diskussion um das neue Programm wurde kaum geführt und die Geschäftsstelle des Vorstandes hatte zu diesem Zeitpunkt bereits damit begonnen, über die Auflösung der Pionierorganisation und des Zentralen Ensembles der FDJ zu beraten.[883]

[882] Bericht der Geschäftsstelle an die 3. Tagung des Vorstandes am 10. März 1990, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 1.
[883] Vgl. Bericht der Geschäftsstelle an die 3. Tagung des Vorstandes am 10. März 1990, in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 2f.

IX Schlussbetrachtung

> „Auch bei den Studenten ließen die Erfolge [der] politischen Erziehungsarbeit offenbar zu wünschen übrig. [...] Der Versuch der Partei und ihrer Jugendorganisation, 'von oben' auch die Freizeit der Jugendlichen anzuleiten, glich dem verzweifelten Bemühen autoritärer Eltern, ihre unbotmäßigen Kinder mit Druck auf den Pfad der Tugend zurückzubringen, endete ähnlich ergebnislos [...].“[884]

9.1 Zusammenfassung

In der DDR gab es drei so genannte Hochschulreformen: 1945, 1951, 1967. Ich schließe mich bei meinen Betrachtungen Werner Walter[885] an, der diese drei Reformen nicht einzeln und als in sich geschlossen betrachtet. Allerdings würde ich nicht wie Walter von einem Reformprozess sprechen. Vielmehr finde ich den Begriff fortwährender Umbruch oder fortwährender Gleichschaltungsprozess treffender.

Der Grundstein für die Politik der SBZ/DDR wurde bereits vor 1945 gelegt, als ausgewählte KPD-Kader, die spätere „Gruppe Ulbricht“, Konzepte für die Nachkriegsentwicklung fertigen, wobei der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft stets im Mittelpunkt stand. Der Bildungs- und Hochschulpolitik wurde dabei nicht die große Aufmerksamkeit zu teil. Da vorerst kein fundiertes Programm für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik vorlag, konnte sie sich zunächst noch weitgehend autonom entwickeln. Der Lehrbetrieb an den Universitäten und Hochschulen wurde 1945/46 nach den bis 1933 geltenden Statuten wieder aufgenommen. Damit konnten noch bürgerliche neben ideologienahen Wissenschaftlern lehren und forschen.

[884] Christoph Kleßmann: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, 2. Auflage, Bonn 1997, S. 415.
[885] Werner Walter: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg i. Br. 1997.

Die Eröffnung der Hochschulen und Universitäten wird als Erste Hochschulreform bezeichnet. Der Begriff Hochschulreform erhielt jedoch erst im Nachhinein Verwendung.[886] Nach umfassenden Entnazifizierungsmaßnahmen lief der Lehrbetrieb an den Hochschulen und Universitäten wieder an. Dieser Vorgang war noch nahezu frei von ideologischer Prägung. Ein Großteil sowohl der Studenten als auch der Dozenten und Professoren wollte zurück zur bürgerlichen Tradition von Weimar.[887]

Der enorme Andrang auf die Bildungseinrichtungen machte es notwendig, Zulassungsbedingungen zu verabschieden, die das Leistungsprinzip beinhalteten und die Aufnahme von belasteten Personen verweigerten. Neben dem Begriff der ‚Demokratisierung' lautete die zweite Maxime der ersten Hochschulreform „Brechung des Bildungsprivilegs"[888]. Nicht mehr Nachkommen aus bürgerlichen Familien erhielten nunmehr bevorzugt Zugangsberechtigung für Universität und Hochschule, sondern Arbeiter- und Bauernkinder sollten die Intelligenz bilden. Dafür wurden zunächst entsprechende Vorstudienanstalten und ab 1949 die so genannten Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) gegründet, die „in der SED-Ideologie wie kaum eine andere Institution der Verklärung und Legitimation des neuen Staates"[889] dienten. Eine neue sozialistische Intelligenz sollte geschaffen werden.

Schon bald wurde erkannt, dass es der Wissenschaft möglich war, eine tragende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu spielen und so wurden Schlüsselstellen zügig

[886] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 10.
[887] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 26.
[888] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 26.
[889] Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 142.

mit zuverlässigen Kommunisten besetzt. Doch nur langsam strukturierte sich die Wissenschaftslandschaft. Die Universitäten und Hochschulen unterstanden formell den Länderministerien für Volksbildung. Zwischen diesen und der Sowjetischen Militäradministration fungierte die Deutsche Verwaltung für Volksbildung als Koordinierungsstelle,[890] woraus 1949 das Ministerium für Volksbildung hervor ging.[891]

Am 23. Mai 1949 löste die Hochschulsatzung das bis dahin geltende Vorkriegs-Statut ab und definierte die Aufgaben der Bildungseinrichtungen. Sie hatten das Ziel, qualifizierte Fachleute auszubilden, und diese „im Geiste der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der Völkerverständigung zu erziehen und sie zu lehren, die Zusammenhänge und Gesetze des gesellschaftlichen Lebens zu verstehen“.[892]

Einerseits mussten mit dem neuen Statut sowohl das Hochschulpersonal als auch die Studenten durch das Volksbildungsministerium bestätigt werden, andererseits blieb der Aufbau der Universität in seinen Grundzügen (Rektor, Senat, Konzil, Studentenschaft, Fakultäten) erhalten.[893] In den darauf folgenden Jahren wurde die Wissenschaftslandschaft zunehmend untergraben, wobei die „alte Universitätsfassade“[894] gewahrt blieb. Vom 22. Februar 1951 an regelte das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen die Belange der

[890] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 11.
[891] Vgl. Udo Margedant: Bildungswesen und Bildungspolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR- Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Paderborn 1997, S. 156-164, hier: S. 157.
[892] Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 46.
[893] Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 47
[894] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 11.

wissenschaftlichen Bildungsstätten.[895] Alle Anordnungen gingen nunmehr direkt von ihm an die Einrichtungen, womit „[d]ie hochschulpolitischen Kompetenzen der Länder erloschen".[896]

Die eigentliche Sowjetisierung setzte im Herbst 1951 mit der zweiten Hochschulreform ein, die wesentliche Veränderungen mit sich brachte. Der Begriff des Semesters existierte nicht mehr. Stattdessen wurden, nach sowjetischem Vorbild, die beiden Jahressemester zum zehnmonatigen Studienjahr zusammengefasst. Zwischenprüfungen fanden nun jährlich statt, auch im gesellschaftswissenschaftlichem Grundstudium, welches zusammen mit der russischen Sprache und dem obligatorischem Sportunterricht zu Pflichtveranstaltungen erhoben wurde.[897] Verbindliche Lehrpläne sollten der Hochschullehrerschaft die Richtung weisen und sie davon abhalten, einen allzu freien Unterricht zu geben. Zur Unterstützung der Lerntätigkeit, und v.a. zur besseren Kontrolle, wurden die Seminargruppen eingeführt, denen der Student von Anfang bis Ende seines Studiums angehörte. Auch der innere Aufbau der Universitäten wurde überarbeitet. Dem Rektor standen vier Prorektoren, die vom Staatssekretariat bestimmt wurden, zur Seite. Ihre Themenfelder beinhalteten die Studienangelegenheiten, das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, die Forschung sowie die wissenschaftliche Aspirantur zur Förderung des Nachwuchses. Das Staatssekretariat bestimmte die Zusammensetzung des Senats, was sowohl der SED als auch der FDJ „die stärkste Position auch innerhalb der Universität"[898] sicherte. Damit war die Abschaffung der Autonomie der Hochschulen und

---

[895] Vgl. Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 11.
[896] Johannes Mehlig: Die dritte Hochschulreform in der DDR, in: Bund Freiheit der Wissenschaft (Hrsg.): Freiheit der Wissenschaft, Nr. 4 vom Dezember 1997, S. 7.
[897] Vgl. Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.
[898] Julius Schoenemann: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998, S. 12.

Universitäten in dem Tempo erfolgt, „in dem das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesens die gesamte Kontrolle übernahm“[899].

1963 legte der VI. Parteitag mit dem „Programm zur planmäßigen Entwicklung des Sozialismus“[900] das Fundament für den weiteren Umbau der Wissenschaftslandschaft der DDR. Der Bildungssektor erfuhr eine völlige Neustrukturierung, um die Rollen von Politik und Wirtschaft in Zukunft weiter zu stärken.

Die Ergebnisse des Parteitages mündeten im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem vom 25. Februar 1965, welches in seinen Grundzügen bis zum Zusammenbruch der DDR 1989/90 Bestand hatte und die Dritte Hochschulreform einleitete. Dieses Gesetz beinhaltete die „Einheit von Lehre und Erziehung“, die „Einheit von Theorie und Praxis“ sowie die „Einheit von Lehre und Forschung“.[901]

Im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem wurde die Abstimmung der einzelnen Bildungsstufen, vom Kindergarten bis zum Universitätsstudium, aufeinander gefordert. Dahinter verbarg sich der Grundgedanke, dass in einer wissenschaftlich-technischen Zivilisation jegliche Bildung den Charakter der Wissenschaftsorientierung haben müsse. Von jeder Ausbildungsstufe und fast jedem Beruf sollte ein Zugang zur wissenschaftlichen Bildung möglich sein.[902] Zudem

[899] Marianne Usko: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974, S. 12.
[900] www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm, S. 1.
[901] Heinz Stützner (Gesamtleitung.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Karl-Marx-Stadt 1986, S. 114.
[902] Vgl. Michael Leszczensky/Bastian Filaretow: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover 1989/ 90?, S. 3.

legte es „die Grundsätze für die Bewerbung und Zulassung und den Einsatz der Absolventen fest".[903]

Am 2. März 1966 erfolgte der Auftakt zur Diskussion über die „Prinzipien zur weiteren Vervollkommnung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR". Darin hieß es, dass Lehre und Forschung „den prognostischen Einschätzungen der Bedürfnisse der Volkswirtschaft" entsprechen müssen, um einen größtmöglichen Zuwachs des Nationaleinkommens zu erreichen und die Forschungsergebnisse möglichst schnell produktiv umzusetzen. Dafür mussten die entsprechenden Kader ausgebildet werden.[904]

Wissenschaft und Wirtschaft sollten in einer engeren Symbiose stehen. Der Volkswirtschaft wurde im Paragraph 52 die Aufgabe zugeteilt, die Erfordernisse der Wissenschaft vorzugeben.[905]

Die Universitäten und Hochschulen wurden in der DDR als die höchsten Bildungsstätten angesehen, die einen wichtigen Bestandteil an dem entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus darstellten.[906] Bei der Betrachtung des Reformprozesses zeigt sich, welche Bedeutung die SED der „politischen Eroberung der Universitäten und Hochschulen"[907] zuschrieb. Das Motiv dafür war denkbar

---

[903] Heinz Stützner/Hans-Dieter Lohmann: Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978, S. 19.

[904] Werner Wolter: Geschichte der Hochschulreform in der DDR, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschulen im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993, S. 60-69, hier: S. 64.

[905] www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm, S. 2.

[906] Vgl. Entwurf. Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter der Deutschen Demokratischen Republik, in: Akte 202/1000/13. Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Grundsatzdokumente, Verfügungen, Anordnungen, Weisungen und Mitteilungen an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 1968-1970, S. 1.

[907] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Drucksache 12/7820, 12. Wahlperiode, Bonn 1994, S. 70.

einfach. Sollte sich der Sozialismus in der SBZ/DDR zügig entwickeln, galt es, die Menschen für ihn zu begeistern und von seiner Überlegenheit zu überzeugen. Wo konnte dies besser stattfinden als im frühen Erwachsenenalter? Die höheren Klassen an den Schulen und vor allem die Universitäten, Hoch- und Fachschulen schienen der geeignete Rahmen dafür zu sein.

Die Dritte Hochschulreform, von den „Prinzipien" und dem einheitlichen sozialistischen Bildungsgesetz vorbereitet und durch die IV. Hochschulkonferenz und den VII. Parteitag eingeleitet, sollte der letzte Schritt zur Aufhebung der Hochschulautonomie sein und die politisch-ideologische Gestaltung der Lehranstalten vollenden. Im Zuge der Novellierung des Hochschulwesens wurden an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt grundlegende Veränderungen eingeführt, die Hochschulstruktur, das Studium und die Forschung betreffend. Die Leitungsstruktur untergliederte sich von diesem Zeitpunkt an in zwei Ebenen: Die erste umfasste die Leitung der Hochschule, mit dem Rektor, den verschiedenen Prorektoren und Direktoren, dem Gesellschaftlichen und Wissenschaftlichen Rat sowie der Konferenz der Hochschule. Auf der zweiten Ebene waren die Sektionen mit ihren Direktoren, wissenschaftlichen Sekretären und dem Sektionsrat angesiedelt. Die herkömmlichen Institute und Fakultäten hörten auf, in ihrer ursprünglichen Form zu existieren. An ihre Stelle traten die neu gegründeten Sektionen. Die erste Sektion der Hochschule in Karl-Marx-Stadt, die Sektion für Fertigungstechnik- und Organisation (Fertigungsprozess- und Mittel), wurde bereits 1967 gegründet. Bis zum 1. September 1969 konnten sich die folgenden Sektionen etablieren: Mathematik, Physik/Elektronische Bauelemente, Maschinen-Bauelemente, Verarbeitungstechnik, Automatisierungstechnik, Informationsverarbeitung (Informationstechnik), Marxismus-Leninismus, Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen, Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften (Wirtschaftswissenschaften), Technologie der metallverarbeitenden Industrie, Chemie/Werkstofftechnik und Rechentechnik.

Auch die Forschung sollte den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Dafür wurde die wissenschaftliche Betätigung stärker als bisher auf die Bedürfnisse der Industrie ausgerichtet, um ihre Ergebnisse unmittelbar in der Praxis Anwendung finden zu lassen. Das Studium erlebte zahlreiche Neuerungen, da es nun unter dem Leitsatz der Einheit von Lehre, Ausbildung, Erziehung, Forschung, Praxis, Aus- und Weiterbildung stand. Ziel der Novellierung waren die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus und der Eigenverantwortlichkeit der Studenten, die effektivere Verbindung von Lehre und Praxis sowie die Steigerung der Produktivität der Studenten. Im Ergebnis gliederte sich das Studium, nicht nur an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, in das Grundstudium, das Fachstudium, das Spezial- und das Forschungsstudium. Merkmale und Besonderheiten des Studiums stellten die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnisse in Russisch und einer modernen Sprache, die Teilnahme an der Sport- und (vor-)militärischen Ausbildung, das Studium des Marxismus-Leninismus, die einheitlichen Grundstudienpläne für das Gebiet der gesamten DDR, die Einrichtung der Seminar- und FDJ-Gruppe sowie der sozialistische Wettstreit dar.

Damit galt der erste Aufgabenteil der Dritten Hochschulreform an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt als erfüllt. Die Realisierung der zweiten Verpflichtung, nämlich jener der politisch-ideologischen Erziehung der Studenten, gestaltete sich wesentlich schwieriger. Die Aufgabe der aktiven Verwirklichung der Hochschulreform war der FDJ zuteil geworden, da sich durch ihre Arbeit in den FDJ- und Seminargruppen, laut der Parteiführung, eine erhöhte Einflussmöglichkeit auf jeden einzelnen Studenten bot. Bald schon traten jedoch die Grenzen der Wirkungsweise hervor. Aus diesem Grund stellte sich das Erreichen des Zieles wesentlich schwieriger dar als angenommen. Ansätze für die Umsetzung der Dritten Hochschulreform seitens der FDJ waren an der TH Karl-Marx-Stadt vorhanden, was sich beispielsweise darin zeigt, dass es zur Bildung von Arbeitsgruppen kam, deren Auftrag darin bestand, entsprechende Konzeptionen für die Realisierung

vorzulegen. Aber, und das musste auch das Sekretariat der FDJ an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt erkennen, fehlte das erfolgreiche aktive Handeln. Die Auseinandersetzungen mit der Reform waren ungenügend, die Herangehensweise oberflächlich. Häufig musste resümiert werden, dass sich bei der politisch-ideologischen Erziehung der gewünschte Erfolg noch nicht eingestellt hatte. Die Schwierigkeit, mit der die Jugendorganisation Zeit ihres Bestehens zu kämpfen hatte, bestand im ideologischen Desinteresse vieler Jugendlichen. Die weltanschauliche Durchdringung wurde somit zu einer der am schwersten durchsetzbaren Aufgaben. Genau darin lag das größte Problem bei der Umsetzung der Hochschulreform.

Auf dem VIII. Parteitag verabschiedete die SED ihr sozialpolitisches Programm, welches anerkannte, dass die gesellschaftlichen Probleme nicht allein mit der Wirtschaftspolitik gelöst werden können. Das Ziel bestand nunmehr in der „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveau des Volkes", wobei die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" ins Zentrum gerückt werden sollte. Dies bedeutete, „daß der Lebensstandard mit fortschreitender Produktivität, aber auch nicht stärker, steigen solle". Die Folge war die Explosion der Staatsausgaben. Vor allem die zahlreichen Subventionen, z. B. der Mieten, Nahrungsmitteln u.ä. überstiegen schon bald die finanziellen Möglichkeiten des Staates.[908] Durch die Milliardenkredite der BRD in den 1980er Jahren wurde dieser Wohlstand auf Pump weiter finanziert, führte aber im Ergebnis zum wirtschaftlichen Bankrott und stellt somit einen der inneren Faktoren der Krise des SED-Regimes dar.

Die Zahl der Studenten wuchs Ende der 1960er/Anfang der 1970er in der DDR rapide an. Um diesem Ansturm zu entsprechen, wurde 1971 eine neue

[908] Vgl. Günther Schulz: Sozialpolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2: N-Z, 2. Auflage, Paderborn 1997, S. 767-775, hier S. 769.

Zulassungsordnung verabschiedet, welche neben der Allgemeinen Hochschulreife die erhöhte moralische Integrität der Hochschulbewerber festschrieb. Diese Maßnahme konnte die gestiegene Zahl realistisch nicht zurücknehmen. Zwar wurden zunächst weniger Studenten immatrikuliert, doch stieg die Zahl derer, die sich für ein Vorpraktikum meldeten. Im Ergebnis stellte die neue Ordnung nur eine personelle Verschiebung dar. An der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt ging die Zahl der Studierenden von 6.908[909] auf 5.500 Ende 1978[910] zurück, stieg jedoch ab dem Studienjahr 1982/83 wieder an.

Tabelle 30: Studienzahlen an der THK/TUK[911]

Studienjahr	Studenten
1983/84	6.122
1986/87	7.351
1988/89	7.774

Stets kritisiert wurden die schlechten Leistungen der Studenten. Um diese zu verbessern, führte die DDR das Mittel des sozialistischen Wettbewerbs ein, der die Studenten motivieren und anregen sollte, sich einzubringen, ohne dass es nach staatlichem Zwang aussah. Es war auch nicht selten, dass wenig überzeugende, überflüssige Wettstreite das Hochschulleben „bereicherten". Über den Sinn oder Unsinn dieser Veranstaltung lässt sich diskutieren. Üblich war es, sich entsprechende Partnerhochschulen für den Wettstreit zu suchen, wie zum Beispiel die Technische Hochschule Otto-von-Guericke in Magdeburg für die TH Karl-Marx-Stadt.

[909] Vgl. Analyse über die politisch-ideologische Situation und die Ergebnisse der Arbeit in der FDJ-Kreisorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt im Studienjahr 1970/71, 29.4.1971, in: Akte 231/148 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Arbeitspläne und Einschätzungen der politisch-ideologischen Arbeit im laufenden Studienjahr, Band 1, 1970-1972, S. 43.

[910] Vgl. Mitgliederentwicklung 1978, in: Akte 231/194 (UAC) Kreisleitung der FDJ. Politische Einschätzung von Monatsberichten des Sekretariats der FDJ-Kreisleitung der THK, 1978.

[911] Studentenzahlen 1953-2002, in: Stephan Luther (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität – Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz 1836-2003, S. 269.

So wie oftmals die schlechten Studienleistungen in Kritik gerieten, wurde auch erhebliche Kritik an der Beteiligung und Realisierung der Mitgliederversammlungen laut. Sollten diese bestimmt sein von politisch-ideologischen Schwerpunkten, dominierten in Wahrheit eher aktuelle und studentenspezifische Themen die Veranstaltungen. Ein Problem, was dabei stets vorherrschte, stellte die geringe Bereitschaft zur Teilnahme und zur Durchführung dar. Sollten zum Beispiel im Bezirk Karl-Marx-Stadt im August 1984 insgesamt 865 Mitgliederversammlungen mit 15.765 Teilnehmern abgehalten werden, sah die Realität so aus, dass 79 FDJler 4 MVs besuchten.[912] Sicherlich muss dabei berücksichtigt werden, dass im August Ferien waren. Eingeplant waren dennoch 865 Mitgliedsversammlungen, was die Verkennung der Realität verdeutlicht.

Die 1980er Jahre waren gekennzeichnet vom politischen und gesellschaftlichen Umbruch und schließlich vom Zusammenbruch der DDR, der durch zahlreiche äußere wie auch innere Faktoren bedingt war. Nicht nur die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki, der Amtsantritt Gorbatschows und die veränderte Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten seit den 1970er Jahren, sondern auch die sich wandelnde Mentalität der Menschen, die sozialistische Wirtschaftsordnung, die Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik und schließlich der Anspruch der SED, durch die marxistisch-leninistische Weltanschauung im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein (innere Faktoren), trugen dazu bei.

Mit all den Wissenschafts- und Hochschulprogrammen bis in die 1980er Jahre, vor allem aber mit der Dritten Hochschulreform, waren die theoretischen Grundlagen verankert. Nun galt es, diese Richtlinien Realität werden zu lassen. Die veränderte politische Lage in der DDR im Spätsommer 1989 spiegelte sich auch an den Bildungsstätten der DDR wider, wenn auch nur in geringem Maße, wobei die Lage in Karl-Marx-Stadt als relativ ruhig und stabil bezeichnet wurde. Abgesehen von

[912] Vgl. Statistische Monatsberichte der FDJ zum Bezirk Karl-Marx-Stadt, in: Akte 1817/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) (Abteilung Statistik) Statistische Monatsberichte Bezirk Karl-Marx-Stadt 1980-1989.

einzelnen Aushängen und Versammlungen blieben große Proteste zunächst aus. Spätestens ab November 1989 traten jedoch vermehrt Widerstreite zum Vorschein und Ablehnung begann sich auszubreiten, die sich beispielsweise in den zahlreichen Austritten aus der FDJ bemerkbar machten und zunehmend zur Argumentationsnot der Hochschule führte. Am 31. Dezember 1989 löste sich die Hochschulparteileitung der TUK auf.

Die Jugendorganisation bemühte sich halbherzig, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Sie versuchte durch Flugblätter, auf denen sie sich selbst als „eigenständig, demokratisch, antifaschistisch, links" bezeichnete, ihre Mitglieder zu halten. Doch die Fluktuation war so stark, dass bereits im März 1990 von vormals ca. 20.000 Mitgliedern im Bezirk Karl-Marx-Stadt nur noch 870 dem Verband angehörten.[913]

Einen letzen Versuch zur eigenen Reformierung unternahm die Freie Deutsche Jugend zwischen dem 26. und 28. Januar 1990 auf dem Brandenburger Kongress. Vieles erinnerte an voran gegangene Statute. Wirkliche Neuerungen wurden vergebens gesucht. Dieser Kongress war das letzte, gescheiterte Aufbäumen der FDJ. Im Februar musste der Verband an der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt den frei gewählten Studentenräten Platz machen.

[913] Vgl. Maßnahmeplan zur Mitgliedergewinnung für die FDJ und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der FDJ, 6.3.1990 (Bezirksvorstand Neubrandenburg), in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 5.

9.2 Resümee und Ausblick

> „Uns allen ist doch bewusst: Eine Gesellschaft, die die Jugend verliert, ist verloren.“[914]

Die Universitäten, Hoch- und Fachschulen sind die höchsten Bildungseinrichtungen eines Staates. Als solche haben sie die Aufgabe, den Menschen umfassendes Wissen zu vermitteln. In dem sozialistischen System der DDR kam hinzu, dass die Studenten hier im Sinne des Marxismus-Leninismus erzogen werden sollten, um zur Legitimierung des eigenen Staates beizutragen. Die Frage, die sich nun am Ende der Arbeit stellt, ist die nach dem Erfolg.

> Ist es der Freien Deutschen Jugend an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt gelungen, den ihr von der Parteiführung zuerkannten Auftrag, die Direktiven der Partei für den Hochschulsektor in die junge Generation hineinzutragen und somit das Bindeglied zwischen Partei und Jugend zu verkörpern sowie junge Sozialisten heranzuziehen, zu erfüllen?

Die FDJ, als einzige zugelassene Massenorganisation der DDR, sollte möglichst alle jungen Menschen in ihren Reihen vereinen und ihnen die politisch-ideologische Richtung vorgeben. Offiziell als Interessenvertretung der Jugendlichen deklariert, wurde bald schon deutlich, dass es darum nicht ging. Zeit ihres Bestehens stand die Erziehung im Mittelpunkt. Angeleitet wurde sie durch Dekrete und Empfehlungen der SED, die es zügig in die Realität umzusetzen galt. Doch bei dieser Verwirklichung lag das eigentliche Problem. Trotz ihrer zahlreichen Wirkungsmechanismen, wie beispielsweise den Seminargruppen, den Mitgliederversammlungen, dem Leben in den Wohnheimen, der Freizeitgestaltung,

[914] Maßnahmeplan zur Mitgliedergewinnung für die FDJ und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in der FDJ, 6.3.1990 (Bezirksvorstand Neubrandenburg), in: Akte 1000/Bestand 32663 Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ (SSAC) Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990, S. 8.

den Schulungsmaßnahmen der Propagandisten sowie, nicht zu vergessen, dem persönlichen Einzelgespräch, fruchtete ihre Arbeit nicht in dem gewünschten Maße.

Obwohl im „Studium […] fast nichts ohne die FDJ, aber alles mit ihr“[915] ging, konnte sie ihrem Anspruch nicht entsprechen. Oftmals herrschten unter den Mitgliedern zwei konträre Meinungen vor: eine offizielle (politische) und eine private. Es war bekannt, dass abweichende Haltungen und freie, offene Diskussion nicht gewünscht waren und nur selten folgenlos blieben.

Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht alle Studenten der marxistisch-leninistischen Weltanschauung skeptisch gegenüber standen. Die politisch-ideologische Situation ab Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre war eine andere als noch in den Anfangszeiten der DDR. Die Studenten die nun die Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR besuchten, waren bereits in dem sozialistischen Staat geboren und aufgewachsen, konnten somit eine gewisse Identität für den eigenen Staates aufweisen. Auch die politisch-ideologische Durchdringung des alltäglichen Lebens hatten sie bis dahin miterlebt. So ist es nicht verwunderlich, dass viele von ihnen, freilich nicht alle, begannen sich mit dem sozialistischen System zu arrangieren, sich in ihm einrichteten oder gar von ihm überzeugt waren. Aber der Organisation misslang es, durch ihre Bemühungen auch den anderen Teil der Jugendlichen zu mobilisieren. Selbst wer von der Weltanschauung überzeugt war, empfand die Arbeits- und Wirkungsweise oftmals als hölzern und autoritär, nicht auf seine Bedürfnisse ausgerichtet. Die FDJ hatte es nur ungenügend verstanden, Bindeglied zwischen Partei und Jugend zu sein.

Ich möchte es an dieser Stelle nicht ungenutzt lassen, die Erhebungen des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig heranzuziehen, da diese viel versprechend erscheinen. Im Jahr 1966 wurde in Leipzig das ZIJ gegründet,

[915] Gabriele Husner: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985, S. 54.

welches Trends, Ursachen und Erscheinungen jugendlicher Aktivitäten untersuchen sollte.[916] Dafür wurden Umfragen an Schulen und höheren Bildungseinrichtungen durchgeführt, wobei vor allem mit Schülern und Studenten im Alter zwischen 17 und 24 Jahren gearbeitet wurde. Die Themen der Umfragen reichten von Glaubensfragen über politische Ansichten bis hin zur Frage der Zufriedenheit mit Staat und Gesellschaft. Die Ergebnisse der Befragungen dienten als Gradmesser der politischen Lage unter den jungen Erwachsenen. Die Erhebungen wurden unter dem Mantel der Anonymität durchgeführt und ermöglichten damit eine offenere Antwortmöglichkeit unter Wahrung der eigenen Identität. Angesichts dieser Tatsache sind die Bilanzen informativ und spannend zugleich, da sie die damalige Lage unter den Jugendlichen relativ realistisch widerspiegeln können. Die Evaluierungen waren für den internen Gebrauch, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Die FDJ hat es nicht geschafft, die Einstellungen der jungen Menschen, die nur selten staatsfeindlich waren, besser zu nutzen sowie ihre Verbandsarbeit darauf abstimmen und aufzubauen. Im Nachhinein schien es sogar möglich gewesen zu sein, durch eine veränderte Gewichtung der eigenen Wirkungsmechanismen, weg von fortwährender politischer Indoktrinierung hin zu einem offeneren Klima, das Interesse an und somit die Zustimmung zur FDJ zu wecken oder zu steigern. Weniger wäre in diesem Fall mehr gewesen. Doch die oftmals zu ungeschickte Arbeit, streng an den Direktiven und Gesetzesvorlagen orientiert und weit weg von den eigentlichen Interessen der Jugendlichen und teilweise gekennzeichnet durch „Routine und Formalismus“[917], machte dies zunichte und erzeugte Unzufriedenheit

[916] Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung Nr. 258. Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, Bonn 1998, S. 30.
[917] Zit. Nach: Zur Situation der Hochschul-FDJ 1980, S. 329-331, in: Ulrike Schuster: Wissen ist Macht. FDJ Studenten und ihre Zeitung FORUM in der SBZ/DDR, Berlin 1997, S. 329-331, hier: 330. (Originalquelle: SAPMO-BArch, DY 24/10 044, Blatt 32ff.: Information zur Arbeit der FDJ an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen in Vorbereitung der V. Hochschulkonferenz der DDR)

mit der Verbandsarbeit und der FDJ-Gruppe. Dies spiegeln die Umfragen des ZIJ wider. Sprachen sich 1970 noch 18,7 Prozent vollkommen positiv zum FDJ-Kollektiv aus, ging die Zustimmung bis 1975 auf nur noch 13,4 Prozent zurück. Die Zahl der Jugendlichen, die sogar kaum, beziehungsweise überhaupt nicht, mit dem Kollektiv zufrieden waren, stieg im gleichen Zeitraum von 32,5 Prozent auf 43,4 Prozent. Demgegenüber standen diejenigen, die sagten, sie seien von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung überzeugt. Gaben 1969 32,4 Prozent der Befragten an, über einen festen sozialistischen Klassenstandpunkt zu verfügen (18,4 Prozent widersprachen dem ganz), so stieg ihr Anteil bis 1975 auf 48,5 Prozent (12,2 Prozent Widerspruch).[918] Auf der einen Seite entsprach dies knapp 50 Prozent Zuspruch, auf der anderen Seite bedeutete es aber auch reichlich 50% eingeschränkte oder vollkommene Ablehnung.

Äußerten sich 1970 18,7 Prozent der FDJ-Mitglieder zufrieden mit der Arbeit der Freien Deutschen Jugend, so sank ihr Anteil bis 1975 auf 13,4 Prozent. Interessant fanden 1969 lediglich 15,5 Prozent die Tätigkeit der Jugendorganisation. 1975 war dieser Wert auf 8,7 Prozent zurückgegangen. 30,3 Prozent der Angehörigen der Organisation gaben 1969 an, Mitglied der FDJ zu sein, weil sie von den Pionieren übernommen worden waren. Sechs Jahre später bestätigte dies fast die Hälfte, nämlich 47,9 Prozent. Diese Ergebnisse bekräftigen meine Erkenntnisse, dass das marxistisch-leninistische Bewusstsein unter den jungen Erwachsenen in der DDR längst nicht so ausgeprägt war, wie die Staats- und Parteiführung es gern gehabt hätte, ab Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre die Zustimmung zur gewünschten Weltanschauung jedoch wuchs, aufgrund der eben genannten

918 Vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: Parlamentsstudie in Vorbereitung des X. Parlaments der FDJ 1975, in: www.za.uni-koeln.de; Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: Studie zur Bewußtseinsentwicklung und sozialer Herkunft von Jugendlichen 1969, in: www.za.uni-koeln.de; Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: Bewußseinsentwicklung und gesellschaftliche Aktivität Jugendlicher 1970, in: www.za.uni-koeln.de.

Ursachen. Parallel dazu stiegen aber auch die Unzufriedenheit mit der FDJ und das bezeugte Desinteresse an der Jugendorganisation.[919]
Die Umfragen wurden zwar nicht spezifisch für die THK/TUK durchgeführt, können aber als repräsentativ betrachtet werden.

Erstaunlich waren die Resümees, die aus den Evaluierungen des Instituts gezogen wurden. Denn hier wurden auf die „Defizite“ hingewiesen und mögliche Handlungsstrategien aufgezeigt. Es hatte die Möglichkeit bestanden, über eine Veränderung der eigenen Jugendpolitik, orientiert an den Einstellungen und Überzeugungen der jungen Menschen, dem Auseinanderklaffen zwischen der DDR-Jugendpolitik (SED, FDJ) und den Interessen der Jugendlichen entgegenzuwirken. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass die DDR weder reformfähig und noch -willig war. Die Frage, die sich unmittelbar aufdrängt, ist die nach der Existenzbegründung des ZIJ, wenn auf entsprechende Empfehlungen nicht eingegangen wurde. Denn der eigentliche Sinn in der Gründung eines solchen Instituts liegt darin, politische Empfehlungen zu geben, die nicht in Schubladen verschwinden, sondern umgesetzt werden. Um die Weitsichtigkeit der Empfehlungen zu verdeutlichen, soll die „Expertise zur Lage der Jugend 1988“ herangezogen werden, in der es hieß:

> „Unsere Jugend solidarisiert sich mit den Idealen des Sozialismus, sucht nicht nach Alternativen, aber sie kritisiert die Unvollkommenheit und Mängel in unserer Gesellschaft, mit denen sie im Alltag konfrontiert wird. Zu dieser Kritik ist sie aufgrund ihres hohen Bildungsniveaus, ihrer klugen Beobachtungs– und Urteilsfähigkeit sowie ihres starken sozialistischen Sicherheits- und Selbstbewusstseins ausgesprochen befähigt. Diese Kritik ist als konstruktiv zu bewerten.
> Das große Kritik-Potential unserer Jugend muß politisch genutzt werden.

[919] Vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: Parlamentsstudie in Vorbereitung des X. Parlaments der FDJ 1975, in: www.za.uni-koeln.de; Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: Studie zur Bewußtseinsentwicklung und sozialer Herkunft von Jugendlichen 1969, in: www.za.uni-koeln.de; Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig: Bewußseinsentwicklung und gesellschaftliche Aktivität Jugendlicher 1970, in: www.za.uni-koeln.de.

[…]
Die Kritik an der FDJ nimmt weiter zu, wird immer häufiger und lauter von Jugendlichen aller Schichten geäußert.
[…]
Das immer wieder vertretene General-Argument ist: Die FDJ kümmert sich zu wenig um die wirklichen und vielfältigen Interessen der Jugendlichen, dekretiert zu viel, arbeitet mit allen Methoden, bietet zu wenig Freiraum für die Bestimmung und Selbstbeständigkeit der Mitglieder. Diese Urteile und Stimmungen begünstigen ein passives Verhältnis zu den Aktivitäten des Jugendverbandes.
Die Zahl der Jugendlichen, die die FDJ verlassen, nimmt zu. Viele Schüler, Lehrlinge, Studenten sind nur Mitglieder aus Gewohnheit, Disziplin oder weil sie irgendwelche Folgen für sich befürchten. Die Ansprüche an die FDJ sind gestiegen, v.a. was die Berücksichtigung spezieller und individueller Interessen, das Selbstständigkeitsstreben und Selbstbewußtsein der Jugendlichen betrifft, aber die FDJ arbeitet im Prinzip mit veränderten Methoden.
[…]
Die Zunahme solch kritischer Diskussionen und Wertungen unter der Jugend darf nicht als Meckerei, Kritikasterei, Besserwisserei abqualifiziert werden (auch nicht dann, wenn sie im Einzelfall ungerechtfertigt sind).
[…]
Deshalb ist es realistisch, die Jugend der 90er Jahre nicht vom Standpunkt ihrer immer harmonisch und konfliktfrei verlaufenden Persönlichkeitsentwicklung, ihrer immer größeren Interessenübereinstimmung, ihrer immer weiteren Annäherung, Anpassung an unsere Wertorientierungen zu betrachten, sondern ihrer zukünftige Mentalität, Verhaltens- und Lebensweise als Resultat der komplexen und vielschichtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit, des realen gesellschaftlichen Seins der 90er Jahre zu prognostizieren, zu konzipieren.
Nur so betrachtet, können wir die notwendige nüchterne Einstellung gegenüber neuen, oft nicht voraussagbaren, mitunter auch unseren Leitbildern, Erwartungen und früheren Erfahrungen nicht entsprechenden Entwicklungsprozessen unserer Jugend in den nächsten

> Jahren gewinnen, sowie ihnen rechtzeitig und produktiv begegnen, die zweckmäßigen, effektivsten Maßnahmen, Wege, Methoden finden.“[920]

Die Schwierigkeiten meiner Arbeit lagen vor allem im Bereich der Aktenanalyse. So existieren besispielsweise bis zum Jahr 1982 keinerlei Einlieferungslisten im Universitätsarchiv Chemnitz, die eine genaue Datierung der Akten ermöglichen würden. Da einige Akten über kein Datum verfügen, musste versucht werden sie in den Zusammenhang einzuordnen. Oftmals wurde festgestellt, dass Akten dokumentarisch unvollständig sind und im Anhang aufgeführte Dokumente ganz fehlten. Folglich wurde versucht, diese „Lücken“ durch andere Materialien zu ergänzen (gedruckte Beschlusssachen, Gesetzestexte, Zeitungsartikel oder bereits erschienene Literatur). An dieser Stelle muss aber auch erwähnt werden, dass die Akten in einem ermüdendem sozialistischem Deutsch verfasst sind und sich Aufzeichnungen oftmals nicht wesentlich von vorhergegangenen unterschieden. Bestimmte Floskeln tauchten immer wieder auf, so als ob es einen Katalog an Textbausteinen gab, der 40 Jahre als aktuell betrachtet wurden.

Im Ergebnis kann zusammengefasst werden, dass mit der vorliegenden Arbeit zum einen versucht wurde einen Überblick über die Entwicklung der Hochschulpolitik der DDR zu geben, und zum anderen analysiert wurde, welche Rolle die FDJ dabei gespielt hat und schließlich auf welche Reaktionen die Politik vor allem bei den Studenten fiel. Das Ergebnis war für mich vorhersehbar und verblüffend zugleich. Auf der Seite der Studenten überraschte mich das Resultat weniger: die Studenten in der DDR waren längst nicht so politisch wie oft angenommen. In der Mehrzahl ging es ihnen darum zu studieren, einen fundierten und fachlich qualifizierten Unterricht zu erhalten, und ihr außeruniversitäres Leben zu gestalten, welches damals eine (fast) größere Rolle eingenommen hat, als es heute der Fall ist. Dies lässt sich durch

[920] Zentralinstitut für Jugendforschung: Expertise zur Lage unter der Jugend 1988 Verfasser: Walter Friedrich), Juni 1988, in: DY/30/IV 2/2.039 (SAPMO), Archivsignatur 246 Zentrales Parteiarchiv, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands; Zentralkomitee, Büro Egon Krenz, S. 3ff.

die Institution der Seminargruppe erklären, in der der Student von Studienbeginn an involviert war und mit der er sowohl im Studium an sich, als auch in seiner Freizeit den größten Teil seiner Freizeit verbrachte. Die politische Indoktrinierung der marxistisch-leninistischen Grundlagen betrachtete dabei die Mehrzahl als eher störend. Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium wurde als etwas angesehen, was einfach dazu gehörte, unausweichlich war und bestanden werden musste, um sein Studium zu absolvieren.

Neu und erstaunlich war für mich die Tatsache, dass nicht nur die Studenten nicht zu 100% hinter der Politik standen, sondern auch die FDJ selbst ihre Aufgabe nicht ernst genug nahm, fähige Funktionäre fehlten. Und hier lag das eigentliche Problem, denn wie sollten die Studenten im Sinne des Marxismus-Leninismus erzogen werden, wenn die eigenen Funktionäre nicht überzeugt von dem waren, was sie vermitteln sollten. Ihnen fehlte zudem ein hohes Maß an Motivation. In Kritik geriet die FDJ Zeit ihres Bestehens hinsichtlich:

- der ungenügenden Qualität vieler Funktionäre und ihre mangelhaften marxistisch-leninistischen Kenntnisse,
- der zu vielen unpolitischen Funktionäre,
- der unzureichenden Wahrnehmung der Funktionäre als politische Erzieher sowie
- der oft anzutreffenden Positionslosigkeit.

Die Ursache für dieses Problem lag vor allem darin, dass sich die Funktionäre zum einen nur ungenügend mit Gesetzen und Beschlüssen auseinandersetzten und keine eigenen Gedanken entwickelt wurden, sondern vielmehr vorgegebene Argumentationsstränge benutzt wurden, um möglichst wenig Aufwand zu investieren, und zum anderen es sich bei den Studenten um erwachsene Personen handelte, die nicht mehr so einfach zu beeinflussen waren, wodurch sich zunehmend

auf die jüngeren Semester konzentriert wurde, da hier die Einflussmöglichkeit als etwas höher betrachtet wurde. Zahlreiche Lösungsversuche wurden gestartet, beispielsweise indem eine verstärkte Anleitung durchgeführt, ein breit aufgestellter Propagandaapparat geschaffen und das Weiterbildungssystem weiter ausgebaut wurde, fruchteten allerdings nicht in dem gewünschten Maße.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Analyseergebnisse für eine Technische Hochschule/Universität stehen. Es besteht die Möglichkeit, dass sowohl die Entwicklung als auch die Einstellungen an gesellschaftlichen Lehrstühlen weiterer Bildungsstätten anders aussahen, auch wenn 90 Prozent der Studienrichtungen naturwissenschaftlicher Art waren.

Die zu Beginn meiner Arbeit aufgeworfenen Fragestellungen konnten beantwortet werden. Dennoch taten sich während meiner Analyse weitere Untersuchungsfelder auf.

Beachtung könnte beispielsweise auch der Vergleich mit einer anderen Hochschule finden. Anbieten würde sich die Technische Hochschule Otto von Guericke in Magdeburg, wie ihn Carmen Schäfer bereits 1995 vorgeschlagen hat.[921] Die Gegenüberstellung mit der Hochschule wäre von besonderer Bedeutung, da diese Bildungsstätte im selben Jahr wie die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt gegründet wurde.

Ein weiterer Untersuchungsaspekt könnte der eben genannte Vergleich einer einzelnen naturwissenschaftlichen Fakultät mit einer der wenigen (10 Prozent) gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten sein, um zu erfahren, ob hier beispielsweise das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium anders als an einer rein naturwissenschaftlich ausgerichteten Einrichtung wahrgenommen wurde.

[921] Carmen Schäfer: Hochschulreform 1968 an der Technischen Hochschule Otto-von-Guericke Magdeburg, in: www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm

X Bibliographie

10.1 Quellen

10.1.1 Unveröffentlichte Quellen

Universitätsarchiv Chemnitz

Akte 201/11/30a UAC: Rektorat 1953-1968. Schriftwechsel mit der ABF-KMSt, 1959-1960, Band 1.

Akte 201/11/165 UAC: Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, 1965.

Akte 201/11/234a UAC: THK (1953-1968) Rektorat. Schriftwechsel mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Band 1: (1965) 1966.

Akte 201/11/234c UAC: THK (1953-1968) Rektorat. Beratungen und Beschlüsse, Maßnahmen und Berichterstattung zu ‚Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR' an der THK bzw. Zentralen Einrichtungen, 1966.

Akte 201/11/251b UAC: (1953-1968) Rektorat. Die Neugestaltung der Ausbildung, Erziehung und Forschung an der THK entsprechens den VII. Parteitages und den ‚Prinzipien zur Neugestaltung der Ausbildung, Erziehung und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR“, 14.4.68

Akte 201/11/262a UAC: THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Eingaben, Eingaben von Wissenschaftlern, Bereichen und Gewerkschaftsgruppen zur Durchführung der III. Hochschulreform an der THK. 1968.

Akte 201/11/262b UAC: THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform-Materialien der Arbeitsgruppe Struktur und Leitung, Mai-Juni 1968.

Akte 201/11/262c UAC: THK (1953-1968) Rektorat. Zur III. Hochschulreform. Allgemeine Materialien des Leiters Wissenschaft im Rektorat- Dr. W. Lohse, April-Juli 1968.

Akte 201/11/300a UAC: THK (1953- 1968) Rektorat. Neuprofilierung der THK-Sektionsbildung (im Rahmen der III: Hochschulreform), 1967-1968.

Akte 201/11/300b UAC: THK (1953- 1968) Rektorat. Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Hochschullehrern und Studenten bei der Lösung der Aufgaben der III. Hochschulreform an der THK (Diskussionsbeitrag), 1968.

Akte 201/11/ 301i des UAC: THK (1953-1968) Rektorat. Das künftige Profil in Ausbildung, Erziehung und Forschung der THK entsprechend den Erfordernissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Hauptfragen für die Parteiarbeit, die sich heraus ergeben (Vorlage für die SED-Bezirksleitung KMSt), September – Oktober 1967.

Akte 201/11/301k UAC: THK (1953-1968). Rektorat. Vorlage für die Dienstbesprechung beim Genossen Minister Gießmann am 20.8.1968.

Akte 201/11/312 UAC: Rektorat 1953-1968. Rektorat. Mai-Dezember 1968.

Akte 201/11/340 UAC: Rektorat 1953-1968. Rektorat. Persönlicher Referent des Rektors (Ludwig), Schriftwechsel innerhalb und außerhalb der HfM KMSt – vor allem mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen 1958-1959.

Akte 202/1000/13 UAC: THK (1969-1980) Rektorat. Grundsatzdokumente, Verfügungen, Anordnungen, Weisungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen. 1968-1970.

Akte 202/1000/41 UAC: Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. FDJ- Arbeit, 1969-1974.

Akte 202/1000/56 UAC: THK (1969-1980) Rektorat. Kurzcharakteristik der THK (Hochschulpass) 1969- .

Akte 202/1000/58 UAC: THK (1969-1980) Rektorat. Die Aufgaben der Technischen Hochschule bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform im Studienjahr 1969/ 70. Führungskonzeption. 1969.

Akte 202/1000/60 UAC: Band 1. THK (1969-1980) Rektorat. Aufgabenstellung der THK 1971-1979. 1971-1974.

Akte 202/1000/83 UAC: THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen, Band 1: Hochschulkonferenz der Technischen Hochschule 3.5.1972 (in Vorbereitung der Bezirksparteiaktivtagung am 12.-13.5.1972). März-Mai 1972.

Akte 202/1000/84 UAC: THK (1969-1980) Rektorat. Hochschulkonferenzen, Band 2: Konferenz der Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 27.6.1969 (nur Willenserklärung), 1969.

Akte 231/1 des UAC: Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel zwischen der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt mit dem Zentralrat der FDJ (1966- 1969).

Akte 231/3 UAC: Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ: „Verantwortung der FDJ für die Verwirklichung des Parteiprogrammes der SED an den Hochschulen und Universitäten, 5. Juli 1964.

Akte 231/4 UAC: Kreisleitung der FDJ. Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrats der FDJ: „Zu einigen Problemen der Führungstätigkeit der FDJ bei der weiteren Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses über die 3. Hochschulreform“, 7. Juli 1968.

Akte 231/6 UAC: Kreisleitung der FDJ. Bezirksdelegiertenkonferenz, 8. und 9. April 1967.

Akte 231/8 UAC: Kreisleitung der FDJ. Schriftwechsel mit der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt, 1966.

Akte 231/9 UAC: Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technischen Hochschule Karl- Marx- Stadt (1967).

Akte 231/10 UAC: Schriftwechsel der Kreisleitung der FDJ der Technische Hochschule Karl- Marx- Stadt mit der Bezirksleitung der FDJ Karl- Marx- Stadt (1968- 1969).

Akte 231/84 UAC: Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr 1974/75, 1975.

Akte 231/148 UAC: Kreisleitung der FDJ. Arbeitspläne und Einschätzungen der politisch-ideologischen Arbeit im laufenden Studienjahr, Band 1, 1970-1972.

Akte 231/193 UAC: Kreisleitung der FDJ. Statistische Monatsberichte 1975.

Akte 231/194 UAC: Kreisleitung der FDJ. Politische Einschätzung von Monatsberichten des Sekretariats der FDJ-Kreisleitung der THK, 1978.

Akte 231/226 UAC: Kreisleitung der FDJ. Berichte zum FDJ-Studienjahr, 1970-1979.

Akte 231/341 UAC: Monatsberichte FDJ-Gruppen, 1983-1988.

Akte 231/347 UAC: Austrittserklärungen aus der FDJ, 1981-1989.

Akte 231/381 UAC: Delegiertenkonferenzen, Rechenschaftsberichte, 1984-1987.

Akte 231/406 UAC: Kampfprogramm X. Parteitag, enthält Parteiinternes Material, 1981.

Drucksache 511/201/Dr/46 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Studienpläne, Pläne für Leistungskontrollen für die Fachrichtungen Werkstoffkunde, Technologie der Plastverarbeitung, Ergonomie im Direktstudium, Studienjahr 1967/68.

Drucksache 511/201/Dr/79 D des Chemnitzer Universitätsarchivs: Wettbewerb zwischen der TH Otto von Guericke Magdeburg und der TH Karl-Marx-Stadt zu Ehren des VII. Parteitages der SED und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Drucksache 511/201/Dr/83 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Akademischen Senats und der FDJ-Hochschulleitung über die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit und den Wettbewerb um hohe

Studienleistungen der Studenten und jungen Wissenschaftlern an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt vom 29. November 1967.

Drucksache 511/201/Dr/168 des Chemnitzer Universitätsarchivs: Programm für die allgemeine vormilitärische Ausbildung der Studenten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR, hrsg. vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik, 1966.

Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt: Personal- und Vorlesungsverzeichnis, Studienjahr 1956/57, Herbstsemester 1956, Karl-Marx-Stadt 1956.

Kausch, Jana: Die Rolle der FDJ bei der Umsetzung der Dritten Hochschulreform am Beispiel der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt zwischen 1967 und 1975, Chemnitz 2003, Magisterarbeit.

Sächsisches Staatsarchiv, Außenstelle Chemnitz

Bestand 32663

Akte 31/993 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: FDJ-Studienjahr, Abzeichen für gutes Wissen. 1952-1958.

Akte 31/6957 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Werbung NVA, Beratung und Stand vom 2. und 4.8.1956, Republikflucht 1955- III. Quartal 1956, Neuaufnahmen Januar 1955-Januar 1956, Kandidatengewinnung, Erläuterung statistischer Halbjahresbericht 12.7.1956, Abonnentengewinnung für Verbands- und Pionierpresse 1956, Januar 1955-Dezember 1956.

Akte 31/247 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Sekretariat) Postverkehr, 1966.

Akte 31/2031 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Studenten. Materialien über die GO TH Karl-Marx-Stadt, 1965-1969.

Akte 31/6940 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Abteilung Landwirtschaft) Sekretariatsvorlagen der FDJ-BL, Maßnahmepläne, Beschlüsse, Einschätzungen, 9.8.1966-29.11.1966.

Akte 31/2079 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Studenten, Studenten, Post vom ZR, 1965-1969

Akte 31/524 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978.

Akte 31/1830 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Statistik) Statistische Monatsberichte der FDJ-Kreisleitungen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 1980.

Akte 31/1784 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Abteilung Studenten) Referat G. Schneider, Lehrgang der FDJ-Sekretäre der Universitäten, Hoch-und Fachschulen, 03.07.1974

Akte 31/1833 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Statistik) Statistische Monatsberichte für den Bezirk Karl-Marx-Stadt, 1982.

Akte 31/1035 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: FDJ-Studienjahr, Abschlußeinschätzungen der Kreise, 1981-1982.

Akte 31/525 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Dokumente zur Arbeit Studenten, 1970-1978.

Akte 31/1817 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Abteilung Statistik) Statistische Monatsberichte Bezirk Karl-Marx-Stadt 1980-1989.

Akte 31/1821 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: (Verbandsorgane/Statistik) Sekretariatsvorlagen, Maßnahmepläne zur Mitgliederbewegung für 1989, August-Oktober 1988.

Akte 31/1000 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Material aus der Zeit der Schaffung einer neuen FDJ, November 1989-Februuar 1990.

Akte 31/999 SSAC Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der FDJ: Kongreß für einen sozialistischen Jugendverband in Brandenburg, 26. Januar 1990-28. Januar 1990.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO), Berlin

DY 24, 11480:

DY 30 IV, 2/2039:

10.1.2 Veröffentlichte Quellen

Aus Politik und Zeitgeschichte B 30-31/2001

Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 34. Jahrgang, 3/2001.

Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 35. Jahrgang, 2/2002.

Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 36. Jahrgang, 4/2003.

Freie Presse vom 26. Februar 1965.

Freie Presse vom 17. April 1967.

Freie Presse vom 10. Mai 1967.

Freie Presse vom 5. April 1969.

Junge Welt vom 28. Mai 1952.

Junge Welt vom 1. Juni 1955.

Junge Welt vom 9. Februar 1956.

Junge Welt vom 15. April 1957.

Junge Welt vom 29. Januar 1974.

Freiheit der Wissenschaft, Nr. 4, Dezember 1997, Hrsg. vom Bund Freiheit der Wissenschaft.

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1969, Teil I, Nr. 3 vom 21. April 1969: Beschluss des Staatsrates der Deutschen demokratischen Republik. Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969.

Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949

Verfassung der DDR vom 6. April 1968

Verfassung der DDR von 1974

www.ddr-schulrecht.de

www.documentarchiv.de

www.wahl.tagesschau.de

www.rewi.hu-berlin.de/online/fhi/articles/871Ohaferkamp-wudtke.htm#Str4_5

www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm

www.za.uni-koeln.de/data/ddr-nbl/codebuch6006cb.pdf

www.za.uni-koeln.de/data/ddr-nbl/codebuch6007cb.pdf

www.za.uni-koeln.de/data/ddr-nbl/codebuch6078cb.pdf

10.2 Literatur

10.2.1 Selbstständig erschienene Literatur

Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Erstausgabe 1969, Reprint, Köln 1990.

Arlt, W./Auerbach, K./Bandur, G. u.a.: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, 2. Auflage, Berlin 1978.

Döbert, Hans: Das Bildungswesen der DDR in Stichworten. Inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlage, Berlin 1995.

Drewes, Uwe/Sieber, Horst: Zeittafel zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend Mai 1945 - Mai 1975.

Freiburg, Arnold/Mahrad, Christa: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982.

Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1962, Frankfurt am Main 2000.

Gotschlich, Helga/Herms, Michael/Lange, Katharina/Noack, Gert: „Das neue Leben muss anders werden...“, Studien zur Gründung der FDJ, Berlin 1996.

Herz, Hanns-Peter: Freie Deutsche Jugend. Berichte und Dokumente zur Entwicklung und Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation, Dillingen-Donau 1957.

Hohlbein, Brigitte: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945-1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992.

Husner, Gabriele: Studenten und Studium in der DDR, Köln 1985.

Jesse, Eckhard: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1997.

Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht, Göttingen 1999.

Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschicte 1955-1970, 2. Auflage, Bonn 1997.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945-1961, Berlin 2003.

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland, Berlin 2001.

Kroll, Frank-Lothar: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003.

Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994.

Lambrecht, Wolfgang: Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster 2007.

Leszczensky, Michael/Filaretow, Bastian: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover o.A..

Mählert, Ulrich: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den „antifaschistischen Jugendausschüssen" zur SED- Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995.

Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.

Ploenus, Michael: „… so wichtig wie das tägliche Brot". Das Jenauer Institut für Marxismus-Leninismus 1945-1990, Köln 2007

Schäfer, Carmen: Hochschulreform 1968 an der Technischen Hochschule Otto-von-Guericke Magdeburg, in: www.uni-magdeburg.de/uniarchiv/beitraege/reform/HSR3-1.htm

Schoenemann, Julius: Der große Schritt. Die Dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen, dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, Rostock 1998.

Schuster, Ulrike: Wissen ist Macht. FDJ Studenten und ihre Zeitung FORUM in der SBZ/DDR, Berlin 1997.

Spittmann, Ilse (Hrsg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987.

Stephan, G.-R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994.

Stützner, Heinz/Lohmann, Hans-Dieter: Die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Zeit von 1963-1975. Festschrift, Leipzig 1978.

Suckut, Siegfried: Parteien in der SBZ/ DDR 1945-1952. Bonn 2000.

Usko, Marianne: Hochschulen in der DDR, Berlin 1974.

Walter, Michael: Freie Deutsche Jugend. Ihre Funktion im politischen System der DDR, Freiburg, i. Br. 1997.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR. 1971- 1989, Bonn 1998.

10.2.2 Unselbstständig erschienene Literatur

Bayrische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dokumente zu Deutschland 1944-1994, 2. Auflage, München 2000.

Bertelsmann Lexikon Verlag (Hrsg.): Bertelsmann Lexikon Geschichte, Gütersloh 1996.

Böhme, Waltraud/Dehlsen, Marlene/Eisel, Hartmut, u.a. (Hrsg.): Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1967.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258, Zeiten des Wandels. Deutschland 1961-1974, Bonn 1998.

Busch, Friedrich W./Rüther, Beate/Straube, Peter- Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquete- Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED- Diktatur in Deutschland', Drucksache 12/7820, 12. Wahlperiode, Bonn 1994.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien zur Enquête- Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED- Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags), Bd. III/2: Ideologie, Integration und Disziplinierung, Baden-Baden 1995.

Ebert, Horst/Friedrich, Walter/Haltinner, Werner (Hrsg.): Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin 1975.

Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR- Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1: A- M, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Paderborn 1997.

Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR- Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Band 2: N-Z, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Paderborn 1997.

Feige, Reinhard (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt. Ein Überblick in Daten, o.A.

Gotschlich, Helga (Hrsg.): Links und links Schritt halten. Die FDJ. Konzepte- Abläufe- Grenzen, Berlin 1994.

Gotschlich, Helga/Herms, Michael/Lange, Katharina/Noack, Gert: „Das neue Leben muss anders werden …". Studien zur Gründung der FDJ, Berlin 1996.

Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation - Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.

Hoffmann, Dierk/Wentker, Herman (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellung und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000.

Institut für Hochschulbildung (Hrsg.): Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick, Berlin 1980.

Janke, K.H./Arlt, W./Grau, R. u.a.: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik, 2. Auflage, Berlin 1978.

Judt, Matthias (Hrsg.): DDR- Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte und Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997.

Luther, Stephan (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der Höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003.

Meyer, Hansgünter (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin 1990.

Müller-Engbergs, Helmut/Wielgohs, Jan/Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon., Bonn 2001.

Rektor der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Die Technische Hochschule Karl- Marx-Stadt in der Zeit von 1963 bis 1975. Festschrift, Leipzig 1978.

Rektor der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Von der Königliche Gewerbeschule Chemnitz zur Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1986.

Rektor der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836- Technische Universität Karl-Marx-Stadt 1989, Karl-Marx-Stadt 1988.

Schramm, Hilde (Hrsg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Orientierung und Expertenwissen zum Handeln, Berlin 1993.

Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutsche Demokratische Republik 1990, Berlin 1990.

Stützner, Heinz (Hrsg.): Königliche Gewerbeschule Chemnitz 1836. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1986. Zur Geschichte der Ingenieurausbildung in einer

traditionsreichen Stadt des Maschinenbaus und der revolutionären Arbeiterbewegung, Leipzig 1986.

Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt (Hrsg.): Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik Teil II. Von 1967 bis 1971, o.A. Verlag Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Die neue Verfassung der DDR, 3. Auflage, Köln 1974.

Verlag Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Die neue Verfassung der DDR, 3. Auflage, Köln 1974.

Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999

Zentralinstitut für Hochschulwesen (Hrsg.): Geschichte des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik (1961-1980). Ein Überblick, Teil 1, Berlin 1987

Zentralrat der FDJ (Hrsg.): Statut der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

Zentralrat der FDJ (Hrsg.): Mitgliedsbuch der Thälmannpioniere.

XI Anhang

11.1 Statistiken

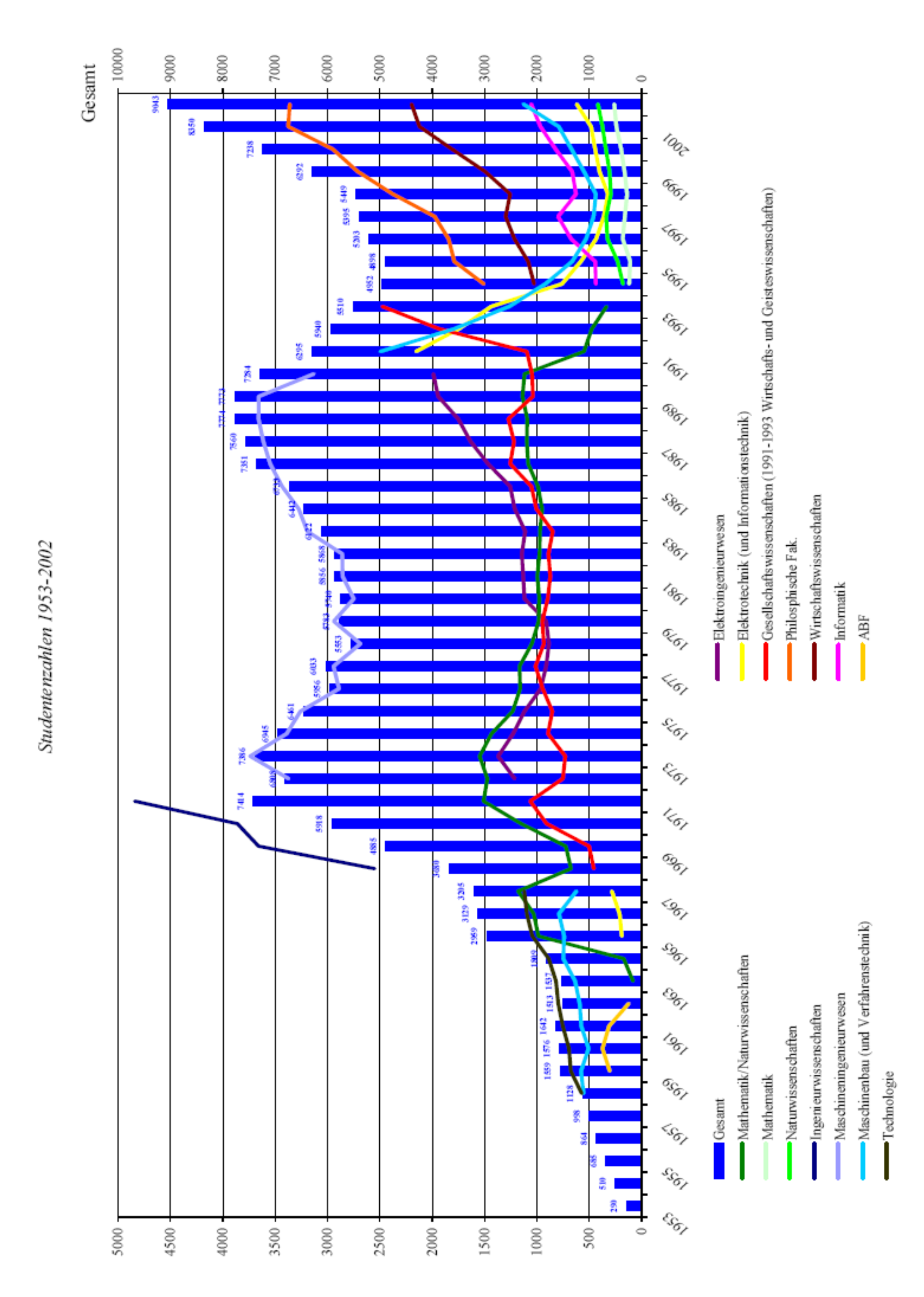


Abbildung 11: Studentenzahlen 1953-2002[922]

[922] Luther, Stephan (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der Höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 269

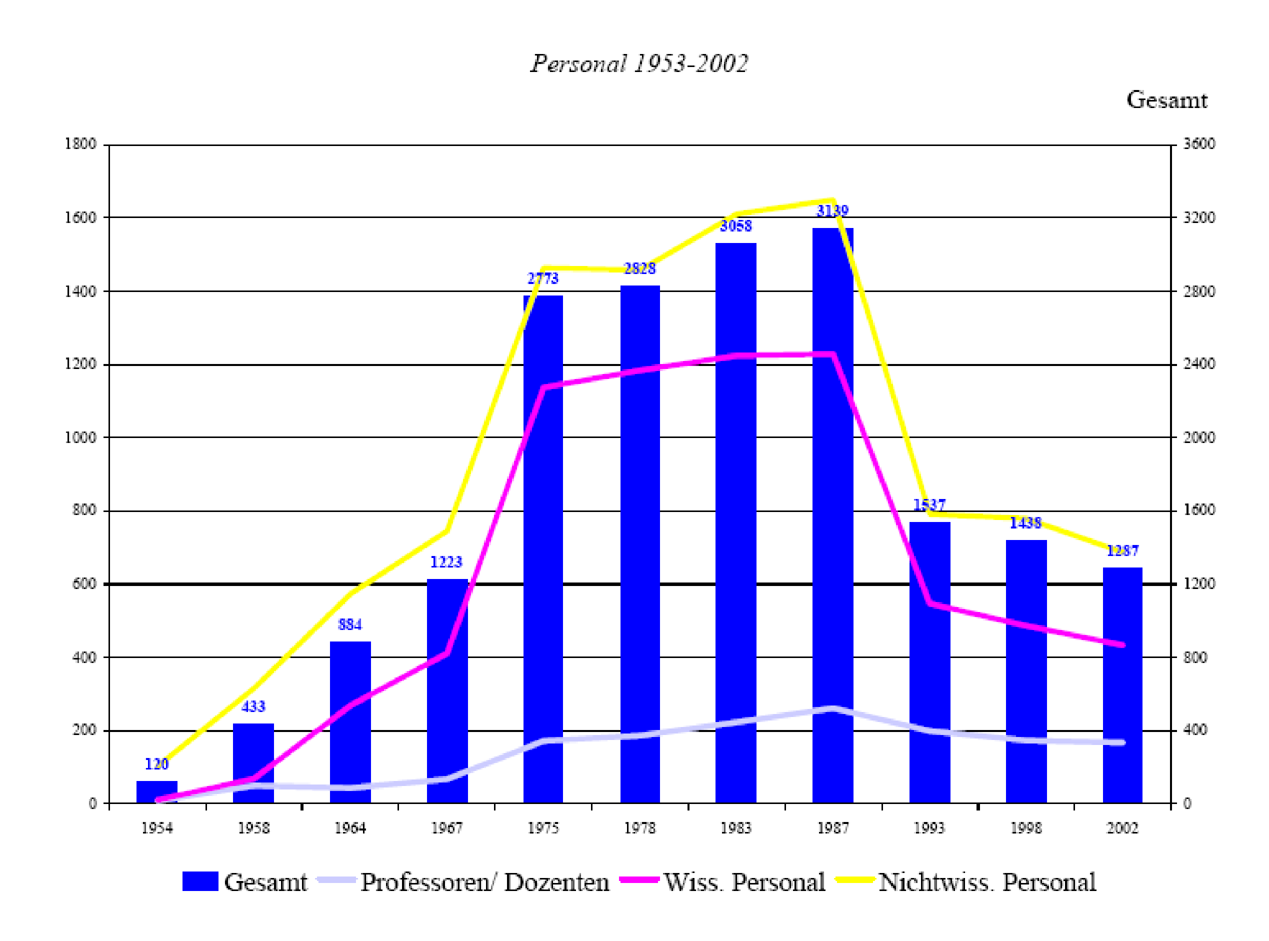


Abbildung 12: Personal 1953-2002[923]

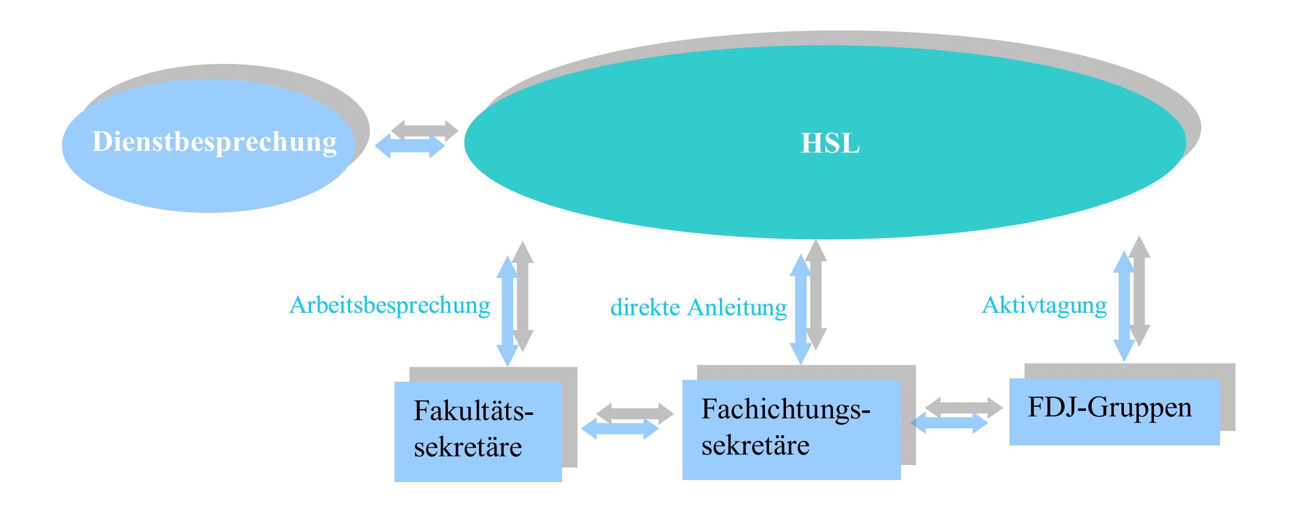


Abbildung 13: Arbeitsplan der HSL. Januar-Juli 1968, 15. Januar 1968

[923] Luther, Stephan (Gesamtleitung): Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der Höheren technischen Bildung in Chemnitz. 1836-2003, Chemnitz 2003, S. 265

11.2 Fragebogen

1 Allgemeine Angaben

1.1 Wann und wo wurden Sie geboren?
1.2 Welcher Konfession gehören Sie an?

2 Schulzeit

2.1 Wann begann und wann endete Ihre schulische Ausbildung (Monat/Jahr)?

2.2 Gehörten Sie während Ihrer Schulzeit der FDJ an?
- o ja
- o nein

2.3 Wenn ja, übten Sie eine Funktion während Ihrer Schulzeit in der FDJ aus?
- o ja
- o nein

2.4 Wenn nicht, was waren Ihre Beweggründe?

2.5 Waren Sie noch anderweitig gesellschaftlich engagiert?
- o ja
- o nein

3 Studium an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt

3.1 Wann begann und wann endete Ihr Studium (Monat/Jahr)?

3.2 Was haben Sie studiert?

3.3 War das von Ihnen gewählte Studium Ihr „Wunschstudium“, oder wurde es Ihnen „ans Herz gelegt“?
- o ja
- o nein

3.4 Durchliefen Sie ein Zulassungsverfahren?
- o Ja
- o nein

3.5 Wie lautete die Bezeichnung Ihrer Seminargruppe?

3.6 Wie viele Personen gehörten Ihrer Seminargruppe an?

3.7 Hätten Sie sich während Ihres Studiums mehr Anleitung oder mehr Individualität gewünscht (Begründung)?
- o ja
- o nein

3.8 Wie haben Sie während Ihrer Studienzeit die Beziehung zu anderen Dozenten und Professoren erfahren?

3.9 Haben Sie Unterschiede zwischen den einzelnen Dozenten und Professoren hinsichtlich der Fachgebiete beobachten können (naturwissenschaftlicher vs. Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich)?

3.10 Wie gestaltete sich der Unterricht an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt (Vorlesungen, Übungen, …)?

3.11 Wenn Sie einer Konfession angehören, konnten Sie diese während Ihrer Studienzeit ungehindert ausüben?

4 FDJ an der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt

4.1 Gehörten Sie von Beginn Ihres Studiums an der Freien Deutschen Jugend an?
- o ja
- o nein

4.2 Wenn nicht, warum? Sind Sie zu einem späteren Zeitpunkt eingetreten?

4.3 Haben Sie innerhalb der FDJ während Ihres Studiums eine gesellschaftliche Funktion ausgeübt?
- o ja
- o nein, *weiter mit Frage 4.9*

4.4 Haben Sie diese Funktion freiwillig übernommen, oder wurden Sie dazu gedrängt? Wenn ja, von wem?

4.5 Was haben Sie sich von dieser Funktion erhofft?

4.6 Wurden diese Hoffnungen und Vorstellungen erfüllt?

4.7 Hat es Ihnen Spaß gemacht, diese Funktion auszuüben?

4.8 Wurden Sie von Ihren Kommilitonen in ihrer Funktion anerkannt und respektiert?

4.9 Haben Sie während Ihrer Studienzeit einer Partei (SED, Blockparteien) angehört?
- o ja, Welcher?
- o nein

4.10 Gab es in Ihrer Seminargruppe Studenten, die nicht Mitglied in der FDJ waren?
- o Ja
- o nein

4.11 Wenn ja, wurden diese von der Gruppe akzeptiert und ggf. in bestimmte Gruppenarbeiten einbezogen, oder wurden diese ausgeschlossen?

4.12 Wie war Ihre FDJ-Gruppe organisiert?

4.13 Wurden bei Ihnen Mitgliederversammlungen durchgeführt?
- o ja
- o nein

4.14 Wenn ja, haben Sie daran teilgenommen und wie haben Sie diese empfunden?

4.15 Wie haben Sie das „Gruppenleben“ empfunden?

4.16 Was hat Ihnen besonders Spaß gemacht? Warum?

4.17 Was haben Sie ungern getan? Warum?

4.18 Wie wurde innerhalb Ihrer Gruppe mit den „Klassikern“ umgegangen? Wurden diese durchgesprochen?
- o ja, auf welches Interesse stießen sie bei den Studenten?
- o nein

4.19 Wie wurde innerhalb Ihrer Gruppe mit Parteitagsbeschlüssen umgegangen? Wurden diese durchgesprochen?
- o ja, auf welches Interesse stießen sie bei den Studenten?
- o nein

4.20 Standen bei Ihnen in der Gruppe vermehrt politische oder studentische Probleme auf der Tagesordnung?

4.21 Gab es während Ihrer Studienzeit Disziplinarverfahren gegen Mitglieder aus Ihrer Seminargruppe?

- o ja, Warum?
- o nein

4.22 Haben Sie auch nach Beendigung Ihres Studiums der FDJ angehört?

- o ja
- o nein

Auswertung der Fragebögen der Zeitzeugen

Konfession

konfessionslos	9 (davon einmal evangel. bis Schulende und 1mal protestantisch getauft, aber nie ausgeübt)
Evangelisch	5
Katholisch	1

Geburtsjahr

39,1940, 1943, 1944 (3), 1945 (2), 1946, 1947, 1949 (2), 1950, 1958, 1968

Während Schulzeit in FDJ

Ja	14
Nein	1

Während Schulzeit Funktion in der FDJ ausgeübt

Ja	7 (Hygieneverantwortlicher und stellv. FDJ-Sekretär, Gruppenleitung, Klassensekretär, FDJ-Sekretär, Kassierer, Gruppensekretär für Sport, Kultur, Schriftführer)
Nein	7

Gesellschaftliches Engagement während Schulzeit

Ja	8 (Mehrfachnennung möglich: Sport (2), DSF (4), GST (4), DTSB, Feuerwehr)
Nein	7

Studienrichtung

Werkstoffkunde, Technologie des Maschinenbaus (2), Betriebsingenieur, Mathematik, Regelungstechnik, Physik, Ingenieurpädagogik/Elektrotechnik, angewandte Mechanik, Regelungstechnik, Informationsbearbeitung, Qualitätssicherung und Fertigungsmesstechnik (2)

Wunschstudium

Ja	11 (davon einmal weder noch)
Nein	2

Zulassungsverfahren

Ja	7
Nein	7
Jein	3

Mitglieder Seminargruppe
10, 12 (3), 16-18 (2), 19, 20 (2), 22, 23, 24, 25, 32

Mehr Anleitung oder mehr Individualität gewünscht

mehr Individualität	1
mehr Anleitung	-
weder noch	14

Konnte Konfession während Studium ausgeübt werden

Ja	6
Nein	-

Mitglied in FDJ während des Studiums

Ja	14
Nein	1

Funktion während des Studiums

Ja	9 (Seminargruppensekretär (3), FDJ-Sekretär (2), Mitglied Sektionsleitung, Studienorganisator, Funktionär für Kultur und Sport (2)
Nein	5

Funktion freiwillig übernommen?

Ja	6
Nein	3

Was wurde sich von Funktion erhofft?

Organisation	2
etwas bewegen	1
Vermeidung von Konflikten	1
Nichts	4

Wurden Vorstellungen erfüllt?

Ja	4
Nein	1
z. Teil	1

Hat Funktion Spaß gemacht?

Ja	4
Nein	3
Teils/teils	1

Respekt der Kommilitonen?

Ja	7
Nein	1
Einer muss es ja machen	1

Parteimitglied

ja	2 (SED, CDU)
Nein	12

Waren in der Seminargruppe Studenten, die nicht in FDJ waren?

Ja	5
Nein	9

Wurden diese trotzdem respektiert?

Ja	13
Nein	1

Empfinden bei den Mitgliedsversammlungen

Pflichtveranstaltung, organisatorische Probleme, belanglos, Studienprobleme, Immer hilfreich, ohne Empfindung, weder Belastung noch Höhepunkt, praktische Dinge, lästig, langweilig, interessant

Wurden in der Gruppe mehr politische oder mehr studentische Probleme besprochen?

Politisch	4 (u.a. 1968)
Studentisch	13(Mehrfachnennung möglich)

Disziplinarverfahren gegen Gruppenmitglieder?

Ja	4 (kollektive Verwarnung, Prager Frühling, Faulheit, Hören von Westsendern)
Nein	10

Nach dem Studium weiter FDJ-Mitglied?

Ja	5
Nein	10 (FDJ bereits aufgelöst (1))

Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
BBZ	Britisch besetzte Zone
Bd.	Band
Bez.	Bezirk
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union (Deutschlands)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
Dr	Drucksache
DT64	Radiosender der DDR (Ableitung vom Deutschlandtreffen der FDJ von 1964)
DVV	Deutsche Volksverwaltung für Volksbildung
DZVV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
EAW	Erziehung, Aus- und Weiterbildung
EOS	Erweiterte Oberschule
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
fdj	freie deutsche jugend (nach Brandenburger Kongress im Januar 1990)
FDJ-BL	Freie Deutsche Jugend-Bezirksleitung
FDJ-GO	Freie Deutsche Jugend-Grundorganisation

FDJ-LV	Freie Deutsche Jugend-Landesvertretung
Gen.	Genosse
GeWi	Gesellschaftswissenschaften
GO	Grundorganisation
GOL	Grundorganisationsleitung
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HfM	Hochschule für Maschinenbau
HJ	Hitler Jugend
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
i.d.R.	in der Regel
IfL	Institut für Lehrerbildung
inkl.	inklusive
insg.	insgesamt
Kgl.	Königlich
KMSt.	Karl-Marx-Stadt
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDP	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
m.E.	meiner Einsicht nach
ML	Marxismus-Leninismus
MV	Mitgliederversammlung
ND	Neues Deutschland
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Nr.	Nummer
NVA	Nationale Volksarmee

o.A.	ohne Angaben
OS	Oberschule
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
P/EB	Physik/Elektronische Bauelemente
S.	Seite
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SG	Seminargruppe
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
soz.	sozial
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSAC	Sächsisches Staatsarchiv, Außenstelle Chemnitz
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Sowjetunion
THK	Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt
TU	Technische Universität
TUC	Technische Universität Chemnitz
UAC	Universitätsarchiv Chemnitz
UNO	United Nation Organisation = Vereinte Nationen
URANIA	Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse
v.a.	vor allem
VEB	Volkseigener Betrieb
Vgl.	Vergleich
z.B.	Zum Beispiel
ZK	Zentralkomitee
ZIJ	Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig

Zit.	Zitiert

Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis